

Vorwort	4
FORUM: TENDENZEN DER OSTEUROPA-FORSCHUNG	
Corinna R. Unger <i>„Ostforschung“ in Westdeutschland nach 1945 – eine Problemskizze</i>	6
Thekla Kleindienst <i>Die bundesdeutsche und bundesgeförderte Ost(europa)forschung zwischen wissenschaftlichen und politischen Ansprüchen</i>	9
Vera Sparschuh <i>Erneuerungschance durch Institutionenwandel? Anmerkungen zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Ost- und Ostmitteleuropa seit 1990</i>	14
Christine Teichmann <i>Bildungsforschung Osteuropa – Neue Desiderata im Kontext des Bologna-Prozesses</i>	17
Natalia Glebovskaya <i>Knowledge and Technology Transfer in Post-Socialist Russia: Formal Institutions and Informal Mechanisms</i>	21
Ursula E. Frübis <i>Osteuropaforschung und -lehre im Wandel</i>	24
BERICHTE AUS UND ÜBER OSTEUROPA	
Peter Hilkes <i>Büro forumNET.Ukraine – Netzwerk für Information, Koordination und Ukrainestudien</i>	30
Marja Vulesica <i>„Revolution ja, aber Ordnung muss sein!“ Wie die Teilnehmer der ukrainischen „Orangen Revolution“ ihr Leben in der Kiever Zeltstadt meisterten</i>	33
Petra Rentrop <i>Zwei Jahre Geschichtswerkstatt Minsk Zur Arbeit einer weißrussisch-deutschen Erinnerungs-, Bildungs- und Forschungsstätte</i>	35
Léna Krichewsky <i>Deutsch-russische Beziehungen hautnah erlebt: Praktikum in einem „Juniorunternehmen“ in Nižnij Novgorod</i>	38
Ulf Walther <i>Der Fall Chodorkovskij / „Jukos“ – Die Zerschlagung eines Konzerns</i>	40
Herwig Roggemann <i>Fünf Jahre Stabilitätspakt Südosteuropa – Ein Tagungsbericht</i>	46
Herwig Roggemann <i>Kroatien und die EU – Südosteuropapolitik auf Eis? Eine kritische Betrachtung zum EU-Ministerratsbeschluss vom 16. 3. 2005</i>	52

GESCHICHTE UND POLITIK IN OSTEUROPA

Stefan Troebst	
<i>Das Jahrhundert der Kriege in Südosteuropa – eine „Altlast des Ersten Weltkriegs“?</i>	62
Mirosław Matyja	
<i>Institutionen der Europäischen Union nach der Osterweiterung: Konsequenzen für die neuen Mitgliedsländer</i>	65
Nina Salomon	
<i>„Journalismus ist das nicht.“ Die russische Journalistin Mascha Gessen über die Einschränkung der Pressefreiheit in Russland und die politische Lage</i>	68

VERANSTALTUNGEN

Katarina Peranič	
<i>VII. Weltkongress der Osteuropaforschung: Interview mit Dr. Heike Dörrenbächer, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.</i>	71
Annemarie Oberschmidt, Suzana Radišić und Jenni Winterhagen	
<i>Internationale Studierendenkonferenz in Berlin, 29. 4. bis 2. 05. 2004 „EU-X: Die Architektur Europas nach der Erweiterung 2004“</i>	74
Barbara Kellner-Heinkele and Joachim Gierlichs	
<i>International Symposium „Crimea, Caucasus and the Volga-Ural Region: Islamic Art and Architecture in the European Periphery“ (Berlin, 17–21 Sept. 2004)</i>	78
Ekaterina Dimitrova	
<i>Towards Equality: Bulgarian Women’s Work in Transition</i>	80

TAGUNGSANKÜNDIGUNGEN

Anton Sterbling	
<i>Internationale Arbeitstagung „Migrationsprozesse, Probleme der Abwanderungsregionen, Identitätsfragen“ in der Tagungsreihe: „Ost- und Südosteuropa in Europa“ der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie</i>	84

BESPRECHUNGEN / TAGUNGSBERICHTE

Gerlind Schmidt	
<i>Tagungsbericht: „Die nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen im östlichen Europa – Chancen und Grenzen für die öffentliche Bildung“</i>	89
Christine Teichmann	
<i>„Hochschulbildung im 21. Jahrhundert: Öffentliches Gut oder Privatsache?“ (Rezension)</i>	94
Ursula E. Frübis	
<i>Gesine Fuchs: Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess (Rezension)</i>	96

INTERNA

Katarina Nikšić <i>Neuberufungen am Osteuropa-Institut I:</i> <i>Interview mit Prof. Gertrud Pickhan, Osteuropahistorikerin</i>	98
Ole Jantschek <i>Neuberufungen am Osteuropa-Institut II:</i> <i>Interview mit Prof. Georg Witte, Literatur- und Kulturwissenschaftler</i>	101
Anne Jenichen <i>Erster Praktikantenaustausch</i> <i>zwischen Bulgarischer Volksversammlung und Deutschem Bundestag</i>	104
Lehrprogramm Magister- und Master-Studiengänge im Sommersemester 2005	105

Berliner Osteuropa Info

Hauszeitschrift des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin
ISSN 0945-4721

Erscheinungsweise: halbjährlich

Herausgegeben im Auftrag des Institutsrats durch: Univ.-
Prof. Dr. Wolfram Schrettl, Ph.D. (Vorsitzender).
Verantwortlich für diese Ausgabe: Ursula E. Frübis, M.A.

Redaktion: Sandra Fischer, Ursula E. Frübis, Angela Ittu,
Joanna Schallert, Yvonne Herzmann, Dominic Vézina

Bildredaktion: Maximillian Bade, Magda Kurpiewska

Redaktionelle Mitarbeit: Brigitte Heuer

Technische Redaktion: Frank Joachim

Druck: KOMAG Berlin-Brandenburg

Anzeigenverwaltung: Anna Kalldewey + Team
Anschrift: Garystr. 55, 14195 Berlin

Tel. 030/838 53380, Fax: 030/838 53788
e-Mail: dnikolo@zedat.fu-berlin.de

Das Berliner Osteuropa Info versteht sich als ständiges
Informations- und Koordinationsorgan der Osteuropa-For-
schung in Berlin-Brandenburg und darüber hinaus. Alle
Institutionen, WissenschaftlerInnen und an Osteuropa
interessierten Personen sind eingeladen, sich durch Beiträge
an diesem Vorhaben zu beteiligen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt ein-
gesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Die Redaktion behält sich die Kürzung der Beiträge aus
Raumgründen vor.

Vorwort

„Wohin steuert die Osteuropaforschung?“¹ fragten sich die Autorinnen und Autoren des gleichnamigen Buches im Jahr 2000, in Reaktion auf das für die Forschung einschneidende Ereignis des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime. Nach wie vor stellt der radikal veränderte gesellschaftliche Kontext eine Herausforderung für die Osteuropaforschung dar. Mit dieser Ausgabe des Berliner Osteuropa-Info soll die Diskussion über die „Tendenzen der Osteuropaforschung“ fortgesetzt und darüber hinaus neue Bezüge hergestellt werden.

Als allgemeiner Trend ist zu beobachten, dass Wissenschaft und Forschung zunehmend und im verstärkten Maße gesellschaftlich „kontextualisiert“ werden.² Wurde bislang Wissenschaft und Forschung ein starker innerer Selbstbezug zugestanden und diese als intellektuell sich selbst reproduzierende Unternehmen mit gesellschaftlichem Bezug angesehen, so werden die beiden Bereiche seit geraumer Zeit zunehmend gesellschaftlich integriert, mit dem Effekt, dass erhöhte gesellschaftliche Ansprüche gegenüber Wissenschaft und Forschung gestellt werden. Eine Analyse der sich verändernden Gewichtungen zwischen den Bereichen und der damit verbundenen Implikationen ist extrem vielschichtig. Trotzdem gibt es eine Entwicklung mittels derer sich die veränderte Situation gut nachvollziehen lässt. So ist weltweit spätestens seit den 50er Jahren eine breite Institutionalisierung von Wissenschaft und Forschung im Gange. Mehr und mehr Länder verfügen über nationale Wissenschaftsorganisationen, in mehr und mehr Ländern wurde ein Ministerium für Wissenschaft und Forschung geschaffen, gleichlaufend ist ein starker Anstieg von wissenschaftlichen Aktivitäten, der in der steigenden Anzahl von durchgeführten Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Publikationen meßbar ist, zu beobachten.³ Zugleich veränderte sich die universitäre (Aus-)Bildung von einer Veranstaltung für eine zahlenmäßig begrenzte Elite zu einem Massensystem. Ein System, das über Jahrzehnte hinweg nur einen kleinen Teil der Bevölkerung versorgte, steht nun in einem weitaus größerem Umfang den jeweiligen Generationen zur Verfügung. Da private Unternehmen, Organisationen und öffentliche Einrichtungen mehr und mehr Forscherinnen und Forscher benötigen, um ihren Aufgaben

bewältigen zu können, unterliegen Universitäten mehr den je dem Druck, eine anwendungsorientierte Ausbildung für die breite Masse anzubieten.

Daraus folgt – in aller Kürze – dass auch die Osteuropaforschung zwei Trends unterliegt. Zum einen ist maßgeblich der hier angedeutete universale Prozess der gesellschaftlichen Kontextualisierung von Wissenschaft und Forschung und zum anderen der für die Osteuropaforschung spezifische Veränderungsprozess, der als Normalisierungsprozess nach 1989 beschrieben werden kann. Von den Autorinnen des Heftes wird auf beide Trends im „Forum“ des Heftes eingegangen.

Zudem finden Sie – wie gewohnt – aktuelle Berichte aus und über Osteuropa, hier insbesondere zur Ukraine und zur Südosteuropapolitik.

Last but not least, ist in Bezug auf die Herstellung dieser Ausgabe des BOI auf eine Besonderheit hinzuweisen. Das vorliegende Heft wurde innerhalb eines Projektmoduls gemeinsam mit Studierenden des Masterstudiengangs Osteuropastudien erarbeitet. Dabei soll nicht unterschlagen werden, dass dies im Spannungsfeld eines vorgegebenen Themas und Rahmens und der Wünsche nach Realisierung eigener Vorstellungen und Ideen geschah. Manchen war dieser Rahmen zu eng gezogen, anderen erschien er adäquat. Allen Studierenden gilt mein Dank für die phasenweise sehr intensive Zusammenarbeit.

Auch ist dies der Ort, um Elisabeth Krainski einen herzlichen Dank auszusprechen. Sie hat über Jahre hinweg das Heft gestaltet. Seit Dezember 2004 befindet sie sich im verdienten Ruhestand.

Viel Freude beim Lesen!

Ursula E. Frübis und Redaktion

1 Kreuzberger, Stefan et al., 2000, *Wohin steuert Osteuropaforschung? Eine Diskussion*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

2 Zum Thema siehe: Nowotny Helga et al., 2001, *Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*. Cambridge: Polity

3 Erklärungen zu den Ursachen und Hintergründen der weltweiten Expansion versucht, basierend auf hoch aggregierten Längsschnittdaten, das Forschungsteam des Stanforder Soziologen John W. Meyer zu geben (s. Drori, Gili S.; Meyer, John W.; Ramirez, Francisco O.; Schofer, Evan, 2003, *Science in the Modern World Polity. Institutionalization and Globalization*. Stanford, Stanford University Press).

Liebe Leserin, lieber Leser,
in diesem Heft des „Berliner Osteuropa Info“, das sich neuerlich mit den Tendenzen der Osteuropafor-
schung beschäftigt, werden zugleich die Ergebnisse
des gerade abgeschlossenen „Projektmoduls“ vorge-
stellt. Nach der Studienordnung für den Master-Stu-
diengang gehört es zum Pflichtprogramm, dass die
Studierenden unterschiedlicher Kerndisziplinen
eigenständig eine disziplinenübergreifende Fragestel-
lung aus dem Themenbereich des Studiums in Form
eines Projektmoduls bearbeiten. Die Ergebnisse der
Projektstudie sollen universitätsöffentlich vorgestellt
werden.

Das nun abgeschlossene Projektmodul war erst das
zweite im Rahmen des neuen Master-Studiengangs.
Als Veröffentlichungsform wurde dafür die bewährte
Form einer Aufsatzsammlung gewählt. Der in Ihren
Händen befindliche Band reflektiert also auch die
Anstrengungen studentischer Arbeitsgruppen.

Angesichts des speziellen Themas des ersten
interdisziplinären Projektmoduls – „Berlin – Brücke
nach Osteuropa: Mythos oder Realität?“ – hatte es
sich damals angeboten, das Risiko einzugehen, die
Studierenden zu Ausstellungen und ähnlichen Prä-
sentationsformen in öffentlichen Einrichtungen der
Stadt Berlin zu ermutigen. Die erwarteten Schwierig-
keiten traten zwar in der Tat auf, aber der Erfolg

stellte sich dennoch ein – auch wenn er erst mit einer
gewissen Verzögerung eintrat.

Erfreulicherweise haben wir daher jetzt die Ergeb-
nisse zweier Runden des Projektmoduls nahezu zeit-
gleich vorliegen. Dieser vorliegende Band des „Ber-
liner Osteuropa Info“ soll Ihnen Gelegenheit geben,
sich von den interdisziplinären Aktivitäten der
Master-Studierenden ein Bild aus erster Hand zu
machen. Zugleich möchte ich Sie darauf aufmerksam
machen, dass bis zum 27. April 2005 auch die Ergeb-
nisse einer Arbeitsgruppe der ersten Runde des Pro-
jektmoduls in der Ausstellung „Bahnhof Berlin-Lich-
tenberg – ein Tor nach Osteuropa?“ zu besichtigen
sind (Weitlingstraße 76 in Berlin-Lichtenberg, geöff-
net Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr).

So unterschiedlich der Charakter der beiden Pro-
jektmodule auch sein mag, sie zeigen beide die
außerordentlich hohe Motivation, Innovationsfreu-
digkeit und Leistungsfähigkeit der Studierenden. Bei
der Lektüre dieses Bandes können Sie sich davon
ebenso überzeugen wie durch einen Besuch der Aus-
stellung. Und um einmal für die Lehrenden zu spre-
chen: In beiden Fällen stellt sich bei ihnen ein starkes
Gefühl der Freude ein!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Wolfram Schrettl

Vorsitzender des Institutsrats



Foto: v.l.n.r. Angela Itto, Yvonne Herzmann, Sandra Fischer, Ursula E. Frübis, Dominique Vézina, Joanna Schallert.

„Ostforschung“ in Westdeutschland nach 1945 – eine Problemskizze

CORINNA R. UNGER, FREIBURG I. BR.

Die Geschichte der deutschen „Ostforschung“ in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus gilt gemeinhin als gut erforscht.¹ Anders sieht es mit der Entwicklung der Forschungsrichtung nach 1945 aus. Die meisten Studien enden mit einem Ausblick auf die Nachkriegszeit, nur wenige widmen sich ihrer Entwicklung in der Bundesrepublik.² Im folgenden sollen Anlage und Ziele einer Untersuchung zur westdeutschen „Ostforschung“ nach 1945 erörtert werden, die diesem Desiderat entsprechen könnte.

Zunächst ist zu fragen, ob der Forschungsbedarf zur „Ostforschung“ bis 1945 durch die vorliegenden Arbeiten gedeckt ist, denn ohne einen Rückgriff auf die Entstehung und Entwicklung der Disziplin kommt eine Untersuchung ihrer Geschichte nach dem Krieg nicht aus. Die wichtigsten institutionellen und personellen Zusammenhänge des Fachgebiets in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus sind inzwischen bekannt.³ Zu verschiedenen Protagonisten existieren biographische,⁴ zu einigen Subdisziplinen fachhistorische Studien.⁵ Zu vier Aspekten besteht jedoch weiterer Forschungsbedarf: Erstens dominiert bislang die Beschäftigung mit der historischen „Ostforschung“, während weniger prominente Disziplinen innerhalb des Forschungsverbundes geringere Aufmerksamkeit erhalten haben. Zu wenig behandelt scheint zweitens der Antisemitismus innerhalb des Forschungsfeldes, der zwar immer wieder gestreift wird, jedoch nur selten eigenständig behandelt worden ist.⁶ Als problematisch erweist sich drittens das Fehlen einer Definition des Begriffs. Handelt es sich um eine Disziplin, um ein Fächerkonglomerat mit einem gemeinsamen methodischen Ansatz oder einer verbindenden politischen Prägung, oder müsste gar ihre vermeintliche Kohärenz hinterfragt werden? Viertens muss der Frage nach der wissenschaftshistorischen Bedeutung der „Ostforschung“ intensiver nachgegangen werden. Stellt sie einen Sonderfall inmitten der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften im Nationalsozialismus oder nur ein besonders prominentes Beispiel der „Politisierung“ einer wissenschaftlichen Disziplin dar? Wie verhält

sich ihre Verlaufsgeschichte zu der anderer Disziplinen von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die Nachkriegszeit? Vergleichende Arbeiten sind daher notwendig; hilfreich wäre auch ein internationaler Vergleich, um die bislang deutschlandzentrierte Perspektive zu erweitern.⁷

Die bestehenden Arbeiten kommen zu dem Ergebnis, dass zahlreiche Vertreter der deutschen „Ostforschung“ direkt und indirekt an der Legitimation, Vorbereitung und Realisierung der deutschen Territorialansprüche gegenüber Ostmittel- und Osteuropa, ihrer militärischen Eroberung und Besetzung sowie der „Selektion“, „Umsiedlung“, Verfolgung und Vernichtung der dortigen, insbesondere der jüdischen Bevölkerung beteiligt waren. Damit war die deutsche „Ostforschung“, die bereits vor 1933 in ausgeprägter Nähe zur Politik gestanden hatte, nach dem Krieg politisch und moralisch diskreditiert. Genau hier muss eine weiterführende Studie ansetzen und Kontinuitäten und Diskontinuitäten auf personeller, institutioneller und methodischer Ebene über die vermeintliche Zäsur von 1945 hinweg beobachten.

Schon ein erster Blick legt nahe, dass die Kontinuitäten innerhalb einiger Stränge der „Ostforschung“ besonders ausgeprägt waren. Es ist daher zu fragen, warum und auf welche Weise es den Wissenschaftlern gelang, der Belastung zum Trotz öffentliche Unterstützung für den Auf- und Ausbau ihrer Disziplin in der Bundesrepublik zu erhalten. Zwar blieb sie innerhalb der westdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaften eine zahlenmäßig eher marginale Disziplin, doch die Höhe der Förderungsmittel und die ihr entgegengebrachte öffentliche Aufmerksamkeit weisen darauf hin, dass ihr die westdeutsche Wissenschaft und Wissenschaftspolitik – von den Universitäten und außeruniversitären Forschungsstellen über die Deutsche Forschungsgemeinschaft bis zu den Landes- und Bundesministerien – erhebliche Bedeutung zumaßen.

Die zentrale Frage ist, inwiefern und mit welchen Strategien den Wissenschaftlern die Umwidmung ihres Faches von einer „kämpferischen“ Wissenschaft im selbst gewählten Dienst des Nationalsozialismus zu einer mit der westlich-demokratischen

Ausrichtung der Bundesrepublik übereinstimmenden Forschungsrichtung gelang. Welche intellektuellen und wissenschaftsimmanenten Transformationsleistungen waren notwendig, um die „völkisch“-rechtsnationalistische, durch ihre Kooperation mit dem Nationalsozialismus belastete „Ostforschung“ den politischen Vorgaben des Kalten Krieges und der antikommunistischen Westorientierung der Bundesrepublik anzupassen?⁸ Wer waren die Protagonisten dieses Prozesses; welche Strömungen setzten sich gegenüber anderen Ansätzen durch; wo zeigten sich Widerstände, wo fand sich Unterstützung; in welchem Grad gelang der Adaptionsprozess und welche Kosten und Konsequenzen waren mit ihm verbunden? Diese Fragen gehen von der Annahme aus, dass Wissenschaftler weder in der Weimarer Republik noch in der Zeit des Nationalsozialismus noch in der Bundesrepublik auf eine passive Rolle gegenüber der politischen Ebene reduziert waren. Vielmehr waren sie in der Lage und willens, ihre Interessen gegenüber der politischen Ebene eigenständig zu vertreten und ihre Position innerhalb des Beziehungsgeflechts von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik effektiv aushandeln.⁹

Die Überlegungen zur Transformation der „völkisch“-rechtsnationalistischen Aufladung der Disziplin zu einer mit den politischen Vorgaben der Bundesrepublik vereinbaren Orientierung sind nicht auf die „Ostforschung“ beschränkt. Ihre Untersuchung lässt sich als eine Art „Sonde“ begreifen, mit deren Hilfe übergreifende gesellschaftliche, kulturelle und intellektuelle Wandlungsprozesse der westdeutschen Gesellschaft von den zwanziger bis in die siebziger Jahre beobachtet werden können. Schließlich wirkten intellektuelle, kulturelle und politische Strömungen, die im frühen 20. Jahrhundert entstanden waren, bis in die sechziger Jahre hinein, als sich in der westdeutschen Gesellschaft eine umfassende Neuorientierung und Liberalisierung vollzog.¹⁰ Somit stellt eine Untersuchung der „Ostforschung“ auch einen Zugang zu einer wissenschaftsgeschichtlich begründeten Gesellschaftsgeschichte und „intellectual history“ dar.

In einem zweiten Untersuchungsschritt ist zu überlegen, wie und durch welche Entwicklungen bedingt sich die bis in die sechziger Jahre in Teilen noch überaus traditionelle, „deutschumszentrierte“ Disziplin zu einer als politisch „neutral“ und „wissenschaftlich“ wahrgenommenen Osteuropaforschung zu wandeln begann. Auch hier ist nach den Protagonisten und Gegnern des Wandels innerhalb der verschiedenen Bereiche der westdeutschen „Ostforschung“ (an Universitä-

ten, in der Politikberatung und in der politischen Bildungstätigkeit) sowie nach dem Einfluss der Forschungsförderungsinstanzen und ihrem Verhältnis untereinander zu fragen. Welche Forschungszweige gewannen im Zuge der Verlagerung des Handlungsfeldes des Kalten Krieges von Ostmittel- und Osteuropa auf die entkolonialisierten Staaten Afrikas und Asiens, des wachsenden Einflusses der politischen Linken und ihrer Kritik am Totalitarismus-Paradigma an Bedeutung? Wie veränderte sich die Rolle von Wissenschaftlern und Experten in den von Wissenschaftsgläubigkeit und Planungseuphorie geprägten 1960er Jahren? Welche Auswirkungen hatte die verstärkt sozialwissenschaftliche Ausrichtung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen auf die Ostmittel- und Osteuropaforschung? Hier sind Aufschlüsse über Problemwahrnehmungen der sich wandelnden westdeutschen Gesellschaft in den sechziger Jahren ebenso zu erwarten wie Einblicke in das sich verändernde Verhältnis von ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist schließlich die Frage, inwiefern es sich bei der westdeutschen „Ostforschung“ um eine spezifisch deutsche Forschungsrichtung handelt und wo gegebenenfalls Gemeinsamkeiten mit der in anderen westlichen Staaten betriebenen Osteuropaforschung existieren. Ein Vergleich mit der amerikanischen Russland- und Sowjetunionforschung, die aufgrund des Kalten Krieges innerhalb kurzer Zeit die international führende Position innerhalb der Osteuropaforschung übernahm, ist insofern bereichernd, als er es erlaubt, die vermeintliche Exzeptionalität der (west)deutschen Disziplin wie auch die Fixierung des historischen Blicks auf den Nationalsozialismus zu hinterfragen. Dass es sich dabei um einen Vergleich zwischen zwei unterschiedlichen Größen handelt, stellt kein Hindernis dar; wichtiger ist der Effekt der Kontrastierung, durch den nationale Spezifika ebenso wie internationale Gemeinsamkeiten sichtbar werden können. Hinzu kommt die Frage nach der Rezeption, dem Transfer und der Adaption wissenschaftlicher Forschungsansätze über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Nicht zuletzt ermöglicht es der Vergleich der westdeutschen ‚Ostforschung‘ mit der amerikanischen Russland- und Sowjetforschung nach 1945, die Rolle des Kalten Krieges und des Antikommunismus als diejenigen Instanzen, die sowohl Forschungsinhalte und -praktiken als auch Aushandlungsprozesse zwischen der wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Ebene in grundlegender Weise prägten, intensiver zu beobachten, als dies bislang geschehen ist.

- 1 Bei dem Begriff „Ostforschung“ handelt es sich um ein politisch-ideologisches Konstrukt, das negativ konnotiert ist; es wird daher in Begriffszeichen gesetzt. Auf bibliographische Vollständigkeit muss im folgenden verzichtet werden; statt dessen werden Arbeiten erwähnt, die Hinweise auf weiterführende Literatur enthalten.
- 2 Siehe u.a. Jörg Hackmann, „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 46, 1996, S. 232-258; Kai Arne Linnemann, Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit, Marburg 2002; Eduard Mühle, Institutionelle Grundlegung und wissenschaftliche Programmatik der westdeutschen Beschäftigung mit der „deutschen Geschichte“ im östlichen Mitteleuropa (1945-1959), in: Ders., Jerzy Kloczowski, Witold Matwiejczyk (Hg.), *Doswiadczenia przeszlosci: Niemcy w Europie Srodkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku* [Erfahrungen der Vergangenheit: Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945] (= Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 9), Lublin, Marburg 2000, S. 25-64.
- 3 Siehe u.a. Martin Burkert, Die Ostwissenschaften im Dritten Reich, Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939 (= Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 55), Wiesbaden 2000; Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, London 2002 (1988); Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945, Baden-Baden 1999; Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143), Göttingen 2000. Siehe dazu kritisch Eduard Mühle, Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 50/2, 2001, S. 256-275. Siehe jetzt auch Mathias Beer u. Gerhard Seewann (Hg.), *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen* (= Südosteuropäische Arbeiten 119), München 2004.
- 4 Vgl. Hans-Christian Petersen, „Ostforscher“-Biographien. Ein Workshop der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Kiel und der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Malente, 13.-15. Juli 2001, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49/9, 2001, S. 827-829. Siehe auch Rudolf Jaworski u. Hans-Christian Petersen, Biographische Aspekte der „Ostforschung“. Überlegungen zu Forschungsstand und Methodik, in: BIOS 15/1, 2002, S. 47-62.
- 5 Siehe u.a. Mechtild Rössler, „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 8), Berlin, Hamburg 1990; Beate Störckuhl, Deutsche Ostforschung und Kunstgeschichte, in: Jan Piskorski mit Jörg Hackmann und Rudolf Jaworski (Hg.), *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich, mit einem Nachwort von Michael Burleigh* (= Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung 1), Osnabrück, Poznan 2002, S. 119-134.
- 6 Siehe u.a. Gerhard F. Volkmer, Die deutsche Forschung zu Osteuropa und zum osteuropäischen Judentum in den Jahren 1933 bis 1945, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 42, 1989, S. 109-214; Ingo Haar, Deutsche „Ostforschung“ und Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48/6, 2000, S. 485-508.
- 7 Siehe u.a. Piskorski (Hg.), *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung* (wie Anm. 5); Markus Krzoska, *Deutsche Ostforschung – polnische Westforschung. Prolegomena zu einem Vergleich*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 52/3, 2003, S. 398-419.
- 8 Zu wissenschaftsimmanenten Transformationsprozessen siehe u.a. Katrin Koehl, *Wissenschaftsgeschichte als Erfahrungsgeschichte im Kalten Krieg*, in: Claus Zittel (Hg.), *Wissen und soziale Konstruktion (= Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 3)*, Berlin 2002, S. 253-272.
- 9 Vgl. Mitchell G. Ash, *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander. Programmatische Überlegungen am Beispiel Deutschlands*, in: Büschenfeld, Jürgen, Heike Franz, u. Frank-Michael Kuhlehn (Hg.), *Wissenschaftsgeschichte heute. Festschrift für Peter Lundgreen*, Bielefeld 2001, S. 117-134.
- 10 Vgl. Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: Ders. (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, S. 7-49.



Corinna R. Unger, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. Sie arbeitet an einer Dissertation zum Thema „Ostforschung“ in westdeutschland nach 1945 im Kontext des Kalten Krieges“, die im Rahmen des Forschungsprojekts zur „Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft von den 1920er bis in die 1970er Jahre“ entsteht.
E-Mail: corinna.unger@geschichte.uni-freiburg.de
<http://www.geschichte.uni-freiburg.de/DFG-Geschichte>

Die bundesdeutsche und bundesgeförderte Ost(europa)forschung zwischen wissenschaftlichen und politischen Ansprüchen

THEKLA KLEINDIENST, ROSTOCK

Die Entwicklung der deutschen Ost(europa)forschung ist seit jeher sowohl politischen als auch wissenschaftlichen Konjunkturen ausgesetzt gewesen. Über ihre besondere Prägung während des Nationalsozialismus ist in den zurückliegenden Jahren hinlänglich publiziert worden.¹ In der nachfolgenden Skizze soll deshalb der Frage nachgegangen werden, inwiefern die bundesrepublikanische Ost(europa)forschung von politischen und wissenschaftlichen Tendenzen betroffen war. Die Frage der Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 wird dabei nicht im Mittelpunkt stehen.² Als zeitlicher Hintergrund der Betrachtung werden der Kalte Krieg, die Entspannungsphase und der Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt in den 80er/90er Jahren gewählt; damit wird nicht behauptet, dass nicht auch regional begrenzte politische Ereignisse Auswirkungen auf die Entwicklung der Ost(europa)forschung hatten. Um die Veränderungen der Kommunikation auf politischer und wissenschaftlicher Ebene deutlich zu machen, soll anhand einiger konkreter Aspekte gezeigt werden, inwieweit im Laufe der bundesrepublikanischen Geschichte die wissenschaftlichen und politischen Zielsetzungen der außeruniversitären und bundesgeförderten Ost(europa)forschung zusammengewirkt haben oder in Gegensatz zueinander standen.

In der Phase der Neugründung der bundesrepublikanischen Ost(europa)forschung ging es zunächst um die Wiederbelebung der Forschungslandschaft als solche. Es waren gerade die Ostforscher der Zeit vor 1945, die sehr schnell mit konkreten Plänen hervortraten. Hermann Aubin beispielsweise äußerte schon auf dem Deutschen Historikertag 1949, dass er eine dreigliedrige Struktur der bundesdeutschen außeruniversitären Forschung für am besten geeignet halte. Danach sollte sich ein Institut der nord- und ostdeutschen Gebiete annehmen (Herder-Institut Marburg), ein zweites sollte sich dem Raum Osteuropa im engeren Sinne, also Russland, widmen (Osteuropainstitut München), und schließlich ein drittes für

den südosteuropäischen Raum zuständig sein (Südostinstitut München).³ Weil Hermann Aubin mit großem Nachdruck auftrat und über sehr gute Kontakte zu politisch Verantwortlichen verfügte, stießen seine Vorstellungen auf große Resonanz. Dies mag dazu beigetragen haben, dass die politisch Zuständigen dieser Dreigliedrigkeit nicht nur zustimmten, sondern sie sich sogar ganz zu eigen machten.⁴ Mit dieser Struktur konnten mehrere Anliegen von Wissenschaftlern und Politikern gleichermaßen erfüllt werden. Einerseits ging es um das klare politische wie wissenschaftliche Ziel, die Zugehörigkeit der verloren gegangenen Ostgebiete zu Deutschland wissenschaftlich zu belegen.⁵ Zudem hatte man an die hohe Zahl der aus den Ostgebieten Vertriebenen zu denken, deren Kulturgüter es zu schützen galt und deren Wählerpotential genutzt werden musste. Dafür sollte die nord- und ostdeutsche Forschung zuständig sein. Andererseits musste man der stärker gewordenen Rolle der Sowjetunion Tribut zollen. Die Begründung einer relativ selbständigen Südosteuropaforschung allerdings war in Zeiten des Ostblockdenkens mitunter schwerer zu erreichen.

Grundsätzlich war es von großem Vorteil, dass die Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Politikern auf direktem persönlichem Wege erfolgte. Persönliche Bekanntschaften aus früheren Zeiten erleichterten oft den Zugang zu nötigen finanziellen Quellen. Für den weiteren Verlauf der Entwicklung erwies sich die dadurch verursachte, mitunter zufällige Ressortanbindung der Institute allerdings als erschwerend. Kennzeichen dieser ersten Phase der bundesrepublikanischen Ost(europa)forschung war, dass sich mit ihrer Entwicklung vor allem hochrangige Beamte der Ministerialverwaltung beziehungsweise hochrangige politische Entscheidungsträger befassten. So war es Konrad Adenauer, der seine Zustimmung zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) gab und der auch dem Südostinstitut in München positiv gesonnen war.⁶

Willy Brandt trat lange vor dem Beginn seiner Kanzlerschaft für den Ausbau der Ostforschung mit vereinzelt Äußerungen, aber auch mit seinem vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages am 18.2.1957 gehaltenen Bericht hervor.⁷ Im Falle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen wurde häufig mit dem Minister Jakob Kaiser und dem Staatssekretär Franz Thedieck selbst verhandelt.⁸ Auch andere politische Instanzen wie der Deutsche Bundestag und einzelne seiner Ausschüsse, insbesondere der Auswärtige Ausschuss, der Bildungsausschuss und der Haushaltsausschuss waren mit der Ostforschung und Ostkunde befasst.⁹ Die Gründung des Collegium Carolinum beschäftigte den Bayerischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Hoegner höchstpersönlich. Politische Aufmerksamkeit wurde der Ost(europa)forschung also nicht ausschließlich von Seiten des Bundes, sondern auch von Seiten der Bundesländer zuteil, allen voran vom Bundesland Bayern, das seit jeher einen gewissen Führungsanspruch auf dem Feld der Ost- und Südosteuropaforschung gestellt hatte. Allerdings bedeutete dieses Bestreben im Umkehrschluss nicht, dass Bayern bereitwillig große finanzielle Summen aufbrachte, und daher traten nicht selten Verstimmungen zwischen dem Bund und Bayern auf.¹⁰

Einen Angelpunkt dieser Anfangsphase bildete die Diskussion zur Funktion der Ost(europa)forschung als Politikberatungsinstrument. Im Grunde waltete auf politischer wie auf wissenschaftlicher Seite zunächst große Vorsicht. Es wurde durchaus darauf hingewiesen, dass sich die Ost(europa)forschung nicht für politische Zwecke einspannen lassen dürfe, insbesondere wegen ihrer zweifelhaften Rolle im Nationalsozialismus. Allerdings wollten die Forscher selbst doch auch einen Beitrag zur großen Bedeutung der abgetrennten Ostgebiete für Deutschland leisten.¹¹ Die Politik ihrerseits konnte nur jene Arbeitsergebnisse sinnvoll verwerten, die dem politischen Kurs nicht entgegensteuerten.¹² Verbunden hiermit ist die eindeutige ideologische Instrumentalisierung der bundesdeutschen Ost(-europa)-forschung. Die Staaten des Ostblocks wiederum investierten in eine Forschung, die sich mit der „imperialistischen Ostforschung“ befasste.¹³ Zudem war dieser Teil Europas in seiner politischen und gesellschaftlichen Verfasstheit weiter von den demokratischen westlichen Ländern abgerückt als zuvor. Dies sorgte für Unbehagen und Befremden auf bundesrepublikanischer Seite, so dass es notwendig schien,

den ideologischen Feind im Osten wissenschaftlich zu erforschen.¹⁴ Die Investition in die außeruniversitären Institute, die größtenteils über die Institution selber oder aber doch zumindest durch ihren Mitarbeiterstab über weiter zurückreichende Traditionen verfügten, schien aus diesen Gründen allemal lohnenswert – politisch wie wissenschaftlich.

Welche Elemente dieses in der Phase der Wiederbegründung begründeten Konsensus verloren in Zeiten neuer politischer Vorzeichen, in der Phase des internationalen Tauwetters, zunehmend in der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik an Geltung? Die Haltung der Politik wie der Wissenschaft gegenüber den bis dato gängigen Forschungsinhalten wandelte sich grundlegend. Die Vertriebenenforschung schien nun im Zuge der entspannungspolitischen Tendenzen politisch unkorrekt, da sie im Verdacht stand, den Gang der Verhandlungen über die ehemaligen Ostgebiete zu beeinträchtigen. Aus einer Förderung derartiger Forschungen konnte kein politischer Ertrag mehr gezogen werden. Vielmehr ging es darum, die Bedeutung der Ost(europa)forschung international zu marginalisieren.¹⁵ Eine Forschung, die sich unter anderem mit der Revision der deutschen Ostgrenze auseinandersetzte, stand unter den nun aktuellen politischen Vorzeichen nicht mehr auf der Tagesordnung. Gefragt waren Untersuchungen, welche die Staaten des sowjetischen Einflussbereichs als selbständige Subjekte, nicht mehr als Objekte der deutschen Geschichte betrachteten. Der kulturelle und wirtschaftliche Dialog hatte ebenso wie der politische an Bedeutung gewonnen.

Zwar brach sich auch in wissenschaftlichen Kreisen mitunter die Erkenntnis Bahn, dass die neuen politischen Konstellationen nicht spurlos an der Ost(-europa)-forschung vorbei gehen würden.¹⁶ Dennoch hielten die Forschungseinrichtungen im Großen und Ganzen mit der politischen Entwicklung thematisch und institutionell, nicht Schritt, zumindest aus politischer Sicht. Darüber hinaus fiel diese Umorientierung zusammen mit einem generellen Bestreben nach Umorganisation der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik. Im Falle der durch Bundesmittel unterstützten Ost(europa)forschung wurde 1974 ein Gutachten „Zur Lage der bundesgeförderten Osteuropaforschung“ des Bundesrechnungshofs veröffentlicht, welches als ein Ergebnis der seit Ende der 60er Jahre einsetzenden Bestrebungen nach Rationalisierung und Effektivierung der Politikberatung angesehen werden kann.

Eine im Jahre 1969 durchgeführte Umfrage unter den Ressorts zum Bedarf nach Ergebnissen der Ost(europa)forschung zeigte, dass ein allgemeines Interesse durchaus gegeben war, welches sich allerdings nur selten in konkreten Forschungsaufträgen widerspiegelte.¹⁷ Damit wurde ein Dilemma offenbar. Die Ressorts förderten Institute, deren Arbeitsfelder keine konkreten Beiträge zur täglichen politischen Arbeit erwarten ließen. Auf persönliche Kontakte konnte wegen des Ausbaus der Ministerialstruktur und Wissenschaftslandschaft, aber auch wegen personeller Wechsel nicht mehr gebaut werden. Folglich schien es ratsam, den Modus der Kommunikation zu reformieren. Das Gutachten sah hierfür eine institutionalisierte Form vor. Zwar wurde schon 1953 auf wissenschaftlicher Seite ein Koordinationsausschuss deutscher Osteuropainstitute ins Leben gerufen, der alle bundesgeförderten Institute verband. Nach Erscheinen des Gutachtens wurde der Koordinationsausschuss grundlegend reformiert und auf politischer Seite in Form des Interministeriellen Ausschusses für Osteuropaforschung ein Pendant gegründet. Als Scharnier beider Institutionen wurde beim Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BIOST) in Köln das Ständige Sekretariat eingerichtet. Dieses sollte Forschungsvorhaben der Institute koordinieren sowie die Kommunikation zwischen den bundesgeförderten Instituten und den sie fördernden Ressorts ermöglichen. Es war außerdem zuständig für die Herausgabe eines Informationsblatts, welches vor allem Forschungsvorhaben und Publikationen ankündigen sollte. Die in der Wiederbegründungsphase noch ausgeprägte Vorsicht gegenüber wissenschaftlicher Politikberatung schwand damit grundsätzlich und verkehrte sich ins Gegenteil. Mit diesen Maßnahmen verbunden war freilich das deutlich ausgesprochene Ziel der Mittelsparungen. Einerseits sollten die Bundesländer stärker in die Finanzierungspflicht genommen werden, andererseits sollten Bundesgelder nur noch dann fließen, wenn die Arbeit der Institute Ressortaufgaben entsprach.

Die Entwicklung in den 90er Jahren ist aus diesem Blickwinkel eine Zuspitzung der schon in den 70er Jahren hervortretenden Tendenzen. Hervorgerufen durch die Umwälzungen im Osten Europas wurde das Motiv der Erforschung des ideologischen Gegners endgültig ad acta gelegt. Die Osteuropaforschung im allgemeinen und ihre Strukturen schienen nicht mehr zeitgemäß. Ein neues „Gutachten über die Koordi-

nierung und Rationalisierung der Aktivitäten des Bundes im Bereich der Ostforschung“ des Bundesrechnungshofes von 1996 brachte auch jetzt die nötige Rechtfertigung für die vorgesehenen Umstrukturierungen. Das als Kind des Kalten Krieges unter anderem zum Zweck der Erforschung des Marxismus-Leninismus gegründete BIOST wurde mit der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen (SWP) sowie der gegenwartsbezogenen Abteilung des Südostinstituts München zusammen gelegt. Mit der neu strukturierten Stiftung Wissenschaft und Politik (Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit) in Berlin wurde ein funktionsfähiges Politikberatungsinstrument in Regierungsnähe geschaffen. Fragen der ideologischen Auseinandersetzung sind ebenso obsolet geworden wie Forschungen zum sozialistischen Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem. Hinzu kam, dass nicht selten die Auffassung vertreten wurde, dass die inzwischen stark ausdifferenzierte Ministerialverwaltung ausreichend eigene Experten bereit halte.¹⁸ Die Herausforderungen der Wende für die deutsche Osteuropaforschung wurden auch wissenschaftsintern heftig debattiert.¹⁹ Durch die Prozesse der EU-Osterweiterung erhält die Diskussion neue Dimensionen.²⁰

Angesichts dieser Situation stellt sich die eingangs aufgeworfene Frage nach dem jeweiligen Pendelausschlag in Bezug auf das Zusammen- oder Entgegenwirken der politischen und osteuropawissenschaftlichen Ziele. Anfangs dominierte eher Einmütigkeit zwischen beiden Bereichen hinsichtlich der institutionellen Struktur und der Forschungsinhalte. Impulse kamen vor allem von wissenschaftlicher Seite, wurden aber von politischer Seite bereitwillig aufgenommen. Differenzen traten auf hinsichtlich der Höhe der zu vergebenden Gelder und einer beabsichtigten oder unbeabsichtigten Politisierung der Wissenschaft. Seit Ende der 60er Jahre waren es vor allem die Politiker, die ihrem Unmut über die Entwicklung von Inhalten und Struktur der Osteuropawissenschaften Luft machten. Aufgabe der Wissenschaftler war es, auf die eingeleiteten Effektivierungsmaßnahmen zu reagieren. Man setzte mittlerweile nicht mehr nur auf reine Absprachen und suchte Doppelforschung zu vermeiden. Rationalisierung war das neue Schlagwort. Damit standen die Veränderungen der bundesgeförderten Ost(europa)forschung freilich im Trend damaliger politischer und auch wissenschaftlicher Debatten zur effektiveren Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft im Allgemeinen.²¹

Das Prozedere der vor allem politischen Bemühungen um Rationalisierung der Forschungsinitiativen wiederholte sich in den 1990er Jahren in noch drastischerem Maße. Erneut hatten sich die inhaltlichen Fragen der Forschung und auch der Politik gewandelt. Die Bemühungen zeigen aber, dass man an der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den bundesgeförderten Osteuropaforschungsinstituten und der Politik festhielt. Der Weg führte von direkter, persönlicher Kommunikation in der Anfangszeit über institutionalisierte Formen in den 60er und 70er Jahren wieder zurück zum persönlichen Dialog innerhalb eines bestimmten institutionellen Rahmens. Der Umzug der vergrößerten SWP nach Berlin, aber auch die Auflösung des Koordinationsausschusses, des Interministeriellen Ausschusses Osteuropaforschung sowie des Ständigen Sekretariats zeigen, dass man die Bedeutung des persönlichen Austausches wieder entdeckt hat. Der Dialog der 90er Jahre wurde zudem massiv durch wissenschaftsinterne Debatten ungekannten Ausmaßes behindert. Zwar gab es bereits Ende der 60er Anfang der 70er Jahre einen fachinternen Schlagabtausch, der verbunden war mit einer generellen Debatte zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik und zur Rolle von Politikberatung. Dies hatte aber nicht zur Folge, dass die Disziplin sich, wie in den 90er Jahren, selbst in Frage stellte. Der Dialog der 90er Jahre wurde allerdings durch wissenschaftsinterne Debatten zur Standortfrage der Osteuropaforschung, die bis zur Infragestellung der eigenen Disziplin reichten,²² beeinträchtigt.

So ist, wie eingangs aufgeworfen, die deutsche Osteuropaforschung noch immer wie wohl kaum eine andere Wissenschaft von wissenschaftlichen und politischen Umtrieben gekennzeichnet. Sie kann sich der Aufmerksamkeit von Seiten der Politik sicher sein, obgleich sich die Spielarten dieser Wachsamkeit von einer Begünstigung der Ost(europa)forschungsstrukturen bis hin zu ihrer Marginalisierung in den drei Entwicklungsstufen der bundesgeförderten Ost(europa)forschung stetig wandelten.

1 Siehe u. a.: Friedrich Kuebart: Zur Entwicklung der Osteuropaforschung in Deutschland bis 1945, in: *Osteuropa*, 8/9, 1975 (25), S. 657–672; Christoph Kleßmann: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“*, B7, 1984, S. 33–45; Michael Burtleigh: *Germany turns eastwards. A study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988; Walter Schlesinger: Die mittelalter-

liche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 3, 1997, S. 427–457; Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Ingo Haar: *Historiker im Nationalsozialismus: Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstums-kampf“ im Osten*, Göttingen 2000; Winfried Schulze u. Gerhard Oexle (Hrsg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2004; Eduard Mühle: *Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 2, 2001, S. 256–275.

- 2 Hierzu ein interessanter Beitrag von Jörg Hackmann: „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Westfälische Forschungen*, 1996, S. 232–258.
- 3 Sitzung ostdeutscher und an ostdeutschen und osteuropäischen Forschungen beteiligter Forscher im Rahmen des deutschen Historikertages München am 15.9.1949. Akten des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates (HFR), DSHI 200, Gründung des HFR 1949–April 1950.
- 4 Brief Werner Markert an Otto Schiller, 28.1.1951. Akten der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung (AfO) Tübingen, Ordner DGO, Stuttgart, Prof. Markert privat.
- 5 67. Mitteilung an den Vorstand des HFR, Erich Keyser: Die neue deutsche Ostforschung, Akten des HFR, DSHI 200, Vorstandssitzungen des HFR.
- 6 Brief Schillers an Markert 20.2.1950, Akten AfO, Ordner HI (Herder-Institut Marburg) – JGHFOR (HFR) 1954–1959; Gerhard Seewann: *Das Südost-Institut 1930–1960*, in: Gerhard Seewann u. Mathias Beer (Hrsg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen*, München 2004, S. 71–110.
- 7 Bericht des Abgeordneten Willy Brandt vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages, 18.2.1957.
- 8 Vermerk über die Rücksprache von Aubin und Keyser mit dem Bundesminister Kaiser und Oberregierungsrat von Zahn am 25.5.1951. Akten des HFR, DSHI 200, Vorstandssitzungen des HFR.
- 9 Als am öffentlichkeitswirksamsten gilt nach wie vor der Antrag der Fraktion der Deutschen Partei im Deutschen Bundestag betr. Pflege der Kenntnisse über die deutschen Ostgebiete, Osteuropa und Südosteuropa, 1. Wahlperiode, Drucksache 3196. Im Zusammenhang mit diesem Antrag kam es zur Gründung eines Unterausschusses „Ostforschung“ des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.
- 10 Aktenvermerk betr. Rücksprache Prof. Aubin und Erich Keyser mit Dr. Kossmann in Bonn am 25.5.1951. Akten des HFR, DSHI 200, Vorstandssitzungen des HFR.
- 11 Brief Prof. Dr. Hermann Aubin an Staatssekretär Dr. O. Schreiber, 3.12.1949. Akten des HFR, DSHI 200, Verkehr mit Bonner Ministerien, Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen.
- 12 Niederschrift über die Besprechung beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen über Fragen der Ostforschung am 4.4.1950. Akten des HFR, DSHI 200, Verkehr mit Bonner Ministerien.

- 13 Siehe hierzu u.a.: Stefan Creuzberger und Jutta Unser: Osteuropaforschung als politisches Instrument im Kalten Krieg, in: Osteuropa, 8/9, 1998 (48), S. 849–867.
- 14 Bundeshaushaltsplan des Jahres 1954, Erläuterungen zum Titel 620.
- 15 Aus dem Landesdienst Bayern der Deutschen Presseagentur, „Moskau erzwingt Auflösung von Instituten“ 17.1.1972. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bayerische Staatskanzlei, Bd. 16955.
- 16 Roderich Schmidt: Herder-Forschungsrat und Herder-Institut, in: Johann-Gottfried-Herder-Institut (Hrsg.): Probleme der Ostmitteleuropaforschung, Rückblicke und Ausblicke auf die Arbeiten von J.G. Herder-Forschungsrat und J.G. Herder-Forschungsinstitut, Marburg/ Lahn 1975, S. 35–43.
- 17 Siehe zu diesem Vorgang unter anderem die Aktenbände 38929, 71053, 71054 aus dem Bestand B 106 des Bundesarchivs Koblenz.
- 18 Markus Wehner: „Was brauche ich die, ich habe doch den Steiner“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.1999.
- 19 Siehe hierzu unter anderem Stefan Creuzberger, Ingo Mantefel, Alexander Steininger u. Jutta Unser (Hrsg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion, Köln 2000.
- 20 Otto Wolff von Amerongen: Ost-West-Beziehungen neu gedacht. Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die deutsche Osteuropaforschung in einem erweiterten Europa, in: Osteuropa, 6, 1997 (47), S. 521–530; Peter Haslinger: Vor einem Paradigmenwechsel? Die Osteuropäische Geschichte und die EU-Osterweiterung, in: Osteuropa, 4, 2004 (54), S. 40–46.
- 21 Ulrich Lohmar: Wissenschaftsförderung und Politik – Beratung. Kooperationsfelder von Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Gütersloh 1967. Doris Dreitzel: Die Bundesregierung und ihre Wissenschaftler, in: Atomzeitalter. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Politik, 10, 1966, S. 295 – 299. Hannes Friedrich: Staatliche Verwaltung und Wissenschaft. Die Rolle der wissenschaftlichen Beratung aus der Sicht der Ministerialbürokratie, in: Atomzeitalter. Zeitschrift für Sozialwissenschaft und Politik, 10, 1966, S. 300 – 306. Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt am Main 1968. Arnd Morkel: Politik und Wissenschaft. Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Beratung in der Politik, Hamburg 1967.
- 22 Hier vor allem der viel beachtete Aufsatz von Jörg Baberowski: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in: Osteuropa, 8/9, 1998, S. 784 – 799.



Thekla Kleindienst, M. A., Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie; Doktorandin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, seit 2003 Stipendiatin des Cusanuswerks. Dissertationsthema: „Die bundesdeutsche Ost(europa)forschung: Aufbau, Entwicklung und Umbrüche“ (Arbeitstitel).
E-Mail: thekla.kleindienst@gmx.de.

Erneuerungschance durch Institutionenwandel?

Anmerkungen zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Ost- und Ostmitteleuropa seit 1990¹

VERA SPARSCHUH, KASSEL/BERLIN

Der Paradigmenwechsel in der westlichen Ost- und Ostmitteleuropaforschung, der seit 1989 in Gang ist, muss gleichsam die Veränderung des Forschungsgegenstandes mitvollziehen. Die gewandelten politischen Rahmenbedingungen für die Forschung in Osteuropa und die Öffnung historischer Archive waren anfangs dafür die Stichworte.² Unterdessen sind aus dem Forschungsobjekt wissenschaftliche Partner mit dem Anspruch auf gleichberechtigte Kooperation geworden. 2002, in Vorbereitung auf den Beitritt der neuen Mitgliedsländer, erschien ein Handbuch der Sozialwissenschaften in Ost- und Ostmitteleuropa seit 1989 (Politische Wissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft konzipiert als Länderstudien der baltischen Länder, Polens, Ungarns, Tschechiens, der Slowakei und Sloveniens sowie Bulgariens und Rumäniens; Geschichte, Ethnologie, Demographie, Recht und Geographie dargestellt als Fallstudien). Das Handbuch beinhaltet eine Auswertung der Geschichte vor 1989, die Beschreibung der neu strukturierten wissenschaftlichen Institutionen, die Darstellung des Wandels der theoretischen und methodologischen Orientierungen, einen Überblick über das System der Forschungsförderung, Einblicke in den Wandel der wissenschaftlichen Eliten sowie schließlich eine Diskussion der Zukunftsperspektiven. Anhand der Ergebnisse dieses Projekts seien hier skizzenhaft einige Überlegungen zu den gewandelten Rahmenbedingungen und Inhalten sozialwissenschaftlicher Forschung in Osteuropa umrissen.

Nach 1989 stellte sich mit politischer Brisanz die Frage, wie man die Erneuerung der Sozialwissenschaften steuern könne.³ An erster Stelle figurierte die Forderung nach einem *Institutionenwandel*. Autonomie und Steigerung des Leistungsvermögens bei gleichzeitiger Ressourcenverknappung waren die Koordinaten dieses Wandels.⁴ Von Autonomie der Forschung im Sinne der Abkopplung von politischer Fremdbestimmung kann in allen Reformländern gesprochen werden. Allerdings unterschieden sich zu

Beginn der Transition die Einschätzungen darüber, welcher Grad an Autonomie unter staatssozialistischem Vorzeichen möglich gewesen war. Wurde die Autonomie der wissenschaftlichen Strukturen trotz des politischen Druckes als gewährt angesehen (wie in Polen und Ungarn), erschien eine radikale institutionelle Erneuerung sekundär, war die Sachlage entgegengesetzt, schien sie zwingend notwendig. Unvorhergesehen entwickelte sich jedoch unabhängig von der Beantwortung dieser Frage in allen Ländern Ostmitteleuropas sehr rasch eine Doppelstruktur: Neben den tradierten Institutionen entstand eine politisch intendierte neue wissenschaftliche Forschungslandschaft (Open Society Institute, CEU) sowie kommerziell orientierte private Hochschulen.⁵ Damit entbrannte der Wettbewerb um die knappen Forschungsmittel nicht nur innerhalb der staatlichen Einrichtungen (Universitäten und Akademien), sondern auch gegenüber den Neugründungen. Weiterhin hat diese Konkurrenz nicht nur einen finanziellen Aspekt; die Privatisierung der Lehre führt zu einer extremen Doppelbelastung der Hochschullehrer/innen und damit auch zu einer Reduzierung von Forschungskapazität.

Ein weiterer wesentlicher Faktor, der den institutionellen Wandel in Ost- und Ostmitteleuropa beeinflusst hat, ist die *Geschichte der Transitionsländer vor 1945*.

Wenn – wie gezeigt – der Institutionenwandel an erster Stelle mit politischen und ökonomischen Gesichtspunkten in Verbindung gebracht wird, sollte dennoch nicht übersehen werden, dass darüber hinaus auch historische Bezugspunkte, wie die Wiederanknüpfung an Strukturen von vor 1945, als Orientierungen maßgeblich waren. In den baltischen Ländern lassen sich beide Dimensionen besonders gut veranschaulichen. Die Auflösung der sowjetischen Akademiestruktur, die ganz konsequent in Litauen und Lettland erfolgte und zur Selbständigkeit der Institute sowie der Umwandlung der Akademien in Gelehr-

tengeellschaften führte, ist maßgeblich als Gegenreaktion auf die Sowjetisierung des akademischen Systems zu verstehen. Zugleich wird jedoch deutlich, dass die Suche nach inhaltlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialwissenschaften nicht nur den Westen zum Vorbild und den Sowjetmarxismus zum Gegenhorizont hat, sondern sich auch an Entwürfen aus der Zwischenkriegszeit orientiert; zum Beispiel sieht sich die Soziologie in Litauen in einer „neuenalten“ Vermittlerrolle zwischen modernen westlichen und traditionellen Werten.⁶

Die historische Dimension führt zu einer weiteren wichtigen Diskussionspunkt: dem Zusammenhang von *Globalisierung und nationalen Wissenschaftskulturen*.

Oft wird die Erneuerung der Sozialwissenschaften in Ost- und Ostmitteleuropa am Grad der Verwestlichung des Wissenschaftssystems gemessen. Dennoch – und dies ist vielleicht eines der wichtigsten Resultate des Handbuchs – zeigt sich, dass diese Generalisierung angesichts der unterschiedlichen Theorien, Forschungsprofile und Hochschultraditionen in West und Ost zu kurz greift. Es geschieht im Rahmen der Globalisierung mehr, als sich mit dem Hinweis auf die Einordnung in zwei Himmelsrichtungen beschreiben lässt. Selbst in den Wirtschaftswissenschaften und in der Politischen Wissenschaft, von denen man noch am ehesten annehmen könnte, dass es in Ost- und Ostmitteleuropa darum gehen müsste, möglichst rasch den Anschluss an westliche Standards zu finden, wird diese Ambivalenz diskutiert.⁷

In der Soziologie, Geschichte oder auch Ethnologie wird die Erhaltung nationaler Kulturen (verstanden im Sinne spezieller Wissenschaftskulturen) explizit thematisiert.⁸ Das ist insofern nicht verwunderlich, als bestimmte Disziplinen auf einen Input aus den je speziellen Kulturen angewiesen sind. Im Gegensatz zur Etablierung des Englischen als *lingua franca* in der Wirtschaft und in der Politik wird die Notwendigkeit von Publikationen in der Muttersprache hervorgehoben (allerdings können nicht alle Disziplinen in allen Ländern eigene Zeitschriften unterhalten, in Estland zum Beispiel gibt es keine soziologische Fachzeitschrift); es werden spezielle intellektuelle Traditionslinien (z.B. die Tradition der Intellektuellenzirkel in Ungarn) diskutiert. Es geht also um die Frage, inwiefern die Inhalte und die Vielfalt dieser Wissenschaften vom Erhalt regionaler sprachlicher und intellektueller Kulturen weiter gespeist werden können und gleichzeitig zu deren Erhalt beitragen. Werden nationale wissenschaftliche Kulturen

erhalten bleiben, sind sie relevant genug, um neben den *mainstream*-Themen der Sozialwissenschaften zu bestehen? Das sind Fragen, die sich im Zuge der Erneuerung der Sozialwissenschaften und der Verknappung der Ressourcen dringlich stellen.

Daran ist ein weiterer Faktor der Veränderungen in den Sozialwissenschaften gekoppelt, nämlich die *Größenordnung* der einzelnen Länder. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ein Land wie Polen, in dem über tausend Menschen soziologisch arbeiten, über die Inhalte und die Zukunft seiner Institutionen diskutiert (hier ist eine Vielfalt von Forschungsorientierungen möglich) oder ob es sich um Lettland handelt, in dem etwa sechzig Menschen⁹ in der Soziologie beschäftigt sind. Eine weitere Beobachtung ist, dass kleine Länder durchaus unterschiedliche Strategien verfolgen können: Nicht alle stellen die Fragen nach dem Erhalt einer nationalen Kultur so explizit wie Ungarn oder Litauen. Estland bzw. die estnische Soziologie verortet sich in der englischen Sprache und im Prozess der Europäisierung. Dies ist sicherlich auch damit zu erklären, dass erst die Sicherheit im Rahmen der EU die volle nationale Eigenständigkeit garantiert.

Ein weiteres Problem der Entwicklung der Sozialwissenschaften, welches sich generell stellt und sich in den Transitionsländern während der letzten 15 Jahre jedoch besonders deutlich zeigte, ist die Frage nach den *disziplinären Strukturen* oder der *Interdisziplinarität*. Transitionsforschung übergreift die disziplinären Strukturen. Betrachtet man nur einige der Gebiete, in denen aus Ost- und Ostmitteleuropa innovative Beiträge kamen, wie zum Beispiel den Bereich der ethnischen Konflikte, den Einfluss der Religion auf soziale Strukturen, das Problem der Demokratisierung in kleinen Ländern, die Traumaforschung, dann deutet sich schon an, dass diese Forschungsfelder disziplinübergreifende Fragestellungen implizieren.

Eine weitere strukturierende Komponente der Entwicklung der Sozialwissenschaften ist das *Problem der Generationen*. In diese Fragestellung gehören zumindest zwei Problemebenen. Zunächst die der Alterskohorten: Die ältere Generation, die maßgeblich im Staatssozialismus Wissenschaft betrieben hat, die „Mittleren“, welche der Wandel mitten in ihrer Entwicklung getroffen hat sowie das Oeuvre der „Jungen“ oder kommenden Elite. Während über die ersten beiden Generationen viel geschrieben wurde, ist über die neue Generation der Sozialwissenschaftler/innen noch relativ wenig

bekannt. Mit welchen Anschauungen und Theorien gehen sie an ihre Fächer heran? Greifen sie auf nationale Wissenschaftskulturen zurück oder sind sie ganz im internationalen Diskurs beheimatet? Wie sind sie national und international vernetzt? Von welchen Fragestellungen und gesellschaftlichen Problemen gehen sie aus? Wie ist ihre Sicht auf die Vergangenheit ihrer Länder? Damit kommt die zweite Ebene ins Spiel: die generationsbedingte Prägung der wissenschaftlichen Inhalte. Es zeigte sich, dass die mittlere Generation zum Beispiel die politische Abhängigkeit der Sozialwissenschaften (auch in Polen und Ungarn) viel kritischer reflektiert, als dies nach der Eigendarstellung der älteren Generation zu erwarten war. Für die Vergangenheit scheint diese Frage inzwischen geklärt zu sein, doch wie sieht es für die Gegenwart und die Zukunft aus?

Ein letzter, aus meiner Sicht relevanter Bereich ist derjenige der *Öffentlichkeit*. Sozialwissenschaften in Transformationsgesellschaften stehen stärker in der öffentlichen Wahrnehmung als dies für die Forschung in Westeuropa der Fall ist. Trendanalysen sind beliebt, da sich die Parteienlandschaft oft umstrukturiert. Hier wäre zu fragen, ob und in welcher Weise dieser Bereich auf das akademische Selbstverständnis zurückwirkt.

Es kann also von einer Erneuerung gesprochen werden, die gleichzeitig eine Modifizierung darstellt – sie führt nicht auf einem geraden Wege dazu, dass die Sozialwissenschaften in Ostmitteleuropa sich einfach nur anpassen, auch wenn diese Annäherung schon allein durch die Ausrichtung der Forschungsförderung auf übergreifende und vergleichbare Themen solch einen Prozess fördert. Der von Plesu in die Diskussion eingebrachte Hinweis auf die Stärkung der „lokalen Ressourcen“ in den Sozialwissenschaften sollte in Unterstützung dieser Entwicklung normative Bedeutung haben.

Auch die in den 80er Jahren im Westen diskutierte „Entzauberung“ der Sozialwissenschaften könnte ein Stichwort für die neuere Entwicklung sein. Waren die Sozialwissenschaften in Osteuropa einer von oben verordneten Fortschrittsideologie unterworfen, so hatten sie nach 1989 zunächst eine neue Ideologie angenommen, die in dem „Glauben“ an die westlichen Theorien bestand.¹⁰ Hankiss sieht sie nun beim „Realismus oder Professionalismus“ angekommen – ob sich diese Orientierung dauerhaft, gleichsam ebenfalls wieder „ideologisch“ verhärtet, bleibt abzuwarten.

- 1 Diese Anmerkungen beziehen sich auf die Ergebnisse eines von der EU geförderten Projektes zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Ost- und Ostmitteleuropa: *Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology* (1989-2001), Hrsg.: Max Kaase und Vera Sparschuh, unter Mitarbeit von Agata Wenninger, Berlin/Budapest 2002.
- 2 Vgl. hierzu z.B. die Diskussion: „Wohin steuert die Osteuropaforschung“, hrsg. von S. Creuzberger, I. Mannteufel, A. Steininger, J. Unser, Köln 2000.
- 3 Allein in den neuen Bundesländern kann von einer vollständigen institutionellen Erneuerung gesprochen werden, die de facto die Übernahme der bundesdeutschen Strukturen bedeutete.
- 4 Vgl. hierzu Schimanck, U. und Lange, S.: *Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa: die Transformation der Akademieforschung*, in: Leviathan, H. 1, Jg. 26, 1998.
- 5 Dass diese auf rein kommerziellen und weniger auf Erneuerungsideen basieren können, beschreibt sehr schön Plesu in: *Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe*, a.a.O., S. 12ff.
- 6 Vgl. hierzu A. Vosyliutė, a.a.O., S. 467ff.
- 7 Vgl. dazu die Beiträge von E. Hankiss (S. 17-24) und J. M. Kovács (S. 26-33), a.a.O.
- 8 Vgl. dazu D. Némedi und P. Róbert, a.a.O., S. 437ff.
- 9 Vgl. hier M. Titma, a.a.O., S. 426.
- 10 Vgl. dazu den Beitrag von E. Hankiss, a.a.O., S. 17ff.



Dr. Vera Sparschuh, ist Privatdozentin an der Universität/Gesamthochschule Kassel und lehrte zuvor am Osteuropainstitut der FU-Berlin. *Forschungsinteressen: Kulturosoziologie, Wissenssoziologie, Wissenschaftsforschung, Generationenbeziehungen, Armutsforschung. Seit Gründung Mitarbeit im Sprecherrat der Sektion Ost- und Ostmitteleuropasozologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Jüngste Publikation: Z. Mansfeldova / V. Sparschuh / A. Wenninger (Hg.): Patterns of Europeanisation in Central and Eastern Europe, Krämer Verlag: Hamburg 2005.*

Bildungsforschung Osteuropa – **Neue Desiderata im Kontext des Bologna-Prozesses**

CHRISTINE TEICHMANN, BERLIN

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa 1989/90 verursachte seinerzeit eine „Legitimationskrise“ der Osteuropaforschung, die maßgeblich mit dem Vorwurf des ‚Versagens‘ der Prognosefähigkeit¹ der Wissenschaft hinsichtlich der nahezu synchronen Implosion der kommunistischen Regime begründet wurde. Zum anderen war mit dem Wegfall des sogenannten Eisernen Vorhangs und der damit einhergehenden Abschwächung oder gar Beseitigung früherer Gegensätze zwischen Ost und West die Annahme verbunden, dass nunmehr weitaus weniger (oder in Zukunft kein) „Bedarf an kontinuierlicher und systematischer Analyse der komplexen Veränderungen in dieser Region“² bestünde und folglich die Osteuropaforschung ihren – bis dahin vor allem politisch geprägten – hohen Stellenwert verlieren würde. „Zugespitzt hat sich die Kontroverse darauf, ob es überhaupt gesonderte Osteuropa-Studien geben soll oder ob sie in die allgemeinen Disziplinen zurückkehren oder integriert werden sollen.“³ Daraus erwuchs im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine der vordringlichen Aufgaben der Osteuropaforschung: Mit ihren Forschungsergebnissen den Nachweis zu erbringen, dass die erwähnte Annahme ein Irrtum ist, der zu einschneidenden Konsequenzen in Wissenschaft und Politik führen kann. Dies wiederum ist – so die Meinung vieler Osteuropaforscher – nur durch einen Paradigmenwechsel in der Osteuropaforschung selbst möglich, welcher der veränderten Wahrnehmung der Region in der öffentlichen Diskussion nach den Ereignissen von 1989/90 und der EU-Osterweiterung Rechnung trägt.⁴

Im Schnittpunkt von Bildungs- und Osteuropaforschung: Die Transformation der Hochschulsysteme in Osteuropa

Forschungen, deren Gegenstand die Länder Osteuropas bilden, sind zwar seit langer Zeit an deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen etabliert, konzentrieren sich aber fast ausschließlich auf wirtschaftswissenschaftliche, historische und

sprach- bzw. literaturwissenschaftliche Themen, die als die traditionellen Schwerpunkte in diesem Forschungsbereich gelten. Die *Wissenschafts- und Bildungsforschung* nimmt dort seit jeher eine periphere Stellung ein.

Obwohl die Sozialwissenschaften durch die Transformation der postkommunistischen Staaten einen großen Auftrieb erfahren haben, ist dieser in den Einzeldisziplinen in sehr unterschiedlichem Maße spürbar. 1996 wurde erstmals in Deutschland eine signifikante Zunahme sozialwissenschaftlicher Forschungen zum Thema Ost- und Mitteleuropa festgestellt. Die meisten auf Osteuropa bezogenen Arbeiten, die sich mit dem politischen Wandel und den wirtschaftlichen Transformationsprozessen befassten, wurden in der Soziologie vorgelegt. Erhebungen aus den 90er Jahren zur disziplinären Verteilung von Forschungsprojekten zu Osteuropa bzw. ihrer institutionellen Einbindung verweisen zudem auf eine Dominanz der Wirtschafts- und Politikwissenschaften.⁵ Die Prognose von Klaus v. Beyme,⁶ der zufolge die Osteuropa-Wirtschaftsforschung vermutlich die besten Zukunftsaussichten habe, da sie ins Zentrum des Interesses der öffentlichen und privaten Geldgeber gerückt sei, dürfte sich in den zurückliegenden Jahren bestätigt haben. Es wurde aber auch davon gesprochen, dass sich die Gewichte der Einzeldisziplinen der Sozialwissenschaften im weiteren Sinne in der Osteuropaforschung verschieben würden.⁷ Hinsichtlich der *Bildungs- und Hochschulforschung* ist dies zumindest im Ansatz zu beobachten gewesen,⁸ wenngleich nach wie vor die Bereitschaft, die notwendige Infrastruktur in ausreichendem Maße zu finanzieren, gerade für die auf Osteuropa bezogene Hochschulforschung sehr gering ist. *Die Nachhaltigkeit beziehungsweise Verstetigung institutionalisierter Forschung über die Hochschultransformation in den Ländern Osteuropas ist heute immer noch ein Desiderat.*

Auch in der internationalen Transformationsforschung, die sich zu Beginn der 90er Jahre rasch entwickelte, war und ist zu beobachten, dass die mit dem Systemwechsel initiierten Veränderungen im

Bildungsbereich kaum Gegenstand der Forschungen sind.⁹ Im Vordergrund standen auch hier Untersuchungen zum politischen, wirtschaftlichen sowie sozialpolitischen Strukturwandel. Die Ursachen dafür, dass den bildungspolitischen und pädagogischen Wandlungsprozessen in den postkommunistischen Transformationsstaaten nur wenig Forschungsinteresse entgegen gebracht wurde, sind – wie es Henze formulierte – mit Sicherheit auch darin zu sehen, dass es „an Versuchen zur Integration oder Verklammerung von methodischen Ansätzen und explikativen Designs aus der Politikwissenschaft, vergleichender Bildungsforschung und einschlägiger Regionalforschung [fehlt].“¹⁰

Das inzwischen – nicht nur in den Gesellschaften der osteuropäischen Staaten – gewachsene Bewusstsein davon, welche Bedeutung dem „Humankapital“ für eine erfolgreiche Transformation von Gesellschaften unter den Bedingungen der weltweiten Globalisierung zukommt, sowie auch die Perspektive eines europäischen Hochschulraumes, an dem die meisten Länder Osteuropas beteiligt sein werden, lassen erwarten, dass der Bildungs- und Hochschulforschung, die auf die nationalen Bildungssysteme der Länder dieser Region fokussiert ist, in Zukunft ein neuer Stellenwert in der sozialwissenschaftlichen Osteuropaforschung zukommen wird. Oder anders gesagt: Die öffentliche Wahrnehmung der Rolle von Bildung (und vor allem höherer Bildung) in den Gesellschaften der osteuropäischen Länder sollte Anlass dafür sein, dass sich die Osteuropaforschung diesem Gegenstand mit ihrer spezifischen Kompetenz in Zukunft in stärkerem Maße zuwendet.

Europa wächst zusammen – auch im Bildungsbereich

Die osteuropäischen Länder stehen seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ nicht nur vor den Herausforderungen der Umgestaltung ihrer Gesellschaften, sondern müssen sich gleichzeitig den Problemen eines weltweit verschärften Konkurrenzkampfes im Kontext der Globalisierung und der Entstehung einer wissensbasierten Gesellschaft stellen. Die westlichen Länder hingegen sahen sich bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre massiv mit derartigen Problemen konfrontiert und reagierten darauf, indem sie transnationale Netzwerke und Zusammenschlüsse schufen – wie zum Beispiel die Europäische Union. Diese waren zunächst auf den Gebieten der Politik und Wirtschaft angesiedelt. In den 90er Jahren zeig-

te sich jedoch, dass für die Zukunft des europäischen Kontinents nicht nur wirtschaftliche Integrationsprozesse von entscheidender Bedeutung sind, sondern auch die Notwendigkeit besteht, die Bildung in diese Prozesse einzubeziehen und ein „Europa des Wissens“ zu gestalten, um im Wettbewerb mit den außereuropäischen Ländern bestehen zu können. Es ging im wesentlichen darum, die europäische Einigung auch im Bereich der tertiären Ausbildung und vor allem auf dem Gebiet der Hochschulbildung durch die Errichtung eines „europäischen Hochschulraumes“ voranzutreiben. Dies führte Ende der 90er Jahre zur Unterzeichnung der von mehreren Bildungsministern initiierten *Erklärung von Bologna*, einer freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtung europäischer Staaten, die Strukturen ihrer Hochschulsysteme durch eine Vereinbarung zwischen Regierungen konvergierend zu reformieren sowie (nahezu) gesamteuropäische Kohärenz unter Wahrung der Rechte der Hochschulen und ihrer Verschiedenartigkeit herzustellen. Die Erklärung wurde im Juni 1999 von 29 Staaten unterzeichnet – dazu gehörten damals bereits 10 der neuen Staaten aus Ost- und Mitteleuropa.¹¹ Im September 2003 haben die Bildungsminister von inzwischen 33 Signatarstaaten der Bologna-Erklärung auf einer Folgekonferenz in Berlin mit der Entscheidung, Russland in ihren Kreis aufzunehmen, eine seit langem geführte politische und wissenschaftliche Diskussion zum Abschluss gebracht (zumindest in ihrem Kompetenzbereich) – und zwar die Diskussion um die Frage, wie groß Europa ist, wo die Grenzen Europas liegen, welche Länder zu Europa gehören. Nach dem Verständnis der Bildungsminister gehört Russland dazu, denn es wird sich gemäß der mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna übernommenen Verpflichtungen an der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 beteiligen.

Der formale Akt der Unterzeichnung dieser Erklärung ist lediglich der Beginn eines komplizierten Prozesses, der sowohl jedem einzelnen Land als auch der Gemeinschaft der beteiligten Staaten in den kommenden Jahren große Anstrengungen bei der Umgestaltung ihrer nationalen Hochschulsysteme abfordern wird. Die jeweiligen Ausgangspositionen der Länder sind recht unterschiedlich. Wenngleich die Erklärung von Bologna hinsichtlich der zu erfüllenden Kriterien nicht mit einem EU-Beitritt zu vergleichen ist (d.h. es werden nicht solch strenge Maßstäbe an die Hochschulsysteme der integrierten

Länder angelegt), werden aber insbesondere die postkommunistischen Transformationsstaaten stark gefordert, um bis zum Jahr 2010 eine „Harmonisierung“ ihrer Hochschulbildungssysteme mit denen der westeuropäischen Länder zu erreichen.

Russlands schwieriger Weg nach Bologna

Mit der Aufnahme der Russischen Föderation in den Kreis der Bologna-Staaten wurde eines der größten Hochschulsysteme in die „Baustelle Europäischer Hochschulraum“ integriert, dessen Leistungsfähigkeit bis weit in die 80er Jahre hinein in einzelnen Teilbereichen durchaus mit den Hochschulsystemen führender westlicher Industrienationen vergleichbar war. Ebenso ist aber auch zu konstatieren, dass der Qualitätsverlust in der Hochschulbildung, den Russland in den letzten 10–15 Jahren verzeichnen musste, derart gravierend ist, dass das Land in einigen Parametern der Hochschulbildung in die Nähe von Entwicklungsländern gerückt ist. Mit diesem „Kapital“ – sowohl negativ als auch positiv – bringt sich die Russische Föderation jetzt in das ehrgeizige europäische Vorhaben eines gemeinsamen Hochschulraumes ein.

Russland hat mit dem Beitritt zum Bologna-Prozess – wie alle anderen Länder auch – zunächst eine Absichtserklärung abgegeben, die wiederum deutlichen Handlungsbedarf auf russischer Seite hat entstehen lassen. Zum einen gibt es erhebliche Unterschiede in der Hochschulausbildung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, die auf spezifische Strukturen und Formen der Hochschulausbildung (wie z.B. das 5-jährige Hochschulstudium zum „diplomierten Spezialisten“, die „Aspirantenausbildung“ nach dem Studium, der Hochschulzugang über Hochschulaufnahmeprüfungen u.a.) zurückzuführen sind und die gemäß der Erklärung von Bologna an europäische Standards angeglichen oder aber anhand bestimmter Kriterien vergleichbar gemacht werden sollen. Andererseits sind Qualitätsunterschiede in der Hochschulbildung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu beheben, d.h. es gilt die in den letzten Jahren in vielen Bereichen eingetretenen Qualitätsverluste wieder wett zu machen und insgesamt eine europäisch und international konkurrenzfähige Hochschulausbildung in Russland aufzubauen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung war 2001 die Annahme einer einheitlichen Modernisierungskonzeption für das gesamte Bildungswesen, deren Umsetzung fast zeitgleich mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna begonnen hat und die ebenfalls bis zum Jahr 2010 terminiert ist.

Für Russland sind die neuen und vielfältigen Anforderungen an die Umgestaltung des nationalen Hochschulsystems mit einer Reihe von ernsthaften Problemen verbunden, die dazu geführt haben, dass bereits im Vorfeld der Diskussion um eine Beteiligung des Landes am Bologna-Prozess eine deutliche Spaltung in Befürworter und Gegner unter Hochschulakteuren und -politikern auszumachen war, die sich bis heute – auch nach der Vertragsunterzeichnung – erhalten hat und fortsetzt. Einer der strittigen Punkte in diesem Kontext ist die Einführung zweistufiger Studiengänge – Bachelor und Master –, die als das wichtigste Instrument zur Realisierung der Anforderungen aus der Bologna-Erklärung gilt. In Russland kannte man bis zu Beginn der 90 Jahre nur das traditionelle 5-jährige Hochschulstudium, das mit der Vergabe eines Hochschuldiploms abgeschlossen wird. Mit einer Umstellung der russischen Hochschulbildung auf Bachelor- und Masterstudiengänge würde – so die Meinung der Gegner – ein wesentliches Qualitätsmerkmal der russischen Hochschulbildung geopfert, das gerade für ein hohes Ausbildungsniveau der russischen Hochschulabsolventen stehe. Eine stärker berufsorientierte Ausbildung in Bachelor-Studiengängen, die gemäß der Bologna-Erklärung in einem 3-jährigen Studium zu absolvieren sind, würde schließlich zu Lasten der bisherigen, wissenschaftlich fundierten und breit angelegten Ausbildung gehen und das Niveau der Hochschulabsolventen qualitativ absenken. An den Hochschulen wird diese Frage seit längerem sehr ernsthaft diskutiert, allerdings kann hier nicht näher darauf eingegangen werden. Das Beispiel zeigt jedoch sehr deutlich, wie kompliziert sich der Prozess der Umsetzung der Erklärung von Bologna in einzelnen Aspekten gestaltet und dass bei weitem nicht alle Fragen eindeutig entschieden sind und damit zu rechnen ist, dass bis zum Jahr 2010 auch Änderungen bzw. Korrekturen hinsichtlich der Anforderungen vorgenommen werden können. Der Prozess als solcher bedarf einer Begleitung und Unterstützung durch wissenschaftliche Forschung – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, und dies ist in erster Linie auch eine Herausforderung und Aufgabe für die Bildungs- und Hochschulforschung im Kontext der Osteuropaforschung.

Die europäische Dimension von Hochschulbildung – ein Forschungsdesiderat

Die Aufnahme Russlands in den Kreis der Bologna-Staaten hat auch für die Forschung eine Reihe neuer

Fragen aufgeworfen: Was wissen wir eigentlich über das Hochschulsystem dieses Landes, das quantitativ betrachtet über ein enormes Potenzial an Hochschuleinrichtungen verfügt und das nun in den europäischen Hochschulraum drängt? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Beitritt Russlands für den Prozess der Errichtung des europäischen Hochschulraums? Wie werden sich künftig die Beziehungen zwischen den Ländern auf diesem Gebiet gestalten – werden sie eher gleichberechtigte Partner oder Konkurrenten sein? Die Kenntnisse über das sowjetische Hochschulsystem sind bis zum Fall des so genannten Eisernen Vorhangs nicht sehr umfangreich gewesen, aber auch über die Hochschulreformen der letzten 10–15 Jahre im Kontext der gesellschaftlichen Transformation ist kaum *systematisches* Wissen vorhanden. Im übrigen treffen diese Fragen gleichermaßen auf andere osteuropäische Staaten zu – vor allem auf diejenigen, welche die Absicht verkündet haben, demnächst (bei der Folgekonferenz in Bergen im Mai 2005) einen Aufnahmeantrag in den Kreis der Bologna-Staaten zu stellen (wie z.B. die Ukraine). Mit Blick auf die gesamte Region müssen wir konstatieren, dass noch immer erheblicher Nachholbedarf an Untersuchungen besteht, die sowohl *Kontinuität* als auch *Wandel in der Bildungsentwicklung* der betreffenden Länder sichtbar machen.

So wie Haslinger unter Bezug auf das Fach Osteuropäische Geschichte darauf verweist, dass „die EU-Osterweiterung und mit ihr die Reflexion über das östliche Europa in der europäischen Gesamtentwicklung der Osteuropäischen Geschichte beträchtliches Potential erschließen [könnten]“¹² ist analog davon auszugehen, dass die Errichtung des europäischen Hochschulraumes die Sicht auf die nationalen Bildungssysteme und Hochschulsysteme in den Ländern der Region verändern wird. Mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna durch die betreffenden Länder wird sich im Zuge der notwendigen Umgestaltungen ihrer nationalen Hochschulsysteme eine *europäische Dimension* entwickeln, deren Ausprägung und Bedeutung sowohl für die einzelnen Systeme als auch für das Gesamtvorhaben eines europäischen Hochschulraumes bislang in der Bildungsforschung kaum Berücksichtigung gefunden haben.

1 Anweiler in: Steining 2000, S. 266.

2 A.a.O., S. 267.

3 Schlögel 2000, S. 14.

4 Vgl. Haslinger 2004.

5 Vgl. z.B. FORIS-Datenbank, Stand 9/1996.

6 v. Beyme 2000, S. 244.

7 Ebd.

8 Vgl. Teichmann 2002.

9 Vgl. Henze 2003, S. 67.

10 Henze, a.a.O., S. 71.

11 Vgl. dazu ausführlicher Friedrich 2002.

12 Haslinger 2004, S. 43.



Dr. Christine Teichmann, Dipl. Dolmetscherin und Übersetzerin, Linguistin, Soziologin. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Hochschultransformation in den Übergangsgesellschaften der Staaten Ost- und Mitteleuropas sowie Zentralasiens; Internationalisierung von Hochschulbildung; Wissenschaft und Bildung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Korrespondenzadresse: 10178 Berlin, Memhardstr. 3, Fon/Fax: (030) 24 115 23, E-mail: Christine.Teichmann@gmx.de.

Literatur

Beyme, Klaus von (2000): Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmenwandel der „Transitologie“, in: Kreuzberger, Stefan u.a. (Hg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung, Köln, S. 225-244.

Friedrich, Hans Rainer (2002): Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses, Wittenberg, 22 S. (=HoF Arbeitsberichte 2002; 4)

Haslinger, Peter (2004): Vor einem Paradigmenwechsel? Die Osteuropäische Geschichte und die EU-Osterweiterung, in: Osteuropa 4/2004, 54. Jg., S. 40-46.

Henze, Jürgen (2003): Ergebnisse der Transformationsforschung zum Wandel von Bildungssystemen in Übergangsgesellschaften, in: *Tertium Comparationis*, vol. 9, No. 1, S. 67-80.

Schlögel, Karl (2000): Was einem auf die Frage nach der Situation der deutschen Osteuropa-Studien einfällt, in: *Berliner Osteuropa Info* 15/2000, S. 13-15.

Steininger, Alexander (2000): Osteuropaforschung – gestern, heute, morgen. Ein Interview mit Oskar Anweiler, in: Creuzberger, Stefan u.a. (Hg.): *Wohin steuert die Osteuropaforschung*, Köln, S. 263-271.

Teichmann, Christine (2002): Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten, Wittenberg, 42 S. (=HoF Arbeitsberichte 2002; 5).

Knowledge and Technology Transfer in Post-Socialist Russia:

Formal Institutions and Informal Mechanisms

NATALIA GLEBOVSKAYA, BIELEFELD

1. Introduction

The process of transformation in Russian economy exerted its influence on many different areas and also on science. As a result of reforms, the government ceased to interfere with most economic processes including relations between science and industry. Simultaneously, the level of state funding for scientific organizations was reduced. Economic problems led to brain drain from scientific organizations abroad and into other fields of activity. Since the end of the 1990s, some stabilization has been observed. Nevertheless, there are quite different attitudes towards the contemporary state of Russian science. Opinions vary in a wide range from the „death of science“ and doubts regarding the possibility of its revival to admiration for certain research results and dynamic processes treated rather as a „Renaissance for Russian science“ (Bush 2004). Applying a narrow definition of science (understood exclusively as basic research), the shift away from epistemic interest and an increasing share of applied research and, as a result, a brain drain from the public sector into the private one can be considered as the „death“ of science. The broad definition includes applied research. To avoid such misunderstandings, I prefer to talk about research organizations.¹ Actual processes in research and development are most easily understood if we look at strategies of knowledge and technology transfer developed in research organizations.

2. Historical and Institutional Context

Transfer of knowledge and technology under central planning was regulated mainly by government structures. Many research projects, even those with a focus on application, were not implemented because the system of central planning was not suited to deal with a vast number of innovations. The intermediary function of state authorities was an additional obstacle, since state bureaucrats were not sufficiently qualified to link the actual needs of industrial enterprises to the potentialities of science. When researchers used informal channels in search of customers, research projects for the needs of enterprises were often the result of „conspiracy“ which allowed enterprises and research organizations alike to improve their statistical indicators in the field of „innovativeness“ respectively „practical application“. Such proceedings were possible because benefits under central planning were distributed according to fulfilment and over-fulfilment of the plan. With the introduction of market reforms the situation changed. Economic reforms at the beginning of the 1990s are associated with private property rights, price liberalization and privatisation. Although most research organizations were not privatised, one can speak about a shift from public to private research. Indicative of this is the increasing share of private funding, an emerging private research sector and the informal or network privatisation of science.

Shock therapy and the conversion of the Military-Industrial Complex resulted in the loss of funding. Since investments in research and development are extremely risky, the banking system preferred other, more profitable forms of investment. Industrial enterprises were on the verge of bankruptcy. Therefore, even if in some rare cases enterprises still commissioned research and development, researchers might receive money only two or three years later, and because of high inflation they received much less than expected. Because of the high level of uncertainty, relationships between research organizations and enterprises could be characterized as distrustful.² To reduce the number of links in the chain of uncertainty, many research organizations turned into associations combining research and production. As a result, the previous division of labour within and between organizations changed.

Institutions of patenting and licensing were developed with the expectation that they would reduce the level of uncertainty for research and development under new market conditions. The key objective of the patent system is to protect authorship and to create conditions for knowledge and technology transfer on the basis of intellectual property rights.³ As a result, relationships between science and industry can become more formalized. Patents, however, appeared to be „different things in different places“ (Laet 1998: 217). While in Western countries patents are considered an efficient means of transferring knowledge and technology, in the Russian transitional economy they failed to achieve this result. Most enterprises were unable to purchase licences, whereas patent fees and annual payments for maintenance of patents in force increased more than 100 times in just five years (Dezhina 2001: 20). The patent system appeared to be too expensive. For this reason researchers have lost interest in taking out patents as a mechanism of knowledge and technology transfer.

3. Network Structures of Knowledge and Technology Transfer

When formal institutions are working inefficiently, economic actors tend to rely to a greater extent on social ties based on mechanisms of reciprocity and trust.⁴ It is therefore necessary to take a look at informal structures of knowledge and technology transfer. Despite essential differences in their situation, research organizations have in common the use of network channels of transfer, i. e. knowledge and techno-

logy transfer via spin-off practices and „embodied knowledge transfer via scientists' migration“ (Zellner 2003). The boundaries between public and private research become blurred. The low level of salaries in public organizations makes their employees look for additional earnings. The phenomenon of „double citizenship“ is one of the key strategies. In most cases scientists combine a position at public research institutes with a job in private firms. In this situation researchers can apply for public funding as scientists, and as employees of small science-intensive enterprises they can apply for credits on favourable terms and for tax privileges. This strategy generated networks based on individual migration and slightly more formalized inter-organizational networks.

After perestroika the state made an attempt to combine state property and private benefits in the form of „intra-enterprise partnerships“ treated as „heterarchies“ (Stark 2002).⁵ Later most of these partnerships turned into formally independent firms. These recombinant practices were also observed in Russian research organizations (Sedaitis 2000, Olimpieva 2003). Most interesting forms are to be observed in branch institutes dealing with applied research for the needs of particular industrial branches. In the Soviet economy most of them were monopolies or quasi-monopolies. For this reason it was essential to use recombinant practices in order to decentralize these organizations. As a result, large research institutes are surrounded by a network of private spin-offs, often attached to particular departments of the same institute and situated under its roof. Spin-offs organized on the basis of a research institute enjoy considerable privileges by using office space and equipment, and physical proximity facilitates more intensive information exchange.

Simultaneously with „intra-enterprise partnerships“, there emerged a lot of independent research groups. Later they had to formalize their status by establishing a firm. Because of a high level of failure of small high-tech firms, industrial enterprises were distrustful of their products. The key factor of trust in the realm of technology is organizational reputation. Therefore, spin-offs relating to established research institutions had essential advantages. In addition to this, one can observe the growth of successful, independent high-tech enterprises. To keep the status of small enterprise, they split into several organizations with the same trademark, creating a network of high-tech firms. Such firms actively invite research-

chers from the public sector to join them. In this case there are no formal agreements between private firms and public institutes. Research groups working as quasi-firms under the roof of private organizations try to commercialise ideas they are developing at public institutes. Here it is important to emphasize that knowledge is transferred not only from public to private organizations, but also the other way around. Researchers are allowed to use knowledge and information they acquired in private organizations for purely scientific purposes.

Many researchers prefer simple migration or cooperation with already existing firms. In such a way they reduce costs connected with creating a new infrastructure and a new reputation; simultaneously they receive financial support. Some small enterprises made a similar choice in favour of cooperation. But they preferred cooperation with state assistance. Such organizations are working under the roof of Innovation Technological Centres (ITC) or technological parks created as an element of state policy. In this case they have additional financial and infrastructural advantages and use the reputation of the ITC. Situated under the same roof as similar small enterprises, they have access to different channels of communication. Thus, governance structures of knowledge and technology transfer developed on the basis of big institutes, new high-tech associations and Innovation Technological Centres have considerable similarities that can be defined as essential autonomy of groups and cooperation between them.

4. Conclusions

The transformation of Russian science led to the development of new methods of knowledge and technology transfer that can be conceived as a network privatisation of science. Old structures were highly inflexible. In order to improve the situation, researchers had to redefine rules of interaction not so much between science and industry, but rather within and between research organizations by using the strategy of „double citizenship“ and creating start-ups. The privatisation of science and the commercialisation of knowledge are usually associated with secrecy. The situation is, however, quite different in the case of the network privatisation where the boundary between private and public research is vague. In this context information disclosure and secrecy cannot be explained by the dichotomy of the public versus the private sphere, because interaction between private

firms and public establishments is carried out through employees who occupy positions at the intersection of channels. Information exchange can be mutual and profitable for both private and public organizations. This strategy of knowledge and technology transfer is connected to the current tendency to shift from a linear model of innovation to a spiral one. Changes in this direction are proceeding more rapidly in the Russian economy than in the more developed market economies.

- 1 The paper is based on the results of field research in different research organizations (11 case studies). Most of the material was gathered during research projects at the Center for Independent Social Research (St. Petersburg).
- 2 Formal constraints expressed in a third-party enforcement were developed to reduce uncertainty and to increase trust (North 1991). In the Russian situation formal constraints had only started to develop and for this reason laws and regulations were often controversial and difficult to follow. Because of the long waiting line in the arbitration tribunal, judicial hearings could take several years to start.
- 3 In Soviet times researchers obtained rights to authorship, but they were not allowed to commercialize knowledge.
- 4 This corresponds with the argument of social embeddedness (Granovetter 1985).
- 5 Unlike markets and hierarchies associated with independence and dependence, „heterarchy“ means interdependence, organizational heterogeneity and a minimum of hierarchy (Stark 2002: 55).



Natalia Glebovsckaya ist Doktorandin am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld, P O. Box 10 01 31, D-33501 Bielefeld.
natalia.glebovsckaya@uni-bielefeld.de, gleb-n@yandex.ru.

References

- Bush, Jason (2004): A Renaissance for Russian Science, in: Business Week, August 9.
- Dezhina, I. (2001): Obespechenie effektivnykh mekhanizmov osushchestvleniya innovatsionnoy deyatel'nosti v rossijskoy ekonomike. Moskva: Institut Ekonomki Perekhodnogo Perioda (working paper).
- Granovetter, M. (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness, in: American Journal of Sociology, vol. 91, no. 3, pp. 481-510.
- Laet, M. de. (1998): Intricacies of Technology Transfer: Travel as Mode and Method, in: Knowledge and Society, vol. 11, pp. 213-233.
- North, D. C. (1991): Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Olimpieva, I. B. (2003): Postsovetskie geterarchii: transformatsiya krupnykh nauchnykh organizatsiy v period ekonomicheskikh reform, in: Zhurnal sotsiologii i sotsial'noy antropologii, vol. VI, no. 3, pp. 105-121.
- Sedaitis, J. (2000): Technology Transfer in Transitional Economies: A Test of Market, State and Organizational Models, in: Research Policy, vol. 29, pp. 135-147.
- Stark, D. (2002): Geterarkhiya: neodnoznachnost' aktivov i organizatsiya raznoobraziya v postsotsialisticheskikh stranakh, in: Radaev, V. V. (red.): Ekonomicheskaya sotsiologiya: Novye podkhody k institutsional'nomu i setevomu analizu. Moskva: ROSSPEN, pp. 47-95.
- Williamson, O. (1975): Markets and Hierarchies: Analysis and Antitrust Implications; a Study in the Economics of Internal Organization. New York etc.: Free Press.
- Zellner, C. (2003): The Economic Effects of Basic Research: Evidence for Embodied Knowledge Transfer via Scientists' Migration, in: Research Policy, vol. 32, pp. 1881-1895.

Osteuropaforschung und -lehre im Wandel

URSULA E. FRÜBIS, BERLIN

Paradigmenwechsel und Reputationsverlust der deutschen Osteuropaforschung seit 1989

In der Beschreibung der Tendenzen der Osteuropaforschung wird allzu häufig der Begriff des Paradigmas gebraucht. Dabei kann leicht der Eindruck entstehen, das dem Reputationsverlust der Osteuropaforschung mit der Ausrufung eines neuen Paradigmas begegnet werden soll. So fragt sich beispielsweise Peter Haslinger „(o)b die Fortschritte der letzten fünf Jahre bereits mit einem Paradigmenwechsel einher gegangen sind, der der veränderten Wahrnehmung Osteuropas in der öffentlichen Diskussion Rechnung trägt“.¹ Begreiflicherweise wird hier davon ausgegangen, dass eine weltpolitisch einschneidende Ereigniskette sich in einer methodischen und begrifflichen Umorientierung einer wissenschaftlichen Disziplin niederschlagen müsse. Mit dem Paradigmenbegriff wird implizit auf Thomas S. Kuhns Buch „*The Structure of Scientific*

Revolutions“ (1962) Bezug genommen. Kuhns soziologische Theorie wissenschaftlicher Entwicklung beschreibt das Aufkommen neuer Paradigmen als eine Abfolge von Revolutionen, denen jeweils Perioden „normaler Wissenschaft“ folgen. Im diesem Sinne tritt „an die Stelle allgemeiner Normen (...) das ‚Paradigma‘, d.h. ein wie vage auch immer definierter Verweis auf wissenschaftliche Inhalte: Modelle, Exemplare, Theorien, Konzepte. Das jeweilige Paradigma hat einen analogen Status zu dem der Normen, d.h., es ist handlungsleitend für die ihm verpflichteten Wissenschaftler bzw. präziser für die betreffende Kommunikationsgemeinschaft oder *scientific community*.“² Die Reduzierung von Kuhns Paradigmenbegriff auf eine rein legitimierende Funktion und eine häufig voluntaristische Verwendung ist vielfach kritisiert worden,³ wesentlich ist jedoch, das sich mit „Kuhns Theorie der Wissenschaftssoziologie die Tür zur soziologischen

Analyse wissenschaftlicher *Inhalte* und deren Verknüpfung mit der wissenschaftlichen Sozialstruktur, d.h. einer soziologischen Theorie wissenschaftlicher Entwicklung (eröffnete) (...)“.⁴

Der Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme traf die Osteuropaforschung weitgehend unvorbereitet. Viele Veröffentlichungen aus dieser Zeit geben Auskunft über die Versuche von Paradigmenmachern und -bewahrern die Disziplin neu zu verorten.⁵ Die dynamischen Interaktionen von Paradigmenmachern und -bewahrern sind aber nur ein Faktor, durch den Erkenntnisse über die Entstehung und Institutionalisierung wissenschaftlicher Spezialgebiete gewonnen werden können. Zu bedenken ist außerdem, dass es zwischen den beiden Fraktionen viele Abstufungen gibt. Auch handelt es sich bei der Zuordnung zu einer bestimmten Fraktion, etwa derjenigen, die nach 1989 eine schnelle Durchsetzung demokratischer Verhältnisse in den osteuropäischen Staaten mit dem Abhandenkommen des Forschungsgegenstands und der damit verbundenen Ressourcen verband, immer nur um Tendenzen, nicht um Absolutheiten. Außerdem ist die Herausbildung neuen Wissens kein linearer, sondern ein kumulativer Prozess, welcher allerdings paradigmatische Brüche mit einschließt.

Der Paradigmenbruch in der deutschen Osteuropaforschung entzündete sich am Vorwurf der Prognoseunfähigkeit der Forschung. Dieser Reputationsverlust wirkte sich in der Folgezeit jedoch nicht negativ auf die institutionalisierte Osteuropaforschung, genauer auf die Bewilligung von osteuropabezogenen Forschungsprojekten aus. Ganz im Gegenteil. „Allein in den vier Jahren von 1990 bis 1994 hat sich die Zahl der Institutionen, die sich mit Osteuropa befassen, ebenso wie die Anzahl der auf diese Region bezogenen Forschungsprojekte verdreifacht, die Menge an Literatur zu diesem Thema hat sich verdoppelt.“⁶ Für die sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung war über den Zeitraum von 10 Jahren (1986-1996) eine inhaltliche wie auch eine institutionelle Diversifikation festzustellen. Regionale Schwerpunkte der sozialwissenschaftlichen Osteuropaforschung waren vor allem Berlin (15 %) und München (10 %). Die Erwartung, dass sich in den neuen Bundesländern neue Zentren auf Osteuropa gerichteter Forschung bilden würden, wurden zum damaligen Zeitpunkt, also 1996, nicht erfüllt. In der disziplinären Verteilung, der an der Osteuropaforschung beteiligten Hauptdisziplinen führten die wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen mit

rund 25 % der Projektmeldungen die Rangreihe an, gefolgt von den soziologischen Institutionen mit 18 %.⁷

Vor dem Hintergrund neuerer wissens(schafts)-soziologischer Erkenntnisse ist die Entwicklung einer wissenschaftlichen Disziplin allerdings nicht einfach in der bekannten wissenschaftsgeschichtlichen Manier, also in der Beschreibung der Abfolge von Forschungsinteressen, Themenkonjunkturen, Grundsatzdebatten, der institutionellen Entfaltung oder auch in Paradigmenwechseln, nachzuzeichnen. Die Entwicklung einer Disziplin steht in einem weitaus komplexeren Spannungsverhältnis von sich verändernden institutionellen Faktoren und Formen der Wissenschaftsorganisation und Wissensproduktion.

So zeigen sich die größten Veränderungen in der Organisation und im Verständnis von Wissenschaft seit den 1970er Jahren in den „(...) far reaching shifts in the political-economic environment and more specific developments in the structure of formal knowledge production systems and state policies dealing with them. The former include: the end of the Cold War, the decline of political economies based on the combination of mass production with mass marketing and the welfare state, and the growth of research intensive industries.“⁸ Eine Analyse, die eine wissens(schafts)soziologische Perspektive einnimmt, muss die spannungsreichen Interdependenzen von externen wie auch internen Einflüssen in den Blick nehmen und sich fragen, wie sich unterschiedlichen institutionellen und organisationalen Gegebenheiten, die durchaus auch im Widerspruch zueinander stehen können, auf die Muster intellektueller Entwicklungen in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen über die Zeit hinweg auswirken.

Mit Richard Whitleys Arbeit zu *The Intellectual and Social Organization of the Sciences* (2000)⁹ lässt sich die Einwirkung unterschiedlicher Kontexte auf die dynamische Entwicklung des Wissenschaftssystems analysieren. Konkret bietet sein Analyseschema Möglichkeiten, etwa die wechselseitigen Einflüsse zwischen der inhaltlichen Disziplinentwicklung und der Spezialisierung auf der einen Seite und derjenigen der Förderstrukturen und -instrumente auf der anderen Seite zu konzeptualisieren. Für Whitley ist die Besonderheit wissenschaftlicher Organisationen darin begründet, dass sie an Reputationen orientiert sind. Die Entwicklung einer hohen reputationalen Kontrolle der Arbeitsziele und die Erfüllung von Zielvorgaben hängt von zahlreichen Faktoren ab, beispielsweise von der Existenz eines gemeinsamen

Kommunikationssystem, der Ressourcenkontrolle und exklusiven Rechten in der Bewertung der Ergebnisse. Diese wiederum sind davon abhängig, ob die betreffende wissenschaftliche Disziplin im Ganzen genug Autonomie gegenüber anderen Gruppen der kulturellen Produktion errungen hat, um die Kriterien der Zielvorgaben und der Ressourcenallokation – bis zu einem gewissen Grad – kontrollieren zu können. Im Hinblick auf die Osteuropaforschung ist zu vermuten, dass sie aufgrund ihrer starken Dependenz von politischen Zielvorgaben eine hohe reputationale Kontrolle über ihr disziplinäres Feld kaum erringen konnte. Charakteristisch für die Ost-/Osteuropaforschung ist, dass sie aufgrund externer Rahmenbedingungen *keine* starke Bindung an das universitäre Disziplinsystem ausgebildet hat. Sie ist eine Disziplin zwischen den Disziplinen, die sich in zahlreiche Ausformungen zergliedert, je nach gewählter funktionaler oder strategischer Abhängigkeit von der jeweiligen Kerndisziplin.

Das disziplinäre Feld konstituiert sich aus „Forschung“ und „Lehre“, deshalb müssen beide Felder in die Betrachtung eingehen.

From the target to the market – veränderte Rahmenbedingung der universitären Lehre und ihre Auswirkung auf die Restrukturierung osteuropabezogener Studiengänge

Im Rahmen des Bologna-Prozesses werden Studiengänge durchgängig modularisiert. Die Modularisierung soll, neben weiteren Zielen, die Konzeption neuer, interdisziplinärer Studiengänge,¹⁰ aber auch individuell interdisziplinäre Lernwege ermöglichen. Diese Entwicklung setzt sich in den auf den Bachelor aufbauenden Studienprogrammen, also in den Master-Programmen und auch in den Graduiertenschulen fort. In den Graduiertenschulen, die im nächsten Reformschritt vorgesehen sind, sollen Doktorandinnen und Doktoranden fächerübergreifend zusammengeführt werden, um „dem inter-disziplinären Charakter moderner Wissenschaft gerecht zu werden“.¹¹ In diesem Kontext werden die Fakultäten und auch die Institute als Organisationseinheiten neu überdacht. Die herkömmliche, säulenartige Fakultätsstruktur wird als die nicht mehr geeignete Organisationsform angesehen, in der sich die neuen Studienprogramme flexibel organisieren und koordinieren lassen und sich die Studierenden in anderen, anpassungsfähigen Querverbindungen bewegen können. Als Stichwörter für die neuen Organisationsformen werden Begriffe

wie Zentrenbildung, Matrixstrukturen, Cluster-Modelle genannt, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden soll.

Deutlich zu sehen ist, dass sich osteuropabezogene Studiengänge sowohl als integrierte als auch als interdisziplinär ausgerichtete Studiengänge in relativ kurzer Zeit, in welcher Organisationsform auch immer, neu organisiert haben und ihren Markt finden.¹² Die durch den Wettbewerb verschärfte Institutionenkonkurrenz hat bei den osteuropabezogenen Studiengängen zu keiner Strukturangleichung geführt – ganz im Gegenteil. Die Einführung der BA- und MA-Strukturen führt zu größerer Diversität. Damit ist zumindest teilweise für die osteuropabezogenen Studiengänge die von Georg Krücken aufgestellte These widerlegt, „dass wir uns gegenwärtig in einer Phase der Hochschulentwicklung befinden, die nicht in erster Linie durch Prozesse der staatlichen De-Regulierung und wettbewerbsbedingten Diversifizierung, sondern vor allem durch Prozesse der Re-Regulierung und Strukturangleichung gekennzeichnet ist.“ (Krücken, 2004.)¹³

Die alte/neue Herausforderung „Interdisziplinarität“

Die beschriebene spezifische disziplinäre Struktur der „Osteuropawissenschaft“ wird inzwischen verstärkt mit dem Anspruch von interdisziplinärem Forschen und Lehren konfrontiert. Dies ist keine neue Situation für die Osteuropawissenschaft, da ihre mangelnde Reputation geradezu damit begründet werden kann, dass sie eine Disziplin zwischen den Disziplinen war und ist. Durchaus ungeklärt bleibt, „wie eine *erfolgreiche* interdisziplinäre Forschung und Lehre entsteht und welches die Bedingungen ihres Bestandes sind“¹⁴ (vgl. Weingart/Stehr 2000). Eine Möglichkeit dieser spannenden Frage nachzugehen ist die Durchführung einer organisationssoziologisch fundierten Mikrostudie, die das institutionelle Feld der Disziplin nicht außer Acht lässt.

1 Haslinger, Peter: Vor einem Paradigmenwechsel? Die osteuropäische Geschichte und die EU-Osterweiterung, in: Osteuropa, 54. Jg., 4/2004, S. 40-46.

2 Weingart, Peter: Wissenschaftssoziologie, Bielefeld 2003.

3 Beispielhaft seien hier nur Maasen, Sabine, Weingart, Peter, *Metaphors and the Dynamics of Knowledge*, London 2000, erwähnt. Beide Autoren schreiben zur erstaunlichen Rezeptionsgeschichte des Buches in den verschiedenen Disziplinen. Paul Hoyningen-Huene hingegen rekonstruiert in: *Die Wissenschaftsphilosophie* Thomas S. Kuhns, Rekonstruk-

tion und Grundlagenprobleme, Braunschweig 1989, sehr detailreich die Entwicklung der zentralen Begrifflichkeiten, den Begriffswandel, den diese Begriffe im Buch erfahren und die damit verbundenen Probleme.

- 4 Weingart 2003, S. 44
- 5 Zahlreich ist die Literatur zum Thema. Beispielhaft sei hier nur angeführt: Umbach, Frank: Zukunftsperspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung in Deutschland. In: Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel, Alexander Steininger, Jutta Unser (Hrsg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion. Köln 2000, S. 211-224 (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 58).
- 6 Mattusch, Katrin, 1996, Der Umbruch in Osteuropa – Herausforderung für die Soziologie? Zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Soziologie Ost- und Ostmitteleuropas, Berlin. Die Fortschreibung der Datenanalyse wird derzeit von der Autorin dieses Beitrags im Rahmen ihrer Dissertation vorgenommen. Derzeit sind an dieser Stelle noch keine fundierten Trendaussagen zur weiteren Entwicklung nach 1996 zu machen.
- 7 Die deutschsprachige sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung im Spiegel der Datenbank FORIS, Newsletter der GESIS Servicestelle Osteuropa, Berlin, 1996.
- 8 Whitley, Richard: 2000, Introduction, Science Transformed? The Changing Nature of Knowledge Production at the End of the Twentieth Century, S. XIII. New York, Oxford University Press.
- 9 Richard Whitleys The Intellectual and Social Organization of the Sciences (1984, Neuauflage 2000, Oxford University Press, New York) ist laut Peter Weingart (2003: 52) der weitreichendste und bis heute überzeugendste Versuch, die unterschiedlichen Beobachtungen der Disziplinenentwicklung und den Zusammenhang zwischen der epistemischen und der sozialen Organisation der Wissenschaft in einen theoretischen Rahmen zu integrieren. Im Gegensatz zu Deutschland wurde sein Analyserahmen in Skandinavien und im angloamerikanischen Raum rezipiert.
- 10 Nach einer Studie des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) und des Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS) vom Herbst 2002 charakterisieren zwischen 10 und 20 % der Hochschulleitungen ihre Bachelor- und Master-Studiengänge als vorrangig interdisziplinär, und das quer durch die Hochschularten. Damit folgen die Hochschulen einer Empfehlung des Wissenschaftsrats, die Einführung der BA-/MA-Programme zur Stärkung der Interdisziplinarität zu nutzen.
- 11 Winnacker, Ernst-Ludwig, Mehr Wettbewerb im Interesse der Wissenschaft, Wie kann Elite effektiv gefördert werden? Der Kommentar. In: forschung – das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 2/2004.
- 12 Siehe Übersichtstabelle. Die Tabelle ist weitaus detaillierter angelegt und wird hier nur im Ausschnitt veröffentlicht.
- 13 Böttcher, Wolfgang u. Ewald Gerhart (Hrsg.), Organisationstheorie in pädagogischen Feldern. Wiesbaden 2004.
- 14 Weingart, Peter u. Nico Stehr (Hg.), Practising Interdisciplinarity, Toronto 2000.
- 15 Dies stellt sicher, dass alle Absolvent(inn)en mit einem in der Praxis bekannten und anerkannten Universitätsabschluss ihre berufliche Karriere starten können.



Ursula E. Frübis, M. A. der Osteuropastudien, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Gesellschaft des Osteuropa-Instituts der FU Berlin und promoviert zur Zeit über „Die Universität im Modernisierungsprozess. Eine Untersuchung zum organisationalen Wandel unter Berücksichtigung der Adaptionsprozesse an einen veränderten Forschungsgegenstand (Arbeitstitel)“.
Kontakt: fruebis@zedat.fu-berlin.

Überblicksdarstellung

Osteuropastudien:

1. M. A. FU Berlin
2. M. A. Fernstudiengang *East European Online* an der FU Berlin
3. M. A. Universität München
4. M. A. Ost-West- Studien Universität Regensburg

Studiengänge mit Schwerpunkt Ost-Mittel-Europa:

1. M. A. European Studies Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder gemeinsam mit Collegium Polonicum in Slubice
2. B. A. Europastudien Chemnitz
3. M. A. Europastudien Chemnitz (geplant)
4. Integrierte Europastudien Universität Bremen (bisher Studiengang: Magister Kulturgeschichte Mittel- und Osteuropas) Schwerpunkt Transformationsprozesse in Osteuropa
5. M. A. Internationale Beziehungen Freie Universität Berlin gemeinsam mit Humboldt-Universität Berlin und Universität Potsdam
6. Diplom¹⁵ Internationale Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt auf Mittel- und Osteuropa Universität Regensburg
7. B. A. *European Studies* Passau

a) Studiengänge: Osteuropastudien

Studiengang Universität	Osteuropastudien FU Berlin: Osteuropainstitut M. A.	East European Studies FU Berlin: Osteuropainstitut M. A.	Ost-West-Studien Universität Regensburg Europaeum M. A.	Osteuropastudien München, Regensburg, Nürnberg-Erlangen M. A.
Abschluss	Nach B. A. o. gleichwertigem u. berufsqualifizierendem Abschluss Vertiefung u. Erweiterung d. fachlichen Kenntnisse durch eine Spezialisierung auf Staaten u. Gesellschaften Ost-, Ostmittel- u. Südosteuropas. Vermittlung breiter geistes-, sozial- u. wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse über die Region Osteuropa. Der Studiengang ist disziplinenübergreifend u. gegenwartsbezogen.	Englischsprachiger Fernstudien- gang. Multidisziplinärer u. vergleichender Ansatz (Vermittlung von politischen, sozialen, kulturellen, historischen, wirtschaftlichen Kenntnissen u. Rechtswissen). Grundlage für die Analyse u. Interpretation der Konstellationen u. Entwicklungen in MOE. Zielgruppe: Postgraduierte	Auslandsorientierter Masterstudiengang, genügt in besonderer Weise internationalen Erfordernissen. Im Zentrum steht die vergleichende Untersuchung der politischen Prozesse Osteuropas, insbes. die Integration, ihre Hintergründe u. Auswirkungen für Europa. Vernetzung relevanter Disziplinen wie Rechts-, Wirtschaft-, Politik-, Geschichts-, u. Kulturwissenschaften.	Der Studiengang ist Teil des Elitenetzwerks Bayern (ENB). Sprecheruniversität: LMU München, Mitarbeit: Universität Regensburg, FA-Universität Nürnberg-Erlangen. Keine Vermittlung von Spezialproblemen einzelner Disziplinen, sondern interdisziplinär relevantes Wissen.
Konzeption und Inhalte	Fachgebiete: Politik, Geschichte, Kultur, Soziologie, Recht und Wirtschaft. Aus diesen Bereichen sind 1 Kern- disziplin u. 2 Erweiterungsdisziplinen zu wählen. Insgesamt 6 Module, davon 1 praxisorientiertes Projektmodul, 1 Sprachmodul.	Vier Komponenten: 1. Vier Kurse vor Ort, über zwei Jahre verteilt, 2. Fernstudienkurs mit Unterrichtseinheiten, die über das Internet angeboten werden. 3. Praktikum oder Studienprojekt 4. Masterarbeit.	Fachgebiete: Literaturwiss., Kulturwiss., Geschichte, Politikwiss., (Kultur-) Geographie, Rechtswiss., VWL, Theologie, Soziologie, Philosophie, Musikwiss., Kunstgeschichte. Zusatzqualifikationen: Schlüsselqualifikationen (empfohlen, aber nicht anrechenbar für Module und Note der Abschlussprüfung, jedoch im Abschlusszeugnis aufgeführt).	Fachgebiete: Geschichtswissenschaft, Slawische Literatur- u. Sprachwissenschaft, Europäische Ethnologie/Interkulturelle Kommunikation, VWL, Politikwissenschaft (geplant).
Struktur				

b) Studiengänge: *European Studies* oder Europastudien mit Schwerpunktbildung auf Mittel- und Osteuropa

Studiengang	Internat. VWL mit Schwerpunkt auf MOE	<i>European Studies</i>	Europastudien	Integrierte Europastudien	Internationale Beziehungen	<i>European Studies</i>
Universität	Regensburg	Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/O.) u. Collegium Polonicum (Slubice)	Chemnitz	Bremen	Universität Potsdam, HU zu Berlin, FU Berlin	Passau
Abschluss	Diplom-Volkswirt(in) (gesonderte Ausweisung der Studieninhalte zu MOE).	M. A. (nach 2 Semestern u. best. Leistungsnachweisen Zertifikat mögl.)	B. A. (M. A. geplant)	B. A. (M. A. geplant)	M. A.	B. A. M. A.
Konzeption u. Inhalte	Mit der EU-Erweiterung am 01. Mai 2004 verändern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa – Expertenausbildung mit Kultur- und Sprachkompetenz notwendig.	Studiengang aller 3 Fakultäten (KuWi, Jura, Wirtschaft). Im Zentralbereich Politik wird das Lehrprogramm von der Viadrina und der Adam Mickiewicz-Universität Poznan gemeinsam angeboten. Aufgrund d. geogr. Lage der Viadrina u. ihres fakultätsübergreifenden Schwerpunkts "Transformationsforschung" bietet der Studiengang als besondere Option die vertiefte Beschäftigung mit gesellschaftlichen Entwicklungen in Gesamteuropa.	Die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union wird eine große Nachfrage nach speziellen Europa-Kompetenzen für den ost- und mitteleuropäischen Raum und seine Verbindung mit Westeuropa auslösen.	Löst den bisherigen Studiengang „Kulturgeschichte Mittel- und Osteuropas“ (Magister) ab. Schwerpunkte: Polen, Russland, Westeuropa. Die interdisziplinäre Konzeption des Studiengangs verbindet verschiedene Fächer wie Politikwissenschaft, Geschichte, Kultur- u. Sprachwissenschaft Gemeinsamer Studiengang der FU Berlin, der HU zu Berlin u. der Univ. Potsdam. Seminare u. Vorlesungen an allen beteiligten Universitäten. Die Hälfte der Kernveranstaltungen in Deutsch, die andere Hälfte Englisch. Unter einer gemeinsamen Thematik. Im 3. Jahr: Module zu verschiedenen Praxisfeldern wie Archive, Medien oder europäische Organisationen.	Kernstück: Außenbeziehungen von Staaten (Außenpolitik), Beziehungen zw. Staaten (Internationale Politik) und Beziehungen zw. den Gesellschaften verschiedener Staaten (transnationale Politik). Erforschung der Entstehungsbedingungen u. Wirkungen von Ordnung u. Institutionen auf bilateraler, regionaler u. globaler Ebene.	B. A.: stark kulturwissenschaftliche Ausrichtung. Angesichts der fortschreitenden Integration Europas sollen den Studierenden Europa-Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen für den europäischen Arbeitsmarkt vermittelt werden. Fester Bestandteil des B. A. ist 3-monatiges Auslandspraktikum o/ Auslandssemester. Schwerpunkt: Kombination einer fremdsprachl. Philologie mit histor.-sozialwiss. Fach. In einem Basismodul werden Grundlagen der recht. Ordnung Europas vermittelt. Besonderheit des Studiengangs: Interkulturalität und Multidisziplinarität. M. A.: ähnliche Schwerpunkte.

Büro forumNET.Ukraine – Netzwerk für Information, Koordination und Ukrainestudien

PETER HILKES, BERLIN

Allgemeines

Das Büro forumNET.Ukraine, das am 1. 9. 2003 seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist die zentrale Stelle für Informationsaustausch, Koordination und Beratung für die deutsch-ukrainischen Beziehungen. Es wird von der Robert Bosch Stiftung und dem Ukrainisch-Deutschen Forum unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Berlin gefördert. Das Büro zielt besonders auf die Koordination und Bündelung von Kräften sowie die Vernetzung von Aktivitäten ab. Dadurch können ergänzende bzw. erweiternde Impulse für die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit aufgenommen und öffentlich präsentiert werden.

Neben einer Datenbank verfügt das Zentrum über eine Website in deutscher und ukrainischer Sprache, die aktuell und gezielt über die deutsch-ukrainischen Beziehungen und die vielfältigen Aktivitäten, beispielsweise in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, und Kultur, informiert sowie als Forum des öffentlichen Diskurses genutzt wird. Aktuelle Ereignisse im deutsch-ukrainischen Verhältnis bestimmen in hohem Maße die Tätigkeit des Büros. Das haben vor allem die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 2004 bestätigt. Neben regelmäßig via Verteiler versandten Informationen führt das Büro, oft in Kooperation mit Partnern, Veranstaltungen durch, berät, begleitet und initiiert neue Vorhaben.

Zu den Zielgruppen in Deutschland und der Ukraine zählen Akteure aus Politik und Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Repräsentanten des diplomatischen Korps. Hinzu kommen Nichtregierungsorganisationen, die insbesondere aus der Sicht „von unten“ eine wichtige Grundlage des deutsch-ukrainischen Verhältnisses bilden und zur Annäherung beider Länder beitragen. Besonderes Augenmerk gilt den in den letzten Jahren aus der Ukraine zugewanderten Personen. Ihre Kompetenzen werden für Vorhaben im deutsch-ukrainischen Verhältnis eingebunden.

Grundlage der Tätigkeit des seit 1997 mit Hilfe des Arbeitsforums Ukraine e.V. (München) etablierten

Netzwerks war eine verbesserte Information und Koordination in Ukrainistik und Ukraineforschung in Deutschland. Ausgangspunkt dafür waren internationale Tagungen bzw. Workshops beispielsweise zur Nationsbildung in der Ukraine, zur Rolle von Deutschland- und Ukrainebildern im deutsch-ukrainischen Verhältnis, zum Stellenwert des Dolmetschens und Übersetzens sowie zur Mediensituation in der Ukraine. Die Veranstaltungen haben bekannte wissenschaftliche Einrichtungen wie auch weitere Fachleute zusammengeführt und damit *in concreto* zur Netzwerkbildung beigetragen. Dominierte anfangs die historische Forschung, sorgten Politik- und Kulturwissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Bildungsforschung im Laufe der Zeit für eine größere Vielfalt der Disziplinen.

Erfahrungen

Die Resonanz auf die Existenz des Büros forumNET.Ukraine und seine Tätigkeit wird anhand der kontinuierlich zunehmenden Besucherzahl auf der Website sowie der gestiegenen Anfragen an das Büro deutlich. Indem Hinweise, Programmausschreibungen und weitere Texte dort platziert werden, hat die Identifikation der Nutzer mit der Website und dem Netzwerk zugenommen. Damit ist einem seit langem bestehenden Wunsch nach einer Plattform für Themen des deutsch-ukrainischen Verhältnisses entsprochen worden.

Zwischen Deutschland und der Ukraine bestehen zahlreiche Partnerschaften zwischen Schulen und Hochschulen, Städten, Gemeinden und Bezirken. Aus ihnen entstehen laufend neue Vorhaben, die vielfältiger Unterstützung bedürfen. Dabei ist die Mitwirkung des Büros gefragt und die Präsenz und an Ort und Stelle meist unerlässlich.

In den deutsch-ukrainischen Beziehungen haben Ukrainisch und Deutsch einen besonderen Stellenwert. Da Deutsch in der Ukraine von der Schule bis zur Wissenschaft gut repräsentiert ist, wünschte man sich größeres Interesse an der ukrainischen Sprache in Deutschland. Zwar ist hierzu in den letzten Jahren

einiges geschehen, doch reicht dies bei weitem nicht aus. Erschwerend hinzu kommen Sparmaßnahmen in der Slawistik, die sich auf die Ukrainistik als Teildisziplin negativ auswirken. Häufig bleibt die bedeutende Signalfunktion der Sprachkompetenz unbeachtet, obgleich – und das belegen zahlreiche Erfahrungen des Büros forumNET.Ukraine und seiner Partner – ihre langfristige Wirkung beispielsweise in den Beziehungen zur Ukraine unbestritten ist.

Im Fokus: Ukrainistik und Ukrainischlektorate in Deutschland

Neben dem Lehrstuhl für Ukrainistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ist der Stellenwert der Ukrainischlektorate bzw. der Ukrainischkurse an Hochschuleinrichtungen in Deutschland hervorzuheben. Dies hat eine erstmals im Herbst 2003 angebotene Zusammenkunft von Ukrainischlektorinnen und -Lektoren, von Vertretern des Lehrstuhls für Ukrainistik sowie Fachleuten aus weiteren Hochschulstädten in Deutschland ergeben. Im Wintersemester 2004/2005 wurden Ukrainistik bzw. Ukrainischkurse angeboten in Erlangen-Nürnberg, Göttingen, Halle-Wittenberg, Leipzig, München, Münster, Oldenburg und Würzburg. Ukrainischlektorate bzw. Ukrainischkurse sind an den unterschiedlichen Hochschulstandorten oft ein wichtiges Bindeglied zwischen Deutschland und der Ukraine. Doch ist darüber bislang zu wenig bekannt bzw. die vorhandenen Kompetenzen scheinen nicht selten zu wenig genutzt.

Jeder Standort hat gleichermaßen seine eigene Spezifik und stellt für die Ukrainistik entsprechende Rahmenbedingungen zur Verfügung. München hat als ehemaliges Zentrum der ukrainischen Diaspora seit 1945 eine Sonderrolle, bedingt durch die Konzentration von Einrichtungen, die sich mit Fragen Osteuropas und auch der Ukraine beschäftigen. Ukrainischkurse, die seit den 90er Jahren kontinuierlich angeboten und beachtlich frequentiert werden, sind selbstverständlicher Bestandteil des Lehrangebots am Seminar für Slavische Philologie der Ludwig-Maximilians-Universität. Mit der Ukrainischen Freien Universität, dem Osteuropa-Institut München, den Aktivitäten der Genannten und weiteren Partnern sowie der großen Zahl von Personen ukrainischer Herkunft in München und Umgebung insgesamt – hierbei ist Augsburg mit einzubeziehen – sind vor allem aus deutscher Sicht günstige Bedingungen für das Erlernen des Ukrainischen und die Kommunikation mit Muttersprachlern gegeben.

Mittlerweile hat insbesondere die starke Zuwanderung von Personen aus der Ukraine seit den 90er Jahren dazu geführt, daß Berlin gleichsam als „neues“ Zentrum für ukrainerelevante Fragen gilt, auch wenn ein für einen großen Teil der Zugewanderten eher Russisch als Ukrainisch die Kommunikationssprache bildet. Neben den politischen Instanzen – von der Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin sind wichtige Impulse ausgegangen – sind zahlreiche weitere Institutionen in Berlin tätig. Sie haben einen hohen Anteil daran, daß Veranstaltungen zu ukrainerelevanten Themen kontinuierlich angeboten und zunehmend genutzt werden. Allerdings kann von einer vergleichbaren Verankerung der Ukrainistik in der Berliner Hochschullandschaft nicht die Rede sein. Kontinuierlich stattfindende Ukrainischkurse sucht man vergeblich.

Der Lehrstuhl für Ukrainistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der eng mit Einrichtungen in Berlin sowie weiteren Partnern in Deutschland und der Ukraine kooperiert, bemüht sich darum, vorhandene Defizite zu kompensieren. Er verfügt als einziger Lehrstuhl für Ukrainistik in Deutschland über sehr gute Bedingungen zur Förderung des Ukrainischen in Deutschland. Ein Ausdruck dieser guten Ausstattung ist das seit Mitte der 90er Jahre angebotene „Ucrainicum“, das in der Regel in einem vierzehntägigen Intensivkurs Interessierte aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern zusammenführt und sich neben der Sprachkompetenz auch um landeskundliche Kenntnisse der Teilnehmer verdient macht.

Durch das Ausscheiden des Lehrstuhlinhabers im Frühjahr 2005 und wegen der ungeklärten Frage nach einer Vertretung scheint die Ukrainistik in Greifswald allerdings gefährdet, zumal daran gedacht ist, bei einer eventuellen Neubesetzung des Lehrstuhls diesen mit einem Verhältnis von 80:20 in einen für Polonistik und Ukrainistik umzuwandeln. Nicht zuletzt mit Blick auf die Entwicklung in der Ukraine und die durch die „Revolution in Orange“ mögliche Öffnung des Landes gilt es, die Ukrainistik zu stärken, dies gegebenenfalls auch an anderer Stelle. Da auch die Ukraine größtes Interesse an einer Ukrainistik in Deutschland hat, dürfte die Chance für eine Lösung der Probleme in einem gemeinsamen Vorgehen liegen.

In der Bilanz wird deutlich, daß Leipzig als weiterer Standort von besonderer Bedeutung hinzu kommt. Dies liegt maßgeblich an der Universität Leipzig, ihrem Institut für Slawistik mit zahlreichen ukrainere-

relevante Themen einbindenden Veranstaltungen etwa im Wintersemester 2003/2004 sowie weiteren Fachbereichen bzw. Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Universität, beispielsweise dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) und dem Institut für Länderkunde.

Die Ukrainischlektorate sind meist in die Slawistik der jeweiligen Hochschulen eingebunden, wobei in der Hierarchie der slawischen Sprachen insgesamt Ukrainisch nach Russisch und Polnisch bzw. den Südslawinen einen nachgeordneten Rang einnimmt. Mit Blick auf eine abnehmende Studen-
tenzahl bzw. auf ein sich änderndes Profil der Studierenden sind die slawischen Sprachen einem zunehmenden Wettbewerb ausgesetzt. Hinzu kommt, daß immer mehr Studierende aus den Herkunftsländern Slawistik studieren und damit auch die Verhältnisse an den Fachbereichen prägen. Die Ukrainischlektorate verstehen sich als Vermittler von Ukraine- und Deutschlandbildern und transportieren im Rahmen ihrer Möglichkeiten Informationen über Aktivitäten in den deutsch-ukrainischen Beziehungen in die Öffentlichkeit.

An den Ukrainischkursen – Personen aus der Ukraine werden aufgrund bereits vorhandener Ukrainischkenntnisse normalerweise vom Sprachkurs befreit – nehmen oft Studierende teil, die bereits Kenntnisse einer anderen slawischen Sprache mitbringen. An die Lektoren – und das zeigt die Erfahrung deutlich – werden daher besondere Anforderungen bei der didaktischen Konzeption und Aufbereitung gestellt. Es verwundert daher auch nicht, daß die meisten Lektoren mit eigens zusammengestelltem Material und mit aus ihrer Sicht geeigneten Lehrbüchern arbeiten. Letztere sind in Deutschland verfügbar oder stammen aus der Ukraine. Da es ein alle Kontexte ansprechendes Lehrbuch nicht gibt respektive nicht geben kann, sind Lektorinnen und Lektoren selbst gefordert. Vor diesem Hintergrund sollte im Bereich Unterrichtsmaterial eng zusammengearbeitet werden, um die Erkenntnisse und Erfahrungen anderer Lehrender zu nutzen. Hierbei hat das Büro forumNET.Ukraine eine wichtige Mittlerfunktion übernommen.

Peter Hilkes ist Leiter von "Büro forumNET.Ukraine – Netzwerk für Information, Koordination und Ukrainestudien", das seit September 2003 von der Robert Bosch Stiftung unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Berlin gefördert wird. Tätigkeitsschwerpunkte: deutsch-ukrainische Beziehungen und Fragen von Bildung und Wissenschaft in der Ukraine. Zuvor war Peter Hilkes am Osteuropa-Institut München und an der Ukrainischen Freien Universität München tätig; Forschungsschwerpunkte: Lebensbedingungen von deutschen Minderheiten in der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten, Integration von Aussiedlern sowie Förderung in ihren Herkunftsländern.

Kontakt: Büro forumNET.Ukraine, c/o Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Schaperstr. 30, D – 10719 Berlin, Tel. 030-21478412, 0173-6215417, Fax: 030-21478414, e-mail: hilkes@forumnetukraine.org, Website: <http://www.forumnetukraine.org>.

„Revolution ja, aber Ordnung muss sein!“

Wie die Teilnehmer der ukrainischen „Orangen Revolution“ ihr Leben in der Kiever Zeltstadt meisterten

MARJA VULESICA, BERLIN

Einige Tage vor der Wiederholung der Stichwahl zum ukrainischen Präsidenten am 26.12.2004 machte ich mich auf, die Bewohner der Kiever *tent city* zu besuchen, jenen Abschnitt des Kreščatik-Boulevards, an dem man einige Dutzend Zelte aufgebaut hatte. Sowohl in der Ukraine als auch in Westeuropa wurde das Camp, das spontan aus Protest gegen die manipulierte Wahl vom 21. November 2004 entstand, als Sinnbild der jungen demokratischen Bewegung in der Ukraine wahrgenommen und gefeiert.

Am Tage meines Besuchs stand die Zeltstadt bereits vier Wochen. Es interessierte mich, wie sich das Leben „auf der Straße“, in der gefürchteten Kiewer Kälte, für die „Revolution“ abspielte. Was waren das für Leute, was dachten sie und vor allem, was taten sie den ganzen Tag?

Auf dem Maidan

Unweit des Unabhängigkeitsplatzes, in Kiew *Maidan* genannt, stand die in Orange getauchte Zeltstadt. Betreten durfte sie nur, wer registriert war. Anlaufstelle für Journalisten war das Zelt des Kiewer Radiosenders Gala. Die jungen Moderatoren und Redakteure sendeten live vom Kreščatik und beschallten den Boulevard hauptsächlich mit englischsprachiger Musik. Als deutsche Journalistin hatte ich keine Schwierigkeiten, mich akkreditieren zu lassen.

Als ich die Zeltstadt betrat, glaubte ich, so gebe ich zu, einen Hauch von Revolution und Geschichte in der Luft zu spüren – auch wenn vormittags noch wenig Leben in der *tent city* war, die meisten Bewohner schliefen noch. Einige waren jedoch schon mit Frühstück beschäftigt oder schoben Wache. Sie boten mir freundlich Kaffee und Brot an, aber niemand sprach englisch und es klappte eigentlich nicht recht mit der Verständigung – bis jemand auf die Idee kam, Olena zu wecken.

Die „Revolutionärin“ Olena

Kurze Zeit später kam Olena und begrüßte mich in fabelhaftem Englisch. Wer die Ukraine kennt, weiß, dass dies

eher selten ist. Olena wollte mir gerne behilflich sein, wies aber auch daraufhin, dass ihre Zeit begrenzt sei, weil sie um zwölf Uhr zum Küchendienst müsse. Das hasse sie zwar, aber so seien nun mal die Regeln.

„Regeln“, fragte ich. „Das ist doch ein revolutionäres Lager. Ihr habt doch nicht Regeln und Bestimmungen?“ Olena lachte und erklärte mir, dass das Leben in der Zeltstadt sehr gut organisiert sei, schließlich lebten hier rund 400 Menschen. Anfangs waren es um die 3000, aber die meisten seien inzwischen wieder gegangen. Nahezu alle Studenten hätten die Zeltstadt verlassen, weil sie studieren müssten. Doch man müsse sich ordnungsgemäß bei den „Logistikern“ abmelden, welche die Abfahrt der abziehenden „Revolutionäre“ organisieren. Wer die Zeltstadt verlassen wolle, dem werde die Heimreise bezahlt, aus Juščenkos Wahlkampftopf.

Die rund 400 „Revolutionäre“ sind in Gruppen unterteilt und jeweils einem Gruppenanführer unterstellt. Jede Gruppe hat ihren Abschnitt auf dem Kreščatik. Die Gruppenleiter verteilen die Aufgaben; mindestens zwei „Revolutionäre“ sind beim Küchendienst, zwei bei der Wache. Andere sind für Nahrungslieferungen zuständig, die zum Teil freiwillige Spenden von Kiewer Supermärkten sind, zum Teil aber auch von Juščenkos Hauptquartier geschickt und bezahlt werden. Gespendet werden neben Lebensmitteln vor allem Zigaretten, warme Kleidung und Schuhe.

Olena ist 18 Jahre alt, studiert in Lviv und will noch nicht nach Hause. Sie kam gleich nach dem 21. November und will hier bleiben, bis Juščenko ins Amt des Präsidenten eingeführt wird. Alle wollen den Platz erst dann verlassen. In ihrer Gruppe ist Olena die einzige Frau neben 94 Männern, erzählt sie mir nicht ohne Stolz.

Poeten und Journalisten

Olena macht einen Rundgang mit mir durch die Zeltstadt. Die vielen Zelte und großen Küchenaggregate seien alles Spenden der Armee. Auf unserem Rundgang treffen wir Roman. Er begegnet mir äußerst misstrau-

isch und fragt nach einigen verstohlenen Blicken, ob ich eine Janukovič-Spionin sei. Doch Olena bestätigt, dass ich eine deutsche Journalistin bin. Lächelnd erklärt sie mir, Roman sei etwas ängstlich, dafür aber ein guter Poet. Nachdem er sich hat überzeugen lassen, trägt er mir sein neuestes Gedicht „Der Schrei“ vor, geschrieben zu Ehren der „Orangen Revolution“, das natürlich von der Situation im Lande handelt und von dem Wunsch vieler Menschen, endlich gegen die alten Seilschaften aufzustehen und den Protest „herauszuschreien“.

Zu uns gesellt sich noch eine junge Journalistin. Auch sie verarbeitet die Ereignisse im Lande und das Leben in der Zeltstadt in literarischer Form. Tagsüber verlässt sie die Zeltstadt, um weiter an ihrem ersten Buch zu arbeiten, abends kommt sie zum Schlafen wieder zurück. Auch Olena verlässt regelmäßig das Zeltlager, doch nur, um jeden zweiten Tag in der Wohnung eines Bekannten ein Bad zu nehmen. Andere Zeltbewohner werden von Anwohnern des Kreščati eingeladen, bei ihnen zu duschen. Zu den gern gesehenen Spenden gehören also nicht nur Nahrung und Zigaretten, sondern „sanitäre Angebote“. Olena staunt über das Vertrauen, das die Kiewer den Zeltbewohnern entgegenbringen. Schließlich kenne man sich ja nicht, auch wenn möglicherweise in den politischen Ansichten Übereinstimmung herrsche.

Verteidigung mit Ästen

Weiter treffen wir zwei junge Männer, die Wache halten. Valerij ist kasachischer Abstammung und mit viel Engagement dabei. Er scherzt zwar gern, aber auf meine Frage, warum er im Zelt lebe, wird er ernst und erzählt, dass er hier sei, weil sein Onkel vor einigen Monaten ermordet wurde. Sein Vater sitze derzeit im Gefängnis und werde von Janukovič-Anhängern misshandelt. Für ihn ist der Kampf für Demokratie und Freiheit von großer Bedeutung und Janukovič, so drückt er es in seinem gebrochenen Englisch aus, ein big bad pig.

Wächter sind sehr wichtig für das Lager, so Olena. In der Zeltstadt gehe das Gerücht um, von Janukovič bezahlte Leute wollen die tent city stürmen. „Aber wir haben keine Angst. Wir haben zwar keine Waffen, aber wir werden uns zu verteidigen wissen.“ Auf meine Nachfrage hin holt Valeri einen Holzprügel hervor. Olena lacht und bestätigt, dass die Zeltbewohner immer für alle Fälle etwas griffbereit hielten. Dazu gehören Knüppel und Prügel, aber auch Äste von den umstehenden Bäumen.

Lagerfeuer und Wodka

Olena, Valerij und Roman haben in der Zeltstadt viele Freunde gefunden. Sie haben ihrem Leben einen neuen Sinn gegeben. Wenn ich bei abendlichen Spaziergängen auf dem Kreščatik-Boulevard schlenderte und die Zeltbewohner betrachtete, unterschieden sie sich kaum von Jugendlichen, die ihre Ferien in Sommerzeltlagern verbringen. Sie saßen abends beim Lagerfeuer, erzählten sich Witze, spielten Gitarre und sangen dazu. Manchmal tranken sie trotz des strikten Alkoholverbots im Lager auch Wodka.

Aber bei genauerem Hinsehen war zu erkennen, dass diese Jugendlichen nicht so sorglos am Lagerfeuer saßen. Sie waren einerseits voller Zuversicht und vom Sieg ihres Kandidaten überzeugt und hatten andererseits Angst, dass ihm der Sieg doch noch streitig gemacht würde. Sie wollten Demokratie, Freiheit und eine Öffnung nach Europa, obwohl kaum jemand von ihnen eine westeuropäische Sprache sprach, die meisten sprachen nach wie vor nur Russisch.

Die Zukunft der Ukraine

Im Sommer will Olena nach England gehen, um dort einige Zeit zu studieren; doch im Ausland leben will sie nicht. „Warum auch, in der Ukraine wird sich in Zukunft vieles verändern.“ Auch diesen Satz sagt sie mit Stolz, Hoffnung und Glück schwingen mit. Es ist zwölf Uhr. Olena schaut erschreckt auf die Uhr, der Küchendienst wartet und die hungrigen Revolutionäre auch. Olena verabschiedet sich geschwind, nicht ohne mich für den Abend einzuladen. Zum Lagerfeuer. Sie und die anderen wollen nämlich zu gerne wissen, was Europa über die Ukraine und ihre „Orangene Revolution“ denkt.

Marja Vulesica hat Geschichte und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin studiert und ist als Redakteurin und Ressortleiterin beim Online-Magazin www.europaspiegel.de tätig.

E-mail: mvulesica@europaspiegel.de

Zwei Jahre Geschichtswerkstatt Minsk

Zur Arbeit einer weißrussisch-deutschen Erinnerungs-, Bildungs- und Forschungsstätte

PETRA RENTROP, BERLIN

Kaum ein Land in Europa ist vom Zweiten Weltkrieg so getroffen worden wie Weißrussland (Belarus). Jüngeren Schätzungen zufolge forderten der Krieg und die deutsche Besatzungsherrschaft zwischen 1941 und 1944 hier annähernd drei Millionen Opfer, darunter über eine halbe Million Juden, 700 000 sowjetische Kriegsgefangene und Zehntausende nichtjüdische Zivilisten. 380 000 Menschen wurden zudem zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Kampfhandlungen, der „Partisanenbekämpfung“ und der Politik der „verbrannten Erde“ beim deutschen Rückzug weite Teile des Landes verwüstet: im Jahre 1944 lagen nach offiziellen Angaben 209 Städte und 9 200 Dörfer in Schutt und Asche.

Entstehungszusammenhang der Geschichtswerkstatt Minsk

Das bis heute nur schwer vorstellbare Ausmaß der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in Weißrussland bildet den historischen Bezugsrahmen der Geschichtswerkstatt Minsk, die vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (IBB), dem Verband der jüdischen Gemeinden und Vereinigungen in Belarus und der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk (IBB Minsk) gemeinsam verantwortet wird. Die Einrichtung wurde im März 2003 in einem der letzten Gebäude des ehemaligen Ghettos der Stadt eröffnet. Sie verweist damit auf eine der größten nationalsozialistischen Haft- und Mordstätten in der besetzten Sowjetunion. Im Minsker Ghetto, aber auch im nahe der Stadt gelegenen Lagerkomplex von Maly Trostenec mit seinen Exekutionsplätzen Blagovščina und Šaškovka wurden Zehntausende ermordet: Juden aus Minsk und Umgebung, in Maly Trostenec auch Kriegsgefangene, Gefängnisinsassen, Widerstandskämpfer und nichtjüdische Zivilisten. In das Ghetto Minsk und nach Maly Trostenec wurden zudem mindestens 22 000 deutsche, österreichische und tschechische Juden deportiert.

Die meisten von ihnen wurden durch Massenerschießungen und in Gaswagen in Blagovščina umgebracht.

Die Geschichte des Ghettos Minsk und des Lagers Maly Trostenec ist in Deutschland wie in Weißrussland über Jahrzehnte hinweg vergessen worden. In der deutschen Erinnerungskultur verschwanden das systematische Morden und die Tatorte in der besetzten Sowjetunion weitgehend hinter den Kriegshandlungen. In der historischen Wahrnehmung war Polen der Schauplatz der Vernichtung, während die UdSSR als Kriegsschauplatz galt. Im sowjetischen Weißrussland wiederum ließen die offizielle Heldengeschichte des Zweiten Weltkriegs, erzählt als „heroischer Kampf des belarussischen Volkes und seiner Partisanen gegen die deutsch-faschistischen Invasoren“, sowie ein latenter Antisemitismus kaum Raum für ein Gedenken an die Verfolgung und Ermordung der weißrussischen Juden.

In den 90er Jahren jedoch entstanden in beiden Ländern Initiativen, die Geschichte des Ghettos Minsk und des Lagers Maly Trostenec öffentlich zu machen. Die Städte Bremen, Hamburg und Düsseldorf errichteten auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof von Minsk Gedenksteine für ihre ermordeten Mitbürger.¹ In Minsk begannen die neu gegründeten jüdischen (Opfer-)Verbände, Lebensberichte von Überlebenden der Ghettos zu veröffentlichen.² Historiker und Interessierte schlossen sich in der „Historischen Gesellschaft Trostenec“ zusammen, um die Geschichte des Lagers zu ergründen und ins kollektive Gedächtnis Weißrusslands zurück zu rufen. Auch in der historischen Forschung beider Länder gewannen Ghetto und Lager an Kontur.³

Diese und andere gesellschaftliche wie wissenschaftliche Aktivitäten zur Aufarbeitung der Ghetto- und Lagergeschichte zu unterstützen, zu bündeln und auszubauen, ist eines der vorrangigen Ziele der Geschichtswerkstatt Minsk. Unter ihrem Dach finden nun seit zwei Jahren Interessierte, Zeitzeugen und Historiker aus Weißruss-

land, Deutschland und anderen Ländern zusammen, denen die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus im Minsker Gebiet wie in ganz Weißrussland ein Anliegen ist. Auf dieser Grundlage haben sich in Anpassung des westeuropäischen Geschichtswerkstättenkonzepts an die Situation in Weißrussland inzwischen drei zentrale Aufgabenbereiche ausdifferenziert. Sie bestehen in der Begleitung und Unterstützung überlebender Opfer, der Entwicklung und Umsetzung von Programmen der historischen Bildung und der Beförderung neuerer Forschungstendenzen in der weißrussischen Kriegs- und Besatzungshistoriographie und der deutschen NS-Forschung.

Im Dialog mit Überlebenden

Die Einbeziehung von Zeitzeugen des nationalsozialistischen Terrors spielt eine zentrale Rolle in der Arbeit der Geschichtswerkstatt. Sie wendet sich dabei ungeachtet ihres thematischen Schwerpunktes nicht nur an Überlebende des Holocaust, sondern an alle Opfergruppen. Ebenso wie jüdische Zeitzeugen haben nichtjüdische ehemalige Häftlinge der Konzentrations- und Vernichtungslager, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene über Jahrzehnte hinweg nicht öffentlich über ihre (Leid-)Erfahrungen sprechen können; sie wurden teilweise sogar als Kollaborateure gebrandmarkt. Diese Situation hat sich in den 90er Jahren verbessert, als sich im Zuge der Gründung der Belarussischen Republikanischen Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ – der Partnerorganisation der deutschen Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ – erstmals Opferverbände konstituieren konnten. Gleichwohl sind ehemalige NS-Opfer noch immer erheblichen gesellschaftlichen wie staatlichen Ressentiments ausgesetzt. So berichtet etwa eine Überlebende des Konzentrationslagers Ravensbrück, dass ihr unterstellt worden sei, sie habe es sich während des Krieges in Deutschland „gut gehen lassen“, während ihre Landsleute in Weißrussland gelitten und gegen den Feind gekämpft hätten. Die nach sowjetischen Vorbild ausgerichteten Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung Weißrusslands im Juli 2004 verwiesen zudem auf einen weit gehenden Ausschluss der NS-Opfer aus der öffentlichen Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg: Hier waren als Zeitzeugen ausschließlich ehemalige Partisanen und Veteranen der Roten Armee präsent.

In dieser Situation steht für viele Überlebende gleichberechtigt neben materieller Entschädigung und

medizinischer Unterstützung, wie sie vor allem durch die Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ geleistet werden, der Anspruch, angehört und nicht länger diskriminiert zu werden. Mit der Dokumentation lebensgeschichtlicher Interviews und der Publikation autobiographischer Lebensberichte ehemaliger NS-Opfer unterstützt die Geschichtswerkstatt Überlebende darin, ihre Erfahrungen einer breiteren Öffentlichkeit in Weißrussland zugänglich zu machen.⁴ Die regelmäßige Organisation von Gesprächsrunden zwischen Verfolgten des Nationalsozialismus und Jugendlichen aus Weißrussland und Deutschland begegnet darüber hinaus dem Bedürfnis der Zeitzeugen, ihre Erfahrungen an die junge Generation weiterzugeben. „Wir müssen mit jungen Menschen über die Kriegszeit sprechen, damit solch ein Unheil nie wieder geschieht“, sagen viele von ihnen. Hier korrespondiert die Arbeit der Geschichtswerkstatt mit dem IBB-Projekt „Erinnern für eine gemeinsame Zukunft“, in dessen Rahmen ehemalige Zwangsarbeiter, Ghetto- und KZ-Häftlinge aus Weißrussland, der Ukraine und Polen zu Gesprächen mit Jugendlichen an deutsche Schulen eingeladen werden.

Lernen am authentischen Ort

In der Geschichtswerkstatt haben Gruppen und Einzelpersonen aus Weißrussland wie Deutschland die Möglichkeit, sich vor Ort in Minsk mit den lokalen Ausprägungen der deutschen Besatzungsherrschaft auseinander zu setzen. Gegenwärtig umfasst das Bildungsangebot zum einen allgemeine Informationen über die Ermordung der Juden im Minsker Ghetto und in Maly Trostenec, die Deportationen mitteleuropäischer Juden nach Minsk, den Krieg gegen die weißrussischen Dörfer sowie die Verschleppung von Weißrussen zur Zwangsarbeit nach Deutschland. In diesem Zusammenhang werden auch Stadtrundgänge durch das ehemalige Ghetto, über das Gelände des Lagers Maly Trostenec sowie Exkursionen zum vernichteten Dorf Chatyn angeboten, an dessen Stelle sich heute die zentrale nationale Gedenkstätte für die Opfer der deutschen Terrorpolitik in Weißrussland befindet.

Zum anderen bietet die Geschichtswerkstatt Raum für individuell ausgerichtete Programme. Die Perspektiven sind dabei weit gefächert; möglich sind etwa

- die interdisziplinäre Perspektive: Journalisten, Historiker, Pädagogen und Künstler gehen gemeinsam auf Spurensuche im Ghetto von Minsk;

- die (völker-)verbindende Perspektive: Belarussische und deutsche Jugendliche und junge Erwachsene arbeiten gemeinsam in einem Projekt zur Geschichte des Lagers Maly Trostenec als eines historischen Ortes mit europäischen Bezügen;
- die generationsübergreifende Perspektive: In Gesprächen mit Zeitzeugen lernen junge Menschen, was Krieg und Gewaltherrschaft, Rassismus und Antisemitismus konkret für das Leben Einzelner bedeutet haben.

Im Rahmen der historischen Bildung wurde zudem im vergangenen Jahr das Programm „Landeskundliche Schule“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, Jugendliche zur Erforschung der Kriegsgeschichte in ihrem Heimatort anzuregen. Gegenwärtiger Kooperationspartner in diesem Programm ist eine Schule aus Puchoviči im Gebiet Minsk. Weitere Schulkoooperationen sollen folgen.

„Weisse Flecken“ der Besatzungszeit erforschen

Die Besatzungsgeschichte Weißrusslands kann mittlerweile als gut erforscht gelten. Leerstellen bestehen jedoch auch weiterhin. Sie betreffen insbesondere die Geschichte der konkreten Tatorte der deutschen Verbrechen. Auch im Hinblick auf das Ghetto Minsk und Maly Trostenec sind noch viele Fragen offen. So konnte zum Beispiel die Entstehungsgeschichte des dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes unterstellten Lagerkomplexes bislang noch nicht vollständig geklärt werden. Ungewiss ist ferner die genaue Zahl der in Maly Trostenec inhaftierten und getöteten Menschen. In der Forschung wird derzeit davon ausgegangen, dass hier bis zu 1000 Häftlinge zu landwirtschaftlichen und handwerklichen Arbeiten gezwungen wurden. Die Zahl der Opfer wird offiziell mit 206 500 angegeben; Forscher wie Christian Gerlach schätzen diese Zahl jedoch als zu hoch ein und gehen von rund 60 000 Ermordeten aus.⁵ Demgegenüber vertritt Èmanuil Ioffe die These, dass allein die Anzahl jüdischer Opfer bei 140 000 liege, davon 80 000 aus Mitteleuropa.⁶ Ähnliche Unklarheiten bestehen im Hinblick auf die Anzahl der Ghettoinsassen; hier werden Zahlen zwischen 30 000 und 100 000 genannt.

Vor diesem Hintergrund hat die Geschichtswerkstatt es sich zur Aufgabe gemacht, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ghetto- und Lagergeschichte zu befördern und Historiker aus dem

In- und Ausland dafür zu gewinnen. Für ihr Archiv wird gegenwärtig Quellenmaterial zu diesen Orten der Vernichtung erschlossen. Die Präsenzbibliothek hält Fachliteratur zum nationalsozialistischen Judenmord und zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion in (weiß-)russischer, deutscher und englischer Sprache bereit. Die Geschichtswerkstatt hat zudem die Idee eines Forschungsprojekts zur Ghetto- und Lagergeschichte angeregt. Das Vorhaben wird seit Januar 2005 am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin realisiert und von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanziert; die Geschichtswerkstatt ist Kooperationspartner.

Neben der Schließung von Forschungslücken ist die Herstellung von Kontakten und Kooperationen zwischen Wissenschaftlern aus Weißrussland, Deutschland und anderen Ländern ein wichtiges Anliegen. Auf diesem Wege kann die politisch bedingte Isolation der weißrussischen Geschichtswissenschaften ein Stück weit aufgehoben werden und Historikern ein Anschluss an internationale wissenschaftliche Debatten ermöglicht werden. Entsprechend wurden in der Geschichtswerkstatt in den vergangenen Jahren regelmäßig Konferenzen auch mit internationaler Beteiligung ausgerichtet, in deren Zentrum Aspekte der Besatzungsgeschichte Weißrusslands standen. Auf den monatlichen Treffen der Arbeitskreise für Historiker und Doktoranden, die sich mit der Kriegs- und Besatzungsgeschichte befassen, werden zudem Referate von in- und ausländischen Experten gehört und diskutiert, eigene Forschungsergebnisse vorgestellt und methodische Fragestellungen besprochen. Damit hat sich die Geschichtswerkstatt auch als ein Ort des freien wissenschaftlichen Dialoges in Minsk etablieren können.

¹ Siehe hierzu auch Deutsch-jüdische Gesellschaft Hamburg e.V. (Hg.), Wegweiser zu ehemaligen jüdischen Leidensstätten der Deportation von Hamburg nach Minsk, Hamburg 1995; Staatsarchiv Bremen (Hg.), „Es geht tatsächlich nach Minsk“. Texte und Materialien zur Erinnerung an die Deportation von Bremer Juden am 18.11.1941 in das Vernichtungslager Minsk, Bremen 2001.

² Arkad'eva, Ol'ga u.a. (Hg.), ...na perekrestkach sudeb. Iz vospominanij byvsich uznikov getto i pravednikov narodov mira, Minsk 2002.

³ Siehe als Pionierarbeit zur NS-Terrorpolitik in Weißrussland im deutschsprachigen Raum mit Kapiteln zur Ghetto- und Lagergeschichte: Kohl, Paul, Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941–1944. Sowjetische Augenzeugen berichten, Frankfurt/Main 1995 (erstmalig 1990

unter dem Titel „Ich wundere mich, dass ich noch lebe“). Angaben zum Ghetto Minsk und zum Lager Maly Trostenez finden sich auch bei Gerlach, Christian, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944*, Hamburg 1999. Zum Ghetto Minsk aus alltagsgeschichtlicher Perspektive: Chiari, Bernhard, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998. Als Arbeitsbuch mit Zeitzeugeninterviews und Hintergrundberichten: Projektgruppe Belarus (Hg.), *„Existiert das Ghetto noch?“ Weißrussland: Jüdisches Überleben gegen nationalsozialistische Herrschaft*, Berlin u.a. 2003. Zu Maly Trostenez: Kohl, Paul, *Das Vernichtungslager Trostenez. Augenzeugenberichte und Dokumente*, Dortmund 2003. Zum weißrussischen Forschungsstand s. Gerasimova, I. P.; Papernaja, C. M., *Istorija cholokosta na territorii Belarusi. Bibliografičeskij ukazatel'*, Vitebsk 2001.

4 Siehe beispielhaft: *Istoričeskaja Masterskaja v Minske* (Hg.), *Spasennye iz ada. Žizn' i sud'ba. Genja Savol'ner. Rimma Galperina*, Minsk 2004.

5 Gerlach, *Morde*, S. 77 oben.

6 Ioffe, Èmanuil, *Belorusskie evrei. Tragedija i geroizm*, Minsk 2003.



Petra Rentrop, ist M. A. der Osteuropastudien und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Für das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund betreut sie zusammen mit Dr. Kuz'ma Kozak seit 2003 die Geschichtswerkstatt Minsk. Kontakt: rentrop@zfa.kgw.tu-berlin.de.

Deutsch-russische Beziehungen hautnah erlebt: Praktikum in einem „Juniorunternehmen“ in Nižnij Novgorod

LÉNA KRICHEWSKY, BERLIN

Studentische Beratungsunternehmen haben sich seit Ende der 60er Jahre an vielen westeuropäischen Hochschulen etabliert. Heute verbreitet sich dieses Modell auch in Russland. So gibt es in Nižnij Novgorod bereits zwei solcher Unternehmen, die Dienstleistungen im Bereich Marketing, Projektmanagement und Sprachmittlung anbieten. Beide werden aus Deutschland mit Geld und Know-how unterstützt. Wie sie arbeiten, mit welchen spezifischen Problemen sie konfrontiert sind, welche Chancen sie den Studenten und ihren Kunden bieten und inwieweit sie positiv zur Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen beitragen, soll dieser Bericht, der auf eigenen Beobachtungen im Rahmen eines Praktikums beruht, kurz darstellen.

Nižnij Novgorod, mit 1,5 Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt Russlands, zählt fünf staatliche Universitäten und mehrere private Hochschulen, darunter die besonders bekannte Staatliche Linguistische Dobroljubov-Universität, an der neben Lehrern auch Übersetzer und Dolmetscher ausgebildet werden. Die beiden studentischen Beratungsunternehmen, von denen hier die Rede sein wird, sind an der Dobroljubov-Universität und an der Staatlichen Bauakademie Nižnij Novgorod angesiedelt. Beide wurden durch Kooperationsprojekte mit Deutschland ins Leben gerufen (2001 bzw. 2004) und werden seither von zwei Vertretern des deutschen Mittelstands tatkräftig (sowohl finanziell als auch mit Rat und Kontakten) unterstützt. Nach ihrer Motivation befragt, nennen

diese die Vision eines Russlands, das sich durch das Engagement junger Menschen in Richtung Demokratie und Wohlstand bewegt. Gut ausgebildet, flexibel, offen gegenüber dem Ausland und „noch nicht durch die widrigen Verhältnisse verdorben“ (Anspielung auf die Korruption), würde die Jugend sich für die Stärkung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen einsetzen.

Aus einem Studentennetzwerk bzw. -klub heraus gegründet, hatten diese studentischen Unternehmen von Anfang an zahlreiche Probleme zu bewältigen, für die jedoch keine perfekte Lösung existiert. Erstens heißt es, auch mit beschränkten Geldmitteln die Mitglieder soweit zu motivieren, dass ein Minimum an Kontinuität in der Arbeit gewährleistet ist. Dies ist bei der Organisation des Studiums in Russland kein einfaches Unterfangen. Die Pflichtveranstaltungen nehmen sehr viel Zeit in Anspruch, am Ende eines jeden Semesters entscheiden Prüfungen darüber, ob die Studenten weiterstudieren dürfen (im Falle eines Nichtbestehens droht die Exmatrikulation). Hinzu kommt, dass die Arbeit im Beratungsunternehmen im Rahmen des Studiums kaum anerkannt wird, da Praktika und Projektmodule längst nicht den gleichen Stellenwert wie in Deutschland oder Frankreich haben. Schließlich wollen oder müssen die Hochschüler oft notgedrungen in ihrer Freizeit Geld verdienen, was in einem unqualifizierten Nebenjob manchmal leichter ist, als wenn man sich als selbständiger Unternehmer betätigt. Wechselt jedoch die Zusammensetzung des Teams zu oft, besteht die Gefahr, dass Kenntnisse und Erfahrungen nicht weitergegeben werden und die Beziehungen zu den Kunden abbrechen.

Eine zweite Hürde ist administrativer Art. Die Wahl der Rechtsform, die Registrierung der Organisation, das Eröffnen eines Bankkontos, die Buchführung: all diese Schritte erfordern Mühe, Zeit und Geld. Zudem fallen schon im ersten Jahr Steuern an. In einem ersten Stadium arbeiten diese studentischen Unternehmen daher oftmals „halblegal“, also ohne sich bei den Behörden offiziell anzumelden. Damit sind der Tätigkeit der Organisation jedoch Grenzen gesetzt, vor allem, wenn Reisen oder offizielle Veranstaltungen anstehen. In Nižnij Novgorod hat sich eines der studentischen Beratungsunternehmen entschlossen, den Status einer „Autonomen Nichtkommerziellen Organisation“ anzunehmen. Dieser Schritt wurde aus finanziellen Überlegungen unternommen (u.a. wegen der Möglichkeit, im Ausland Fördergelder

zu beantragen und wegen günstigerer steuerlicher Bedingungen als für profitorientierte Organisationen). Zudem wollte man dadurch dem besonderen Tätigkeitsbereich Rechnung tragen, der nicht profitorientiert ist (Jugendaustausch zwischen Deutschland und Russland, freie Mitarbeit von Studenten).

Schließlich müssen studentische Unternehmen, wie andere Unternehmen auch, eine Anschubfinanzierung finden, um zum Beispiel Büromaterial zu kaufen, Kontakte zu potentiellen Kunden zu knüpfen und marktfähige Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln.

Gerade um die letzteren Schwierigkeiten zu meistern, kann Hilfe von außen entscheidend sein. In Nižnij Novgorod kam sie aus Deutschland. Durch privates Sponsoring konnten beide studentischen Unternehmen Computer anschaffen, einen Raum finden, einen Telefonanschluss bezahlen und die materiellen Bedingungen für ihre Arbeit herstellen. Die Sponsoren vermittelten ebenfalls (und vermitteln bis heute immer noch) nützliche Kontakte zu deutschen und russischen Firmen und öffentlichen Einrichtungen. Über eine Partnerschaft mit der Freien Universität Witten-Herdecke und dank des Programms für Praktikantenaustausch beim Bundespräsidenten können sich interessierte Studenten in der Kunst, ein Unternehmen zu führen, weiterbilden. Diese internationale Dimension macht die studentischen Beratungsunternehmen in Nižnij Novgorod für deutsche Partner besonders interessant. Die Kenntnis der deutschen Arbeitskultur sowie fachliche Unterstützung durch Dozenten, Sponsoren und andere Partner garantiert zusätzlich zur eigentlichen Ausbildung der Studenten ein Minimum an Qualität der angebotenen Dienstleistungen. Auch sind die hier angebotenen Beraterleistungen deutlich billiger als bei deutschen oder Moskauer Consultingfirmen, wobei die hiesigen Studierenden auch noch den großen Vorteil haben, sich mit den lokalen Verhältnissen gut auszukennen. Mehrere deutsche mittelständische Unternehmen und Unternehmensvereinigungen haben diese Chance bereits genutzt. Ein Planungsbüro aus Sachsen hat in Zusammenarbeit mit Studenten in Nižnij Novgorod eine Niederlassung gegründet. Drei andere haben konkrete Schritte in diese Richtung eingeleitet und werden voraussichtlich bis Sommer 2005 ein Büro in der Stadt eröffnen.

Wollen deutsche Unternehmen sich in Nižnij Novgorod etablieren, ist es nicht unüblich, dass sie auf diese Junior-Beraterfirmen als einen Pool qualifizierter Arbeitskräfte zurückgreifen. Das bedeutet für die Sprachstudentinnen

und -studenten die Erschließung eines neuen Arbeitsmarktes und somit eine mögliche Alternative zum Lehrerberuf und zur akademisch-wissenschaftlichen Laufbahn. Studentische Beratungsunternehmen bieten also sowohl den Studierenden als auch den Kunden und Förderern viele Vorteile.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie diese Unternehmen sich nach der Gründungsphase weiter entwickeln werden. Eine der beiden studentischen Firmen aus Nižnij Novgorod ist relativ neu und noch im Aufbau begriffen (sie wurde im Herbst 2004 als Arbeitsgruppe gegründet). Die ältere Organisation, die 2001 ins Leben gerufen wurde und seit Ende 2003 offiziell registriert ist, befindet sich in einer schwierigen Übergangsphase in die Selbständigkeit. Sponsorengelder wahren nicht ewig und aus Studenten werden Absolventen, deren Erwartungen in Bezug auf Sicherheit und Entlohnung steigen. Weil der Hauptpartner aus Deutschland sich allmählich zurückziehen will, steigen die Anforderungen an das Unternehmen, kostendeckend zu arbeiten. Zudem hat es der Erfolg der unternommenen Projekte notwendig gemacht, einige Mitarbeiter in Vollzeit zu beschäftigen, da die Studenten die doppelte Arbeitslast nicht mehr tragen konnten. So sind ehemalige Studierende nach ihrem Abschluss geblieben, haben neue Tätigkeitsbereiche erschlossen und neue Kunden gefunden. Aus dem reinen Studentenunternehmen ist

etwas anderes geworden, nämlich eine Organisation, die sich selber nicht richtig einordnen kann als Studentenklub, Studentenunternehmen, deutsch-russischer Verein oder klassische Beratungsfirma. Die Frage nach der Rolle von Studierenden und Freiwilligen im Verhältnis zu den angestellten Mitarbeitern ist nicht nur eine Machtfrage, sondern auch eine Frage nach der Legitimität und der Identität der Organisation. Parallel dazu werden auch Fragen nach Effizienz, Professionalität, Kundenorientierung und Strategie umso brennender, als die Arbeit der Angestellten regelmäßig vergütet werden muss.

Im Sinne der ursprünglichen Idee, auf der Kompetenz und der Begeisterung der Studenten aufzubauen, besteht meine Aufgabe als Praktikantin aus dem Osteuropa-Institut darin, diesen Wandlungsprozess zu begleiten. Für angehende Organisationsentwickler ein wunderbares Exerzierfeld, gleichzeitig auch ein einzigartiges Beobachtungsobjekt, um organisatorischen Wandel im interkulturellen Kontext hautnah zu erleben.

Léna Krichewsky, ist Studierende des M. A.-Studiengangs Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin.

Der Fall Chodorkovskij / „Jukos“ – Die Zerschlagung eines Konzerns

ULF WALTHER, BERLIN

Das rechtsstaatlich und politisch fragwürdige Vorgehen gegen den russischen Ölkonzern Jukos hat zahlreiche Proteste von Unternehmerverbänden, Menschenrechtsgruppen und Reformern in Russland hervorgerufen, die jedoch weitestgehend ungehört blieben. Weltweit äußern sich Politiker, Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen kritisch zu der Zerschlagung des Unternehmens und befürchten erhebliche rechtsstaatliche Verletzungen in den Verfahren gegen den Anteilseigner und früheren Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkovskij sowie den Miteigentü-

mer Platon Lebedev.¹ Unklarheit bestand zunächst über die möglichen Motive für das Vorgehen der Staatsmacht gegen Jukos. Ob eventuell persönliche politische Ambitionen Chodorkowskij, seine Unterstützung von Oppositionsparteien, der beabsichtigte Pipelinebau nach Murmansk und China, um eine eigenständige Exportpolitik betreiben zu können, der Streit zwischen Yukos und seinem staatlichen Konkurrenten Rosneft oder das Vorhaben, Yukos nach einer Verschmelzung mit Sibneft in Teilen ins Ausland zu verkaufen für das entschlossene Vorgehen der

Kreml-Führung und der Staatsanwaltschaft ausschlaggebend waren, lässt sich schwer abschätzen. Diese und andere mögliche Gründe waren und sind weiterhin Gegenstand von Spekulationen.² Als wahrscheinlich gilt, dass sich das Vorgehen auf eine Summe von Motiven zurückführen lässt und eine monokausale Erklärung weitgehend auszuschließen ist.

Der Fall nach dem Aufstieg

Michail Chodorkovskij, Mitbegründer und Leiter der Menatep-Bank, die 1995 die Anteilsmehrheit am Erdölkonzern Jukos erworben hatte, wurde 1997 Vorstandsvorsitzender von Jukos. Im Zuge der russischen Finanzkrise im August 1998 stürzten die Aktien des Unternehmens zunächst radikal ab. Daraufhin sorgte Chodorkovskij für größere Transparenz bei Jukos, richtete Buchführung und Dividendenpolitik nach internationalen Standards aus und legte 2002 sogar die Anteilseigner offen.³ Damit gelang es ihm, die Produktionskosten um zwei Drittel zu reduzieren. Darüber hinaus engagierte sich Chodorkovskij auch in der Politik, war zeitweise sogar stellvertretender Energieminister und beteiligte sich an der Wahlkampffinanzierung des damaligen Präsidenten Jelzin. Später leistete er finanzielle Unterstützung für verschiedene oppositionelle Parteien in der Duma.

Weltweite Bekanntheit erlangte der Jukos-Chef allerdings erst im Juli 2003, als der Leiter der Menatep-Bank und Chodorkovskij-Vertraute Platon Lebedev verhaftet wurde. Es folgten Durchsuchungen der Zentrale von Jukos. Drei Monate später, am 25. Oktober 2003, wurde Chodorkovskij aufgrund der Vorwürfe der Steuerhinterziehung, des Betrugs und weiterer Verstöße gegen das Strafrecht festgenommen.⁴ Eine zuvor geplante Fusion zwischen Jukos und dem Ölundertnehmen Sibneft zum weltweit viertgrößten Konzern der Erdölbranche wurde wenig später abgesagt. Im Juli 2004 verurteilte ein Moskauer Gericht den Konzern zu einer Steuernachzahlung von 2,8 Mrd. Euro für das Jahr 2000. Während der Staat weitere Milliardenforderungen ankündigte, wurden die Geschäftskonten des Unternehmens eingefroren, weshalb in der Folge Kredite nicht mehr bedient werden konnten. Einem Angebot Chodorkovskijs, sich von seiner Unternehmensbeteiligung zu trennen, um den drohenden Bankrott abzuwenden, wurde nicht entsprochen.

Am 19. Dezember 2004 erfolgte die Zwangsversteigerung von Yuganskneftegaz, dem Herzstück von Jukos. Mit dem Erlös sollten die Steuerschulden

beglichen werden. Ein US-Gericht, das dem Jukos-Konzern Gläubigerschutz gewährte und eine provisorische Verfügung gegen die geplante Versteigerung erließ, konnte die russischen Behörden nicht mehr von ihrem Vorhaben abbringen. Die bis dahin unbekannte Baikal Finance Group hatte 76,8 % der Aktien von Yuganskneftegaz für 7 Mrd. Euro ersteigert; kurz darauf wurde diese Gesellschaft vom staatlichen Erdölkonzern Rosneft aufgekauft. Regierungsplänen zufolge soll die unrentabel agierende Rosneft mit dem Gazprom-Konzern verschmolzen werden. Damit könnte der Staat seinen Anteil an Gazprom auf über 50 % erhöhen.⁵

Der wirtschaftspolitische Hintergrund

Die Energiepolitik stellt einen wesentlichen Pfeiler der russischen Wirtschaftspolitik dar. Laut Russlands „Energiestrategie bis 2020“, an deren Ausarbeitung Regierung, Präsidialverwaltung und Energiewirtschaft beteiligt waren, bildet die langfristige Versorgungssicherheit ein vorrangiges und gemeinsames Ziel der Energiepolitik. Die für eine optimale Energieversorgung benötigten Mittel bleiben in der Strategie allerdings abstrakt.⁶ Beispielsweise werden Strukturmaßnahmen im Erdgas- und Stromsektor nur ansatzweise ausgeführt. Auch entzündeten sich an der Höhe der Sätze für Steuern und Exportzölle immer wieder handfeste Interessenkonflikte zwischen Staatsführung und Erdöleliten. Diese Frage fand allerdings nicht Eingang in die Energiestrategie, sondern bleibt Gegenstand spezieller Beschlüsse.⁷ Die nationale Energiestrategie, die strukturellen Reformpläne und Beschlüsse für den Energiesektor lassen deutlich erkennen, dass der Energiesektor „zur Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen unter staatlicher Kontrolle bleiben wird und als Erfüllungsgehilfe staatlicher Ziele in die Pflicht genommen wird“.⁸

Die Putinsche Energiepolitik sieht sich allerdings mit folgender Problemlage konfrontiert: Nachdem es, wie ursprünglich propagiert, nicht gelungen ist, das russische Wirtschaftswachstum zu diversifizieren und den Konsum anzuregen, ist Russland weiterhin existentiell auf den Export von Energieträgern angewiesen. Momentan wird das russische Wirtschaftswachstum ausschließlich durch die hohen Erdölpreise getragen. Das für die Generierung eines selbsttragenden diversifizierten Wachstums benötigte Investitionskapital kann folglich nur aus dem Energiesektor kommen, der mehr als die Hälfte zum russischen

Bruttoinlandsprodukt beiträgt und etwa 60 % der Exporteinnahmen ausmacht. Dazu müssen Exporteinnahmen aus dem Energiesektor in andere Wirtschaftszweige transferiert werden.⁹

Die Kreml-Führung setzt dabei offensichtlich nicht nur auf ordnungspolitische Maßnahmen, sondern verfolgt darüber hinaus das Ziel, die Steuerhinterziehung in der Energiewirtschaft zu bekämpfen und auf der Monopolstellung einiger Unternehmen beruhende, so genannte „unverdiente Profite“ zur Finanzierung des Wirtschaftsprogramms abzuschöpfen. In diesem Zusammenhang droht die Regierung mit steuerpolizeilichen Buchprüfungen und Unternehmensschließungen und übt so Druck auf die Oligarchen aus, die eine Infragestellung der Privatisierung der 90er Jahre befürchten.

Informeller Pakt zwischen Kreml und Wirtschaftseliten

Seit der Parlamentswahl vom Dezember 2003, bei der Putins Partei der Macht „Edinaja Rossija“ (Einiges Russland) eine Mehrheit errang, die Verfassungsänderungen ermöglicht, ist es für den Präsidenten wesentlich einfacher, Gesetzesentwürfe schnell und erfolgreich durch beide Parlamentskammern zu bringen. Die Partei „Jabloko“, die neben den Kommunisten gegen die Stromreform opponierte, ist nicht mehr in der Duma vertreten. Der Föderationsrat hat durch Putins Reformen nahezu völlig an politischer Bedeutung verloren.

Mit der Verhaftung und dem darauf folgenden Rücktritt des Chefs der Präsidialverwaltung, Alexander Wolosin, hat die neue Kreml-Führung auch mit dem „System Jelzin“ endgültig gebrochen.¹⁰ Beide Vorgänge stellen einen weiteren Abschnitt auf dem Weg der Machtkonsolidierung Putins dar, der mit seiner Amtsübernahme im Jahr 2000 begann. Unter Jelzin versuchte die politische Führung, die Wirtschaftseliten an sich zu binden, indem ihnen die Unantastbarkeit der Privatisierungsergebnisse versprochen wurde. Putin hatte bei seinem Amtsantritt von den Verbindungen der alten Kreml-Elite profitiert, entwickelte aber rasch ein eigenes Profil mit dem Ziel, von den Oligarchen unabhängig zu werden.¹¹ Unterstützt wird er dabei von einer Reihe ihm vertrauter St. Petersburger Entscheidungsträger. Der das System Jelzin kennzeichnende Trend zu größerer Autonomie der Föderationssubjekte sollte umgekehrt und das riskante „Laisser-faire“ des gesundheitlich angeschlagenen, immer erratischer regierenden

und von den Finanzhilfen der Großunternehmer abhängigen Staatschefs beendet werden.¹²

Untersuchungen der russischen Soziologin Olga Kryscanowskaja zufolge setzt Putin bei der Schaffung seiner eigenen Hausmacht vor allem auf die so genannten *siloviki*.¹³ Dabei handelt es sich um Angehörige des Justizapparats und der Sicherheitsorgane, welche die wichtigen, aber kaum sichtbaren Positionen im zweiten und dritten Glied besetzen und für die, laut Kryščanowskaja, Korpsgeist, Loyalität und eine größere Korruptionsresistenz charakteristisch sind. Damit erhalten Prinzipien wie Ordnung, Kontrolle und Sicherheit eine vorrangige Bedeutung.

Um bei dem Vorgehen gegen einzelne (anstatt: die beiden) Magnaten nicht die geballte (Finanz-)Kraft des Großunternehmertums gegen sich aufzubringen, musste der Kreml die nicht direkt betroffenen Wirtschaftseliten davon überzeugen, dass sie unter bestimmten Auflagen vor ähnlichen Aktionen sicher seien. So entstand ein informeller Pakt zwischen dem Kreml und den Oligarchen, wonach letztere sich aus der Politik heraushalten und sich auf ihre wirtschaftlichen Aktivitäten beschränken. Im Gegenzug dürfen sie ihre Reichtümer aus den wilden Privatisierungen der 90er Jahre behalten.¹⁴

Im Rückblick erscheint es so, dass im Jahre 2003 der Kreml auf eine neue Bedrohung seines absoluten Machtanspruchs aufmerksam wurde. Im Sommer erschien ein Manifest eines dem Kreml nahestehenden think tank, der eine bevorstehende, von nicht namentlich genannten Großunternehmern organisierte und finanzierte Machtübernahme andeutete. Wenig später tauchte kompromittierendes Material über das „Imperium Chodorkovskijs“ auf.¹⁵ Vermutlich handelte es sich dabei bereits um das mediale Vorspiel für die späteren Untersuchungen der Staatsanwaltschaft gegen den Jukos-Konzern. Abzuwarten bleibt, ob mittels der Strafaktion gegen Jukos „nur“ ein an die Adresse des Großunternehmertums gerichtetes Exempel statuiert werden soll, dass nämlich die Nichteinhaltung des Pakts erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Möglich ist aber auch, dass zumindest Teile der Kreml-Elite sich nach der weitgehenden Machtkonsolidierung stark genug fühlen, weitere Forderungen an die Großunternehmer zu stellen und den Pakt durch ein neues Abkommen ersetzen wollen.

Politische Motive

Präsident Putin stellte die Affäre von Beginn an als rein juristische Angelegenheit dar, bei der ihm die

Gewaltenteilung nicht erlaube sich einzumischen.¹⁶ Jedoch ist unschwer zu erkennen, dass der Kreml darum bemüht ist, die Prozesse inner- und außerhalb der Gerichte in die gewünschte Richtung zu lenken. Bereits der Zeitpunkt der Justizoperation legt nahe, dass es vor allem um politische Ziele geht – sechs Wochen vor der Parlamentswahl und wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl.

Fest steht, dass die Anklage gegen die Jukos-Verantwortlichen selektiv ist, denn alle Magnaten, deren Profite auf die wilden Privatisierungen in den 90er Jahren zurückgehen, könnten für ähnliche Vergehen vor Gericht gestellt werden. Nahezu jeder Großunternehmer in Russland müsste dann strafrechtlich belangt werden, da nur die wenigsten von ihnen in der postkommunistischen Transformationsphase Eigentum auf legale Weise erwarben. Fragwürdig erscheint die konzertierte Aktion gegen Jukos auch vor dem Hintergrund, dass sich die verlangten Steuern und Abgaben auf teilweise mehr als 100 % des Umsatzes summieren und Modelle der Steueroptimierung geahndet werden, die landesweit verbreitet sind und zuvor verschiedentlich als legal bestätigt worden waren.¹⁷

Auswirkungen auf das Investitionsklima

Während die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung die Verhaftung Chodorkovskijs begrüßte, da ihrer Meinung nach endlich diejenigen hinter Gitter gebracht werden, von denen sie sich beraubt glauben,¹⁸ ist das staatliche Vorgehen nicht ohne negative Auswirkungen auf das Vertrauen der in- und ausländischen Unternehmer in die unter Putin allmählich gewachsene politische Stabilität und somit auf das Investitionsklima geblieben, wie die angestiegene Kapitalflucht belegt.¹⁹

Das Vorgehen gegen den Jukos-Konzern und gegen Chodorkovskij wirft insbesondere Fragen zu den „Kollateralschäden“ in Hinblick auf Rechtssicherheit, Gewaltenteilung und Schutz des Privateigentums auf. Angesichts der Ereignisse um Jukos hat der von den finanzstarken Erdöleliten dominierte Unternehmer- und Industriellenverband gegenüber Präsident Putin die Befürchtung geäußert, dass die Privatisierungen der 90er Jahre und damit die gegenwärtig geltenden Besitzrechte erneut in Frage gestellt werden könnten.²⁰

Fest steht, dass der Prozess gegen Jukos nicht nur von ausländischen Investoren sehr genau beobachtet wird, die versuchen, das Risikopotenzial im heutigen Russland auszuloten, sondern auch von denen, die an

der politischen Entwicklung des Landes ein allgemeines Interesse haben. Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit zählen zu den wesentlichen Pfeilern eines Staates, der für potenzielle ausländische Investoren attraktiv sein will. Wenn Aktien beschlagnahmt werden, der Einfluss der Staatsbürokratie zunimmt, die Wirtschaft dadurch an Transparenz verliert und Kapitalflucht die Folge ist, bedeutet das immer auch einen Rückschlag für den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozess.

Zudem steht die staatliche Aktion gegen Jukos in krassem Widerspruch zu den erklärten politischen Zielen der russischen Führung, nämlich der Verdoppelung des Bruttoinlandprodukts bis zum Jahr 2010 und der Integration in die Weltwirtschaft.²¹ Die damit verbundene Internationalisierung russischer Konzerne wird die Kreml-Führung zunehmend zur Einhaltung internationaler Spielregeln zwingen. Das deutete sich bereits an, als ein US-Konkursgericht dem Antrag des vorwiegend amerikanischen Managements von Jukos auf Gläubigerschutz stattgab. Der amerikanische Richterspruch hat die Zwangsversteigerung der wichtigsten Jukos-Tochter Yuganskneftegaz nicht verhindern können, aber anscheinend die russischen Akteure beeindruckt. Zwar bezeichnete Putin den Richterspruch als unannehmbare Einmischung in innerrussische Angelegenheiten. Dennoch scheint der Kreml die Transaktion mit der Baikal Finance Group, die ihrerseits wiederum von dem staatlichen Erdölkonzern Rosneft gekauft wurde, wegen der sich abzeichnenden milliardenschweren Schadensersatzforderungen der Jukos-Eigner vor allem deswegen eingefädelt zu haben, um den an Yuganskneftegaz und damit an einer Verschmelzung mit Rosneft interessierten Gazprom-Konzern vor juristischen Konsequenzen zu schützen.²² Dessen ausländische Geldgeber, zu denen auch die Deutsche Bank gehört, können sich nicht erlauben, die richterlichen Sanktionen zu ignorieren, um dann eine mögliche Übernahme durch Gazprom und damit die faktische Verstaatlichung von Jukos zu finanzieren.

Auch ist der Kreml bemüht, ausländische Investoren und Unternehmer nicht zu verschrecken. So äußerte bereits im November 2003 der neue Chef der russischen Präsidialverwaltung, Dimitrij Medvedev, im russischen Staatsfernsehen seine juristischen Bedenken hinsichtlich des Einfrierens des Aktienpakets und forderte die Staatsanwaltschaft auf, die wirtschaftlichen Konsequenzen ihrer Aktionen besser zu überdenken.²³ Solche Äußerungen kön-

nen nur mit Putins Zustimmung erfolgen und verdeutlichen somit die Versuche des Kreml, die Wirtschaftskreise im In- und Ausland zu beruhigen.

Die EU-Kommission sieht in dem Vorgehen zumindest keinen Versuch der russischen Führung, zu einer staatlich gelenkten Wirtschaft zurückzukehren. Sie interpretiert die Vorgänge als eine politisch motivierte Auseinandersetzung, in deren Verlauf ein Wirtschaftsimperium zerstört werden soll, das auch gewisse strategische Ziele zur politischen Einflussnahme im Land verfolgt habe.²⁴ Mittlerweile geben sogar enge Putin-Mitarbeiter wie sein Wirtschaftsberater Andrej Illarjonov öffentlich zu, dass die Strafaktion politisch motiviert ist; er musste daraufhin die meisten seiner Funktionen abgeben. Das Ziel sei es, zu verhindern, dass die Eigentümer von Jukos die finanzielle Schlagkraft des Unternehmens dazu benutzen könnten, den Machtanspruch des Kremls herauszufordern.²⁵ Entsprechend ist dem Anwalt von Chodorkovskij, Jurij Schmidt, zuzustimmen, wenn er feststellt, dass der Fall nicht im Gerichtssaal, sondern im Kreml entschieden wird.²⁶

Fazit

Im Fall Yukos vermischen sich innen- und wirtschaftspolitische und eigentumsrechtliche Motive. Die Aufklärung von Straftaten war dabei bestenfalls ein propagandistisches Nebenprodukt mit Blick auf die damals bevorstehenden Wahlen. Obwohl die Vorwürfe der Justiz teilweise zutreffend sein mögen, hat die konzertrierte Aktion der staatlichen Finanz- und Strafverfolgungsbehörden mit einer transparenten rechtsstaatlichen Verfahrensweise nichts gemein. Es erscheint äußerst fragwürdig, wenn die Justiz einseitig gegen denjenigen „Oligarchen“ vorgeht, der am deutlichsten von allen darum bemüht war, den politischen Willensbildungsprozess in Russland zu beeinflussen.

Die Ausschaltung Chodorkovskijs als politischer Gegner des Kreml ist offenkundig das vorrangige Ziel, das die Staatsführung, insbesondere ihre Mitglieder aus den Sicherheitsapparaten, im Auge haben. Wie der Fall Jukos zeigt, dulden sie keinen ausländischen Einfluss im strategisch wichtigen Energiesektor und verfolgen darüber hinaus möglicherweise persönliche kommerzielle Interessen.

Privatisierungen sind in Russland nur noch auf Grundlage von Präsidialerlassen möglich.²⁷ Der Fall Jukos bildet insofern eine Ausnahme, denn hier wurde ein bereits privatisiertes Unternehmen wieder in Staatsbesitz rücküberführt. Dennoch ist

eine umfassende Revision der Privatisierungen aus den frühen 90er Jahren unwahrscheinlich, da sie mit nicht unerheblichen negativen Auswirkungen auf das Investitionsklima und somit auf das angestrebte Wirtschaftswachstum verbunden wäre. Das Vorgehen gegen Yukos ist als Warnung an andere Großunternehmen zu interpretieren, keine politischen Ambitionen zu entwickeln und keine dem Präsidenten potentiell gefährlich werden können den politischen und wirtschaftlichen Koalitionen zu schmieden.

1 So verfassten 49 europäische Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am 5. Oktober 2004 in Berlin einen „Aufruf zur Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit im Fall Chodorkovskij“, in dem sie sich für rechtsstaatliche Verfahren und Vorgehensweisen gegen den Konzern und seine früheren Verantwortlichen einsetzen. Vgl. Ehlers, Kai: Großer Fisch im Netz. Die Yukos-Versteigerung, in: Freitag. Ost-West-Wochenzeitung, 24.12.2004.

2 Vgl. Schneider, Eberhard: Putin und die Oligarchen. Konflikt oder Kooperation? SWP-Studie Berlin 2004, S. 16 ff.; und Götz, Roland: Russland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkovskij, SWP-Aktuell, Berlin 2003, S. 4 f.

3 Vgl. Heinrich, Andreas: Globalisierung und Corporate Governance. Russlands Erdöl- und Erdgassektor, in: Osteuropa 9-10 / 2004, S. 355-365.

4 Vgl. Götz, Russland und seine Unternehmer (Anm.2), S. 2.

5 Vgl. Yuganskneftegaz wird verstaatlicht, in Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 24.12.2004, und Yukos-Erdöl in staatlicher Hand, in: FAZ.NET, 23.12.2004.

6 Vgl. Bollinger-Kanne, Josephine: Liberalisierung à la russe. Energiewirtschaft als staatliche Veranstaltung, in: Osteuropa 9-10/2004, S. 327 f.

7 Vgl. ebd., S. 333.

8 Ebd., S. 338.

9 Vgl. Hardt, John: Holländische Krankheit oder Putinsches Übel? Zum Umgang mit Russlands Energielastigkeit, in: Osteuropa 9-10 / 2004, S. 319.

10 Vgl. Götz, Russland und seine Unternehmer (Anm.2), S. 6.

11 Vgl. Schneider, Putin und die Oligarchen (Anm.2), S. 14.

12 Hat der Kreml bald die absolute Macht? in: NZZ, 16.02.2004.

13 Vgl. Schneider, Putin und die Oligarchen (Anm.2), S. 15, und vgl. NZZ (Anm.12).

14 Interview von Eckart Aretz mit Dr. Roland Götz, SWP Berlin, in: tagesschau.de, 30.10.2003.

15 Vgl. Schneider, Putin und die Oligarchen (Anm.2), S.17, und vgl. NZZ (Anm. 12).

16 Vgl. Diktatur des Rechts – nach Putins Facon, in: NZZ, 01.11.2003.

17 Vgl. Russische Regierung will Yukos zerschlagen, in: NZZ, 20.11.2000. Nach Aussage von Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Berichterstatterin des Rechtsausschusses des Europarats zum Chodorkovskij-Prozess) belaufen sich die Steuernachforderungen mittlerweile

- auf insgesamt 24–25 Mrd. US-\$, wobei der Gesamtwert des Konzerns laut Bewertung der Investmentbank Dresdner Kleinworth Wasserstein mit 17–18 Mrd. US-\$ veranschlagt wird. Vgl. Aussage von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger anlässlich einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 17.12.2004 zum Fall Chodorkovskij.
- 18 Vgl. Interview von Thomas Hirschfeld mit Chodorkovskij-Anwalt Juri Schmidt anlässlich einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 17.12.2004, Audioarchiv der Heinrich-Böll-Stiftung, und vgl. Götz, Roland, Russland und seine Unternehmer (Anm.2), S. 1.
- 19 Vgl. Schneider, Putin und die Oligarchen (Anm.2), S. 24.
- 20 Daraufhin erklärte Putin, dass keine Revision der Privatisierungen anstehe. Vgl. Bollinger-Kanne, Liberalisierung (Anm.6), S. 334.
- 21 Vgl. Hardt, Holländische Krankheit (Anm.9), S. 318, und vgl. Götz, Russland und seine Unternehmer (Anm.2), S. 7.
- 22 Vgl. NZZ (Anm.5).
- 23 Vgl. Kritik des Kremls an den Staatsanwälten, in: NZZ vom 03.11.2003.
- 24 Vgl. Kritischer Kommentar der EU zum Fall Yukos, in: NZZ vom 29.07.2004.
- 25 Vgl. Endrunde der Kreml-Attacke gegen Yukos, in: NZZ vom 20.11.2004, und vgl. Russischer Wirtschaftsminister kritisiert Yukos-Zerschlagung, in: FAZ.NET vom 11.01.2005.
- 26 Vgl. Interview von Thomas Hirschfeld mit Chodorkovskij-Anwalt Juri Schmidt anlässlich einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 17.12.2004.
- 27 Vgl. Tichomirowa, Katja, Putin: Privatisierung wird Chefsache, in: Berliner Zeitung vom 11.08.2004.

Ulf Walther, M.A., geb. 1975 in Gera, Studium der Politikwissenschaften, Neueren Geschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Jena und Leicester/UK. Anschließend: Research Fellow im Internationalen Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kopenhagen; Wissenschaftlicher Referent bei einem Evaluationsberatungsunternehmen; seit Oktober 2004 Masterstudium Osteuropastudien an der FU Berlin.

ANZEIGE

Fachübersetzungen & Dolmetscherdienst
 Dipl. oec. Genko Kuzarow
 Für die Berliner Gerichte und Notare allgemein
 beeidigter Dolmetscher
 für Bulgarisch – Englisch – Russisch – Deutsch



berlinterpret

...wenn Sie in Sachen Fremdsprachen und Kontakte nach Osteuropa
 Hilfe brauchen!

Büro: Leipziger Str. 20, 10117 Berlin

info@berlinterpret.de

Tel: +4930-9279 9271

Mobil: +49172-307 9370 oder +49179-461 6044

Fünf Jahre Stabilitätspakt Südosteuropa

– Ein Tagungsbericht –

HERWIG ROGGMANN, BERLIN

In der Geschichte Europas sind fünf Jahre keine lange Zeit. In der *Wiedervereinigungsgeschichte Europas*, die mit dem politischen Systemwechsel 1989/90 nach jahrzehntelanger Spaltung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann und mit der Aufnahme von acht postsozialistischen Staaten Nordost-, Mittel- und Südosteuropas in eine neue Phase trat, dagegen schon. Dies gilt insbesondere für die fünf Jahre währende Arbeit und Entwicklung des „Stabilitätspaktes für Südosteuropa“. Die „Bilanzkonferenz“, zu welcher der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) zusammen mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) vom 18. – 20. Februar 2005 in die Universität Hamburg einlud, gab Gelegenheit zu einem informativen und kritischen Rückblick, Überblick und Ausblick.

Hamburg, Berlin und Osteuropa

Begrüßung und Einleitungsteil der Konferenz veranlassen den Teilnehmer aus Berlin (und Verfasser dieser Zeilen) zu einer persönlichen Vorbemerkung: Von so handfestem, überzeugtem wie überzeugendem wissenschaftspolitischen Engagement für die Zukunftsregion Mittel-, Ost- und Osteuropa getragene Reden wie die des Hamburger Universitätspräsidenten, *Dr. Dr. h. c. Jürgen Lüthje* und seines langjährigen Vorgängers, *Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Fischer-Appelt*, würde man gerne auch von der Leitung der Freien Universität Berlin hören – wo man es im selben Fünfjahreszeitraum bisher nicht geschafft hat, die angemessene Mindestausstattung des dortigen Osteuropa-Instituts durch Wiederbesetzung der vakanten Rechtsprofessur herzustellen, und dadurch den neuen Master-Studiengang gefährdet.

Dank verdient dagegen – auch das sollte nicht unerwähnt bleiben – die Unterstützung und Verlängerung des Interuniversitären Rechtszentrums Split/Berlin vonseiten der Freien Universität.

Ergebnisse des Stabilitätspaktes

Ministerialdirigent *Rolf-Dieter Schnelle*, Stellvertretender Leiter der Kultur- und Bildungs-

abteilung des Auswärtigen Amtes und einer der verdienstvollen Mitinitiatoren der Kulturarbeit des Stabilitätspaktes, wies mit Recht darauf hin, dass Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Kultur und die damit geschaffene Grundlage und Kontinuität von Austauschbeziehungen der Eliten wichtiger und langfristig wirksamer sind als viele Hardware-Investitionen.

Das Ergebnis, das mit den bisher im Rahmen der Kulturarbeit des Stabilitätspaktes über den DAAD investierten rund 14 Mio. € erreichte werden konnte, ist eindrucksvoll: 44 inter- und multinationale Netzwerke in der gesamten Region Südosteuropa konnten aufgebaut werden, 176 Fakultäten sind beteiligt und rund 8000 Personen gefördert worden. Wenn man allerdings hört, dass die in der Region im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa von den beteiligten Staaten und der Staatengemeinschaft insgesamt für Friedenserhaltung und Stabilisierung ausgegebenen Mittel den Betrag von rund 35 Mrd. € erreichen, so drängen sich kritische Fragen nach den optimalen Proportionen dieser Investitionen auf.

Kulturelle Zusammenarbeit als Friedensfaktor

Der Generalsekretär des DAAD, *Prof. Dr. Christian Bode*, rief in Erinnerung, dass die Akademische Zusammenarbeit mehr zum Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs beigetragen hat, als Viele meinen. Er nahm das Einstein-Jahr zum Anlass, um aus dem berühmten Briefwechsel zwischen Einstein und Freud aus dem Jahre vor der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland zu zitieren. In der Kultur erkannte man diejenige Kraft, die als einzige in der Lage ist, den zerstörerischen Kräften der Aggression und Gewalt entgegenzuwirken. Diese Erkenntnis gilt auch heute: „Alles, was der Kulturarbeit dient, wirkt dem Krieg entgegen“. Das zwingt zur Folgerung, über die Relationen von internationalem Wirtschaftsgüteraustausch (einschließlich Waf-

fenexport zwecks „Friedensförderung“) einerseits und internationalem Kultur- und Wissenschaftsaustausch andererseits ständig neu nachzudenken. Hat der Kultur- und Wissenschaftsaustausch im globalisierten Marktgeschehen seinen angemessenen Platz bereits gefunden?

Der „westliche Balkan“ und die EU

Der Frage „Welche Zukunft hat der westliche Balkan?“ ging ein von *Dr. Christian Bode* moderiertes Diskussionsforum nach. *Radmila Sekerinska*, die stellvertretende Ministerpräsidentin Mazedoniens, zeichnete ein – nicht von allen Beteiligten in gleicher Weise geteiltes – positives Bild von den jüngsten Entwicklungsfortschritten der Republik Mazedonien als Antragsteller auf dem Wege zum Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft. *Goran Svilanović* ehemaliger Minister für Auswärtige Angelegenheiten Serbiens und Montenegros wies auf die ungeklärten Statusfragen seines Landes hin und forderte weitergehende Unterstützung der EU und der Internationalen Gemeinschaft, da sein Land allein nicht in der Lage sei, Auswege zu finden. *Dr. h. c. Christa Randzio-Plath*, ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wies auf die anfänglichen Schwierigkeiten und Vorbehalte in den EU-Institutionen bei der Durchsetzung von Beitrittsperspektiven für die südosteuropäischen Länder hin.

In der Tat ist es wesentlich der beharrlichen Vorarbeit des Europäischen Parlaments – neben anderen auch der dort unermüdlich wirkenden Abgeordneten *Doris Pack* – zu verdanken, dass die Abkommen über Stabilisierung und Zusammenarbeit, eine zweite Generation der früheren „Europa-Abkommen“ (zwischen der EU und Makedonien am 9. 4. 2001 und mit Kroatien am 29. 10. 2001 geschlossen und im Jahre 2004, nach Ratifikation durch alle Mitgliedsstaaten, zuletzt durch England und Italien, in Kraft getreten) auch den postjugoslawischen Staaten eine, allerdings zeitlich abgestufte, Beitrittsperspektive eröffnen.

Die Diskussion um praktische Erleichterungen im Vorfeld der EU-Annäherung Südosteuropas z.B. bei der Visavergabe erschien paradox, wie Bode mit Recht anmerkte: Während der parteipolitische Machtkampf in der Bundesrepublik sich des Themas bemächtigt und nach Schuldigen für eine zu offene Visapolitik gegenüber Osteuropa sucht, wird in diesen Staaten eine noch immer zu restriktive Visapolitik beklagt.

Die weiteren Schritte der Südost- erweiterung der EU

Denn Einigkeit bestand bei Podiums- und Diskussteilnehmern darüber, dass die weiteren fälligen Erweiterungsschritte für jeden Kandidatenstaat einzeln und unabhängig, je nach erreichten Entwicklungsfortschritten, zu prüfen und nach Möglichkeit zu realisieren seien. Kein „Geleitzug“ also, sondern das „Regatta-Prinzip“ soll für die abschließende Südost-erweiterung der EU maßgeblich sein. Diese richtige und wichtige Erkenntnis sollte den definitiven Abschied vom zeitweilig wohl auch von deutscher Seite favorisierten und neuerdings vom serbischen Außenminister Vuk Drašković wieder propagierten Konzept bedeuten, nach Slowenien die restlichen postjugoslawischen Staaten gemeinsam in die EU aufzunehmen. Dies würde den gesamten EU-Annäherungs- und Reformprozess in der Region nicht beschleunigen, sondern erheblich behindern und verlangsamen. Es würde wahrscheinlich zu einer innenpolitischen Destabilisierung, jedenfalls Reformhemmung in dem in seinem Reformbemühungen bereits am weitesten fortgeschrittenen Kroatien führen. Und statt die kroatischen Reformimpulse als verhandelnder Beitrittskandidat und baldiges Neumitglied für die Nachbarstaaten weiter zu intensivieren, würden die ungelösten Statusfragen Bosniens (Verfassungsreform und gesamtstaatliche Neuordnung?) und Serbiens (Staatlichkeit des Kosovo? Rechtsnatur des Staatenbundes mit Montenegro?) das weitere Tempo der EU-Annäherung und rechtsstaatlichen Stabilisierung der Region bestimmen.

Westlicher und östlicher Balkan?

Zustimmung fand die Kritik am Terminus „westlicher Balkan“, eine wenig hilfreiche und noch weniger begründbare Begriffskonstruktion, übersetzt wohl aus europadistanzierter, angloamerikanischer politischer Diktion. Betrachtet man Makedonien und Bulgarien als Teile des „westlichen“ Balkan, wo beginnt und endet dann der „östliche Balkan“? Betrachtet man diese Länder und gegebenenfalls Serbien dagegen nicht – wie Kroatien und Bosnien und Hercegovina – als Teile eines „westlichen“, sondern eines „östlichen“ Balkan, von dem aber in der Konferenzterminologie nicht die Rede war, der daher – terminologisch, versteht sich – nicht als Teil des diskutierten Problemereichs definiert ist, so erweist sich die Terminologie erst recht als offensichtlich sinnlos.

Bemerkenswert war, dass serbische und mazedonische Teilnehmer einen baldigen EU-Beitritt Kroa-

tiens als Stärkung der notwendigen und bereits auf einzelnen Feldern praktizierten Vermittlerrolle Kroatiens bei der EU-Annäherung der anderen, „östlichen“ postjugoslawischen Länder ausdrücklich begrüßten. Dieser Auffassung schloss sich ein scharfsinniger Beobachter und Kritiker der Entwicklung seines Heimatlandes Bosnien und Hercegovina an.

Zwei Hauptpodien diskutierten, moderiert durch *Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann* vom gastgebenden IFSH in Hamburg, „Ertrag und Lehren aus fünf Jahren Stabilitätspakt“ und als Schlussveranstaltung, moderiert durch *Peter Rondorf*, Referatsleiter für EU-Erweiterung und Entwicklungspolitik der Europaabteilung des Berliner Auswärtigen Amtes, „Europäische Perspektiven für den westlichen Balkan“.

Beitrittsverhandlungen und Gotovina-Junktim

Durchaus kontrovers blieben die Auffassungen zur aktuellen EU-Politik gegenüber Kroatien und insbesondere zum *Gotovina-Junktim*: Nachdem im Jahre 2004 das Europäische Parlament mehrheitlich und sowohl der Ministerrat der EU als auch der Europäischen Rat der Regierungschefs der EU einstimmig die Aufnahme förmlicher Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Kroatien beschlossen haben, wurde von der Europäischen Kommission hierfür der 17. 3. 2005 als Verhandlungsbeginn vorgesehen. Als Voraussetzung für diesen Verhandlungsbeginn wurde neben politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Reformbedingungen, die Kroatien nach übereinstimmender Einschätzung erfüllt, auch die reibungslose und umfassende Zusammenarbeit der kroatischen Regierung und Justizverwaltung mit der Ermittlungsbehörde des UN-Tribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag genannt.

Kroatien, Serbien und das Haager Tribunal

Kroatien kooperierte, im Gegensatz zu Serbien/Montenegro und zur Serbischen Republik in Bosnien und Hercegovina, die erst seit kurzem und nur mit Einschränkungen zur Kooperation mit dem ICTY bereit sind, bereits seit vielen Jahren mit diesem UN-Tribunal – d. h. bereits zu einer Zeit, als dieses Gericht noch vom damals amtierenden serbischen Staatspräsidenten Milošević als Werkzeug westlicher Interessen bezeichnet und ihm jegliche Legitimation und Entscheidungskompetenz abgesprochen wurde. Und erst vor wenigen Tagen hat Ministerpräsident Koštunica nochmals die Grenzen serbischer

Kooperationsbereitschaft öffentlich klargemacht: Die serbische Regierung unterstütze die Arbeit des ICTY und insbesondere Angeklagte, die sich freiwillig stellten, sie sei aber im Gegensatz zur Regierung des ermordeten Ministerpräsidenten Đinđić nicht bereit, Den Haag weitergehende Rechtshilfe durch Verhaftung und Überstellung gesuchter Beschuldigter zu leisten.

Die Zusammenarbeit mit Kroatien verlief nicht immer reibungslos und nicht ohne gelegentliche Weigerungen oder Verzögerungen von kroatischer Seite, fand aber, anders als die Zusammenarbeit mit der serbischen Seite, grundsätzlich und von Anfang an, d. h. seit nunmehr rund 10 Jahren statt und führte zur Verurteilung einer ganzen Reihe kroatischer Angeklagter, die sich größtenteils freiwillig stellten, die ersten noch unter der Regierung Tuđman.

Der Fall Gotovina

Die schon unter der sozialliberalen Koalitionsregierung *Račan* begonnene und unter der derzeitigen kroatischen Regierung Sanader entgegen Vorbehalten und Widerständen in der eigenen Partei (HDZ) und der Mitte-Rechts-Koalition und ihrer hauchdünnen Regierungsbasis intensivierte Zusammenarbeit mit dem ICTY setzt die gegenwärtige Regierung einer Zerreißprobe aus. Anforderungen der Ermittlungsbehörde des Tribunals nach Überstellung von Personen oder Aushändigung von Beweismitteln ist die kroatische Seite seither und insbesondere in jüngster Zeit weitestgehend nachgekommen – mit einer Ausnahme: Der General Ante Gotovina, einer der Oberkommandierenden der kroatischen Militäraktion „Oluja“ („Gewittersturm“), konnte bisher nicht gefasst und nach Den Haag überstellt werden. Im Verlauf dieser Aktion war in der Zeit vom 4. bis 7. 8. 1995 die von der dortigen serbischen Bevölkerungsmehrheit besiedelte und durch deren Führung vom kroatischen Staatsverband zeitweilig gewaltsam abgespaltene Region Krajina zurückerobert und der größte Teil der serbischen Zivilbevölkerung infolge von Übergriffen kroatischer Militärs, aber auch serbischer Angstpropaganda zur Flucht veranlasst worden. Die Anklageschrift vom 26. 7. 2001 wirft Gotovina Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vor, im wesentlichen begangen durch Unterlassen, d. h. durch Nichtverhinderung systematisch begangener Übergriffe kroatischer Militärs gegen die Zivilbevölkerung.

An der Rechtspflicht Gotovinas, sich den Ermittlungsbehörden und dem Verfahren wie jeder andere

Angeklagte zu stellen, besteht kein Zweifel. Die von ihm behauptete Unbegründetheit der Anklagevorwürfe kann er nur in einem rechtsstaatlichen Verfahren vor dem ICTY und nicht durch Flucht beweisen. Begründete Zweifel bestehen gleichwohl an dem nun zwischen Ergreifung und Überstellung dieses einen Angeklagten und der weiteren EU-Integration Kroatiens hergestellten Junktin, wie es offenbar die EU-Kommission und zahlreiche Mitgliedsstaaten der EU herstellen. Die kroatische Regierung versichert – in Anbetracht ihrer jüngsten Bemühungen glaubhaft – den Aufenthaltsort des Gesuchten nicht zu kennen. Die Chefanklägerin des Tribunals, Carla del Ponte, und auch andere europäische Regierungen, zu denen nach Äußerungen des Moderators Rondorf auch die deutsche Bundesregierung zu zählen scheint, ziehen die Zusicherungen der kroatischen Regierung jedoch in Zweifel. Der EU-Ministerrat hat am 16. 3. 2005 mehrheitlich – und gegen die Stimmen der Nachbarstaaten Kroatiens – den unbefristeten Aufschub des Beginns der Beitrittsverhandlungen beschlossen.

Dieses Verfahren kann aus mehreren Gründen nicht überzeugen. Ein sachlicher, inhaltlicher Zusammenhang zwischen der Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen und der Nichtergreifung eines einzigen flüchtigen Angeklagten, nachdem zuvor Dutzende anderer Angeklagte überstellt wurden bzw. sich gestellt haben und zahlreiche andere Beweismittel an das Tribunal übermittelt wurden, kann nicht hergestellt werden. Dies wäre allenfalls dann möglich, wenn Kroatien eine generelle oder partielle Verweigerungshaltung gegenüber dem Tribunal zu erkennen gäbe. Die optionslose Verknüpfung einer politischen Grundsatzentscheidung mit dem Verhalten einer einzigen Person, die sich staatlichem Zugriff entzieht, ist daher keine sinnvolle politische Strategie.

Die EU hat sich in eine politische Sackgasse manövriert. Entweder liegen zügige Fortschritte im weiteren Beitrittsprozess Kroatiens im Interesse der EU, weil sie die positive Entwicklung und Stabilität der immer noch labilen postjugoslawischen Region fördern – dann ist das Junktin sinnlos, weil kontraproduktiv, und es sollte nach einem Ausweg gesucht werden. Ein solcher könnte in der Aufnahme der Gespräche wie geplant, aber unter bestimmten Bedingungen bestehen: beispielsweise die Zusammenarbeit und gemeinsame Fahndung nach dem flüchtigen Angeklagten gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden des ICTY zu intensivieren. Oder die EU und

einige ihrer Mitgliedsstaaten wollen nicht wirklich die Fortführung eines zügigen Beitrittsprozesses – dann käme Gotovina als vorgeschobenes Argument, um das Verfahren aufzuhalten, gerade recht. Allerdings wären dann die genannten positiven Beschlüsse der drei EU-Organe aus dem vergangenen Jahr grundlos ergangen. Das kann kaum ernsthaft angenommen werden.

Rechtsstaatliche Rechtsreformen: Verfassungsrecht

Im ersten der vier Arbeitskreise, Workshops genannt, wurden unter der umsichtigen Moderation von *Dr. Sebastian von Münchow*, früherer Student und Doktorand der FU, jetzt beim Koordinator des Stabilitätspakts in Brüssel zuständig für Justiz, Inneres und Sicherheitsfragen, die Rechtssysteme erörtert. Dipl. iur. *Josip Škarpa*, früherer Stipendiat des Interuniversitären Rechtszentrums Split/Berlin am Osteuropa-Institut der FU und seit kurzem Mitarbeiter des kroatischen Außenministeriums in Zagreb, erläuterte zwei wesentliche Schwerpunkte aktueller Rechtsreform in Kroatien: Die Verfassungsreform, die in drei Reformschritten zunächst am 21. 12. 1990 zur Verabschiedung der Verfassung der Republik Kroatien als eines unabhängigen Staates führte und sodann nach dem Ende der Ära Tudman in den Jahren 2000 und 2001 die weitere Demokratisierung und Parlamentarisierung der bisherigen Präsidialverfassung mit einer deutlichen Kompetenzverlagerung zugunsten des Parlaments brachte.

Die aktuelle Frage: Grunderwerb durch Ausländer?

Die Neuordnung des Eigentumsrechts in einem speziellen Sachenrechtsgesetz von 1996 führte zusammen mit der – in ihren Ergebnissen bis auf den heutigen Tag höchst umstrittenen – Privatisierung durch das novellierte Privatisierungsgesetz von 1996 sowie mit der begonnenen Reprivatisierung durch das Denationalisierungsgesetz von 1997 zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Eigentumsordnung und Wiedereinführung des marktwirtschafts- und europakonformen Privateigentums als tragendes Rechtsinstitut.

Das kroatische Verfassungs- und Eigentumsrecht sieht Beschränkungen für den Erwerb von Grundeigentum durch Ausländer vor. Soweit es sich um Bauland handelt, können Grundstücke nach Genehmi-

gung durch das Außenministerium nach vorgängiger Stellungnahme durch das Justizministerium erworben werden. Landwirtschaftliche Grundstücke unterliegen weitergehenden Erwerbsbeschränkungen. In der Diskussion wurden Fragen nach der EU-Konformität dieser Erwerbsbeschränkungen für Ausländer laut. Im Zuge der weiteren EU-Integration wird von kroatischer Seite eine Rechtsanpassung erfolgen müssen. Dass andererseits nicht ein beliebiger und unbeschränkter Grunderwerb durch Ausländer gefordert ist, sondern das Europarecht dem nationalen Eigentumsrecht durchaus rechts- gestaltende Spielräume und auch gewisse Erwerbsbeschränkungen erlaubt, zeigen Beispiele anderer Mitgliedsstaaten (Österreich, Polen).

Nachfragen von Diskussionsteilnehmern zum Verfahren bei Einholung der ministeriellen Genehmigungen beantwortete Dipl. iur. *Kornelija Valjan*, Assistentin am Interuniversitären Rechtszentrum in Split, mit einer kurzen Darstellung des Genehmigungsverfahrens und des darin enthaltenen Ermessensspielraums.

Modellkonflikt zwischen kontinental-europäischem, insbesondere deutschem und angloamerikanischem Recht?

Dipl. iur. *Marko Ivkošić*, Wiss. Ass. an der Juristischen Fakultät Split und ebenfalls Stipendiat am Osteuropa-Institut Berlin, erläuterte auf Fragen von Diskussionsteilnehmern nach Einfluss und potentiellen Konflikten von angloamerikanischem und deutschem Modell bzw. kontinentaleuropäischen und europarechtlichen Modellen im Reformprozess die aktuelle Entwicklung der Rechtsreform im kroatischen Wirtschaftsrecht anhand des Insolvenz- und des Kapitalgesellschaftsrechts. In beiden praxiswichtigen Rechtsbereichen hat sich der kroatische Gesetzgeber weitgehend am deutschen Modell orientiert. Dies wird als besonders funktionsgerecht angesehen. In zunehmendem Maße ist auch der kroatische Gesetzgeber im Zuge der schon weit fortgeschrittenen Anpassung des kroatischen an das EU-Recht dazu übergegangen, Verordnungen und Richtlinien der EU unmittelbar in die kroatische Gesetzgebung einzuarbeiten.

Bosnien und Hercegovina – der weite Weg vom Protektorat zum Staat

Eine Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsstandes Bosniens, die an kritischer Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig ließ, lieferte *Dennis Gratz*, Juristische Fakultät Sarajevo, z. Zt. DAAD-Stipendiat am IFSH

in Hamburg. Zutreffend wies Gratz darauf hin, dass Bosnien und Hercegovina mangels wesentlicher staatskonstituierender Kompetenzen auf der Grundlage und im Rahmen der Dayton-Verfassung von 1995 kaum eine Chance habe, sich zu einem funktionsfähigen Staat zu entwickeln, und dass die Gefahr bestehe, dass die akademische Elite angesichts dieser Lage Perspektiven und Engagement verliere.

Dieser zutreffenden Analyse sei aber hinzugefügt, dass „unter der Decke“ des Dayton-Vertrages (dessen eklatante staatsrechtliche Fehlkonstruktion wohl auf der verfehlten amerikanischen Erwartung beruhte, in Milošević einen künftigen militärischen Stabilitätsfaktor der Region zu sehen) vonseiten des OHR als des wahren „Souveräns“ in BiH in Kooperation mit bosnischen Funktionsträgern inzwischen zielstrebig auf einen Kompetenztransfer von den Kantonen und Entitäten auf zentralstaatliche Institutionen hingearbeitet wird. Das könnte einen konstruktiven Ausweg aus der verfahrenen Situation eröffnen. An dessen Ende müsste freilich eine grundlegende staatsrechtliche Neuordnung stehen. Dieses „Dayton II“ ist wohl kaum anders vorstellbar als eine multiethnische bundesstaatliche Ordnung, bestehend aus einem funktionsfähigen Zentralstaat und drei Gliedstaaten mit den Rechtsbindungen, die föderative Systeme in Europa und anderswo entwickelt haben. Ob und wann es dazu kommt, ist eine offene Frage. Bevor diese Frage nicht beantwortet ist, zumindest beantwortbar scheint, kann von einer „EU-Annäherung“ dieses Teiles des „mittleren Balkan“ keine Rede sein.

Weitere Arbeitskreise widmeten sich den Themen „Medien und Journalismus“ (Moderation Prof. *Jörg Hafkemeyer*, ARD Berlin), „Gesundheit und Soziales“ (Moderation Dr. *Dana Farcanasu*, Bukarest) und „Hochschulen“ (Moderation Dr. *Jochen Hellmann*, Hamburg).

Interuniversitäre Zusammenarbeit – Schwierigkeiten und Erfolge

Das Modell einer „Deutschen Rechtsschule“ sowie einer „Sommerschule“ mit entsprechendem Studiengang unter Einbeziehung mehrerer juristischer Fakultäten (u. a. Rijeka, Zagreb, Novi Sad, Dresden) erläuterte Prof. Dr. Wolfgang Lücke vom Institut für ausländische und internationale Rechtsangleichung der Universität Dresden. Mehrjährige Erfahrung führte den Referenten zu einer nüchternen Erfolgsbilanz: Die institutionelle Einbettung seines Projekts in eine der juristischen

Fakultäten in Südosteuropa ist aus seiner Sicht nicht gelungen. Ebenso problematisch gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der älteren Hochschullehrergeneration. Erfreulich habe sich dagegen die Zusammenarbeit mit den Studierenden entwickelt und auch die fakultätsübergreifende Kooperation funktioniere. Wenn sich allerdings die jetzigen deutschen Initiatoren zurückzögen, so Lücke, „dann ist wohl Schluss“.

Fünf Jahre Interuniversitäres Rechtszentrum Split/Berlin

Teils ähnliche, teils abweichende Erfahrungen fasste der Schreiber dieser Zeilen im Bericht über das von ihm in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Dekan der juristischen Fakultät Split geleitete und vor fünf Jahren gegründete Zentrum für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung Split/Berlin zusammen. Gestützt auf jahrzehntelange vorangegangene Wissenschaftskooperation mit verschiedenen ost- und südosteuropäischen Ländern und Universitäten war es von vornherein eines der Ziele, dieses Projekt in zwei Universitäten bzw. Instituten und Fakultäten, und zwar an der Freien Universität Berlin sowie im Partnerland Kroatien und hier an der Universität Split, institutionell zu verankern. Nur auf diese Weise kann Nachhaltigkeit des Wirkens erreicht und ein bescheidener, aber doch am Ende relevanter Beitrag zur notwendigen, langfristigen und langwierigen Transformation der Köpfe nach der wesentlich schneller möglichen Transformation der Gesetze geleistet werden. Da in südosteuropäischen Ländern, insbesondere in Kroatien, die Fakultäten – auch nach der jüngsten, soeben begonnenen Universitätsreform – noch wesentlich mehr Autonomierechte als nach der deutschen Universitätsverfassung besitzen, bedurfte es als Rechtsgrundlage eines Vertrages zwischen beiden beteiligten Universitäten und der dortigen Juristischen Fakultät. Das Zentrum besitzt einen eigenen Seminar- und Arbeitsraum mit der üblichen technischen Ausstattung und einer langsam wachsenden Handbibliothek zum deutschen und Europarecht – für die auch bei dieser Gelegenheit um Spenden gebeten wird!

Veranstaltungen werden im Rahmen des jährlichen, mit dem Dekan und interessierten Kollegen abgesprochenen Arbeitsplans zweisprachig angekündigt. Sie verstehen sich als den Lehrplan ergänzende Qualifikationsmöglichkeiten für Studierende und Assistenten, aber auch für externe Interessenten wie Richter und Anwälte.

Während die ältere Generation der Hochschullehrer ihre Präsenz auf besondere Veranstaltungen mit Gastreferenten internationaler Organisationen konzentriert (wäre das vice versa an deutschen Fakultäten wohl wesentlich anders?), hat die Arbeit und das Veranstaltungsangebot des Zentrums (ein ständiges Seminar „Einführung in das deutsche Recht und die Rechtsvergleichung“ mit wechselnden Themenschwerpunkten sowie eine Reihe von Vorlesungen und Colloquien mit deutschen oder internationalen Gastdozenten) Interesse und Unterstützung bei aufgeschlossenen Kollegen der mittleren und jüngeren Generation gefunden. Mehrere frühere Studenten und Seminarteilnehmer arbeiten inzwischen als Assistenten und Dozenten. Auf diese jüngere Generation und einige engagierte Kollegen des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin stützten sich die Erwartungen künftiger Zusammenarbeit. Mit der Wirtschaftskammer, der Anwaltskammer, der Europäischen Bewegung sowie der Ökonomischen Fakultät wird fallweise zusammengearbeitet.

Einige Themen und Vorhaben 2005

Den Schwerpunkt bildet die Arbeit an der Juristischen Fakultät Split. Einzelne Veranstaltungen und Projekte werden mit der Juristischen Fakultät Zagreb durchgeführt. Im Jahre 2003 und 2004 fanden verschiedene Seminare auch mit Teilnahme von Studierenden der Juristischen Fakultäten Sarajevo und Mostar statt.

Vom 2. Bis 4. 5. 2005 veranstalteten die Kollegen *Prof. Dr. Cosima Möller* und *Prof. Dr. Helmut Grothe* vom Fachbereich Rechtswissenschaft der FU Berlin ein Seminar in Split (Thema: „Sachenrecht in Rechtsgeschichte, Rechtsvergleichung und Internationalem Privatrecht“). An diesem Seminar nehmen Jurastudenten aus Berlin, Split, Sarajevo und Mostar teil.

Im Rahmen des Interuniversitären Rechtszentrums und in Zusammenarbeit mit der Ökonomischen Fakultät veranstaltet *Dr. Jens Lowitzsch*, früherer Assistent am Osteuropa-Institut der FU, am 28. und 29. 5. 2005 eine von der EU-Kommission unterstützte internationale Konferenz in Split (Thema: „Financial Participation of Employees in Central and Eastern Europe“). Die Weiterentwicklung von Konzepten für eine rechtliche und wirtschaftliche Beteiligung der Arbeitnehmer könnte dem kontroversen Privatisierungsprozess in Kroatien und anderen

postsozialistischen Ländern einer stärkere sozialstaatliche Komponente und damit verbundene Akzeptanz verleihen.

Im Oktober 2005 sollen gemeinsam mit *Dr. Burchard Böschke*, Vorstand des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften – und früherer Mitarbeiter des Osteuropa-Instituts der FU – rechtliche und wirtschaftliche Voraussetzungen einer Aktivierung des im verordneten Sozialismus diskreditierten Genossenschaftsgedankens diskutiert werden.

Schluss: Netzwerke und Bausteine

Der Verfasser weiß sich mit zahlreichen beteiligten Kollegen und Veranstaltungsteilnehmern einig, dass multilaterale transregionale Veranstaltungen, wie sie in einer Reihe der genannten Projekte vorgesehen sind, eine wichtige, aber keineswegs die einzige förderungswürdige Form internationaler wissenschaft-

licher Zusammenarbeit darstellen. Dies sollte auch für den Stabilitätspakt gelten. Dessen Ziele: Die Schaffung von persönlichen und institutionellen Grundlagen für eine nachhaltige vertrauensvolle Zusammenarbeit am und im gemeinsamen europäischen Haus und seiner stabilen rechtsstaatlichen Inneneinrichtung, sind auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Methoden anzugehen. Die Mitwirkung am Ausbau akademischer Institutionen und an der internationalen Qualifikation ihrer jungen Mitarbeiter ist dabei nicht weniger wichtig als das Knüpfen transregionaler „Netzwerke“.

Herwig Roggemann ist Professor em. für Rechtsvergleichung, Osteuropäisches Recht, Straf- und Verfahrensrecht (Osteuropa-Institut und FB Rechtswissenschaft der FU Berlin) sowie Gründer und Leiter des Interuniversitären Rechtszentrums Split/Berlin.

Kroatien und die EU – Südosteuropapolitik auf Eis?

Eine kritische Betrachtung zum EU-Ministerratsbeschuß vom 16. 3. 2005

HERWIG ROGGEMANN, BERLIN

Die Entscheidung des Ministerrates der EU vom 16. 3. 2005, den Beginn der seit langem für den 17. 3. 2005 vorgesehenen Beitrittsgespräche mit Kroatien auf unbestimmte Zeit zu verschieben, hat Aufsehen erregt und berechtigte Kritik hervorgerufen. Nach der großen Osterweiterung und vor der noch ausstehenden Südosterweiterung haben die Organe der erweiterten EU offenbar Schwierigkeiten, ihre Entscheidungsprozesse zu koordinieren und eine sachgerechte Südosteuropapolitik zu entwickeln. Welches Bild bieten Kroatien und seine Nachbarländer heute? Welche Reformen haben sie zehn Jahre nach Dayton hinter sich gebracht und welche noch vor sich? Auf welche Voraussetzungen trifft also der EU-Ministerratsbeschluss? Und welche Folgen für die Region zieht er möglicherweise nach sich?

Unterschiedliche Reformgeschwindigkeiten in Südosteuropa

Am 29. 10. 2001 schlossen die Europäische Union und die Republik Kroatien ein Abkommen über Sta-

bilisierung und Zusammenarbeit. In den folgenden Jahren entwickelte sich Kroatien nach Slowenien und verglichen mit seinen problembeladenen Nachbarländern Bosnien und Hercegovina, Serbien und Montenegro und deren ungelösten Statusfragen geradezu zu einem Musterland der Reformen in einem trotz mancher Konflikte und offener Fragen relativ stabilen politischen Umfeld.

Die Gründungsverfassung Kroatiens von 1990 wurde in den Jahren 2000 und 2001 durch Begrenzung der Macht des Staatspräsidenten und Kompetenzzuwachs für Parlament und Regierung zu einer parlamentarischen Verfassung umgestaltet. In Bosnien und Hercegovina wird unterdessen auf der fehlkonstruierten Grundlage der „Dayton-Verfassung“ zwischen Entitäten, Kantonen und der Zentralregierung in Sarajevo unter Mitwirkung des Obersten Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft OHR noch immer um das Minimum existenzfähiger Staatlichkeit gerungen. In Serbien ist der unregelmäßige politische Machtkampf zwischen den Verfassungsor-

ganen noch in vollem Gange, und die nationalistischen Parteien konnten dort bei den Wahlen vom Dezember 2003 zweistellige Zuwächse verbuchen. Tatkräftig politisch unterstützt wurden sie im Wahlkampf von zwei prominenten Untersuchungshäftlingen aus dem Haager UN-Tribunal: dem früheren serbischen Präsidenten Milošević und seinem früheren Parlamentspräsidenten Šešelj. Dessen „Radikale Serbische Partei“ stellt mit einem Anteil von fast 28 % die stärkste Fraktion im serbischen Parlament.

In Kroatien wurden Strafprozessordnung und Strafgesetzbuch liberalisiert und die Eingriffsmacht von Polizei und Staatsanwaltschaft rechtsstaatlichen Schranken unterworfen. In Serbien kann noch immer das Gegenteil festgestellt werden. Die rechtsstaatliche Einbindung der Sicherheitskräfte ist dort noch nicht gelungen – soweit sie überhaupt ernsthaft angestrebt wird. Allerdings macht auch in Kroatien diese Einbindung von Teilen der Polizei- und Geheimdienste nach wie vor Schwierigkeiten.

Auch die Gerichtsverfassung wurde in Kroatien erneuert und zahlreiche neue Richter ernannt. Deren Qualifikation und Prozessführung sind allerdings auf unterer und mittlerer Ebene Gegenstand der Kritik. Zahlreiche Kroaten beschwerten sich inzwischen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg über die lange Verfahrensdauer. In Zagreb sind daher im vergangenen Jahr obligatorische Qualifikationsmaßnahmen für Richter, u. a. durch eine Richterakademie, beschlossen worden.

Das Eigentums- und Grundbuchrecht sowie das Handels- und Gesellschaftsrecht wurden vom kroatischen Gesetzgeber ebenso wie das Insolvenzrecht und das Arbeitsrecht weitgehend und in Anlehnung an das deutsche und das österreichische Modell erneuert. Die Privatisierung, deren Durchführung allerdings heftig kritisiert und deren Überprüfung gefordert wird, wurde in Kroatien größtenteils abgeschlossen. Ganz im Gegensatz zu Serbien, wo diese ökonomische Machtbasis der sozialistischen und nationalistischen Parteiliten noch weitgehend in Takt ist. Die Reprivatisierung der in den sozialistischen Jahrzehnten unter Tito enteigneten Grundvermögen ist in Kroatien aufgrund eines Gesetzes von 1997 in Gang gekommen, während in Bosnien und Serbien zweifelhaft bleibt, ob sie dort jemals beginnen wird. In Sarajevo werden immerhin seit einigen Jahren mehrere Alternativentwürfe diskutiert.

Die Universitätsreform, die Anpassung an die Bologna-Grundsätze und die Öffnung für internatio-

nale Zusammenarbeit sind vom kroatischen Gesetzgeber nach intensiven Debatten soeben auf den Weg gebracht worden. Während die Europäisierung damit z. B. an der Juristischen Fakultät Zagreb bereits selbstverständlicher Teil des Lehrangebots der Professoren, der Themenstellung und der Publikationen ist, geben an der Juristischen Fakultät Belgrad bereits selbstverständlicher Teil des Lehrangebots der Professoren, der Themenstellung und der Publikationen ist, geben an der Juristischen Fakultät Belgrad noch jene den Ton an, die Loyalitätsbekundungen für Präsident Milošević und seine Politik unterschrieben, als dieser mit seinem damaligen Hochschulgesetz die Gleichschaltung der Universitäten betrieb. Diejenigen Kollegen dagegen, die sich wegen oppositioneller demokratischer Aktivitäten in den 90er Jahren vor den Polizei- und Sicherheitsdiensten dieses Präsidenten selbst in Sicherheit bringen mussten, konnten bis heute nicht auf ihre Belgrader Lehrstühle zurückkehren.

Kroatiens starker Regierungschef mit schwacher Koalitionsbasis

Der gegenwärtige kroatische Ministerpräsident *Sanader*, der nach den Wahlen von 2003 die neue Regierung gebildet hat, stützt sich auf eine verhältnismäßig schmale Machtbasis. Die 66 Abgeordneten der HDZ sind in der Koalition mit den zwei Abgeordneten der Sozialliberalen Partei, dem Abgeordneten des Demokratischen Zentrums und den drei Abgeordneten der Rentnerpartei, d. h. mit 72 von insgesamt 152 Abgeordneten, im kroatischen Parlament in der Minderheit. Die Regierungskoalition ist auf die vereinbarte Duldung durch Abgeordnete anderer kleiner Parteien, wie der drei Vertreter der serbischen Minderheit im kroatischen Parlament angewiesen. Auf eine Koalition mit den sieben Abgeordneten der nationalkonservativen Kroatischen Partei des Rechts hat *Sanader* auch auf Drängen der EU verzichtet. In einem innenpolitischen Kraftakt hat er es als Vorsitzender der HDZ geschafft, diese Partei des Staatsgründers Tučman auf einen gemäßigt konservativen Reformkurs zu bringen, sie weitgehend von nationalistischen Extremen zu befreien und auf eine proeuropäische Politik einzustimmen.

Aufstand der „Euroskeptiker“?

Diese Politik der Regierung *Sanader* hat ihren innenpolitischen Preis. Die Zustimmung in der Bevölkerung nimmt, aktuellen Umfragen zufolge, ab und ist

von früher rund 70 % auf weniger als 30 % gesunken. Forderungen nach dem Rücktritt des Regierungschefs und seiner Außenministerin werden in der Presse und unter Vertretern der Opposition vor allem nach dem negativen EU-Ministerratsbeschluss lauter. Auch im rechten Parteiflügel wächst die Unzufriedenheit. Die einflussreichen Veteranen- und Invalidenverbände versagen der Regierung ihre Unterstützung und erklären ihre „Politik des Gehorsams“ für beendet. Nachdem es dem bisherigen Vorsitzenden der wichtigsten Gruppierung („HVIDRA“), dem HDZ-Abgeordneten Đakić, nicht gelungen war, die Spaltung der Organisation im Streit um die Regierungspolitik zu verhindern, soll nun ein neu gegründeter Dachverband auf die Regierung Druck ausüben, da sie bisher „absolut nichts für den Schutz der Landesverteidiger und der Würde des Heimatkrieges“ getan habe.

Der Abgeordnete Jordan, Vorsitzender der Rentnerpartei, kündigt das Ende der Koalition mit der HDZ an, falls keine Einigung über die Neuordnung der Sozialversicherung zustande komme: „Es besteht eine große Skepsis gegenüber dem EU-Beitritt Kroatiens“ angesichts der Tatsache, dass über eine Mio. Rentner in Kroatien mit einer Monatsrente von 1800 Kuna, viele sogar von 1500 Kuna (rund 200 Euro) im Monat leben müssen.

Wie viel da die besonnene Mahnung von Staatspräsident Mesić in seiner vor zwei Wochen gehaltenen Rede an die Bürger noch ausrichten kann, ist offen. Mesić warnte vor dem „verlogenen Dilemma: entweder Gotovina oder Europäische Union“. Zum wiederholten Mal wies er seine Landsleute darauf hin, dass es dem Haager Tribunal nicht um eine Kriminalisierung des Heimatkrieges gehe, sondern um die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beteiligten: „Es gibt Leute, die einfach nicht die Wahrheit akzeptieren wollen, dass es im Heimatkrieg auch auf kroatischer Seite Verbrechen gab“.

Die Aufarbeitung der Militäraktion „Oluja“, ihrer Vorgeschichte und Folgen, berührt einen wunden Punkt im politischen Bewusstsein Kroatiens. Regierungsangaben zufolge ist bereits ein erheblicher Teil (über 35 %) der serbischen Flüchtlinge zurückgekehrt, eine Treuhandstelle für Flüchtlingsrückkehr und Vermögensrückgabe ist eingerichtet und hierfür — zum Ärger mancher ebenfalls vertriebener kroatischer Flüchtlinge — ein finanzielles Hilfsprogramm aufgelegt worden. Gleichzeitig bereiten führende Vertreter der „Republik Serbische Krajina“, wie

deren ehemaliger Parlamentspräsident Rajko Ležalić, nach Berichten der kroatischen Wochenzeitung „National“ die „Wiedergründung“ dieser illegalen „Republik im Exil“ vor — und gefährden damit erneut die Befriedung der Region. Im Vorfeld des für dieses Jahr geplanten Besuchs von Ministerpräsident Koštunica in Zagreb hat diese Wiederbelebung „großserbischer Aktivitäten“ bereits zu Protesten der kroatischen Regierung in Belgrad geführt.

In der Beurteilung des Aufschiebungsbeschlusses des EU-Ministerrats sind sich im übrigen alle kroatischen Kommentatoren einig: Der Beschluss wird nicht nur als eine schwere Niederlage für die Regierung Sanader, sondern für die ganze Nation und als herber Rückschlag für die proeuropäischen politischen Kräfte im Lande angesehen. Die wichtigen Tageszeitungen wie „Jutarni List“ sprechen übereinstimmend vom „Beginn einer großen Resignation gegenüber Europa“. Einer früheren Umfrage der Wochenzeitschrift „Globus“ zufolge möchten rund 65 % der jüngeren Bevölkerung, insbesondere der akademischen Elite, das Land verlassen. Der Trend könnte sich nun verstärken. Und der proeuropäischen Regierungspolitik halten deren Gegner auf Großplakaten neuerdings entgegen: „Gotovina gibt es nicht. Versucht es mit dem Aufschub!“ Diese voraussehbaren Folgen nicht gesehen oder bewusst übersehen zu haben, könnte sich als folgenreicher politischer Fehler der EU erweisen — wenn er nicht alsbald korrigiert wird.

Alles auf eine Karte: Kroatiens Europa-Politik

Trotz dieser und anderer Widerstände in der eigenen und in anderen politischen Parteien und in Teilen der Armee hat die gegenwärtige Regierung den Mut bewiesen, die Reformen ihrer sozialliberalen Vorgänger nicht nur fortzusetzen, sondern den Reformkurs und die EU-Annäherung in den beiden vergangenen Jahren noch zu intensivieren. Die Anpassung der gesamten kroatischen Gesetzgebung an das Recht der EU wird energisch weitergeführt und ist zu mehr als 70 % abgeschlossen. Zuständig waren und sind hierfür die jungen und vielfach im Ausland ausgebildeten Experten des Zagreber Ministeriums für Europäische Integration. Dessen erfolgreiches Team (Durchschnittsalter: unter 30 Jahre, Frauenanteil: fast 70 %) hat frischen Wind in die kroatische Reformgesetzgebung auf dem Wege in die EU gebracht, sich aber in der Zagreber Ministerialbüro-

kratie nicht überall nur Freunde gemacht. Um den „Euroskeptikern“ in den Parteien und der Bevölkerung zu begegnen, ist ein „Nationales Forum für Kroatiens EU-Beitritt“ gegründet und eine Aufklärungskampagne gestartet worden.

Das neue Außen- und Europaministerium

Im Dezember 2004 hat die damalige Zagreber Europa-Ministerin Kolinda Grabar-Kitarović vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin eine eindrucksvolle und detaillierte Zwischenbilanz der bisherigen Bemühungen Kroatiens auf dem Wege in die EU vorgelegt. Die Referentin sparte dabei auch Problemfelder nicht aus: Der gemessen am EU-Durchschnitt noch viel zu hohe Anteil in der Landwirtschaft erwerbstätiger Personen, der Umweltschutz, die hohe Arbeitslosigkeit, die hohe staatliche und private Verschuldung, Kriegsfolgen serbischer Besetzung und Zerstörung der Infrastruktur, bei deren Überwindung EU und Weltbank Kroatien lange Zeit allein gelassen haben.

Im Januar 2005 wurde das Europa-Ministerium mit dem kroatischen Außenministerium vereinigt und die bisherige Ministerin für Europäische Integration zur neuen Außen- und Europaministerin ernannt. Damit hat Regierungschef Sanader nicht nur einem seiner besonders kompetenten Kabinettsmitglieder mehr politisches Gewicht gegeben, sondern zugleich ein Zeichen gesetzt: Kroatische Außenpolitik versteht sich vorrangig als Europapolitik.

Der Reformweg in die EU ist für viele Kroaten schmerzhaft – wo bleibt die EU-Hilfe?

Die Umsetzung notwendiger Veränderungen auch auf für das Küstenland Kroatien sensiblen Gebieten wie der Fischerei hat bereits begonnen und zu öffentlichen Kontroversen geführt. Die mit der vorbehaltlosen Europaorientierung verbundenen Einschnitte sind sozial schmerzhaft. Gesundheitsversorgung und Rentensysteme, auch Teile des Bildungssystems sind auf neue finanzielle Grundlagen zu stellen. Der Anteil der Arbeitslosen liegt bei rund 15 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist dramatisch angestiegen. Und trotz Zuwachsraten von 5,2 % im Jahre 2002 und 4,3 % im Jahre 2003 liegt das Bruttonettoprodukt immer noch bei nur 36 % des EU-Durchschnitts. Der hohe Mehrwertsteuersatz von 22 % belastet die Verbraucher, aber auch kleine, neu beginnende Gewerbebetriebe.

Die ökonomische und rechtliche Öffnung des Landes hat zu erheblichen Veränderungen geführt: Die Mehrzahl der kroatischen Banken befindet sich inzwischen in der Hand ausländischer Kreditinstitute, was auf deren Kreditpolitik im Lande nicht ohne Einfluss geblieben ist. Tausende ausländischer Eigentümer haben in den vergangenen fünf Jahren trotz des nach wie vor bestehenden Genehmigungsvorbehalts seitens des kroatischen Außen- und Justizministeriums Grundstücke in Kroatien erworben und sind in das – noch auf die Zeit der österreichischen Verwaltung zurückgehende, kürzlich reformierte – Grundbuch eingetragen worden. Auch Hotels entlang der Küste und auf den Inseln sind in die Hände ausländischer (deutscher, österreichischer, ungarischer, seit Neuestem auch russischer) Betreiber übergegangen. Eine gewisse Angst vor dem „Ausverkauf“ reizvoller Küstenregionen erscheint daher verständlich. Ausländische Ladenketten von „Kaufland“ bis „Real“ haben sich im Lande etabliert oder bereiten, wie z. B. der deutsche Einzelhändler Lidl, großflächig Neueröffnungen vor. Das Warenangebot vieler Selbstbedienungsläden ist geprägt durch die Produktpalette italienischer Supermärkte. Die Deutsche Telecom ist nach erfolgter Öffnung des kroatischen Telekommunikationsmarktes und einem Bietergefecht Mehrheitseigner der Kroatischen Telecom geworden – und macht seither nachfolgenden Konkurrenten das Leben schwer, um das Preisniveau hochzuhalten. Gleichzeitig werden im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen derzeit mehr tausend Beschäftigte freigesetzt. Zu einem der größten Versicherer im Lande ist die Allianz geworden. Als eines der letzten „Filetstücke“, an dem ausländische Investoren im Zuge der weiteren Privatisierung und Öffnung des kroatischen Energiemarktes interessiert sind, wird der kroatische Petrokonzern INA gehandelt.

Die Beispiele ließen sich vermehren. Sie zeigen, dass die Praxis der EU-Annäherung durch Öffnung des kroatischen Marktes bereits in vollem Gange ist und dass die EU und die Unternehmen ihrer Mitgliedsländer schon jetzt Nutzen daraus ziehen. Um die Wettbewerbsvorteile ungleich finanzstärkerer Unternehmen aus dem europäischen Raum nicht erdrückend werden zu lassen und die Reformfolgen sozial abzufedern, ist Kroatien wirtschaftlich dringend darauf angewiesen, so bald wie möglich Unterstützung aus den noch unter dem damaligen Erweiterungskommissar Verheugen in Aussicht gestellten EU-Fonds und Beitritts-Unterstützungsprogrammen zu

erhalten. Es wäre politisch fatal und ökonomisch kontraproduktiv, wenn der Aufschiebungsbeschluss einen Stillstand auf diesem Felde der weiteren wirtschaftlichen Integration nach sich zöge. Baldige fühlbare Finanzhilfen der EU werden zum unentbehrlichen innenpolitischen Stabilitätsanker für das Land.

Das Haager UN-Tribunal und Kroatien – eine lange Geschichte

Von den Mitgliedsstaaten und Organen der EU wird immer wieder die „volle und uneingeschränkte Zusammenarbeit“ mit dem Haager Tribunal gefordert. Aber was heißt das?

Die Zusammenarbeit mit den Tatortländern verläuft bis heute höchst unterschiedlich. Kroatien kooperiert im Gegensatz zu Serbien und Montenegro und zur Serbischen Republik in Bosnien und Hercegovina, die erst seit kurzem und mit Einschränkungen zur Kooperation mit dem ICTY bereit sind, bereits seit den Anfängen des Tribunals, d. h. seit rund zehn Jahren. In den 90er Jahren, als der damalige serbische Staatspräsident Milošević das Haager Tribunal noch als Werkzeug westlicher Interessen bezeichnete und ihm jegliche Legitimation und Entscheidungskompetenz absprach, hatte sich schon eine Reihe hochrangiger kroatischer Militärs dem Tribunal gestellt. Andere wurden später verhaftet und überstellt. Tausende von Beweismitteln, zumeist Akten, wurden herausgegeben.

Auf der Grundlage eines vom kroatischen Parlament 1996 erlassenen Gesetzes über die Zusammenarbeit wurden Ermittlungsteams der Anklagebehörde des Haager Tribunals mit zahlreichen Mitarbeitern in Zagreb tätig. Die Arbeit einer im selben Jahr vorgesehenen Außenstelle des ICTY in Belgrad wurde lange Zeit von der serbischen Regierung so wenig unterstützt, dass nach der Ablösung von Milošević durch Đinđić im Jahre 2000 eine förmliche „Wiedereröffnung“ dieser Außenstelle erfolgte. Der serbische Ministerpräsident Koštunica hat kürzlich und im Gegensatz zum serbischen Staatspräsidenten Tadić nochmals die Grenzen der Kooperationsbereitschaft mit dem Tribunal klargemacht: Die serbische Regierung befürwortete, dass sich Angeklagte freiwillig stellten, sei aber im Gegensatz zur Regierung des ermordeten Ministerpräsidenten Đinđić nicht bereit, Den Haag weitergehende Rechtshilfe durch Verhaftung und Überstellung gesuchter Angeklagter zu leisten. Auch die Zusammenarbeit mit Kroatien verlief nicht immer reibungslos und ohne Konflikte. Exemplarisch

ist der Fall des kroatischen Generals und Generalstabschefs Blaškić. Dieser stellte sich noch in der Regierungszeit Präsident Tučmans freiwillig dem Tribunal. Dessen Erste Strafkammer unter Vorsitz der amerikanischen Richterin McDonald versuchte, den kroatischen Staat und seine Minister unter Androhung von Zwangsmaßnahmen des amerikanischen Zivilprozessrechts einschließlich Haft und Geldstrafe zur Übergabe gesuchter Beweismittel zu zwingen — und überschritt damit selbst die Kompetenzen des Haager Tribunals. Die Rechtsmittelkammer unter Vorsitz des damaligen italienischen Gerichtspräsidenten Cassese korrigierte das Verfahren, das in der Folgezeit durch jahrelange prozessuale Auseinandersetzungen zwischen Kroatien und dem ICTY geprägt war. Blaškić wurde schließlich in Erster Instanz durch Urteil vom 3. 3. 2000 zu 45 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Von der Rechtsmittelkammer wurde diese Strafe durch Urteil vom 29. 7. 2004 auf neun Jahre ermäßigt und der Verurteilte unter Anrechnung seiner überlangen Untersuchungshaft sofort auf freien Fuß gesetzt.

Diese außerordentliche Differenz im Strafmaß kann nicht nur mit sorgfältigerer Sachverhaltsaufklärung und Rechtsprüfung durch die Rechtsmittelinstanz des Tribunals erklärt werden. Sie deutet auch auf erhebliche Verfahrens- und Wertungskonflikte innerhalb des ICTY hin. Dass auf der anderen Seite die Stellvertretende Präsidentin der Serbischen Republik in Bosnien und Stellvertreterin des wegen Völkermordes gesuchten Präsidenten, Plavšić, nach einem Teilerkenntnis zu einer vergleichsweise niedrigen Freiheitsstrafe von elf Jahren verurteilt wurde, zeigt, zu welchen uneinheitlichen und daher fragwürdigen Strafmaßentscheidungen ein Verfahren führen kann, in dem durch Schuldgeständnis des Angeklagten und anschließende „Verhandlung“ zwischen Ankläger und Verteidiger ganze Tatkomplexe im Urteil einfach außer Betracht gelassen werden können.

Einheitliche Urteils- und Strafmaßstäbe fehlten in dem mit Richtern aus allen Teilen der Welt und vorwiegend angelsächsischer Rechtstradition zusammengesetzten Gericht ohnehin. Sie mussten von diesem neuartigen UN-Strafgericht, das an die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse vor 60 Jahren anknüpft, erst erarbeitet werden. Eine erste interne Untersuchung der Grundsätze und Argumente, welche die einzelnen Richter und Kammern ihren Strafaussprüchen zugrunde legten, machte diese anfängliche Orientierungslosigkeit im ICTY

so offensichtlich, dass sie unter Verschluss gehalten und nicht veröffentlicht wurde.

Das schiefe Bild des Tribunals – und seine Korrektur

Das Jugoslawien-Tribunal wird in den Tatortstaaten unterschiedlich und von vielen kritisch wahrgenommen oder gar abgelehnt. Dies hängt nicht nur mit manchen Eigenheiten der überlangen und kontinentaleuropäischen Rechtstraditionen fremden Verfahren zusammen. Vielmehr führte die unterschiedliche Kooperationsbereitschaft der Tatortstaaten und die anfangs eigenwillige, auch durch Beweismangel bedingte Ermittlungstätigkeit der Anklagebehörde zeitweilig dazu, dass mehr und jedenfalls höherrangige kroatische als serbische Militärs verfolgt wurden. Auch wurden frühzeitig die von kroatischen Militärs bei der 1995 mit Unterstützung amerikanischer Militärberater erfolgten Rückeroberung und Wiedereingliederung der irredentistischen Region „Krajina“ begangenen Kriegsverbrechen verfolgt. Dagegen wurden die vom serbischen Aggressor auf kroatischem Staatsgebiet und auch in eben jener Krajina zuvor, d. h. in den Jahren 1992/1995 begangenen Kriegsverbrechen zunächst nicht systematisch in die Ermittlungstätigkeit einbezogen. Der Kriegsverlauf wurde auf diese Weise in der Verfolgungs- und Verurteilungstätigkeit des ICTY anfangs auf den Kopf gestellt. Dies hat zu einer ambivalenten Rezeption der Arbeit des UN-Tribunals in Kroatien beigetragen.

Das hat sich geändert, seit sich auch zahlreiche höherrangige serbische Militärs – freiwillig oder verhaftet – als Angeklagte in Den Haag befinden. Inzwischen wird die Verfolgungstätigkeit des Haager Tribunals, die sich ihrem Ende nähert, dem Kriegsverlauf durchaus gerecht: Angeklagt sind insgesamt 93 Serben, 31 Kroaten und 10 Bosnier, d. h. auf Seiten des serbischen Aggressors werden dreimal so viele Beteiligte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen, wie auf kroatischer Seite. Von einer Vergleichbarkeit oder gar Gleichgewichtigkeit begangenen Unrechts auf serbischer und kroatischer Seite, kann also, wie die Aufarbeitung durch den ICTY zeigt, keine Rede sein. Dies erhellt auch die Tatsache, dass nur gegenüber serbischen und gegenüber keinem einzigen kroatischen Angeklagten der Tatvorwurf des Völkermords, d. h. der planmäßigen und absichtsvollen Vernichtung einer ethnischen Gruppe als solcher oder einzelner ihrer Angehörigen, erhoben wird. Noch im Jahre 2004 äußerte sich die Chefanklägerin Del

Ponte zufrieden über die Zusammenarbeit Kroatiens mit Den Haag. Von den 626 Rechtshilfeersuchen des Gerichts, so konnte Staatspräsident Mesić Anfang März 2005 während seines Besuchs bei der EU in Brüssel erklären, sind von Kroatien 625 Ersuchen ausgeführt worden. Acht weitere hochrangige kroatische Militärs begaben sich allein 2004 als Angeklagte nach Den Haag.

Diese einverständliche Kooperation ist auch die Grundlage dafür, dass im Zuge der schrittweisen Beendigung der Tätigkeit des Haager UN-Tribunals (für die Ermittlungstätigkeit der Anklage bis Ende 2004, für die Strafkammern erster Instanz bis 2008, für die Berufungskammer bis 2010) rund 20 schwebende Strafverfahren (wegen Straftaten in Zusammenhang mit der Rückeroberung der Krajina und den Kämpfen um Vukovar) zur weiteren Erledigung vom ICTY an kroatische Strafgerichte abgegeben werden sollen. Für Bosnien ist hierfür unlängst ein eigener Staatsgerichtshof mit zwei Spruchkörpern eingerichtet worden, von denen einer für die Aburteilung organisierter Kriminalität, der andere für Straftaten nach Internationalem Strafrecht zuständig ist. Die Verfahrensüberleitung bereitet ein eigens hierfür gebildetes Übergangs-Team beim ICTY vor. Jeder Einzelfall bedarf richterlicher Zustimmung nach Anhörung des Angeklagten.

Politische Instrumentalisierung des UN-Tribunals?

Der bedeutsame Unterschied im Tatvorwurf verbietet es, die beiden flüchtigen serbischen Angeklagten, den für den Srebrenica-Massenmord an 8000 Muslimen mutmaßlich mitverantwortlichen General Mladić und den für ethnische Säuberungen, Internierungslager und andere Gräueltaten mutmaßlich mitverantwortlichen Präsidenten der Serbischen Republik in Bosnien, Karadžić, mit dem flüchtigen kroatischen General Gotovina gleichzusetzen. Gleichwohl geschieht dies in der gegenwärtigen Debatte um Gotovina immer wieder. Das Argument: Man dürfe mit Kroatien nicht in Verhandlungen eintreten, weil sich Serbien darauf berufen könnte, lässt die gravierenden Unterschiede in der bisherigen Zusammenarbeit beider Länder mit dem ICTY und die Tatsache außer Acht, dass es bei Mladić und Karadžić um ganz andere Dimensionen des Unrechts geht, als im Fall Gotovina.

Der EU-Ministerratsbeschluss leitet Wasser auf die Mühlen derjenigen Kritiker des ICTY, die in diesem Gericht ohnehin ein politisches Instrument

der Interventionsmächte und ihrer Interessen sehen möchten. Diese Gegner der juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit in Kroatien und Serbien sind auch Gegner der EU-Integration Kroatiens und der Aussöhnung, zumindest der schrittweisen Normalisierung der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien.

Der Fall Gotovina wird zweifach instrumentalisiert: Von den Gegnern einer schnellen EU-Integration Kroatiens und von den EU-Gegnern in Kroatien. Diesen hat auch der ICTY selbst mehrfach Argumente geliefert. So stellte sich heraus, dass mehrere der Personen, deren angebliche Tötung Gegenstand der Anklage gegen Gotovina war, noch leben. Daraufhin musste die Anklageschrift geändert werden. Im Sommer 2004 verwies die Anklagebehörde in Den Haag auf Informationen, wonach sich der gesuchte General an der dalmatinischen Küste im Badeort Brela aufhalte und dort gesehen worden sei. Nachforschungen von kroatischer Seite ergaben, dass Augenzeugen einen ähnlich aussehenden italienischen Touristen irrtümlich für den Gesuchten gehalten hatten.

Ungleiches Recht in der internationalen Strafrechtswissenschaft?

Den Kritikern des Jugoslawien-Tribunals und der internationalen Strafrechtswissenschaft wird das stärkste Gegenargument zur Zeit von den USA geliefert: Warum soll für kroatische, serbische oder bosnische Militärs gelten, was für die USA, deren Verbündete und Soldaten nicht gilt? Gleich nach seiner Wahl zog Präsident Bush die Unterschrift der USA unter die multilaterale Konvention zur Einführung eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) aufgrund des 1998 von 120 UN-Mitgliedstaaten unterzeichneten Rom-Statuts wieder zurück, die noch gegen Ende der Amtszeit Präsident Clintons gegeben worden war. Ein von Senator Helms angeregtes Gesetz zum Schutz von Amerikanern im Einsatz („*American Service Man Protection Act*“) ermächtigt und verpflichtet seither die US-Regierung zur Verweigerung von Kooperation mit dem ICC und zur – notfalls gewaltsamen – Befreiung von US-Soldaten, die wegen des Verdachts, Kriegsverbrechen begangen zu haben, festgenommen wurden, um sie dem ICC zu überstellen.

Die USA zögern nicht, auch die Staaten Südosteuropas, neben Bulgarien, Rumänien, Bosnien und Hercegovina, Serbien und Montenegro auch Kroatien, massiv unter Druck zu setzen, um sie zum Abschluss bilat-

eraler Nicht-Kooperations-Abkommen zu bewegen und damit die Arbeit des ICC, der ebenso wie der ICTY seinen Sitz in Den Haag hat, lahm zu legen. Bulgarien und auch Bosnien haben bereits unterzeichnet.

Auf Drängen der EU hat Kroatien die Annahme dieser amerikanischen Offerte bisher abgelehnt – und wurde von den USA sogleich auf der Liste potentieller Nato-Neumitglieder weiter zurückgestuft.

Präsident Mesić hat dem amerikanischen Drängen auf Unterzeichnung bisher mit dem zutreffenden Argument widerstanden: Kroatien könne nicht ein Abkommen zur Nichtüberstellung von Kriegsverbrechern an den ICC unterschreiben, wenn gleichzeitig von ihm die vorbehaltlose Zusammenarbeit mit dem ICTY und die Überstellung aller angeklagten Kroaten an dieses Gericht verlangt werde.

„Wir fühlen uns“, sagte unlängst der vormalige Dekan der Juristischen Fakultät Zagreb und Reformierender des Strafverfahrens in seinem Lande, Prof. Davor Krpac, „zwischen USA und EU wie zwischen Hammer und Amboss“. Die EU verlangt also von Kroatien vorbehaltlose rechtliche Zusammenarbeit mit der Internationalen Strafrechtswissenschaft, die nicht nur die USA, sondern auch andere Nato-Staaten und EU-Mitglieder und vor allem England, das treibende Kraft des aufschiebenden Ministerratsbeschlusses vom 16. 3. 2005 war, selbst keineswegs zu leisten bereit sind.

Die Begründung, die beiden Strafgerichte, der Jugoslawien-Strafgerichtshof und der Ständige Strafgerichtshof, beruhten auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen, mag zwar formal zutreffen, geht aber am Kern der Sache vorbei. Es geht nämlich um ein und dieselbe Grundfrage: Sollen Soldaten und deren Kommandeure für Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen vor einem unabhängigen internationalen Gericht in einem rechtsstaatlichen Verfahren zur Verantwortung gezogen werden – oder nicht? Und sollen sie dann weiterhin straflos bleiben, falls sie nicht von der eigenen, nationalen Justiz zur Rechenschaft gezogen werden, was erfahrungsgemäß selten und wenn, dann nur selektiv geschieht. In Frage steht, wie auch der deutsche Richter am ICTY, Wolfgang Schomburg, unlängst dazu erklärte, nicht weniger als das Grundprinzip allen Rechts: *die Gleichheit vor dem Gesetz*.

Der Zick-Zack-Kurs der EU in Sachen Kroatien und seine Korrektur

Die EU ist in ihrer Politik gegenüber Kroatien weder konsequent verfahren, noch sind ihre Organe sich einig. Nach dem Partnerschaftsabkommen mit Kroatien

tien von 2001 zog sich der Ratifizierungsprozess lange hin. Als letzte Länder ratifizierten die Parlamente in England und Italien. Dieses, weil es hoffte, in der Frage der Entschädigung nach 1945 enteigneter Italiener in Istrien sowie bei der Aufteilung und Nutzung der Wirtschafts- und Fischereizonen der Adria Druck ausüben zu können. England, weil es seit dem Zerfall des sozialistischen Jugoslawien vor eineinhalb Jahrzehnten und der frühen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch Deutschland Zurückhaltung gegenüber dem Neustaat Kroatien übt.

Der förmliche Aufnahmeantrag Kroatiens im Februar 2003 wurde im April 2004 von der Europäischen Kommission befürwortet. Die Kommission in Brüssel hatte sich zuvor in einem umfangreichen Prüfungsverfahren, in dem von der kroatischen Regierung rund 1500 Fragen mit insgesamt 4500 Unterfragen abzuarbeiten waren, von den Reformfortschritten und der „Europareife“ Kroatiens überzeugt und diese ausdrücklich anerkannt. Anschließend beschlossen das Europäische Parlament mit großer Mehrheit, der Europäische Rat der Regierungschefs und der Ministerrat der EU einstimmig, den Empfehlungen der Europäischen Kommission zu folgen, Kroatien den förmlichen Kandidatenstatus zuzuerkennen und seine Regierung zu Beitrittsverhandlungen einzuladen. Deren Beginn war für den 17. 3. 2005 angesetzt.

Dies alles geschah in Kenntnis der Tatsache, dass der schon seit dem Jahre 2001 gesuchte General Gotovina bisher nicht gefasst wurde. In keinem dieser vorangegangenen Beschlüsse wurde die Festnahme und Überstellung Gotovinas ausdrücklich zu einer Bedingung für den Verhandlungsbeginn gemacht. Vielmehr wurde nur die „volle und uneingeschränkte Zusammenarbeit“ der kroatischen Regierung mit dem ICTY verlangt. Diese wurde zunächst auch von der Chefanklägerin Carla Del Ponte bestätigt. Danach und auf der Grundlage ihrer Bestätigung lief die gesamte vorbereitende Beschlusssprozedur des Jahres 2004 ab.

Was hat diesem Fall in der Zwischenzeit ein so unverhältnismäßiges Gewicht verliehen, das es rechtfertigte, die gesamte Europa- und Stabilitätspolitik der letzten Jahre in Kroatien und darüber hinaus in Südosteuropa in einen Scherbenhaufen zu verwandeln? Drohen Kroatien und die Region erneut zum Spielball nationaler europäischer Interessenpolitiken zu werden? Kein Verständnis für den vom EU-Ministerrat beschlossenen Aufschub hat nach wie vor das

Europäische Parlament, dessen außenpolitischer Ausschuss sich nachdrücklich für die Verhandlungsaufnahme ausgesprochen hat. Auch der Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt, Busek, trat mit guten Gründen dafür ein; ebenso die langjährige Vorsitzende des Südosteuropa-Ausschusses des Europäischen Parlaments, Doris Pack.

Kroatien – Stabilitätsanker einer Konfliktregion

Auf einer vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst DAAD und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik veranstalteten „Internationalen Bilanzkonferenz Fünf Jahre Stabilitätspakt Südosteuropa“ Ende Februar 2005 in Hamburg waren sich Regierungsvertreter und Wissenschaftler der südosteuropäischen Nachbarländer Serbien und Montenegro, Bosnien und Hercegovina sowie Makedonien einig darin, dass die baldige EU-Integration Kroatiens eine wichtige Brückenfunktion für weitere Reformen in ihren Ländern und für die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der gesamten Region habe.

Der Vertreter des Berliner Auswärtigen Amtes fand für die von ihm unterstützte Aufschubpolitik der Bundesregierung weder bei den anwesenden Südosteuropaexperten noch bei den Regierungsvertretern und Wissenschaftlern aus der Region Zustimmung. Zu denken geben sollte der Bundesregierung auch, dass im EU-Ministerrat ausnahmslos alle benachbarten Alt- und Neumitglieder der betreffenden Region für die Verhandlungsaufnahme waren: Österreich, Ungarn, Slowenien und die Slowakei. Von diesen Ländern nämlich und von den östlichen Nachbarländern Kroatiens, also Bosnien, Serbien und Makedonien hängen Erfolg oder Misserfolg der mühsamen Stabilitätspolitik im Konflikttraum Südosteuropa letztlich ab – und nicht von den möglicherweise ganz anderen, jedenfalls fernerliegenden Interessen der nördlichen EU-Länder.

England – „Speerspitze“ gegen Kroatien?

„Die „Nein-zu-Kroatien-Kampagne“ („No to Croatia campaign“) in Brüssel wurde angeführt von britischen Diplomaten“, erklärte am 18. 3. 2005 „The Guardian“. Von englischer Seite wird damit der Fall Gotovina zum alles entscheidenden „Testfall“ für die weitere EU-Annäherung Kroatiens gemacht. Argument im Hintergrund ist offenbar ein Geheimdienstkonflikt. Britische Geheimdienstmitarbeiter, so wird berichtet, hätten vor zwei Jahren der kroatischen Regierung und ihrem Geheimdienst operative Mitarbeit bei der

Verhaftung Gotovinas angeboten, seien aber mit einer gemeinsamen „Aktion Cash“ gescheitert, weil Teile des kroatischen Geheimdienstes nicht konspirativ kooperiert, sondern im Gegenteil Informationen an Unterstützer Gotovinas weitergeleitet hätten. Dies geschah im Frühjahr und Sommer 2003. Die Wahlen, die nach längeren Koalitionsverhandlungen zur Bildung der jetzigen Regierung Sanader führten, fanden am 23. 11. 2003 statt. Sowohl der damalige kroatische Geheimdienstchef Turek als auch der Polizeichef Ostojić wurden später ihrer Posten enthoben. Schon Ministerpräsident Račan hatte seit längerem Zweifel an der Zuverlässigkeit des kroatischen Geheimdienstes, wie er kürzlich in einem Interview äußerte. Die Gründe für diese Folgen politischer Richtungskämpfe innerhalb von Polizei und Geheimdienst können nicht der gegenwärtigen Regierung Sanader angelastet werden.

Welche Rolle Sanader als Oppositionsführer in der Endphase der Regierung Račan und im Kampf um die Stimmen des rechtsnationalen Wählerspektrums spielte, bleibe dahingestellt. Als Regierungschef jedenfalls ist er bemüht, mithilfe eines Untersuchungsausschusses Licht ins Dunkel und den Geheimdienst besser unter Kontrolle zu bringen. Auch Ermittlungsmaßnahmen gegen mutmaßliche Unterstützer Gotovinas und dessen Finanzquellen wurden aufgenommen. Hier allerdings hätten die kroatischen Ermittlungsbehörden früher und entschiedener handeln sollen und können.

Was zudem „The Guardian“ in diesem Zusammenhang nicht, die kroatische Presse dafür ausführlich berichtet hat: Im vergangenen Jahr ging ein elektronisch hochgerüstetes Spezialfahrzeug des britischen Geheimdienstes in Zagreb in Flammen auf. Die britische Presse berichtet dagegen von Waffen kroatischer Herkunft, die bei der IRA in Irland aufgetaucht seien. Wurde womöglich vom britischen Geheimdienst in Zagreb nach mehr und anderem als nur Gotovina auf der Flucht vor Den Haag gesucht? Ein Beispiel dafür, wie schwer es auch anderen Regierungen fällt, ihre Dienste unter Kontrolle zu bringen, ist die fragwürdige Rolle des britischen Geheimdienstes im Vorfeld des Irakkrieges und seiner misslungenen Rechtfertigungsversuche.

Frankreich und Gotovina

Der Fall Gotovina führt auch zu Fragen an Frankreich. Von 1973 bis 1978 war Gotovina Angehöriger der Fremdenlegion, ist seit 1979 französischer Staatsange-

höriger und besitzt einen unlängst erneuerten französischen Pass, der ihm Bewegungsfreiheit im EU-Raum verschafft. Die französische Strafjustiz verurteilte ihn mehrfach, u. a. wegen Raubes und illegalen Waffenhandels. Die französische Presse hat daher die Frage gestellt, ob der flüchtige General französische Helfer habe, zumal er mit Kreisen um den rechtsextremen Le Pen zusammengearbeitet hat. Die extreme Rechte lehnt in Frankreich ebenso wie in anderen Ländern jede internationale Strafjustiz zur Kontrolle militärischer Einsätze grundsätzlich ab. Die von der kroatischen Presse aufgeworfene Frage, ob Gotovina sich womöglich in Frankreich aufhalte, hat das Pariser Außenministerium verneint. In einem von der Presse wiedergegebenen Vermerk des französischen Geheimdienstes dagegen wird diese Frage bejaht.

Dies erinnert an den mit dem Fall Gotovina gegenwärtig immer wieder zu Unrecht verglichenen Fall des flüchtigen Expräsidenten der bosnischen Serbenrepublik, Karadžić. Als im Dezember 1996 eine amerikanisch-britische Kommandoeinheit von Sarajevo aus die Festnahme von Karadžić vorbereitete, fuhr ein französischer Offizier beim SFOR-Stab in Sarajevo nach Pale in das Hauptquartier von Karadžić und warnte diesen. Der amerikanische Oberkommandierende Wesley Clark stoppte daraufhin das Kommandounternehmen, um ein durch diesen Geheimnisverrat wahrscheinlich gewordenes Blutbad zu verhindern. Der französische Offizier wurde später ohne Verfahren nach Frankreich zurückbeordert.

Ausweg aus der Sackgasse: Keine Europa-Politik der Staatsanwälte

Die EU sollte so schnell wie möglich nach Wegen aus der Sackgasse suchen, bevor der Ministerratsbeschluss weitergehenden Schaden für die Stabilitätspolitik und EU-Annäherung in Kroatien und darüber hinaus verursacht. Einen ersten Schritt zur Korrektur stellt der Beschluss des Europäischen Rates vom 23. 3. 2005 dar, eine „Kooperationskommission“ zu bilden, die den Stand der kroatischen Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal und die Verfolgungsmaßnahmen im Fall Gotovina prüfen und darüber dem ICTY berichten soll.

Verfehlt wäre es allerdings, wenn damit erneut oder nun erst recht die Staatsanwälte das letzte Wort erhalten sollten. Die Frage, in welcher Weise durch zielstrebig fortzusetzende Heranführung der jeweils fortgeschrittensten Länder Südosteuropas schritt-

weise die Stabilisierung der bisherigen Konfliktregion unterstützt werden kann, ist keine Rechtsfrage und erst recht keine Strafrechtsfrage, sondern eine primär politische Frage. Eine angemessene Antwort kann nicht mithilfe von Beurteilungsmaßstäben gefunden werden, die sich allein auf Ziele und Zwecke des in seiner Geltung und Anwendung (siehe USA) nach wie vor umstrittenen internationalen Strafrechts beziehen. Die Entscheidung sollte vielmehr Raum lassen für eine sorgfältige Abwägung der verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen.

Die Chefanklägerin und der Präsident des Haager Tribunals, vor allem aber die Organe der EU sollten sich an die Grenzen der Legitimation und der Rechtsmacht erinnern, die diesem Ad-Hoc-Tribunal durch den politischen Auftrag bei seiner Gründung gezogen wurden. Das ICTY stützt sich im Gegensatz zum ICC nicht auf eine allgemein anerkannte vertragliche Grundlage des Völkerrechts, es gründet sich bei seinen Verfahren auch nicht auf allgemein gültiges Gewohnheitsrecht, sondern nur auf eine Resolution des Sicherheitsrats. Es ist durch diese Resolution vom 25. 5. 1993, die auf dem Bericht des Generalsekretärs vom 3. 5. 1993 beruht, auch nur legitimiert als „Maßnahme zur Erhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der Sicherheit“. Die Legitimation dieses Ad-Hoc-Gerichts endet daher dort, wo seine Tätigkeit offensichtlich zu Destabilisierung und neuer Unsicherheit eines Landes oder einer Region führt oder beiträgt.

Andererseits besteht an der Rechtspflicht des flüchtigen Generals, sich dem Verfahren des UN-Tribunals wie jeder andere Angeklagte zu stellen, kein Zweifel; ebenso wenig an der uneingeschränkten Kooperationspflicht Kroatiens. Schmerzen beim Blick in den Spiegel der Wahrheit bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der Vergangenheit und falsche Heldenverehrung von Militärs, die Kriegsverbrechen begangen haben, entbinden nicht von dieser Pflicht. Eine gutwillig um Kooperation bemühte Regierung kann gleichwohl nicht haftbar gemacht werden für früheres Fehlverhalten und Verweigerungshaltung politischer Gegner.

Der dagegen erforderliche und für die kroatische Regierung hilfreiche Druck kann ungleich wirksamer „von innen“ und mit den rechtlichen und finanziellen Mitteln der EU gegenüber einem mit dieser EU um die weitere Integration verhandelnden Kroatien entwickelt werden, als „von außen“ und durch Verzögerung dieses Integrationsprozesses.

Da die Grenzen zwischen Politik und Recht auf internationaler Ebene anders verlaufen als im nationalen Rechtsraum, sollte das letzte Wort für die Aufnahme oder Fortsetzung von Beitrittsgesprächen nicht entscheidend vom Votum der Chefanklägerin des ICTY abhängig gemacht werden. Die EU-Organe sollten diese Frage vielmehr im Sinne einer offensiven Europapolitik für Kroatien und ganz Südosteuropa entscheiden. Das direkt gewählte Europäische Parlament beweist hier eine überzeugendere politische Urteilsfähigkeit als die Repräsentanten der Regierungen im Ministerrat.

***Herwig Roggemann** ist Professor em. für Rechtsvergleichung, Osteuropäisches Recht, Straf- und Verfahrensrecht (Osteuropa-Institut und FB Rechtswissenschaft der FU Berlin) sowie Gründer und Leiter des Interuniversitären Rechtszentrums Split/Berlin.*

Das Jahrhundert der Kriege in Südosteuropa – eine „Altlast des Ersten Weltkriegs“?

STEFAN TROEBST, LEIPZIG

„Europa hat die Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs einigermaßen bewältigt“, so 1993 Paul Widmer über den Zerfall Jugoslawiens, doch „mit der Altlast des Ersten Weltkriegs tut es sich schwer.“¹ Der Schweizer Althistoriker und Diplomat meinte damit den in der Zwischenkriegszeit als „Balkanisierung“ bezeichneten Prozess des Zerfalls der Imperien der Habsburger, Osmanen und Romanovs in zahlreiche Konglomerat- und Nationalstaaten – mit der Folge des Entstehens einer Vielzahl damals so genannter „Saisonstaaten“, von denen jeder eine Fülle von Minderheitenproblemen, Nationalitätenkonflikten, unhistorischen Grenzen, zwischenstaatlichen Reibungsflächen und Sicherheitsvakua aufwies. Entsprechend wurde der Balkan mehr noch als schon im 19. Jahrhundert als „Pulverfass“, „Zankapfel“, „Wespennest“ und „Hinterhof“ Europas imaginiert. Diese durch den Ersten Weltkrieg geöffnete Büchse der Pandora, so die Widmersche Botschaft, gilt es wieder zu verschließen. In indirekter Antwort hierauf hat Dan Diner in seiner eigenen Interpretation des europäischen 20. Jahrhunderts festgestellt, die „Wiederkehr historischer Räume im Gedächtnis“ evoziere offenbar die „Wiederkehr historischer Zeiten“.² Der im Europa des Kalten Krieges mangels offener Konflikte „vergessene“ Balkan tauchte 1991 auf dem Radarschirm EU-Europas wieder auf – und mit ihm die Erinnerung an das balkanische Konfliktpotential.

Auf den ersten Blick ist die Widmersche Verknüpfung von Erstem Weltkrieg und Südosteuropa natürlich richtig: Die Schüsse im bosnischen Sarajevo vom 28. Juni 1914 beschworen in der Tat die Juli-Krise herauf, welche den europäischen Bündnismechanismus und damit den Krieg zwischen den Mittelmächten und der Entente auslöste. Allerdings blieb Südosteuropa im Vergleich zu den Schlachtfeldern West- und Mitteleuropas lediglich ein Nebenkriegsschauplatz, wie auch hier der Weltkrieg nicht die Singularität wie andernorts besaß. Dies deshalb, weil der Krieg im Südosten Bestandteil einer ganzen Kette aufeinander folgender Regionalkriege war – einer Kette, die bereits 1912 mit dem Ersten Balkankrieg der Balkanstaaten gegen das

Osmanische Reich begonnen hatte und 1913 in den Interallianzkrieg, d. h. den Zweiten Balkankrieg zwischen Bulgarien einerseits und Rumänien, Montenegro, Serbien und Griechenland andererseits, mündete. 1919 fand diese Kette in der rumänischen Intervention in Ungarn und im griechischen Angriff auf das osmanische Restreich ihre Fortsetzung, um 1922 mit der Vertreibung von griechischer Armee und orthodoxer Zivilbevölkerung aus Anatolien zu enden.³

Mit Blick auf den Vorlauf der beiden Balkankriege von 1912/13 hat der Historiker Joachim Remak daher schon 1971 den Ersten Weltkrieg als „Dritten Balkankrieg“ bezeichnet.⁴ Was Europa als ganzes betrifft, mag dies berechtigt sein, bezüglich des Donau-Balkan-Raums indes nicht, denn hier kam es lediglich zu einer Reihe von zeitlich beschränkten Feldzügen kleinerer bis mittlerer Größenordnung, nicht aber zu einem Grabenkrieg bislang ungekannten Ausmaßes und Länge wie etwa bei Verdun. Den Auftakt machten in Südosteuropa die beiden gescheiterten Angriffsoperationen Österreich-Ungarns gegen Serbien von 1914, denen 1915 zwei gleichfalls fehlgeschlagene Landungsoperationen der Entente am südlichen Abschnitt der Meerengen zwischen Marmara-Meer und Ägäischem Meer, den Dardanellen, folgten. Mit deutscher und bulgarischer Hilfe gelang es ebenfalls 1915 der Habsburgermonarchie, Serbien doch noch zu schlagen und zu besetzen bzw. aufzuteilen – eine Entwicklung, welche eine neuerliche Intervention der Entente, diesmal in Griechenland, bewirkte. In der Folge entstand die so genannte Salonikifront, die von der gleichnamigen nordgriechischen Großstadt zur albanischen Adriaküste verlief und an der britische, französische, russische, serbische, italienische und griechische Truppen deutschen, bulgarischen und österreichisch-ungarischen Einheiten über Jahre hinweg gegenüberstanden. 1915/16 unternahm das Osmanische Reich gleichsam im Schatten des Weltkrieges einen Ausrottungskrieg gegen seine armenische Bevölkerung, und 1916 gingen Österreich-Ungarn und Bulgarien erfolgreich gemeinsam gegen das von einer neutralen Position auf die Seite der Entente

gewechselte Rumänien vor. Der Durchbruch der Ententekräfte an der Salonikifront im September 1918 führte dann zum militärischen Kollaps der Mittelmächte in Südosteuropa sowie unmittelbar zum Auseinanderfallen der Donaumonarchie.

Die Pariser Nachkriegsregelung für den europäischen Südosten war eine brisante Mischung aus drei gänzlich unterschiedlichen Ingredienzien: Erstens projizierte das Wilsonsche Prinzip der Selbstbestimmung die Forderung „Jede Nation ein Staat! In jedem Staat eine Nation!“ auf eine Teilregion Europas, für die ihrer ethnischen Gemengelage wegen eine Gliederung nach dem Nationalitätenprinzip denkbar ungeeignet und damit hochgradig konfliktrichtig war. Zweitens versuchte man eben diesem Dilemma wenig effizient durch internationale Minderheitenschutzverträge sowie durch die Einrichtung der Schiedsinstanz des Völkerbundes zu entgehen. Und drittens wurde ungeachtet der genannten Prinzipien eine deutliche Unterscheidung in Siegerstaaten wie Griechenland, Rumänien und dem neuen Jugoslawien einerseits sowie andererseits Verliererstaaten wie Bulgarien und Ungarn gemacht. Hinzu kam das 1912 gegründete Albanien als balkanischer Brückenkopf Italiens. Direkte Folge der Proliferation neuer und kleiner Staaten in Südosteuropa war die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch Irredentismus, Separatismus und Revisionismus, und indirekte Konsequenz war der nächste Staatsbildungsschub in der folgenden Kriegsdekade, also im Zweiten Weltkrieg, dem sich unmittelbar der Griechische Bürgerkrieg der Jahre 1946-1949 anschloss. 1939 entstand der „Staat“ Slowakei von Hitlers Gnaden; 1940 und erneut 1944 wurde aus dem rumänischen Bessarabien die Sowjetrepublik Moldawien; 1941 wurde der nur nominell „Unabhängige Staat Kroatien“ als deutsch-italienisches Kondominium gegründet; das bereits 1939 italienisch annektierte Albanien mutierte im Krieg zu einem Kosovo, Westmakedonien, Montenegro und Teile Griechenlands einschließenden Großalbanien unter Herrschaft Mussolinis; und die Ausrufung eines selbständigen Makedonien wurde 1944 zwar von Hitler angeordnet, der Führerbefehl konnte aber des Kriegsverlaufs wegen nicht mehr vollzogen werden.

Die südosteuropäischen Sieger Griechenland, Albanien und Jugoslawien restaurierten 1945 die Pariser Neuordnung von 1919/20, und die alliierten Hauptmächte segneten sie bezüglich der regionalen Verlierer Ungarn, Rumänien und Bulgarien auf der

Pariser Friedenskonferenz von 1946 ab. Die seit 1944 in Südosteuropa wirksame Pax sovietica hielt bis über das Epochenjahr 1989 hinaus an und fand ab 1949 ihre südliche Parallele in der NATO, welche Griechenland und die Türkei zum Nichtangriff zwang. Im Eisschrank der Blockkonfrontation wurden die Regionalkonflikte des Balkans jetzt schockgefroren. Unter der Oberfläche der wiederhergestellten Staatenlandschaft der Zwischenkriegszeit blieben aber auch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts regionale Sollbruchlinien erkennbar: Zwischen Rumänien und Ungarn stand die Siebenbürgenfrage, zwischen Rumänien und der Sowjetunion die Bessarabische Frage; Jugoslawien und Bulgarien entzweite die Makedonische Frage, Jugoslawien und Italien die Triestfrage, Jugoslawien und Albanien die Albanische Frage; und innerhalb des multiethnischen Jugoslawien fand der dominierende serbisch-kroatische Gegensatz Parallelen etwa in der Kontroverse zwischen Serben und Albanern um Kosovo.

Das Abschalten des Ost-West-Eisschranks im Zuge der Implosion der Sowjetunion 1991 und das Auftauen des balkanischen Gefrierguts wurde zwar im zwischenstaatlichen Bereich durch die internationale Staatengemeinschaft, hier vor allem durch die „neue“ KSZE, den Europarat und die EG, in bilateral verträglicher Form gestaltet. Dies gelang indes nicht mit Blick auf die jugoslawische Föderation: Hier kam es in den Jahren 1991 bis 1999 zur dritten balkanischen Kriegsdekade des Jahrhunderts. Nach dem „Puppe in der Puppe“-Prinzip zerfiel im Zuge der von Daniele Conversi so genannten „Sezession des Zentrums“⁵ der Titosche Bundesstaat in einer Kette bewaffneter und partiell blutiger Konflikte zunächst in fünf seiner insgesamt acht Subjekte – Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Restjugoslawien bzw. Serbien und Montenegro sowie Makedonien –, dann de facto in sechs (plus Kosovo), und die Zahl sieben dürfte mit der sich abzeichnenden staatlichen Trennung Montenegros von Serbien erreicht werden. Lediglich in der ehemaligen autonomen und zu Serbien gehörigen Provinz Vojvodina haben sich zentrifugale Kräfte nicht durchgesetzt.

In der eingangs zitierten Widmerschen Sicht von 1993 auf den Ersten Weltkrieg als Ende einer Epoche imperialer Stabilität und Beginn einer Periode klein- und innerstaatlichen Haders ist das Glas halb leer. Halb voll ist es indes, legt man die Perspektive des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers und Historikers Joseph Rothschild an: Seine in zweiter Auflage

gleichfalls 1993 erschienene Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas vom Zweiten Weltkrieg bis zum Wendejahr 1989 ist mit *Return to Diversity – „Rückkehr zur Vielfalt“* – betitelt.⁶ Damit meint er den Prozess der Überwindung der unifizierenden Wirkungen sowjetischer Hegemonie samt Anknüpfung an den Pluralismus der Zwischenkriegszeit. Diese optimistische Sichtweise ist zugleich auch die „historischere“: Denn der 1918 endgültig in Staatsbildung umschlagende Prozess ostmittel- und südosteuropäischer Nationsbildungen ist erstens europaweit die Norm, zweitens von langer Dauer, gar weiter in Gang befindlich, und drittens von bereichernder, wenngleich konfliktträchtiger Vielfalt – im Vergleich zur Eintönigkeit flächendeckender imperialer Herrschaft, sei sie nun habsburgischer, osmanischer, nationalsozialistischer, sowjetischer oder anderer Art. Daher sei die provozierende These gewagt, dass Staatenzerfall, Staateinteilung und Staatenneubildung nicht a priori Sicherheitsrisiken sind, sondern im Gegenteil durch chronische ethnopolitische Konflikte zerrissene Pseudonationalstaaten gleichsam per Zellteilung in verkleinerter Form konsolidieren können.

Ein Beispiel aus der südosteuropäischen Peripherie soll dies belegen: Als den tschechischen und slowakischen Beitrag zur Weltkultur hat der Prager Intellektuelle Pavel Seifter die „samtene Scheidung“ der Tschechen von den Slowaken von 1992 bezeichnet. Ungeachtet dessen, dass der ungleichgewichtige Doppelstaat Tschechoslowakei, wie er im Ersten Weltkrieg von tschechischen und slowakischen Politikern im nordamerikanischen Exil vorgedacht und 1918 Wirklichkeit geworden war, auch über den Zweiten Weltkrieg hinaus fortbestand und entsprechend mehr als sieben Jahrzehnte existierte, spielte im Kontext der jüngsten EU-Osterweiterung die Erinnerung an diesen Staat keine Rolle – doch wohl ein Indiz dafür, dass ihm keine Träne nachgeweint wird. Und gar explizit von „Sezession als Konfliktlösung“ hat unlängst mit Blick auf Montenegro und Kosovo der Berliner Politikwissenschaftler Ulrich Schneckener gesprochen.⁷ So tragisch die drei Kriegsdokaden 1912–1922, 1940–1949 und 1991–1999 in Südosteuropa also auch waren, so stabilisierend kann potentiell doch die dadurch hervorbrachte, diversifizierte Staatenlandschaft wirken. 2004, nach der Erhöhung der Zahl der südosteuropäischen EU-Mitglieder von einem (Griechenland) auf drei (zusätzlich Slowenien und Ungarn) und vor der nächsten EU-Erweiterungsrunde um Rumänien und Bulgarien, mutmaßlich auch um Kroatien, im Jahr 2007 gilt dies um so mehr.

Hinzu kommt, dass Brüssel im Zusammenhang mit seiner neuen „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ die Aufnahme des gesamten, von Albanien über Makedonien, Kosovo, Serbien und Montenegro bis Bosnien und Herzegowina reichenden Westbalkans als Ziel definiert hat. Die im Gange befindliche schrittweise Integration ganz Südosteuropas in die EU, so die begründete Vermutung, wird den regionalen Partikularismen zunehmend ihre Schärfe nehmen – nach einem Jahrhundert wäre die Altlast des Ersten Weltkriegs dann glücklich bewältigt.

- 1 Widmer, Paul: Europäische Bemühungen zur Lösung von Minderheitenfragen. In: *Europa-Archiv* 48 (1993), H. 9, S. 265–276, hier S. 265.
- 2 Diner, Dan: *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*. München 1999, S. 12.
- 3 Siehe dazu Troebst, Stefan: Politische Entwicklung in der Neuzeit. In: *Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch*. Hrsg. Magarditsch Hatschikjan, Stefan Troebst. München 1999, S. 73–102, und ders.: Das hundertjährige Erbe. In: *Die Zeit* Nr. 32 vom 29. Juli 2004, S. 11.
- 4 Joachim Remak: 1914 – The Third Balkan War: Origins Reconsidered. In: *Journal of Modern History* 43 (1971), S. 353–366.
- 5 Conversi, Daniele: Central Secession: Towards a New Analytical Concept? The Case of Former Yugoslavia. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 26 (2000), S. 333–356.
- 6 Rothschild, Joseph: *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II*. New York, NY / Oxford 2. Aufl. 1993. Vgl. auch die 1989 erschienene erste Auflage sowie die von Nancy M. Wingfield herausgegebene dritte Auflage dieses Buches von 2000.
- 7 Schneckener, Ulrich: Sezession als Konfliktlösung. Unabhängigkeit für Kosovo und Montenegro? In: *Leviathan* 29 (2001), S. 314–336. Vgl. auch ders.: *Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa*. Frankfurt/M. 2002.

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig sowie stellvertretender Direktor des dortigen Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO).
Email: troebst@uni-leipzig.de

Institutionen der Europäischen Union nach der Osterweiterung: Konsequenzen für die neuen Mitgliedsländer

MIROSLAW MATYJA, BERN

Die Osterweiterung hat die Veränderung des politischen und institutionellen Systems in der Europäischen Union nach sich gezogen. Für eine Union von 25 Staaten waren die bestehenden Strukturen nicht mehr tragfähig und eine Debatte über die Reform des Institutionengefüges der Union nicht zu vermeiden. Vor dem Beitritt neuer Mitgliedsländer am 1. Mai 2004 kam es zu einer Einigung über das neue institutionelle System der EU, das in erster Linie auf den nationalen Ambitionen der großen Länder beruht und zuungunsten der frisch gebackenen Mitgliedstaaten ausfiel.

Ausgangslage vor der EU-Erweiterung

Die Funktionsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union konnte nur über eine grundlegende Reform ihrer Organe und Entscheidungsverfahren garantiert werden. Während der Regierungskonferenz in Nizza im Jahre 2000 ist es dem Rat nicht gelungen, die „Charta der Grundrechte“ in den Vertrag aufnehmen zu lassen. Weder Fragen bezüglich der Größe und Zusammensetzung der EU-Kommission, der Sitzverteilung im Parlament, der Stimmgewichtung im Ministerrat noch die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen konnten befriedigend gelöst werden.¹ Die endgültige Wende zur Vertragsreform erreichte der Europäische Rat 2001 in Laeken mit der Einberufung des Europäischen Konvents, der rund 60 drängende Fragen in Form konkreter Vorschläge beantworten musste. Dabei war es dem Konvent überlassen, ob er nur Reformen oder einen einheitlichen Verfassungsentwurf für die EU ausarbeiten wollte.² Die Arbeit des Konvents war nicht einfach, denn es ging um die Machtverteilung und die Balance der Mitgliedstaaten untereinander, den Kampf zwischen den großen und kleinen Staaten und schließlich um die volle Anerkennung der neuen Mitgliedsländer.³ Der ausgearbeitete „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ist ein völkerrechtliches Dokument und keine Verfassung im Sinne des innerstaatlichen Rechts.⁴ Er lässt sich weder als Annäherung an das

Nationalstaatsmodell parlamentarischer Demokratie noch als eindeutige Rückkehr zu intergouvernementalen Politikformen deuten. So bleibt die Frage nach dem Modell Bundesstaat oder Staatenbund in der Europäischen Union völlig offen. Der größte „Erfolg“ des Vertrags war die Vereinfachung der Entscheidungsverfahren in der EU und die Einführung institutioneller Neuerungen.⁵

Die Europäische Kommission

Dem Konvent war klar, dass das Ziel der Reform die Wahrung der Handlungsfähigkeit und der effizienten Entscheidungsfindung der Kommission in einer erweiterten EU zu sein hatte.⁶

Bis zum Jahr 2014 – also in der Übergangszeit – wird jedes Mitgliedsland einen Kommissar nach Brüssel entsenden. Um die Effizienz zu erhöhen, wird im Jahre 2014 die Zahl der Kommissare um ein Drittel reduziert und eine echte Rotation eingeführt. Die Rotation hat zur Folge, dass jedes Land nach zwei Amtsperioden für fünf Jahre nicht in Brüssel vertreten ist, was für die mittelosteuropäischen Länder nicht unbedingt von Vorteil ist. Eine lange Absenz in Brüssel bedeutet weniger Einfluss auf den Entscheidungsprozess der EU. Die alten Mitgliedsländer betrifft das weniger, da sie sich seit Jahren auf einen effizienten Lobbyismus in der Kommission verlassen können. Ein weiterer wichtiger Einschnitt in der institutionellen Struktur der Kommission ist die geplante Einführung eines Außenministers der Union. Der neue Außenminister wird sowohl die Aufgaben des außenpolitischen Beauftragten des EU-Rats als auch jene des EU-Kommissars für Außenbeziehungen übernehmen. Es besteht in diesem Fall die Gefahr, dass ein europäischer Außenminister mit Exekutivzuständigkeiten die Kommission unterlaufen und damit unerfahrene neue Mitglieder zusätzlich schwächen könnte, die in der Kommission viel stärker einen Verbündeten sehen als die großen Mitgliedstaaten.

Ein weiteres Problem besteht in der Benennung des Präsidenten der Europäischen Kommission. Obwohl die Kommission aufgrund ihrer durch die Verfassung bestätigten Rolle als Hüterin des gemeinsamen Interesses nicht parteipolitischem Kalkül gehorchen darf, ist jetzt vorgesehen, dass bei der Benennung des Kandidaten das Ergebnis der Europawahlen zu berücksichtigen ist. Die volle Legitimierung der Kommission durch das EU-Parlament würde ein entwickeltes europäisches Parteiensystem und einen entsprechenden Wettbewerb zwischen europaweit agierenden Parteien voraussetzen. Beides ist aber derzeit nicht vorhanden und trägt daher nicht zur Klarheit der Kompetenzen bei.

Der Ministerrat

Eine Neuregelung der Gewichtung der Mitgliedstaaten im Rat war schwierig, aber nicht zu vermeiden, da es um die Machtbalance zwischen den einzelnen Staaten bzw. Staatengruppen und um das Sperrpotenzial im Gesetzgebungsprozess der EU ging. Die großen Mitgliedstaaten erhofften sich bereits in Nizza eine stärkere Gewichtung im Ministerrat.⁷ In der neu gestalteten Union gilt die „doppelte Mehrheit“: Ein Beschluss auf der Grundlage eines Vorschlags der EU-Kommission wird gefasst, wenn 55 Prozent oder mehr der Mitgliedstaaten, mindestens aber 15 Länder zustimmen. Diese müssen außerdem mindestens 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren. Entscheidet der Rat über eine eher unverbindliche Vorlage der EU-Kommission, so müssen 72 Prozent der Länder mit 65 Prozent der Bevölkerung zustimmen. In jedem Fall gilt eine Entscheidung dann als angenommen, wenn nur drei oder noch weniger Länder sie ablehnen – unabhängig von der Größe dieser Länder.

Es gibt eine Reihe Mängel, welche aus der neu gestalteten Entscheidungsbefugnis des Ministerrates resultieren und welche die Bedürfnisse der neuen Mitgliedstaaten nicht berücksichtigen. Es ist zu betonen, dass bei sozialpolitischen Fragen das Mehrheitsprinzip nicht gilt; dies betrifft vor allem die neuen Mitgliedsländer und kann künftig zu langwierigen Verhandlungen und Lobbyismus führen. Auf Verlangen Polens gaben die Staats- und Regierungschefs eine Erklärung ab, die beinhaltet, der Rat werde sich um eine „zufrieden stellende Lösung“ bemühen, falls ein Mehrheitsbeschluss von so vielen Staaten abgelehnt werden sollte, dass sie zusammen mindestens 75 Prozent der für eine Sperrminorität nötigen

Staaten und 75 Prozent des Bevölkerungsanteils vertreten. Diese Übergangsklausel gilt bis 2014 und kann danach mit qualifizierter Mehrheit aufgehoben werden. Mit solchen komplizierten Zusätzen, auch wenn sie in der Praxis kaum eine Rolle spielen werden, ist die Einfachheit und Transparenz der doppelten Mehrheit allerdings dahin.

Der Europäische Rat

Eine zentrale Rolle in der Vorbereitung und Leitung sowohl des Europäischen Rates wie des Ministerrates kam vor der Osterweiterung der Ratspräsidentschaft zu. Die Ratspräsidentschaft übernahm jedes halbe Jahr ein anderes Land, das dann die Agenda vorgab und bei Gipfeltreffen die Verhandlungen leitete. Für eine Union von 25 Mitgliedstaaten ist dieses Rotationsprinzip aber kaum mehr praktikabel. Deshalb wollten die Befürworter des Postens eines Präsidenten der Europäischen Union, die fast ausschließlich aus den Reihen der großen Mitgliedsländer kamen, den Europäischen Rat als neues institutionell-bürokratisches Machtzentrum stärken. Die Abschaffung des Rotationsprinzips sowie die Einführung eines Präsidenten des Europäischen Rates und eines Außenministers sollen entscheidend zur Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union beitragen.⁸

Kontraproduktiv könnte sich jedoch die in der Verfassung unklar geregelte Aufgabenaufteilung zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem neuen Außenminister sowie zwischen diesen beiden und dem Kommissionspräsidenten auswirken. Für die neuen Mitgliedsländer ist es in der Anfangsphase ihrer Mitgliedschaft kaum denkbar, dass der Präsident des EU-Rates aus den Reihen der mittelosteuropäischen Staats- und Regierungschefs gewählt wird. In diesem Fall besteht das Risiko, dass die alten Konstellationen – vor allem die Achse Paris-Berlin – Richtungsentscheidungen im Europäischen Rat vorformen und vorformulieren werden.⁹

Das Parlament

Bedenklich für den demokratischen Charakter der Union war seit Jahren vor allem die wenig repräsentative Sitzverteilung im Europäischen Parlament. Eine Reform der Sitzverteilung musste also noch vor der Erweiterungsrunde stattfinden. In der gegenwärtigen Konstellation wird das Machtgleichgewicht zwischen den Institutionen dadurch in Frage gestellt, dass die Mehrheitsentscheidungen auf der Ministerebene nicht unbedingt vom Parlament abgesegnet werden

müssen. Dies bedeutet eine Inkonzistenz bei der Gewaltenteilung in der EU.¹⁰

Die ersten Parlamentswahlen in der erweiterten Union haben bereits gezeigt, dass das Interesse der Bürger in den neuen Mitgliedsstaaten an politischer Beteiligung sehr gering ist. Die politischen Parteien sind in Mitteleuropa auf nationaler Ebene sehr viel stärker als in Westeuropa ein zentraler Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und staatlichen Entscheidungsprozessen. In diesem Teil Europas kommt es auch häufiger zu Neuwahlen und Regierungswechseln. Deshalb ist es kaum möglich, dass das Europäische Parlament die politische Landschaft Mitteleuropas widerspiegelt und die Bürger dort demokratisch und effizient vertreten kann. Bereits nach den letzten Parlamentswahlen kann man feststellen, dass das EU-Parlament für die Euroskeptiker aus Mitteleuropa eine Protestplattform bilden wird.¹¹

Zusammenfassung und Ausblick

Das neue schwerfällige institutionelle System der EU bietet nur wenig Hoffnung, dass künftig Entscheidungen schneller und effizienter getroffen werden. Zwar wird in Zukunft im Ministerrat überwiegend nach dem Prinzip doppelter Mehrheit abgestimmt, aber dies Verfahren ist mit so vielen Klauseln verknüpft, dass selbst die Praktiker ihre Not damit haben werden. Es besteht die Gefahr, dass die Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union in den nächsten Jahren labil bleibt. In der Konsequenz werden die mittel- und osteuropäischen Staaten – trotz ihrer wirtschaftlichen Dynamik – noch jahrelang nicht zum Leistungsniveau der alten Mitgliedstaaten aufschließen können, da es immer wieder zu Blockierungen in der Entscheidungsfindung kommen wird. Dies kann bedeuten, dass das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedstaaten auf absehbare Zeit fortbestehen wird. Dieses Wohlstandsgefälle ist mit vielfältigen neuen Konflikten verbunden, die den gesellschaftlichen Konsens und die innere Sicherheit in den neuen EU-Ländern bedrohen.¹²

Die Verhandlungen innerhalb der EU werden schwieriger, da der Beitritt der Neuen das Kräftespiel nachhaltig verändern wird. Die „Alteuropäer“ werden versuchen, an ihren überkommenen Rechten festzuhalten. Die neuen Mitglieder wollen dagegen ihre Rechte von Anfang an vollständig ausschöpfen. Eine solche Situation wird wahrscheinlich zu scharfen Auseinandersetzungen führen und den Sinn für Solidarität in der EU dämpfen.¹³ Es ist kaum vorstellbar,

dass die Osterweiterung das Ende einer Regierungspraxis in der EU bedeutet, die von den Institutionen und Politikstilen eines Europas der großen Staaten geprägt ist. Für die neuen Mitgliedsstaaten wird diese Situation zu einer zunehmenden Ungleichheit mit einseitiger Abhängigkeit von den großen EU-Ländern führen.

Die europäischen Staaten sind noch nicht bereit, ihre nationale Souveränität zugunsten eines neuen souveränen Völkerrechtssubjekts aufzugeben.¹⁴ Die Verfassung wird in vielen Ländern den Parlamenten zur Billigung vorgelegt, in nicht wenigen haben das souveräne letzte Wort die Wähler. Und die sind bei den letzten Parlamentswahlen in den neuen Mitgliedsländern durch Gleichgültigkeit und Skepsis aufgefallen – ein Zeichen für politische Apathie gleich am Anfang des Integrationsprozesses in Mitteleuropa.

- 1 Vgl. Martin Seidel: Reformzwänge innerhalb der EU angesichts der Osterweiterung, Bonn 2003.
- 2 Vgl. Stephan Hobe: Bedingungen, Verfahren und Chancen europäischer Verfassungsgebung, in: *Europarecht*, 1/2003, S. 1-16.
- 3 Vgl. Bruno Scholl: Wie tragfähig ist die neue institutionelle Architektur der EU. Der Verfassungsentwurf des Konvents im Spiegel nationalstaatlicher Präferenzen, in: *Integration*, 3/2003, S. 204-207.
- 4 Vgl. Siegfried Schieder: Verfassung und Wirklichkeit. Die Genialität der europäischen Vertragskonstruktion, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2003, S. 966-974.
- 5 Vgl. Brigitte Zypries: Rechtspolitik in der Europäischen Verfassung. Rückblicke und Ausblicke, in: *Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik*, 1/2004, S. 3-12.
- 6 Vgl. A. W. Dietz / B. Fabian: Das Räderwerk der Europäischen Kommission, Bonn 1999.
- 7 Vgl. W. Weidenfeld (Hrsg.): *Nizza in der Analyse*. Gütersloh 2001.
- 8 Vgl. Wolfgang Wessels: Der Verfassungsvertrag im Integrationstrend: Eine Zusammenschau zentraler Ergebnisse, in: *Integration*, 4/2003, S. 284-300.
- 9 Vgl. Wolfram Hilz: Der deutsch-französische Integrationsmotor zwischen Wiederbelebung und mangelnder Zugkraft für die EU – eine Bilanz des „Jubiläumjahres“ 2003, in: *Politische Studien*, 394/2004, S. 57-69.
- 10 J. A. Emmanouilidis / Claus Giering: Demokratie mit Lücke – Konsequenzen des EU-Verfassungsentwurfs, in: *Internationale Politik*, 8/2003, S. 34-41.
- 11 Vgl. Joanna Ciesla / Jagienka Wilczak: *Wiosna narodowcow*, in: *Polityka* (Warszawa) 26.6.2004.
- 12 Vgl. Heather Grabbe: Hat Solidarität im erweiterten Europa noch eine Chance?, in: *Transit: europäische revue*, 26/2004, S. 48-61.

- 13 Vgl. Janos Kovacs: Zwischen Ressentiment und Indifferenz. Solidaritätsdiskurse vor der Osterweiterung, in: *Transit: europäische revue*, 28/2004, S. 71-99.
- 14 Volker Ulrich/Felix Rudolf (Hrsg.): *Der Fischer Weltatlas* aktuell: Die EU-Erweiterung. Frankfurt am Main 2004, S. 87-88.

Dr. Miroslaw Matyja (geb. 1961): *Ökonom, Universitätsbibliothek Bern.*

„Journalismus ist das nicht.“

Die russische Journalistin Mascha Gessen über die Einschränkung der Pressefreiheit in Russland und die politische Lage

NINA SALOMON, BERLIN

Mascha Gessen ist stellvertretende Chefredakteurin der Moskauer Wochenzeitung *Bolšoj Gorod* und schreibt regelmäßig für verschiedene russische und amerikanische Medien, darunter *The New Republic*. Im Oktober war sie in München, um bei einer Podiumsveranstaltung des Deutschen Instituts für Menschenrechte über „Investitionen in den Rechtsstaat“ in Russland zu diskutieren. Dabei wurde auch das vom Institut herausgegebene Buch „Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft“ vorgestellt, in dem Gessen mit einem Beitrag über die Medien und den Tschetschenienkrieg vertreten ist.

Sie arbeiten als stellvertretende Chefredakteurin einer russischen Wochenzeitung. Als freie Journalistin schreiben Sie außerdem regelmäßig Beiträge für amerikanische Medien. Inwieweit sind Sie von Repressionen gegen die Medien betroffen?

Gegenwärtig sind alle betroffen. Ich arbeite für eine Wochenzeitung, die nicht staatlich kontrolliert wird und keinem der prominenten Oligarchen gehört. In gewisser Weise bin ich also in der bestmöglichen Lage. Dennoch muss ich, nur um meinem Beruf nachzugehen, ständig mit meinem Herausgeber darüber im Gespräch bleiben, was erlaubt ist und was nicht. Es gab Fälle, in denen mir gesagt worden ist, ich solle andere Wege finden, um das zu sagen, was ich sagen wollte. Diese Wege habe ich gefunden, insofern ist die Situation nicht unhaltbar. Journalismus kann man das aber nicht nennen. Der Herausgeber fürchtet zweierlei Dinge: Er hat Angst, dass der Kreml auf uns auf-

merksam wird und die Zeitung geschlossen wird. Also dürfen wir uns nicht weiter hinauswagen als andere. Die andere Angst betrifft die Anzeigenkunden, die ihrerseits nicht mit einer Publikation in Verbindung gebracht werden wollen, die sich

In zwei Fällen bin ich persönlich bedroht worden. Das erste Mal im Sommer 2000, als ich in einem Beitrag über den Fall Gussinskij ein Dokument veröffentlichte, das Putin als stellvertretender Bürgermeister von St. Petersburg unterzeichnet hatte. Darin hatte er den vermeintlich illegalen Deal Gussinskis explizit erlaubt. Danach wurde ich eine ganze Weile ständig bedroht, was mit ein Grund dafür war, dass ich die Zeitschrift *Itogi*, bei der ich damals arbeitete, verließ. Im Februar habe ich in *The New Republic* geschrieben, dass die amerikanischen Medien Putin zu nachsichtig beurteilen. Daraufhin gab es eine immense Reaktion in Russland. Außerdem ist jemand in meine Wohnung eingebrochen, während ich verreist war, als Folge des Artikels, wie ich glaube. Die einzigen Dinge, die gestohlen wurden, waren die Festplatte meines Computers und ein alter Laptop.

Können Sie von anderen Fällen berichten, in denen Journalisten in ihrer Arbeit behindert worden sind?

Abgesehen von der bekannten Tatsache, dass Raf Šakirov, der Chefredakteur der *Izvestija*, nach der Berichterstattung über Beslan gefeuert wurde, gab es kürzlich einen besonders bemerkenswerten Fall bei der Zeitschrift GQ, die vom Verlag Condé Nast International herausgegeben wird. Der Herausgeber in Russland ist ein Deutscher, Bernd Runge, stellvertre-

tender Chef von Condé Nast International und verantwortlich für alle Publikationen des Verlages in Russland und Deutschland. Runge war zu DDR-Zeiten ein Stasi-Spitzel, wie *Der Spiegel* im Mai in einer Artikelserie ausführlich berichtete. Daran hat sich in Deutschland offenbar niemand sehr gestört, jedenfalls hat er seinen Posten behalten. Bei der jährlich unter den Lesern von GQ durchgeführten Wahl der „Person des Jahres“ hat in diesem Jahr Chodorkovskij [der inhaftierte Ölonternehmer und Philanthrop, Anm. d. Interv.] mit einem riesigen Abstand gewonnen. Runge verbot daraufhin der Redaktion, Chodorkovskij offiziell „Person des Jahres“ zu nennen und ihn auf der Titelseite abzubilden. Er erlaubte allerdings, ihn „Geschäftsmann / Politiker des Jahres“ zu nennen – dies war bezeichnenderweise ein- und dieselbe Kategorie. Die Redaktion hatte vorgesehen, alle Gewinner der Wahl, also „Autor des Jahres“, „Sportler des Jahres“ und so weiter, mit einem Foto und einem Interview aufzuführen. Von Chodorkovskij brachten sie nur ein altes Foto, zusammen mit dem Hinweis, ein Interview mit ihm sei nicht möglich, er habe aber weiterhin trotz allem einen starken Einfluss auf das Geschäftsleben. Als Runge die so vorbereitete Ausgabe sah, ließ er jemanden aus der Redaktion nach Italien fliegen, wo die Zeitschrift gedruckt wird, um die Seite herauszunehmen und mit einem Beitrag über eine andere Person zu ersetzen. Chodorkovskij tauchte in der Zeitschrift gar nicht auf. Diese Geschichte ist ein höchst erstaunliches Beispiel dafür, dass auch Ausländer Putins Drecksarbeit übernehmen. Das ist besonders widerwärtig, denn nachdem Runge die Arbeit der Journalisten massiv gestört hat, kann er einfach einpacken und gehen, wenn er will. Die Redakteure, die für ihn arbeiten, müssen dagegen in Russland bleiben. Darüber hinaus ist der Fall ein weiterer Beleg für die allgegenwärtige Angst. Nicht, dass wirklich etwas passiert wäre, hätten sie Chodorkovskij „Person des Jahres“ genannt. Möglicherweise hätten sich ein paar Anzeigenkunden aus Furcht zurückgezogen, das ist alles. Die russische Ausgabe von GQ hätte wohl kaum dicht machen müssen. Dennoch: So etwas passiert ständig.

Ein weiterer Fall, der mir persönlich bekannt ist, betrifft die Zeitung *Kommersant*, ganz klar die beste oppositionelle Tageszeitung im Land, die sehr anspruchsvoll und offen berichtet. Selbst diese Zeitung ist sehr vorsichtig, wenn es darum geht, zu entscheiden, mit wem sie sich anlegt. Eine Freundin von mir arbeitete bis vor kurzem als Journalistin für das Bil-

dungsressort dort. Sie erzählte, dass immer, wenn sie kritisch über Leute aus dem Bildungsministerium schrieb, die entsprechenden Namen aus den Artikeln gestrichen wurden, so dass die Berichterstattung weniger konkret personenbezogen aussah. Gleichzeitig rief kurze Zeit später der Minister oder ein anderer Bürokrat bei ihr an, um über die entsprechenden Artikel zu sprechen, so dass klar war, sie hatten den ursprünglichen Artikel gelesen, nicht die veröffentlichte Version ohne Namen. Einer ihrer Vorgesetzten war also regelmäßig mit den Behörden in Kontakt. Die Herausgeber rechtfertigen so etwas vor sich selbst damit, dass sie nur auf diese Weise weiter arbeiten und offen über die wirklich wichtigen Dinge schreiben können, während sie bei den kleinen Dingen Kompromisse eingehen. Um es noch einmal zu wiederholen: Das ist aber kein Journalismus.

Neue russische Steuergesetze behindern die Arbeit von NGOs. Können Sie darüber berichten?

Ich bin keine NGO-Expertin, habe aber über deren Arbeit als Journalistin berichtet. Die Ergänzung des Steuergesetzes verpflichtet Organisationen, Steuern zu zahlen für alles, was sie tun, selbst wenn sie damit gar kein Geld verdienen. Sie müssen also allen Tätigkeiten einen bestimmten Wert zuschreiben. Wenn sie beispielsweise eine kostenlose psychiatrische Beratung anbieten, müssen sie Steuern für den vermeintlichen Wert aller Leistungen des Psychiaters zahlen. Im Grunde zielt das Gesetz also darauf ab, NGOs in den Bankrott zu treiben. Ich war kürzlich bei einem Treffen zwischen Vertretern von NGOs und Behörden. Ein Behördenvertreter argumentierte, man könne ja nicht wissen, welche Organisationen rechtmäßig seien, schließlich könnten sie diesen Status ja auch bloß zur Steuerbefreiung nutzen. Diese Logik kehrt die Beweislast also um: NGOs gelten als schuldig, bis sie das Gegenteil beweisen.

Einige Beobachter weisen darauf hin, dass die Mehrheit der Russen der Demokratie ablehnend gegenüber steht und einem Übermaß an bürgerlichen Freiheiten misstraut.

Es gibt dafür überhaupt keinen Beweis. Das Gerücht, dass die Menschen in Russland die Demokratie nicht wollen, hat Richard Pipes [amerikanischer Historiker, Anm. d. Interv.] in die Welt gesetzt. In seinem Aufsatz verwendete er aber Umfrageergebnisse von 1998, direkt nach der Finanzkrise, ein Zeitpunkt, als die Leute in Panik waren und forderten, man solle hart durchgreifen, um das Bankensystem zu

stabilisieren. Er hat das Material dieses Jahr in einem Artikel verwendet, obwohl Umfragen jetzt ganz andere Ergebnisse zeigen. Bei einer aktuellen Meinungsumfrage in Russland, in der die Befragten die „wichtigsten Werte“ in einer Rangliste anordnen sollten, fanden sich Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten unter den Top Ten von etwa dreißig Kategorien.

Sie warnen davor, dass Putins Politik den Boden für den Aufstieg eines rechtsnationalistischen Führers in Russland bereitet.

Sobald Putin an der Macht war, bereits lange vor den jüngsten Maßnahmen, hat er damit begonnen, die liberale Opposition zu bekämpfen, so dass die äußerste Rechte die einzige verbleibende Opposition darstellt. Der Kreml hatte aus zwei Gründen Interesse daran, die Rechte zu fördern. Zum einen hatte er die Absicht, der Kommunistischen Partei Stimmen wegzunehmen. Die neu gegründete Mutterland-Partei, eine extrem nationalistische Partei, hat den Kommunisten tatsächlich einen Großteil der Stimmen weggenommen, vor allem Protestwähler. Zum anderen pflegt der Kreml seit acht Jahren die Tradition, eine Opposition zu fördern, die im Vergleich mit der gegenwärtigen Regierung viel schlimmer scheint, besonders aus der Sicht des Westens. So wie Jelzin 1996 eine Dichotomie zwischen sich und der Kommunistischen Partei geschaffen hat, hat Putin jetzt eine solche künstliche Dichotomie entstehen lassen zwischen seiner Regierung und der Mutterland-Partei. Diese Dichotomie wird immer realer. Denn wenn Putin erst einmal die Medien kontrolliert und den Wahlprozess manipuliert hat, kann er das politische Gesamtbild kontrollieren. Allerdings ist diese politische Struktur dabei, sich zu verselbständigen: Die Rechten sind der einzige alternative Kanal für andere politische Energien, die entstehen, weil die Menschen zunehmend frustriert sind über den Kreml und ihm misstrauisch gegenüberstehen. Ein weiterer wichtiger Faktor für das Erstarken der Rechten ist, dass die einzige politische Organisation mit einer lebensfähigen Struktur gegenwärtig die Nationalbolschewisten sind. Auch wenn es nicht sehr wahrscheinlich ist, dass sie an die Macht kommen, ebnen sie den Weg für den Nachfolger Putins. Die wichtigste Frage ist also, wie die Protestenergie kanalisiert wird, nämlich durch die extremen Nationalisten.

Sie haben darauf hingewiesen, dass mit dem verschärften Nationalismus auch Fremdenfeindlichkeit und rassistische Gewalt in Russland zunehmen.

Rassistische Vorfälle, vor allem gegen Menschen kaukasischer Herkunft, passieren in Russland jede Woche. Ende September wurden zwei Männer aus dem Kaukasus in der Moskauer U-Bahn vor einer Menge anderer Fahrgäste von einer Skinhead-Gang zusammengeschlagen. Niemand hat sich eingemischt. Cafés, die kaukasischen Besitzern gehören, werden regelmäßig demoliert. Es gibt regelrechte Pogrome. Anfang Oktober wurden drei Moskauer Cafés von einer Jugendbande in Flammen gesetzt, alle in einer Nacht. Niemand wurde gefasst. Bei diesen Vorfällen handelt es sich erwiesenermaßen um rassistische Gewalt. Es passieren aber auch eine Menge Gewalttaten, die nicht untersucht werden. Ein junger Mann aus Azerbaidžan wurde in Moskau umgebracht, und dies sieht sehr nach einem rassistischen Mord aus. Alle Menschen kaukasischer Herkunft, die ich kenne, haben buchstäblich Angst, auf die Straße zu gehen. In meiner Redaktion arbeitet ein junger armenischer Journalist, der kürzlich in der U-Bahn von einer Gruppe von Menschen gepackt wurde. Sie versuchten, ihm seinen Rucksack wegzunehmen, weil sie ihn verdächtigten, eine Bombe darin zu tragen. Solche Verdächtigungen passieren wirklich ständig und werden von der Polizei geschürt, indem sie willkürlich Menschen mit „kaukasischem Aussehen“ festnimmt und inhaftiert. Nach meiner Einschätzung geht mehr Gewalt von der Polizei aus als von Privatleuten.

Nina Salomon, M.A. studierte Geschichte und Nordamerikastudien.

VII. Weltkongress der Osteuropaforschung

Interview mit Dr. Heike Dörrenbächer,
Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

KATARINA PERANIČ

Vom 25. – 30. Juli 2005 findet in Berlin der Weltkongress der Osteuropaforschung statt. Dies ist das wichtigste wissenschaftliche Ereignis für die internationale Osteuropaforschung. Unter dem Thema „Europe – Our Common Home?“ werden mehrere Tausend Fachleute aus aller Welt und aus allen einschlägigen Disziplinen ihre Forschungsergebnisse präsentieren und diskutieren. (Programm und weitere Veranstaltungsinformationen unter: www.iccees2005.de.)

BOI: Vom 25. bis 30. Juli findet in Berlin der VII. Weltkongress des „International Council for Central and East European Studies“ statt. Die DGO ist mit der Durchführung des Kongresses beauftragt worden. Warum findet der Weltkongress nun schon zum zweiten Mal in Deutschland statt?

Über die Ausrichtung der Weltkongresse entscheidet das International Council for Central and East European Studies, der internationale Verband aller Osteuropagesellschaften. Er hat mittlerweile 17 Vollmitglieder. Jede Mitgliedsgesellschaft kann sich um die Ausrichtung eines Weltkongresses bewerben. Tatsächlich ist es so, dass nur Länder, die über eine bedeutende Osteuropaforschung verfügen, einen Kongress ausrichten können. Das sind in der Regel Länder wie Deutschland, Finnland, Schweden, USA und Großbritannien. In anderen Ländern ist die Anzahl von WissenschaftlerInnen, die sich mit Osteuropa beschäftigen, wesentlich geringer, und daher ist es für diese Länder schwieriger, finanzielle Mittel für so einen großen Kongress zu erhalten. Da Deutschland im Bereich der Osteuropaforschung weiterhin eines der führenden Länder ist, hat sich die DGO im Jahr 1999 um die Ausrichtung des Kongresses beworben.

Wie lange dauerte die Planung und Auswahl der Panels?

Die Planung des Kongresses begann schon im Jahre 2000, und die erste weltweite Ausschreibung



Foto: Dr. Heike Dörrenbächer

für Forscher und Forscherinnen erfolgte im Jahre 2003. Ein internationales Programmkomitee wählte dann die Beiträge für die Panels innerhalb eines Jahres aus.

Gibt es Ihrer Meinung nach eine Zunahme osteuropäischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im Vergleich zu den vergangenen ICCEES-Kongressen?

Ja, es gibt eine Zunahme osteuropäischer Teilnehmer. Dies liegt am Veranstaltungsort Berlin, vor allem Wissenschaftler aus den umliegenden Staaten sind stärker vertreten als in den Vorjahren. Traditionell kommt die größte Zahl der Teilnehmenden aus dem Veranstaltungsland selbst, in diesem Jahr Deutschland, gefolgt von den USA und Russland. Es fällt auf, dass in diesem Jahr die Anzahl der Teilnehmer aus den baltischen Staaten, Polen, Tschechien und Ungarn sehr hoch ist. Etwa 60 Prozent der Teilnehmer kommen aus dem westeuropäischen und etwa 40 Prozent aus dem osteuropäischen Ausland.

Das Schwerpunktthema des Kongresses bildet der europäische Integrationsprozess. Das Thema ist sehr facettenreich und verlangt nach einer interdisziplinären Umsetzung. Wie wurde damit umgegangen?

Wir können niemanden zum interdisziplinären Arbeiten zwingen. Wir haben aber als Vorgabe für die Panels die internationale Besetzung zur Pflicht gemacht, so dass mindestens zwei bis drei Länder pro Panel vertreten sind. Im Übrigen möchte ich bemerken, dass das Thema „Europa unser gemeinsames Haus?“ absichtlich sehr allgemein gewählt wurde. Es orientiert sich an den aktuellen politischen Ereignissen zur Erweiterung der Europäischen Union und ermöglicht, dass sich viele Forscherinnen und Forscher angesprochen fühlen. Selbstverständlich sind, wie bei allen vorangegangenen Weltkongressen üblich, auch Spezialisten, die über den Adel des 19. Jahrhunderts in Litauen forschen, genauso willkommen, wie diejenigen, die aktuelle Studien zur Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union präsentieren wollen.

Welches Panel möchten Sie persönlich besonders hervorheben?

Bei den wissenschaftlichen Panels kann ich keines besonders hervorheben, bisher wurden um die 400 Panels angemeldet. Aber es gibt zwei Veranstaltungen, auf die ich besonders hinweisen möchte. Das ist zum einen die Eröffnungsveranstaltung, bei der Bundesaußenminister Fischer seine Teilnahme und eine Rede zugesagt hat. Zum anderen sind Abendveranstaltungen der DGO geplant, wie z.B. ein Panel zum Thema „Wie viel Einheit in der Vielfalt wollen wir?“. Hier kommen vor allem Intellektuelle und Dissidenten zu Wort, die maßgebliche Akteure im Umbruch von 1989 waren. Sie wollen wir befragen, was aus ihren damaligen Vorstellungen über ein gemeinsames Europa geworden ist.

BOI: Welche Themen, Länder oder Gebiete sind unterrepräsentiert oder überrepräsentiert?

Von den Disziplinen traditionell und weltweit besonders gut vertreten ist die Geschichte. Die Politik- und Europawissenschaftler sind auch sehr gut vertreten. Meiner Meinung nach sind Bereiche wie Wirtschaft, Recht und auch Geographie unterrepräsentiert. Erstaunlicherweise auch die Südosteuropäer, die sich wahrscheinlich vom Weltkongress der Osteuropaforschung nicht genügend angesprochen fühlen.

Welche Impulse könnte der Kongress unmittelbar auf die deutsche und Berliner Forschungslandschaft und ihre Forschungseinrichtungen ausüben?

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir versprechen uns von der Veranstaltung „Weltkongress“ ein neues Bewusstsein vor allem in deutschen Institutionen,

z.B. in Forschungsinstituten, aber auch in Bundesverwaltungen.

In den Forschungsinstituten und Universitäten werden zunehmend Stellen abgebaut. In Ministerien scheint manchmal die Auffassung zu bestehen, dass mit der Integration der mittelosteuropäischen Staaten in die Europäische Union eine Beschäftigung mit diesen Ländern nicht mehr explizit notwendig sei.

Auch die Beziehungen zu Russland und zur Ukraine werden als sehr gut angesehen. Aus diesen Gründen scheint eine intensive Beschäftigung mit diesen Ländern nicht mehr als notwendig erachtet zu werden. Dem möchten wir ganz entschieden widersprechen. Unterhalb der Regierungsbeziehungen vor allem mit Russland brodelt es, um nur mal die Stichwörter Zivilgesellschaft, Medien, Tschetschenien und „Gelenkte Demokratie“ zu nennen. „Gelenkte Demokratie“ ist aus meiner Sicht ein Widerspruch an sich, ein Unwort des Jahres 2004. Es gibt keine gelenkte Demokratie und aus unserer Sicht ist gerade die Beschäftigung mit der Frage: „Quo vadis Russland?“ sehr wichtig.

Es zeigt sich auch, dass die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU in der Tat begleitet werden muss. Die mentalen, kulturegeschichtlichen und sonstigen historischen Unterschiede bestehen fort. Wir sind deshalb der Meinung, dass man sich sehr wohl weiterhin mit diesem Thema beschäftigen muss. Beispielhaft sei hier nur die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibung genannt, um das es in Deutschland und in Polen gerade sehr großen Streit gibt, der auch die Beziehungen auf der politischen Ebene vergiftet. Das sind alles Felder, bei denen unserer Meinung nach Handlungsbedarf besteht.

Weiterhin erhoffen wir uns Impulse für die Forschungslandschaft an sich, aber auch Bewusstseinsbildung bei politisch verantwortlichen Akteuren und in den Verwaltungen, den Stellenwert der Osteuropaforschung auch in Zukunft richtig zu bewerten.

*Das Interview führten **Katarina Peranic** und **Ursula E. Fröbis**.*



Der **International Council for Central and East European Studies (ICCEES)** ist die Dachorganisation wissenschaftlicher Gesellschaften, die sich mit der Erforschung und Analyse mittelost- und osteuropäischer Staaten befassen. Alle fünf Jahre veranstaltet ICCEES einen Weltkongress, an dem jeweils etwa 2.000 Osteuropaexperten aus aller Welt teilnehmen, die in bis zu dreißig parallelen Panels ihre Forschungsergebnisse vortragen und diskutieren. Der Kongress ist das bedeutendste wissenschaftliche Ereignis auf dem Gebiet der Ostmittel- und Osteuropaforschung.

Für das Jahr 2005 hat ICCEES die **Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)** mit der Durchführung des Weltkongresses beauftragt. „**Europa – ein gemeinsames Haus?**“ ist das Thema des in Berlin stattfindenden Kongresses. Die Schirmherrschaft für den Kongress übernimmt der Bundesminister des Auswärtigen, Herr **Joschka Fischer**.

Im Mittelpunkt stehen die Chancen und Perspektiven des um zehn Mitgliedsstaaten erweiterten Europa, die Integration der „Neuen Nachbarn“ der EU sowie gemeinsame politische und wirtschaftliche Visionen für ein Europa. Wie soll Europa mittel- und langfristig gestaltet werden? Was sind unsere gemeinsamen Ziele in Europa und wie werden wir diese realisieren?

Offizielle Kongresssprachen:

Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch.

Veranstaltungsort: Humboldt Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Eröffnungsveranstaltung: Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin

Anmeldungen zum Kongress werden ausschließlich online über www.iccees2005.de erbeten.

Registrierung/Kongressgebühren:

Frühe Registrierung (bis 28.02.2005)

Teilnahmegebühr	225,-€
Teilnehmer aus Mittelost- und Osteuropa	185,-€
Studierende*	125,-€
Begleitperson**	100,-€

Späte Registrierung (nach dem 28.02.2005)

Teilnahmegebühr	275,-€
Teilnehmer aus Mittelost- und Osteuropa	225,-€
Studierende*	125,-€
Begleitperson**	120,-€

Registrierung vor Ort

Teilnahmegebühr	300,-€
Teilnehmer aus Mittelost- und Osteuropa	250,-€
Studierende*	140,-€
Begleitperson**	140,-€
Tageskarte	50,-€
Tageskarte Studierende	20,-€

Ermäßigung: * Gilt nur für Studierende bis zu 27 Jahren. Ein Nachweis ist vor Ort zu erbringen.

** Die Gebühr für Begleitpersonen berechtigt ausschließlich zur Teilnahme an der Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung sowie den abendlichen Podiumsdiskussionen.

Die Kongressgebühren beinhalten die Teilnahme am wissenschaftlichen Programm, inklusive Eröffnungs-, Abend-, und Abschlussveranstaltungen, ein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr (gültig während des Kongresses) sowie die Kongressunterlagen.

Unter www.iccees2005.de finden Sie alle Informationen zum Kongress (Registrierung, Rahmenprogramm, Hotelbuchung und Mailing List) sowie das aktuelle Programm.

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an die Kongressorganisation:

CTW – Congress Organisation Thomas Wiese GmbH, Hohenzollerndamm 125, D-14199 Berlin
Fax. +49-30-85 07 98 26, Tel. +49-30-85 99 62-0
E-Mail: info@iccees2005.de

Internationale Studierendenkonferenz in Berlin,

29. 4. bis 2. 05. 2004

„EU-X: Die Architektur Europas nach der Erweiterung 2004“

– Konferenzbericht –

ANNEMARIE OBERSCHMIDT, SUZANA RADIŠIĆ UND JENNI WINTERHAGEN, BERLIN

Am 1. Mai 2004 wurden zehn neue Staaten in die Europäische Union aufgenommen. Parallel zu den europaweiten Beitrittsfeierlichkeiten fand in Berlin vom 29. April bis 1. Mai 2004 eine internationale Studierendenkonferenz statt. Thema der Konferenz waren die Auswirkungen der Erweiterung auf die Union und die sie umgebenden Nachbarstaaten.

Mit dem Beitritt der zehn neuen Länder wurde das erfolgreiche Konzept der Europäischen Union – Wahrung von Frieden und Demokratie sowie die Schaffung einer Region der Stabilität, der Sicherheit, des Rechts und des Wohlstands – zu einer Union von 450 Millionen Bürgern ausgeweitet. Damit gilt die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Teilung Europas als überwunden, abgeschlossen ist die Erweiterung der Union jedoch nicht.

Die Integration weiterer Staaten in die Europäische Union ist ein seit Entstehung der – damals noch – Europäischen Gemeinschaft andauernder Prozess. Die EG, die ursprünglich aus sechs Staaten bestand, wuchs in den vergangenen Jahrzehnten in mehreren Etappen im Jahre 2004 schließlich zur EU-25 an. Wie hoch wird die Zahl im nächsten Jahrzehnt steigen? Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens ist für das Jahr 2007 geplant. Die Türkei und Kroatien nehmen 2005 Beitrittsverhandlungen auf, und auch den restlichen Ländern des westlichen Balkans ist eine langfristige Beitrittsperspektive eröffnet worden. Darüber hinaus haben bereits einige der neuen Nachbarn im Osten einen starken Beitrittswunsch artikuliert.

Die endgültigen Grenzen der EU-X sind heute nicht abzusehen und über den Wert der Variable hinter dem Divis lässt sich nur spekulieren. Auch die Folgen, die der sich durch die Expansion wiederholende Mechanismus von Inklusion und Exklusion nach sich ziehen wird, sind unklar. Welcher EU werden zukünftige Mitglieder beitreten? Was bedeutet die Anziehungskraft der EU für eine Region wie Südosteuropa, in der das individuelle Bestreben der Staa-

ten, in die EU aufgenommen zu werden, neben Bemühungen um stärkere regionale Kooperation steht? Was geschieht mit Ländern, die an die erweiterte EU grenzen, bislang jedoch keine Beitrittsperspektive erhalten haben?

Diese Fragen wurden im Rahmen der Konferenz „EU-X: Die Architektur Europas nach der Erweiterung 2004“ über den nationalen Rahmen hinaus diskutiert. Die Internationalität der Konferenz ermöglichte es, die bisherigen Erweiterungsrounden aus verschiedenen Perspektiven einer kritischen Bewertung zu unterziehen und ein tieferes, weil plurales Verständnis für die Konsequenzen der Erweiterung zu gewinnen.

Durchführung und Arbeitsorganisation

Organisiert wurde die Konferenz von Studierenden des Osteuropa-Instituts und weiterer Fachbereiche der Freien Universität Berlin in Kooperation mit der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg. Teilnehmer waren über 50 Studierende aus fünf europäischen Ländern (Deutschland, Finnland, Polen, Rumänien und Kroatien). Die Auswahl der Länder reflektiert unterschiedliche Integrationsstufen der Europäischen Union: Die Teilnahme von Studierenden aus einem der Gründungsstaaten, einem Land aus der dritten Erweiterungsrunde Mitte der 90er Jahre, einem der Beitrittsländer aus dem Jahre 2004, einem Beitrittskandidaten für 2007 und einem Land, dessen zukünftige Beziehungen mit der EU noch nicht geklärt sind, gewährleistete einen breiten Erfahrungshorizont und unterschiedliche Sichtweisen auf die Zukunft der EU.

Im Vorfeld der Konferenz teilten sich die Teilnehmergruppen jeder Universität in drei Arbeitsgruppen zu den Unterthemen „Erweiterte Union“, „Südosteuropa“ und „Nachbarschaftspolitik“ und vernetzten sich via Internet. Gemeinsam sammelten sie Literatur, erarbeiteten Problemfelder und entwickel-

ten Fragestellungen für die Konferenz. Zudem wurde im Vorfeld der Konferenz eine Website eingerichtet, die als Kommunikationsplattform diente.¹ An den Universitäten fand jeweils ein Blockseminar zur inhaltlichen Vorbereitung statt. Das Seminar für die deutschen Teilnehmer führten Mitarbeiter des Instituts für Europäische Politik durch.

Während der Konferenz wurden die drei Unterthemen sowohl in Arbeitsgruppen als auch in Podiumsdiskussionen debattiert. Dazu wurden Experten aus Wissenschaft und Politik eingeladen. Die Diskussionsrunden fanden in der kroatischen und rumänischen Botschaft sowie in den Nordischen Botschaften in Berlin statt.

Die erweiterte EU: Eine Union der Gleichen unter Gleichen?

Je größer die Union wird, desto dringlicher stellt sich die Frage, wie bei einer Beibehaltung des Gleichheitsprinzips die Handlungsfähigkeit und Dynamik der Union aufrechterhalten werden kann. Während der letzten Beitrittsverhandlungen wurde die Machtasymmetrie zwischen den Kandidaten und den Mitgliedstaaten offensichtlich.² „Wer einem Club beitrifft, hat dessen Regeln zu übernehmen“, so *Agnieszka Walter-Drop* von der polnischen Botschaft. Der gesamte gemeinsame Besitzstand der EU musste von den neuen Ländern übernommen werden. Einige der alten EU-Mitgliedsländer, so zum Beispiel Dänemark oder Großbritannien, können hingegen eine Reihe von *opting-outs* für sich in Anspruch nehmen (Euro, Schengen etc.).

Besteht diese Machtasymmetrie nach dem Beitritt fort oder kann man von der Gleichheit aller Staaten innerhalb der erweiterten Union ausgehen? *Kai-Olaf Lang*, Stiftung Wissenschaft und Politik, stellte eine Art „Orwell-Syndrom“ fest – alle Staaten seien gleich, manche jedoch gleicher. Die Angst vor Benachteiligung sei beidseitig: Kleine Staaten fürchteten die Hegemonie der Großen, die großen Staaten erwarteten – nach dem Beitritt vieler kleiner Staaten – eine Art Gulliver-Effekt.³ Es stellt sich die Frage, wie eine ausgewogene Machtverteilung in einer größeren und heterogeneren EU gewährleistet werden kann, ohne die Handlungsfähigkeit der Union einzuschränken.

Nach *Barbara Lippert*, Institut für Europäische Politik, sollten Staaten, die willig und fähig seien, in bestimmten Bereichen eine tiefere Integration anstreben, dies auch tun. Dies gelte nicht nur für den

alten Motor der EU, Deutschland und Frankreich, sondern auch für die neuen Mitgliedstaaten, die durch tiefgreifende Reformen im letzten Jahrzehnt den alten Mitgliedstaaten in manchen Bereichen voraus seien.⁴ Wichtig sei, darin waren sich die Referenten einig, dass sich keine geschlossene Kerngruppe herausbilde, sondern die vertiefte Kooperation zwischen Vorreitern allen interessierten Staaten offen stehe. Konsensbildung und Entscheidungsfindung würden in Zukunft, so *Thomas Østrop Møller* von der dänischen Botschaft, zunehmend durch wechselnde Ad-hoc-Allianzbildung bestimmt. *Roland Freudenstein* von der Konrad Adenauer-Stiftung wies darauf hin, dass sich auch die informelle Kooperation zwischen Staaten verstärkt habe.

Die erweiterte Union scheint bisher keine Spaltung zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten aufzuweisen. Das im Laufe der Diskussionen entworfene Szenario zeigt eine insgesamt weniger homogene Union, die durch häufig wechselnde Interessenkoalitionen und vielfältige Brüche, aber nicht durch eine Grenze zwischen West und Ost geprägt ist.

Südosteuropa: Europäische Integration versus regionale Integration?

Allen Ländern des westlichen Balkans⁵ wurde durch den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess die Beitrittsperspektive zugesagt. Der Beitritt erfolgt nicht im Konvoi, sondern nach dem Regatta-Prinzip. Jeder Staat wird hinsichtlich seiner individuellen Fortschritte, die Beitrittskriterien zu erfüllen, bewertet. Diese individuelle Herangehensweise vernachlässigt regionale Problemstellungen und droht die vorhandene Disparität in der Region noch zu verschärfen.⁶ Zusätzlich zu den Beitrittskriterien der letzten Erweiterungsrunden verlangt die EU deshalb von den Staaten des westlichen Balkans auch ein Engagement für die Fortentwicklung regionaler Kooperation.

Regionale Kooperation sei nicht mit regionaler Integration der Balkanstaaten in einen neuen Staatenverbund gleichzusetzen, so *Wim van Meurs*, Centrum für angewandte Politikforschung.⁷ Es handle sich um funktionale Zusammenarbeit in bestimmten Teilbereichen. *Peer Kölling* vom Arbeiter-Samariter-Bund betonte, dass der lokalen Ebene sowohl für die Annäherung an die EU als auch für die regionale Kooperation besondere Bedeutung zukomme.

Anfangs habe Kroatien, so *Dražen Karaman* von der Kroatischen Botschaft, regionaler Kooperation kritisch gegenübergestanden. Durch den Druck der

EU sei es jedoch zum Abschluss vieler bilateraler Verträge, einer graduellen Normalisierung der Beziehungen zu Serbien-Montenegro und einer wachsenden Akzeptanz für regionale Kooperation sowohl innerhalb der politischen Eliten als auch in der Bevölkerung gekommen.⁸

Marcus Delacor, Institut für Europäische Politik, hob den funktionalen Aspekt der regionalen Kooperation als Gründungsmotiv der EG hervor. Diesem Beispiel folgend könnte in den westlichen Balkanstaaten eine stärkere Interdependenz in Bereichen wie Elektrizität und vor dem Beitritt die EU-Eignung der Länder auch an ihrer Fähigkeit, friedlich mit den Nachbarstaaten zu kooperieren. Europäische Integration und regionale Kooperation sind seiner Ansicht nach als komplementäre Prozesse anzusehen – ein Urteil, dem *Anneli Ute Gabanyi*, Stiftung Wissenschaft und Politik, eher skeptisch gegenübersteht. Attraktivität und Instrumente der EU reichten nicht aus, um alle Probleme in der Region zu lösen. Als Beispiele nannte sie die unklare Zukunft des Staatenverbunds Serbien-Montenegro und das Versagen des Staatsapparats in mehreren Ländern der Region.

Durch die Förderung einer stärkeren funktionalen Vernetzung im westlichen Balkan versucht die EU, die problematische Zeit des Übergangs zu erleichtern und gleichzeitig ihren Einfluss in der Region zu verstärken. Dabei wirkt die EU-Integration in Südosteuropa wie in Mitteleuropa als Beschleunigungsfaktor für politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Sie bietet jedoch kein Allheilmittel, um den spezifischen Problemen der Region gerecht zu werden.

Neue Nachbarschaften:

Die Suche nach einem dritten Weg

Mit der Erweiterung im Mai 2004 bekam die Union nicht nur neue Mitglieder, sondern auch neue Nachbarn, wie zum Beispiel die an der östlichen Peripherie gelegenen Staaten Belarus, Ukraine und die Republik Moldova. Russland ist in diesem Kontext als „alter“ neuer Nachbar zu sehen. Während die EU den Ländern des westlichen Balkans eine – zum Teil in naher Zukunft, zum Teil aber auch noch in undefinierter Ferne liegende – Beitrittsperspektive eröffnete, verfolgt sie im Hinblick auf die östlichen Anrainer eine andere Strategie.

Im März 2003 präsentierte die Kommission den ersten Entwurf für die sogenannte „Europäische Nachbarschaftspolitik“. Die Strategie beruht auf dem

Grundgedanken, alle Nachbarstaaten der EU – folglich auch die südlichen Mittelmeeranrainer wie auch die Länder des südlichen Kaukasus – in einem Konzept zusammenzufassen. So werden allen Nachbarn dieselben Möglichkeiten der Kooperation mit der EU angeboten. Ob und inwieweit die Länder das Angebot der EU, Fortschritte mit entsprechenden Liberalisierungsmaßnahmen zu honorieren, nutzen werden, hängt in großem Maße von ihrem Reformwillen und ihrer Reformfähigkeit ab, denn eines der Schlüsselkriterien der Nachbarschaftsstrategie ist das der Konditionalität.⁹

Eine aktive Nachbarschaftspolitik zielt vor allem darauf ab, die negativen Folgen der – scheinbar endgültigen – Ausgrenzung zu mildern. So soll das Konzept der Entstehung eines allzu großen wirtschaftlichen und sozialen Gefälles entlang der EU-Außengrenzen entgegenwirken und langfristig ein prosperierendes und stabiles Umfeld geschaffen werden. Die Initiative, so *Brandusa Predescu* von der Rumänischen Botschaft, werde besonders von den neuen Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Polen und den Beitrittskandidaten der nächsten Runde wie beispielsweise Rumänien aktiv vorangetrieben. Das starke Engagement dieser Länder, eine nachhaltige Politik für die Nachbarstaaten der EU zu entwickeln, erklärt sich vor allem vor dem Hintergrund der intensiven historischen, kulturellen und ökonomischen Verflechtung dieser Grenzräume.

Interessante Lektionen für die europäische Nachbarschaftspolitik könnten, so *Holger Moroff*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Jena, aus dem als erster Entwurf einer Nachbarschaftsstrategie zu bezeichnenden Konzept der sogenannten Nördlichen Dimension der EU gezogen werden. Insbesondere vor dem Hintergrund sich überlappender Einflussphären Russlands und der EU – ein Aspekt, den auch *Ute Anneli Gabanyi* in ihrem Beitrag unterstrich – sei eine Kooperation dann erfolgreich, wenn sie auf subregionaler Ebene ansetze und zunächst primär auf die Intensivierung von *soft politics* abziele, wie etwa den Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität oder die Vernetzung von Bildungssystemen.¹⁰⁾

Während des Vortrags von *Vitalie Parnau* von der Botschaft der Republik Moldova wurde deutlich, dass die positive Sicht auf die Nachbarschaftspolitik als Alternative zum Beitritt nicht von allen betroffenen Ländern geteilt wird. Nach Ansicht des Referenten ist die EU-Integration die einzige Option Moldovas.

Ob und wie viele Länder die EU in Zukunft noch aufnehmen wird, bleibt abzuwarten. Denn trotz der im Rahmen der Nachbarschaftspolitik lancierten Strategie, weiteren Beitrittsaspiranten einen „dritten Weg“ jenseits von absoluter Inklusion und endgültiger Exklusion anzubieten, ist die Integration nach Auffassung von *Anneli Ute Gabanyi* weiterhin ein dynamischer Prozess, dessen Ende heute nur schwer abzusehen ist.

Die Architektur Europas nach der Erweiterung 2004

Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union bilden sich wechselseitig beeinflussende Prozesse. Die fortschreitende Ausdehnung stellt alte und neue Mitglieder wie auch die Nachbarn der EU unter politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformdruck. Durch den Anreiz einer vertieften Integration hat die EU die Möglichkeit, Einfluss auf die Stabilisierung ihrer Nachbarstaaten zu nehmen. Somit ist die Erweiterung auch Katalysator für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Erweiterung der EU stößt jedoch nicht nur geographisch, sondern auch politisch an ihre Grenzen. In Südosteuropa lassen sich allein durch einen EU-Beitritt die bestehenden Probleme nicht lösen. Für die neuen Nachbarstaaten ohne Beitrittsperspektive bietet die Neue Nachbarschaftspolitik nur einen schwachen Trost und geringe Hilfe, die Folgen einer neu entstandenen harten Grenze in ihrem Westen zu lindern. Eine allmähliche und funktionale Integration der verschiedenen Geschwindigkeiten prägt so das Bild Europas nach der Erweiterung 2004.

Wir möchten an dieser Stelle dem Osteuropa-Institut für seine finanzielle Unterstützung des Projekts danken. Dank für finanzielle Förderung gilt außerdem der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg, der Union of European Federalists, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Finnischen, der Kroatischen und der Rumänischen Botschaft und der Südosteuropagesellschaft. Ganz besonders möchten wir uns bei MdB Klaus-Peter Willsch, MdB Norbert Glante, MdEP Heinz Kindermann und MdEP Erich Fritz bedanken, die eine Patenschaft für das Projekt übernahmen. Für organisatorische Unterstützung sind wir Professor Holm Sundhaussen, Saskia Matl und den MitarbeiterInnen des Instituts für Europäische Politik sowie Fritz Bokern dankbar.

- 1 Informationen zur Konferenz und zum Thema siehe URL: www.eu-x.net.ms.
- 2 Vgl. Grabbe, Heather: A Partnership for Accession? The Implications of EU Conditionality for the Central and East European Applicants, San Domenico di Fiesole (FI) 1999: University Institute (Robert Schuman Centre Working Paper 12/99).
- 3 Vgl. Lang, Kai-Olaf: Politische Profile der neuen Mitgliedstaaten aus Ostmitteleuropa und ihre Bedeutung für die Europäische Union, in: *integration* 2004, Nr. 1–2, S. 12–27.
- 4 Vgl. Lippert, Barbara (Hg.): Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Baden-Baden 2004.
- 5 Die Bezeichnung ‚westlicher Balkan‘ umfasst die Staaten des ehemaligen Jugoslawien ohne Slowenien, jedoch plus Albanien.
- 6 Vgl. Calic, Marie-Janine: Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß auf dem Prüfstand. Empfehlungen für die Weiterentwicklung europäischer Balkanpolitik, Berlin 2004 (SWP-Studie S 33/2004), S 33.
- 7 Vgl. van Meurs, Wim: Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2003, B 10–11, S. 34–39.
- 8 Vgl. Europäische Kommission: Stellungnahme zum Antrag Kroatiens auf Beitritt zur Europäischen Union, KOM (2004) 275 endg., Brüssel, 20. April 2004.
- 9 Vgl. Europäische Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier, KOM (2004) 373 endg., Brüssel, 12. Mai 2004.
- 10 Vgl. Moroff, Holger: Wider Europe: Brussels' new neighbourhood policy, in: *Conference Report: The Republic of Moldova and the EU – Partners for a Wider Europe*, Chisinau 2003: Institute for Public Policy Moldova (URL: <http://www.ipp.md/calendar/Moroff-Chisinau.doc>).

Annemarie Oberschmidt und Jenni Winterhagen studieren am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.

Suzana Radišić hat kürzlich ihr Studium der Politikwissenschaften am Otto-Subr-Institut der Freien Universität Berlin abgeschlossen und absolviert derzeit ein Praktikum bei der Europäischen Kommission.

International Symposium

„Crimea, Caucasus and the Volga-Ural Region: Islamic Art
and Architecture in the European Periphery“

(Berlin, 17–21 Sept. 2004)

– Report –

BARBARA KELLNER-HEINKELE AND JOACHIM GIERLICH, BERLIN

Introductory remarks

The central areas of the Islamic world in history – North Africa, the Near East (with Asia Minor), Iran, India and Central Asia – possess a unique heritage of art and architecture from the spread of Islam to our times. Since the late nineteenth century, research on Islamic architecture and fine arts in these regions has constituted a branch in its own right within the wider discipline of art history. An impressive amount of publications, exhibitions and conferences has made this field known to an international public. Much less attention has been given to the Islamic heritage on the periphery of Europe (with the exception of south-eastern Europe), i.e. the Black Sea region, the Caucasus and the Volga-Ural region, and no conference had hitherto been devoted to the particular character of its Islamic art treasures and architectural monuments.

Therefore, the aim of the symposium was to take a closer look at these regions by offering specialists of Islamic art and architecture from the post-Soviet republics of Ukraine, Georgia, Azerbaijan and the Russian Federation (including Russia, Tatarstan, Bashkortostan, Dagestan) an opportunity to present current research and major sites as well as collections in their respective countries, and to discuss methods and problems specific to their material with colleagues from western European countries.

Preparations

With the assistance of Western and Eastern colleagues, the organizers of the symposium, Prof. Dr. Barbara Kellner-Heinkele and Dr. Joachim Gierlich of the Institute of Turkish Studies (Institut für Turkologie), Freie Universität Berlin, contacted more than 30 art historians, archaeologists and curators of

museum collections in order to gather a representative number of scholars working in different fields and concerned with different periods of Islamic art and architecture in the relevant regions. The response was very encouraging, although not all specialists invited were able to accept. On the basis of their cooperation with scholars from Ukraine and Georgia, four Turkish scholars were also invited. It must be pointed out that the number of researchers in the West focussing on Islamic art and architecture in the Crimea, the northern shore of the Black Sea, the Caucasus and the Volga-Ural region is minimal. Three specialists of Islamic art (London, Paris, New York) accepted the invitation to an encounter with colleagues working in an unfamiliar field. Unfortunately, several other colleagues were unable to attend the symposium, because a conference on Islamic manuscripts was to take place in London at the same time.

The organizers as well as the participants gratefully acknowledge the financial support of Academia Europaea, Volkswagen Foundation and Freie Universität Berlin.

In the months preceding the symposium the organizing team (including Ms. Brigitte Heuer, a specialist on Central Asia, Freie Universität Berlin) met with a number of obstacles usually not encountered during the preparation of a conference, such as bureaucratic problems in the home countries of participants, problems to obtain a visa for Germany, difficulties in contacting participants (telephone, fax and e-mail connections were sometimes difficult to establish, or participants were unavailable, because they were away on field trips). In some cases the organizers had to accept that superiors did not wish their collaborators to travel.

In order to facilitate the dialogue during the symposium, the organizers put together a booklet of paper

abstracts in Russian and English complete with a CV and résumé of the main publications and research interests of the respective participants (copies are available under the following e-mail address: turkinst@zedat.fu-berlin.de). Simultaneous translation of papers from Russian into English and English into Russian was also provided during the symposium to secure an intensive working atmosphere. Several speakers of Russian and students from the Institute of Turkic Studies, Freie Universität Berlin, lent indispensable support towards the realization of the symposium.

Since the programme was rather dense, 15 to 20 minutes were given to each paper. Most of them were accompanied by power-point or slide presentations. Lively, sometimes heated discussions followed. The contributions were not all of the same high quality, but given the enormous financial, technical and bureaucratic difficulties most participants face in their professional routine, the results and interpretations presented add up to an invaluable improvement of our knowledge of these almost unnoticed – at least in the West – research areas. This opinion was also voiced by the Western colleagues (Doris Behrens-Abouseif/London, Marthe Bernus-Taylor/Paris, Ernst J. Grube/London, Eleanor Sims/New York-London) who participated dedicatedly in exchanges on method and interpretation. Up to 20 colleagues and guests from academic institutions, museums and government offices in Berlin, Dresden and Halle attended the sessions.

Evaluation

The symposium was a great success in every respect. The active participants were delighted with the possibility of discussing their work and of presenting their findings or collections. To mention only a few examples: The excavations that have been carried out for years in Ottoman settlements on the northern and north-western shores of the Black Sea are the direct result of successful collaboration between Ukrainian and Turkish colleagues (Svitlana Bilyayeva, Ninel Boki, Yuriy Boltryk, Inci Kuyulu-Ersoy, Bozkurt Ersoy). In the Crimean peninsula, Mark Kramarovskiy (St. Peterburg) has unearthed spectacular objects from the Golden Horde period, while since the 1990s, the study of Crimean Tatar sites by Crimean Tatar and Ukrainian scholars (Ibrahim A. Abdullaev, Elena Aybabina, Oleksa Haiworonski, Valeriy Sidorenko, Valeriy Vozgrin) as well as by a Swiss researcher working in Turkey (Nicole Kancal-Ferrari) has rendered

impressive results, although major works have been lost or destroyed over the decades of Russian and Soviet rule. Recent work on folk art and fine arts of the nineteenth and twentieth centuries in the Crimea (Viktor Gankievich, Ismet Zaatov) and the Caucasus (Svetlana Chervonnaya, Leyla Geybatova, Ramazan Kereytov, Fuad Pepinov) shows a vitality of creative impetus that is surprising, considering the fact that the suppression of Islam has lasted for generations. In Azerbaijan (Kyubra Alieva, Nailya Velikhanli) and Georgia (Irina Khoshoridse), first-class collections of Islamic art do exist, but are more or less unknown to most Western specialists, while in the north-eastern part of Turkey Georgian architectural monuments influenced by Islamic architectural traditions (Mine Kadiroglu-Leube) suffer from a lack of attention and financial means. The Volga-Ural region was underrepresented, because some researchers invited were unable to come. Anife Ahmetshina and Zilya Imamutdinova, however, presented surveys of Tatar and Bashkir religious art.

Outlook

The organizers of the symposium intend to publish the abstracts and accompanying illustrations, plans and maps on the homepage of the Institute of Turkic Studies in order to draw attention to the unusual and valuable material presented during the symposium. They also plan to publish the papers together with some of the picture material in a collective volume. A follow-up symposium focussing on one of the regions dealt with is also being considered.

More information on participants and presentations is available via:

<http://userpage.fu-berlin.de/~turkinst/>

Prof. Dr. Barbara Kellner-Heinkele, *Turkologin, leitet das Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Kulturgeschichte der peripheren Provinzen des Osmanischen Reiches; Geschichte der Krimtataren; Türkmene im Vorderen Orient.*

Dr. Joachim Gierlichs, *ist Kunsthistoriker (Islam) und Lehrbeauftragter am Institut für Turkologie; z.Zt. Abschluß der Habilitationsschrift „Holzarbeiten der Timuridenzeit in Iran und Mittelasien“. Gemeinsam mit Annette Hagedorn Hrsg. des Sammelbandes „Islamic Art in Germany“, Mainz 2004.*

Towards Equality: Bulgarian Women's Work in Transition

EKATERINA DIMITROVA, LAUSANNE

Introduction

The officially declared objective of promoting equality between men and women during socialism has resulted in important achievements. In the sphere of work however, discrimination persisted in hidden and open forms. The transition to market economy disclosed and reinforced some of them. Additional risks stem from the deterioration of social security and social services as well as from the decline in the health care system. Over the past 15 years, the combined effect of these factors has made Bulgarian women a vulnerable social group affected by poverty and social exclusion.

At the same time, the transition to market economy opens up new opportunities matching the high educational attainments and professional aspirations of Bulgarian women. These factors facilitate the advancement of women at work and in society. A new legislative and institutional framework for promotion of gender equality is emerging in Bulgaria.

Equality at Work under Socialism:

Mixed Results

According to the Marxist paradigm, the elimination of private property is a fundamental precondition for economic and personal emancipation of women, for achievement of a genuine equality between man and women (Engels, 1978). This idea guided economic and social policies in Bulgaria between 1944 and 1989. During this period, legal prerequisites and institutions were created that guaranteed equal access to education, free and universal medical care, a broad set of social services. Under the condition of guaranteed full employment, these provisions favored mass participation of women in the sphere of paid labour. At the same time, patriarchal representations and practices persisted in the domains of work and family. They reproduced latent discrimination of women and traditional family roles. The outcome was job segregation and feminization of some occupations. In addition, women had to take the heavy burden of domestic labour resulting in the so called „double shift” (Paukert, 1995, p.1).

The economic development of Bulgaria after 1944 was based on accelerated industrialization and urbanization paralleled by mass employment opportunities. The high rate of economic growth made the participation of women in paid employment an economic necessity (Dimitrova 1998: 65). During the period between 1950 and 1985 the female participation rate in the country was among the highest in the world. Between 1950 and 1980 the share of Bulgarian women working full-time in the labour force increased from 40.0 % to 48.5 % (Women in the World and in Bulgaria, 1994). Economic growth created favorable conditions for the employment of women in all branches and occupations including those traditionally considered a male domain. The expansion of industry favoured the employment of women in the manufacturing sector. Their share increased from 33.8 % to 49. % of the industrial labour force between 1960 and 1985 (Women in Economic Activity 1985: 141). In the mid 1980s Bulgarian women comprised 3 % of the engineers and 38 % of university professors (Women in the World and in Bulgaria 1995; Women in Economic Activity 1985: 141). In 1990 the ratio of tertiary school enrolment was 106 girls per 100 boys (The World's Women 1995: 99).

Parallel to this development processes of horizontal and vertical segregation, of concentration of women in certain branches and occupations, and on the bottom of organizations took place. The patterns of segregation of work under socialism did not differ very much from those in countries with market economies marked by occupational sex segregation as „one of the most pernicious aspects of inequality in the labour market since it is generally accompanied by lower pay and worse condition in female occupations.” (Anker et al. 2003, p. 1).

The sectors and occupations most feminized were light industry (in particular textile industry), sales, teaching, nursing, and social care. In the second half of the 80s, health care and social work, clerical and secretarial jobs, and services in general were strongly dominated by women. In nursing and childcare their share was 97 % (The World's Women 1995: 127, 141).

Thus, under socialism 'pink ghettos' were formed with limited opportunities for professional mobility, additional qualification and better pay. As far as vertical segregation is concerned, women had difficulties to reach the higher and top levels of the hierarchies in organizations. In 1990 women occupied 29 % of the administrative and managerial jobs (The World's Women 1995: 156). Even in the feminized occupational domains like schools and health care institutions the superiors were usually men. Vertical and horizontal segregation determined the wage gap between women and men. Similarly to other countries in Eastern and Western Europe, at the end of the 80s Bulgarian women received approximately 75 % of the average male wage (Stoyanovska 2001: 7).

The full employment of women under socialism had also high individual costs. Family ideologies changed at a slower pace than official ideology. Thus, women had to cope with the double shift of work and family responsibilities. An average Bulgarian woman had to work 9 hours more than man per week (The World's Women 1995: 105). This has often put limits on women's professional aspirations. Despite official claims and de jure equality, latent discrimination of women in hiring, promotion, and pay persisted in Bulgaria and resulted in silent acceptance of de facto unequal treatment of women and men at work.

Transition to market economy: risks and opportunities

The situation of women in Bulgaria during the transition to market economy is determined by the legacy of latent inequalities and by the emergence of new challenges resulting from the radical changes in property rights, structure of production, and organization of work (Dimitrova 1998: 78- 9). The changes are accompanied by a shift away from the former dominant egalitarian view according to which gender equality is guaranteed through the strong redistributive functions of the state. Within the emerging new organizational paradigm, gender equality is based on equal opportunities instead (Monitoring of the Process of Accession 2002: 22).

The economic recession during the 1990s led to a sharp decline in the labour force participation of both men and women. Unemployment grew steadily, particularly between 1995 and 2001 when it reached 19.4 %. Statistically, the gender differences in unemployment rates were not very significant (Beleva et al 2004: 16). However, the data can be misleading if

other characteristics of unemployment are not taken into account. The share of women in the group of long-term unemployed is around 60 %. Within this group young women and women aged above 45 are particularly disadvantaged (Statesmen and Worker Bees 2000: 47). These two categories face barriers of sex and age. Employers fear that young women might eventually take maternity leave. Prejudices that women above 45 are less capable and less motivated to learn and adjust to the new conditions of work also contribute to this unfavourable situation. Women are more often ready to accept jobs that are below their level of qualification or low pay and precarious employment conditions. On the other side, women more frequently use job-search services and show higher participation rates in occupational retraining courses (Global Employment Trends 2003: 63).

Thus, in the transition period the inequality between women and men at work persisted and deepened and new, previously unknown forms of inequality emerged. The feminization of teaching, nursing, and sale is well above 75 %. The vertical segregation is clearly shown by the fact that in 2000 women occupied only 28 % of all positions in „administrative and managerial jobs” (Statesmen and Working Bees 2000: 47). In the decade after 1989 the share of women in the Bulgarian Parliament decreased from 21 % in 1990 to 10.4 % in 2000 (Equal Rights and Equal Opportunities 2000: 24).

Of particular concern is the situation of women working in the informal economy, which contributes approximately 30 % to the GDP and where women represent two thirds of the employed (Beleva et al. 2004: 9). Women often work in this sector without work contracts, social benefits, health insurance, and pension contributions. Their working time is not regulated. Women engaged in the informal economy often have to accept jobs requiring lower qualification because of the lack of alternatives in the formal economy. In times of economic hardships women with university diplomas have become street vendors.

The changes in property rights brought about gender differences regarding the indicator "status in employment". Some 1.4 % of working women are employers against 3.3 % of men, and some 6.3 % of working women are statistically included in the category of "self employed" against 11.0 % of men. These differences affect women's earnings. In 2000, Bulgarian women received 72 % of the average wage earned by men (Statesmen and Working Bees 2000: 47).

There are many factors accountable for the situation of Bulgarian women in the labour market today. The first concerns structural problems of demand and supply of labour during the transition to market economy. Other reasons pertain to attitudes and mentalities. They consist in barriers stemming from gender stereotypes and prejudices that employers share and apply in hiring, firing, promotion, and pay. The third factor has to do with the lower aspirations of the women.

The unfavourable position of Bulgarian women in the labour market can partly be explained by factors related to their education and qualification and the persisting mismatch between their educational profile and the jobs offered. The transformation of the educational system is slow and does not match the needs of the emerging market economy. Another negative factor relates to the lower labour mobility of women.

In addition to these objective obstacles there are attitudinal barriers and stereotypes affecting women's work. Such stereotypes are shared by many employers who hold traditional views about „natural“ female features that make them suitable only for certain types of jobs. In violation of the legislation, which is in line with the standards of the ILO and the EU, the employers continue to apply discriminatory practices. In Bulgarian newspapers one can come across job advertisings with requirements for age and/or physical appearance.

The disadvantages mentioned above have detrimental effects on the self-confidence and professional aspirations of women. A survey on „Women, Work and Globalization“ conducted by the Agency for Social Analyses in 2001-2002 is telling in this respect. Some 44% of working women are afraid that they might lose their job while this applies to 35% of men. The data also confirm that women are more willing to accept jobs that require qualifications below their educational level. The new economy opens up new opportunities, but women are much less confident of the possibility to establish their own business. Some 16% of the working women are ready to take this challenge against 27% of men.

All in all, the quality of women's lives has suffered during transition. The erosion of the socialist welfare state led to a sharp decrease in the access to childcare facilities and social services. Currently, women on average spend 4 hours more per day on household work than men (Stoyanovska 2001: 8).

Perspectives

In spite of the accumulated problems, the situation of Bulgarian women in the labour market is far from pessimistic. To start with, the economic situation of the country has begun to stabilize after the difficult 1990s, with GDP growth after 2000 varying between 4% and 5%. Secondly, with a view to the integration of Bulgaria in the European Union foreseen for January 2007, there is an ongoing change in social and labour legislation, including equal opportunities legislation. These changes create important conditions for progressive elimination of gender discrimination, equal treatment of women and men at work, equal pay for equal work, and a better balance between work and family life. Thirdly, during the transition Bulgarian women sustained high educational attainments and did not abandon their professional ambitions. The probability that women will return to their traditional family roles is low. According to the data of the survey 'Women, Work and Globalization' 75% of women consider that „the best way to be independent is to work“.

Conclusion

Twice since 194, the social and working status of Bulgarian women has gone through great transformations. Under socialism and during transition to market economy, gender persisted as a factor of inequality at work, in the family, and in society regardless of different ownership structures, production patterns, the degree of economic development, and changes in the value systems. In order to combat this rigid social phenomenon, it is necessary to mobilize a strong political will and financial resources, to strengthen the legal framework and institutional mechanisms, and to develop the commitment of women themselves. After all, this is now the third generation of Bulgarian women actively participating in the sphere of paid work and in social life, and their efforts should not have been in vain.

Ekaterina Dimitrova graduated from the International School of Geneva in 2000. At present she studies social sciences (3rd grade) at the University of Lausanne, Switzerland, Faculty of Social and Political Sciences
Email: Ekaterina.Dimitrova@unil.ch

References

- Anker, R., Melkas, H., Korten, A. (2003) Gender-based Occupational Segregation in the 1990s, Geneva: ILO.
- Beleva, I., Tzanov, V., and Tisheva, G. (2004) Flexibility and Security in the Labour Market: Bulgaria's Experience. Bugapest: ILO-CEET.
- Dimitrova, D. (1998) Women's Work: An International Comparative Perspective (Trudat na jenite: mejdunarodna sravnitelna perspektiva), Sofia: Lik.
- Employment and Labour Market in Central European Countries, (1/2003), EU: EUROSTAT.
- Engels, F. (1978), Evolution of the Family, Private Property and the State (Proizhod na semeistvoto, chastnata sobstvenost i darzhavata), Selected Works, Volume V, Sofia: Partizdat.
- Equal Rights and Equal Opportunities for the Participation of Women in the Political Life in Bulgaria (Ravni prava i ravni vazmojnosti za utchastieto na jenite v politicheskia jivot v Bulgaria) (2000), Sofia: Foundation „Bulgarski gender izsledvania”.
- Global Employment Trends, (2003), Geneva: ILO.
- Monitoring of the Process of Accession to the EU: Equal Opportunities of Women and Men. Report on Bulgaria (Monitoring na procesa na prisaediniavane kam evropeiskia saiuz: ravni vazmojnosti zha jenite i majete), (2002), Sofia: Open Society.
- Paukert, L. (1995) Economic Transition and Women's Employment in Four Central European Countries, 1989-1994. Geneva: ILO.
- Statesmen and Worker Bees: Our Male Democracy. (Darjavni maje i rabotni pchelichki: nashata majka demokracia) (2000) Sofia: Foundation "Women Alliance for Development".
- Stoyanovska, A. (2001) Jobs, Gender and Small Enterprises in Bulgaria, Geneva: ILO.
- The World's Women 1995: Trends and Statistics. (1995), New York: UN.
- Women in Economic Activity: A Global Statistical Survey: 1950-2000, (1985), Santo Domingo: ILO.
- Women in the World and in Bulgaria (1994) Sofia: National Statistical Institute.

Internationale Arbeitstagung „Migrationsprozesse, Probleme der Abwanderungsregionen, Identitätsfragen“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

PROF. DR. ANTON STERBLING

Migrationsvorgänge als wichtige Teilaspekte demographischer und sozialer Entwicklungen in Europa erscheinen gegenwärtig wie auch in Zukunft von großer Relevanz. Dabei kommt mit der EU-Ost- und Südosterweiterung gerade den Ost-West-Wanderungen, die auch bisher schon von erheblichem Umfang und mit weitreichenden Folgen verbunden waren, ein besonderer Stellenwert zu, zumal sie mit anderen Entwicklungen, z.B. gesellschaftlichen Binnenwanderungen und regionalen Wanderungsbewegungen, wirtschaftsstrukturellen Veränderungen u.ä. einen komplexen Gesamtzusammenhang räumlicher und sozialer Mobilitätsvorgänge mit vielfältigen und zum Teil noch schwer absehbaren sozialstrukturellen und kulturellen Auswirkungen und sozialen Problemlagen bilden.

In den zurückliegenden Jahren erfolgten in den einschlägigen Wissenschaften bereits umfangreiche und teilweise recht intensive und erkenntnisreiche Auseinandersetzungen mit verschiedenen Migrationsvorgängen und auch mit Ost-West-Wanderungen. Diese hatten allerdings (z.B. bei der Aussiedler- oder Arbeitsmigrationsforschung) einen deutlichen Schwerpunkt bei Fragen und Problemen der Integration in den Aufnahmegesellschaften,¹ während andere wichtige Aspekte, zum Beispiel die Rückwirkungen auf die Herkunftsgesellschaften, Herkunftsregionen und Herkunftsmilieus der Migranten, die Entstehung komplexer transnationaler sozialer Netzwerke und neuer Identitätsmuster und ähnliche Aspekte weitgehend unteranalysiert blieben. Gerade solche Fragen gewinnen aber im Kontext der „Europäisierung nationaler Gesellschaften“ immer größere Bedeutung.²

Vor diesem Hintergrund werden bei der internationalen Tagung „Migrationsprozesse, Probleme der Abwanderungsregionen, Identitätsfragen“, die vom 14. bis 17. April 2005 im UNESCO-Haus in Klingewalde stattfinden wird, solche Schwerpunkte und Akzente gesetzt, die bislang eher vernachlässigte

Migrationsaspekte und deren Folgeprobleme gründlicher ausleuchten. Dabei sollten sowohl drängende wissenschaftliche Erkenntnisfragen wie auch damit zusammenhängende gesellschaftspraktische Anliegen, insbesondere Probleme von Abwanderungsregionen bzw. Lösungsansätze solcher Probleme, eingehender behandelt werden.

Im Einzelnen werden im Rahmen der Tagung vier Leitfragen verfolgt bzw. entsprechende Problemschwerpunkte und Zielsetzungen in den Mittelpunkt gestellt.

Die erste Leitfrage lautet: Welche Rückwirkungen haben einzelne Migrationsprozesse auf die Herkunftsgesellschaften, Herkunftsmilieus und Herkunftsregionen der Migranten? In diesem Zusammenhang sollen „Pendlerwanderungen“ aus den neuen EU-Staaten ebenso wie Abwanderungen aus verschiedenen ost- und südosteuropäischen Gesellschaften oder Regionen näher dargestellt und im Hinblick auf die ambivalenten Rückwirkungen auf die Herkunftsgesellschaften, Herkunftsregionen und Herkunftsmilieus und hinsichtlich anderer Folgeprobleme eingehender diskutiert werden.³

Als zweite Leitfrage soll behandelt werden, in wie weit sich mit den gegenwärtigen Migrationsprozessen neue transnationale soziale Beziehungsmuster und soziale Netzwerke herausbilden. Migrationsprozesse führen einerseits zur sozialen „Entbettung“, zur Herauslösung der Migranten aus bisherigen sozialen Lebenszusammenhängen, aber andererseits auch zu neuen Assoziations- und Integrationsformen, zu anderen Vergesellschaftungsmustern.⁴ Heutige Möglichkeiten und Gegebenheiten der Kommunikation und der Mobilität erlauben dabei sowohl die Aufrechterhaltung mehr oder weniger intensiver Beziehungen und Kontakte zu Angehörigen des Herkunftsmilieus, ebenso schaffen sie günstige Bedingungen zur Entstehung und Weiterentwicklung weiträumiger, transnationaler sozialer Netzwerke und neuer soziokultureller Sondermilieus. Diese Aspekte sind –

soweit sie die Ost-West-Migration betreffen – zwar partiell, aber noch keineswegs systematisch erforscht worden. Daher sollen auch diese Aspekte aufgegriffen und mitthematisiert werden.

Als wichtige Fragen drängen sich in diesem Zusammenhang auf: Inwiefern ist die Art und Intensität der sozialen Beziehungen zum Herkunftsmilieu davon abhängig, ob es sich um ein ländlich-traditionales oder urbanes Herkunftsmilieu handelt? In welchem Maße hängt damit die gelegentlich zu beobachtende „Eigendynamik“ von Migrationsvorgängen zusammen?⁵ Welche Bedeutung hat die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit in der Herkunftsgesellschaft in diesem Betrachtungszusammenhang? Welche Relevanz haben hierbei sozialdemographische Merkmale (Alter, Bildungsstand, Geschlecht) der Migranten? Welche Rolle spielt der Typ des Migrationsprozesses?⁶

Eng mit diesen Fragen hängt eine dritte Leitfrage der Tagung zusammen, nämlich: Welche Auswirkungen haben diese Migrationsprozesse auf kollektive Identitätsvorstellungen? Migrationsprozesse stellen die Migranten selbst vor Fragen ihrer subjektiven Selbstzurechnung zu sozialen Bezugseinheiten (Staaten, Nationen, Minderheiten, Regionen usw.), führen in der Folge massiver und komplexer Wanderungsprozesse aber auch zu neuen Fragen der kollektiven Identität überhaupt. Solche Identitätsfragen, die vor dem Hintergrund einer fortschreitenden europäischen Integration, einer „Europäisierung nationaler Gesellschaften“, aber auch einer deutlichen Persistenz herkömmlicher Identitätsbindungen in osteuropäischen Gesellschaften,⁷ eine besondere Aktualität und Relevanz gewinnen, sollen bei der Arbeitstagung unter verschiedenen Gesichtspunkten, wie etwa der Frage nach der Ausbildung multipler Identitäten, des Spannungsverhältnisses zwischen verschiedenen Selbstzurechnungsmöglichkeiten und Identitätsangeboten, der bildungspolitischen Verarbeitung solcher Identitätsherausforderungen usw. behandelt und als ein wichtiges Folgeproblem europäischer Migrationsprozesse – und von Ost-West-Wanderungen im Besonderen – diskutiert werden.

Schließlich ist als vierte Leitfrage zu erörtern: Wird das neue Europa ein Europa der Abwanderungsregionen? Die Ergebnisse der Arbeitstagung einbeziehend, sollen dabei spezifische Probleme verschiedener Abwanderungsregionen sowie Lösungsansätze und Strategien zur Abmilderung der Auswirkungen und zur Verarbeitung der Folgen massiver Abwanderungen zur Diskussion gestellt werden.

Durch die geplante Tagung sollen der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion neue Erkenntnisse über die angesprochenen Fragen zur Verfügung gestellt und entsprechende Impulse gegeben werden. Zugleich soll mit dieser Tagung eine neue Tagungsreihe der Sektion „Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie eröffnet werden, die unter dem Motto „Ost- und Südosteuropa in Europa“ steht und die eine stärkere Verschränkung der Fragen der Osteuropa-Soziologie mit den gesamteuropäischen Entwicklungen und Perspektiven anstrebt.

1 Siehe dazu aktuell: Roth, Klaus/Moosmüller, Alois/Köck, Christoph (Hrsg.): *Zuwanderung und Integration: Kulturwissenschaftliche Zugänge und soziale Praxis*, Münster-New York-München-Berlin 2004.

2 Siehe: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, Opladen 2000; Antohi, Sorin/Bach, Maurizio/Lahusen, Christian (Eds.): *Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe*, Budapest-New York 2005 (in Vorbereitung); Lepsius, M. Rainer: *Prozesse der europäischen Identitätsstiftung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 38, Bonn 2004 (S. 3-5); Delhey, Jan: *Das Abenteuer der Europäisierung. Überlegungen zu einem soziologischen Begriff europäischer Integration und zur Stellung der Soziologie zu den Integration Studies*, in: *Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Heft 1, Wiesbaden 2005 (S. 7-27).

3 Siehe dazu auch: Weber, Georg u.a.: *Emigration der Siebenbürger Sachsen. Studien zu Ost-West-Wanderungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2003.

4 Siehe auch: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*, Hamburg 2003.

5 Siehe: Sterbling, Anton: *Die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien: Motive, Randbedingungen und Eigendynamik eines Migrationsprozesses*, in: Münz, Rainer/Korte, Hermann/Wagner Gert (Hrsg.): *Internationale Wanderungen*. 28. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 16.-18.2.1994 in Bochum, Berlin 1994 (S. 66-74).

6 Siehe: Sterbling, Anton: *Bewegte Geschichte und Bevölkerungsbewegungen in Südosteuropa – allgemeine und exemplarische Anmerkungen*, in: *Revue des Etudes Sud-Est Européennes*, XLI. Jg., Nr. 1-4, Bukarest 2003 (S. 75-84).

7 Siehe auch: Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Eds.): *Ethnicity, Nation, Culture. Central and East European Perspectives*, Beiträge zur Osteuropaforschung 2, Hamburg 1998; Giordano, Christian/Dougoud, Roberta Colombo/Kappus, Elke-Nicole (Hrsg.): *Interkulturelle Kommunikation im Nationalstaat*, Waxmann Verlag, Münster-New York-München-Berlin 1998.

Internationale Arbeitstagung „Migrationsprozesse, Probleme der Abwanderungsregionen, Identitätsfragen“

Tagungsreihe:: „Ost- und Südosteuropa in Europa“

Veranstalter: Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, in Kooperation mit der Fachhochschule für Polizei Sachsen und dem Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen.

Veranstaltungsort: UNESCO-Haus „Klingewalde“, Görlitz,
vom 14. bis 17.4.2005.

Gefördert durch: Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung.

VORBEREITUNG UND LEITUNG DER TAGUNG: **Prof. Dr. Anton Sterbling**

Donnerstag, 14.4.2005 A n r e i s e der auswärtigen Teilnehmer

- 17.30 – 17.50 Begrüßung durch *Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt* (Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen), *Prof. Dr. Dr. h.c. Bálint Balla* (Ehrensprecher der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie), *Kanzler Anton Johann* (Fachhochschule für Polizei Sachsen, Rothenburg/OL), *Prof. Dr. Wolfgang Geierbos* (Präsident der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz)
- 17.50 – 19.30 *Prof. Dr. Justin Stagl*: Moderation (Universität Salzburg/Österreich)
- 17.50 – 18.00 *Prof. Dr. Anton Sterbling*: Einführende Gedanken in die Problematik der Ost-West-Wanderungen (Fachhochschule für Polizei Sachsen, Rothenburg/OL)
- 18.00 – 18.45 *Ulrike Becker*: Migrationsforschung im Spiegel der Literatur- und Projektdatenbanken des Informationszentrums Sozialwissenschaften (Informationszentrum Sozialwissenschaften Berlin)
- 18.45 – 18.00 *PD Dr. Vera Sparschuh/ Agnieszka Wenninger*: Präsentation des Tagungsbandes: Zdenka Mansfeldová/Vera Sparschuh/Agnieszka Wenninger (Eds.): Patterns of Europaenisation in Central and Eastern Europe, Krämer Verlag Hamburg 2005 (Universität Kassel/Berlin bzw. Informationszentrum Sozialwissenschaften Berlin)
- 18.00 – 18.30 Einführende Diskussion
- 19.30 E m p f a n g im UNESCO-Haus „Klingewalde“

Freitag, 15.4.2005

- 9.30 - 11.00 *Prof. Dr. Dr. h.c. Bálint Balla:* Moderation
(Technische Universität Berlin)
- 9.30 - 10.15 *Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Fürstenberg:* Sozialstrukturelle Aspekte der Pendelwanderung aus den neuen EU-Beitrittsländern
(Universität Bonn)
- 10.15 - 11.00 *Prof. Dr. Nikolai Genov:* Hauptstadt und Provinz: Migrationsprozesse in Bulgarien
(Freie Universität Berlin)
- K a f f e e p a u s e
- 11.15 - 13.30 *Prof. Dr. Ilja Srubar:* Moderation
(Universität Erlangen)
- 11.15 - 12.00 *Dr. Pandeli Pani:* Ein Land blutet aus. Zu den Auswirkungen der Massenmigration aus Albanien
(Bonn)
- 12.00 - 12.45 *Prof. Dr. Anton Sterbling:* Südosteuropäische Migrationsprozesse im Überblick
(Fachhochschule für Polizei Sachsen, Rothenburg/OL)
- 12.45 - 13.30 *Dr. Gwénola Sebaux:* Migration aus Osteuropa - Gewinn oder Verlust?
(Université Catholique de l'Ouest, Angers/Frankreich)
- 13.30 - 14.30 M i t t a g e s s e n
- 14.30 - 17.45 *Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt:* Moderation
(Hochschule Zittau/Görlitz und Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen)
- 14.30 - 15.15 *Prof. Dr. Maurizio Bach:* Bürgerrechte und soziale Exklusion im europäischen Migrationsraum
(Universität Passau)
- 15.15 - 16.00 *Prof. Dr. Dr. h.c. Georg Weber:* Identität in der Moderne
(Universität Münster)
- K a f f e e p a u s e
- 16.15 - 17.00 *Prof. Dr. Lutz-Rainer Reuter:* Kulturelle Identitätsvorstellungen im Schulwesen. Interkulturalität in den Lehrplänen ausgewählter Fächer und Bundesländer
(Helmut-Schmidt-Universität. Universität der Bundeswehr Hamburg)
- 17.00 - 17.45 *Ursula E. Friübis M. A.:* Effekte der Migration gut ausgebildeter Migrantinnen aus Osteuropa
(Freie Universität Berlin)
- 19.30 Gemeinsames A b e n d e s s e n (Restaurant, Zgorzelec/Polen)

Samstag, 16.4.2005

- 9.30 - 13.30 *PD Dr. Vera Sparschub:* Moderation
(Universität Kassel/Berlin)
- 9.30 - 10.15 *Prof. Dr. Andrei Roth:* Migration aus Rumänien und ihre Folgen
(Babes-Bolyai Universität Klausenburg/Rumänien)
- 10.15 - 11.00 *Josef Sallanz M. A.:* Das Ende einer ethnischen Minderheit in Rumänien? Die russischen Lipowaner aus der Dobrudscha auf dem Weg nach Westeuropa
(Universität Potsdam)
- K a f f e e p a u s e

- 11.15 – 12.00 *Dr. Hans-Heinrich Rieser:* Abwanderung der Deutschen aus dem Banat (Universität Tübingen)
- 12.00 – 12.45 *Dr. Stephan Beetz:* „Meine Kinder sollen frei entscheiden“ Der Einfluss kollektiver Migrationserfahrungen am Beispiel der Abwanderung aus ostdeutschen ländlichen Regionen (Humboldt-Universität zu Berlin)
- 12.45 – 13.30 *Dr. Maria Mutjewa:* Transnationale Schichtung im Milieu junger intellektueller Migranten aus Osteuropa (Staatliche Universität St. Petersburg/Russland; z.Z. Universität Magdeburg)
- 13.30 – 14.30 M i t t a g e s s e n
- 14.30 – 15.30 Diskussion wichtiger Befunde und Ergebnisse der Tagung
K a f f e e p a u s e
- 16.00 – 17.30 Kunst- und kulturhistorische Stadtführung durch die Altstadt von Görlitz
- 19.30 Gemeinsames A b e n d e s s e n (Altstadtrestaurant, Görlitz)

Sonntag, 17.4.2005

- 8.30 Ökumenische Andacht
- 9.30 – 12.30 Öffentliche Podiumsdiskussion: Abwanderungsregionen Europas - ein Europa der Abwanderungsregionen?
Prof. Dr. Wolfgang Dahmen (Universität Jena), *Prof. Dr. Wolfgang Geierhos* (Fachhochschule für Polizei Sachsen, Rothenburg/OL), *Prof. Dr. Miloš Havelka* (Karls-Universität Prag/Tschechische Republik), *Prof. Dr. Albert Löhr* (Internationales Hochschulinstitut Zittau), *Prof. Dr. Ilja Srubar* (Universität Erlangen), *Dr. Kazimierz Wóycicki* (Institut für Nationales Gedenken Stettin/Polen).
Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt (Hochschule Zittau/Görlitz und Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen): Zusammenfassende Gedanken
- 12.45 – 13.45 M i t t a g e s s e n / Abreise der Teilnehmer

„Die nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen im östlichen Europa – Chancen und Grenzen für die öffentliche Bildung“

13. Internationale Fachtagung der DGO-Fachgruppe Pädagogik,
vom 25. bis 27. Nov. 2004
– Ergebnisse und weiterführende Fragen –

GERLIND SCHMIDT, FRANKFURT A. M.

Die jüngste Konferenz der Fachgruppe Pädagogik der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) war einem Bereich gewidmet, für den andert-halb Jahrzehnte nach dem politischen Umbruch der Staaten des östlichen Europa nur wenige Bestandsaufnahmen¹ vorliegen. Die Tagung wurde von der verantwortlichen Organisatorin Sonja Steier-Jordan (RUB Bochum) mit einer ausführlichen systematischen Einführung eröffnet. Sie umriss die in den vergangenen Jahren gewachsene Bedeutung des Themas angesichts neuer weltweiter Entwicklungen im Bildungswesen. Im einzelnen nannte sie: die Verschärfung in der bildungspolitischen Debatte um Staat und Markt, die Zuwendung von Bildungspolitik und Bildungspraxis zu neuen Finanzierungsmodellen, das wachsende Augenmerk für den „Output“ sowie die allgemeine Leistungsfähigkeit und Bildungsqualität der nationalen Systeme im internationalen Vergleich (Stichwort: PISA). Der Bedeutung des Gegenstandes in international-vergleichender bzw. europäischer Sicht werde die vorhandene Literatur zur vergleichenden Bildungsforschung bisher kaum gerecht.²

In zwei länderübergreifenden Hauptreferaten wurden theoretisch-systematische Fragen zur nichtstaatlichen Bildung anhand historischer Rückblicke sowie in vergleichender Perspektive thematisiert. Mit Blick auf die gegenwärtige Situation war das Interesse darauf gerichtet, nach Erklärungen für die beobachteten Entwicklungen sowie nach möglichen Rückschlüssen für das bildungspolitische Handeln zu fragen. Beide Referate nahmen dabei auf die internationalen Entwicklungen Bezug, die sich derzeit im Zusammenhang mit der sog. Globalisierung vollziehen.

Im Eröffnungreferat „Staat und Markt – neue Impulse der Bildungspolitik im größeren Europa“

beleuchtete *Wolfgang Hörner* exemplarisch die Funktionen nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen gegenüber dem staatlichen Bildungssektor und ihr Verhältnis zum (National-)Staat, zur Gesellschaft und zur Wirtschaft anhand von Beispielen zum theoretischen, historischen, vergleichenden und bildungspolitischen Aspekt. In seinem Vortrag wurde die spezifische Ambivalenz deutlich, die in den postsozialistischen Ländern nach dem politischen Umbruch mit der Zielsetzung verbunden war, das staatliche Bildungsmonopol zu überwinden und mehr Autonomie in den Bildungsinstitutionen einzuführen. Anfangs wurde die „Entstaatlichung“ und die Errichtung eines nichtstaatlichen bzw. privaten Sektors³ in erster Linie als eine Befreiung von der sozialistischen Staatspädagogik zugunsten einer gesellschaftlichen Liberalisierung der Bildung verstanden und auch angestrebt. Im Zuge der finanziellen Krise des Staates trat jedoch die marktwirtschaftliche Orientierung als Kern der Privatisierungsbestrebungen im Bildungssektor in den Vordergrund. Die Entwicklung, die übrigens in einigen Ländern als „Rückzug des Staates“ aus dem Bildungswesen bezeichnet wurde, führte zu einem erheblichen Rückgang von Bildungsqualität sowie Bildungsgerechtigkeit. Hinsichtlich des Abbaus des **Staatsmonopols** zugunsten einer Dezentralisierung und Schaffung von mehr Autonomie im Schulwesen trennte *Hörner* formal nach einer markt- bzw. erwerbswirtschaftlich orientierten und einer gemeinnützigen, an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausgerichteten Form nichtstaatlicher Einrichtungen. Schließlich bezog er noch eine weitere Form der Entstaatlichung in die Betrachtung ein, die freilich in den östlichen Transformationsländern nur sehr eingeschränkt auf eine Vorgeschichte zurückgreifen konnte, und zwar

die Errichtung nichtstaatlich-kommunaler Bildungseinrichtungen, insbesondere von Schulen, im Sinne einer neu zu errichtenden kommunalen Selbstverwaltung.

Fragen der Souveränität des Staates im Bildungswesen, der sog. „Bildungssouveränität“ gegenüber der Gesellschaft erörterte *Wolfgang Mitter* unter dem Titel „Öffentliche und nichtöffentliche Schule in historisch-vergleichender Sicht“. Er entwickelte unter Bezugnahme auf den oben genannten, umfassenden Begriff und mit Blick auf die historische Entwicklung moderner staatlich verfasster Bildungssysteme die These, gegenwärtig vollziehe sich ein Paradigmenwechsel, der die bisherige staatliche Bildungssouveränität relativiere und die Frage nach der Rolle der Öffentlichkeit als einer normgebenden Instanz aufwerfe. Vor diesem Hintergrund werde es zunehmend notwendig, die staatliche Trägerschaft und Einflussnahme im Bildungswesen durch die der Gesellschaft zu ergänzen. Den Ausgangspunkt seiner Darlegungen bildete dabei Adam Smith' Modell eines für den Bildungsbereich „imperfekten Marktes“, dessen Unvollkommenheit durch die Öffentlichkeit (*the public*) aufgefangen werden müsse (Übernahme einer kompensatorischen Funktion durch nichtstaatliche Bildungseinrichtungen), ein Modell, das gerade für das östliche Europa unter dem Aspekt der Bildung einer Zivilgesellschaft aktuell bleibt.

Die Vielfalt auf der **Länderebene** beleuchteten Vertreter aus den jeweiligen Ländern und Experten aus Deutschland. Vorgestellt wurden Russland (*Rakbkochkin*: Schulwesen; *Teichmann*: Hochschulwesen), die Ukraine (*Roshchyk*: Hochschulwesen), Polen (*Szymański*: Schulen und Hochschulen; *Orzechowska*: Lehrerfortbildung), Ungarn (*Forray*: Schulen für Sinti und Roma), Bulgarien (*Bachmaier*: Schulen für die türkischsprachige Minderheit) sowie Tschechien (*Himmel*: gesamtes Bildungssystem einschließlich der beruflichen Bildung). Mit einem abschließenden Bericht über die Entwicklung in der Volksrepublik China wurde von *Jürgen Henze* ein Ausblick auf neue Finanzierungsmuster gegeben, welche die bisherigen Privatisierungskonzepte in einem grundsätzlich neuen Licht erscheinen lassen.

So war die Mehrzahl der Referate in erster Linie auf den Aspekt der Entstaatlichung ausgerichtet, der mit dem Ziel des Einzugs bzw. einer Rückkehr der Gesellschaft in das Bildungswesen verbunden ist. Mit dem Bericht zu China jedoch, das sich bis heute

in seinem politischen System als sozialistisch versteht, wurden Formen und Funktionen der Entstaatlichung im überwiegend ökonomischen Sinne, und zwar des neoliberalen marktwirtschaftlichen Ansatzes und seiner Auswirkungen im Zuge der Privatisierungspolitik, thematisiert. Unter der Bezeichnung einer „Privatisierung innerhalb des staatlichen Sektors“ haben diese Entwicklungen bereits am Beispiel Chinas und Russlands in der vergleichenden Bildungsforschung Aufmerksamkeit gefunden (Bray/Borevskaya 2001).

In ihrer unterschiedlichen thematischen Ausrichtung (Einbeziehung von rechtlichen und institutionellen Strukturen, von Inhalten und von Finanzierungsformen privater Bildungseinrichtungen) und in der Vielfalt ihrer Fragestellungen (teilweise auch unter historischem Rückgriff auf die Vorgeschichte des privaten Bildungssektors, z.B. im Referat über Polen) spiegelten die Länderbeiträge ein breites Spektrum wider, ohne dass freilich das dargebotene Material umfassend und vollständig genug sein konnte, um einen systematischen Ländervergleich hinsichtlich der Fülle der angeschnittenen Aspekte zu ermöglichen.

Im Sinne einer vorläufigen Bestandsaufnahme lassen sich aus den Tagungsbeiträgen dennoch einige Übereinstimmungen in der Entwicklung des nichtstaatlichen Bildungsbereichs ablesen, eine Aufgabe, der auch die resümierenden Statements zum Abschluss der Konferenz dienen. Dem Verhältnis staatlicher in Abgrenzung zu nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen, das in den Länderberichten wiederholt angesprochen wurde, soll im vorliegenden Bericht besonderes Augenmerk gelten.

Aus den Länderreferaten zum östlichen Europa wurde deutlich, dass die Privatisierung einen **expansiven Verlauf** insbesondere im Hochschulsektor nahm, wenn das Ausmaß in den einzelnen Ländern dabei auch länderspezifische Unterschiede aufweist. Aus einzelnen Ländern wurde berichtet, dass die Expansion der Privathochschulen eine ernsthafte Konkurrenz oder sogar Existenzbedrohung für die staatlichen Hochschulen bedeute (z.B. in Polen) und diese vor erhebliche Herausforderungen stelle. Das üblicherweise in sich stark differenzierte berufliche Bildungswesen, das explizit nur im Referat über die Entwicklung in Tschechien einbezogen wurde, bedürfte wegen seiner engen Verbindung mit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt gesonderter Behandlung, die vom Umfang der Tagung her frei-

lich nicht zu leisten war. Die Ausweitung privater Einrichtungen im Schulwesen ist im Kontrast zu den Hochschulen nur anfangs rasch vorangeschritten und scheint vielfach schon eine Obergrenze (Sättigungseffekt) erreicht zu haben.

Schließlich ist die Privatisierung im Bildungssektor unter **regionalen Aspekten** sehr unterschiedlich verlaufen und hat zu erheblichen Ungleichgewichten zwischen Stadt und Land bzw. Zentren und Peripherie geführt. So verdeutlichten die Referate zu Polen, der Ukraine und Russland, dass private Schulen überwiegend in den großen Städten entstanden sind, während sie auf dem Lande nahezu vollständig fehlen. Anders gestaltet sich die Situation im Hochschulbereich: Zahlreiche private Hochschulen sind beispielsweise in Russland vielfach auch als „Filialen“ der renommierten Moskauer und Petersburger Universitäten gerade in der Provinz, weitab von den Metropolen entstanden, was mit der Weiträumigkeit des Landes in Verbindung steht.

In mehreren Referaten wurde deutlich, dass die teilweise rasch, anderen Orts aber auch langsamer erfolgten rechtlichen Regelungen nicht verhindern konnten, dass bis heute vielfältige Erscheinungen von **Illegalität, Korruption** und sogar betrügerischem Umgang mit den Bildungsnutzern im privaten Bildungssektor einiger Länder anzutreffen sind. Dies gilt für das Schul- ebenso wie für das Hochschulwesen und ist eine Erscheinung, die eng mit dem vielfach überstürzten Transformationsprozess verbunden und besonders in Russland und in der Ukraine verbreitet ist. Noch anderthalb Jahrzehnte nach dem Umbruch handelt es sich keinesfalls um bloße Randerscheinungen eines ansonsten erfolgreich von Staat und Öffentlichkeit kontrollierten Prozesses.

Die Selbstverantwortlichkeit der Bevölkerung für den eigenen Bildungserwerb („Konsumentensouveränität“) wurde, soweit sie sich nicht spontan entwickelte, von Seiten des Staates schlichtweg vorausgesetzt, ohne dass hierfür rechtlich, finanziell und inhaltlich stabile Voraussetzungen oder gar marktähnliche Bedingungen von Transparenz geschaffen worden sind. Dies gilt für die „Anbieter“ von Bildungsleistungen ebenso wie für die „Bildungsnutzer“. Man könnte dies als eine Übergangerscheinung einordnen; in mehreren Referaten wurde jedoch deutlich, dass die beobachteten zahlreichen rechtlichen und sozialen Fehlentwicklungen eine **ablehnende Haltung der Bevölkerung** gegenüber dem privaten Bildungssektor bewirkten. Am Beispiel Russlands und der Ukraine als Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, aber auch

Tschechiens wurde deutlich, dass sich das Misstrauen gegenüber einer ungebremst „wildem“ Privatisierung des staatlichen Sektors nach dem Umbruch mit einem ideologischen Verdikt mischt, das aus dem bisherigen politischen System (sozialistisches Erbe) überkommen ist, und wonach das „Private“ grundsätzlich als verwerflich gilt.

Die neuen **inhaltlichen Schwerpunktsetzungen** betrafen Schulen und Hochschulen gleichermaßen, wobei das Pendel aber umzuschlagen beginnt und sich eine Gegenentwicklung abzeichnet: Im privaten Sektor (im Schul- und mehr noch im Hochschulwesen) konnten die Angebote der ideologisch „befreiten“ human- sowie sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen, juristischen, sprachlichen und informationstechnischen Bildung insgesamt rascher ausgebaut werden als in den staatlichen Einrichtungen, die jedoch schnell aufzuholen begannen. In diesem Prozess kam es den privaten Einrichtungen besonders zugute, wenn sie mit „Abnehmern“ aus der privaten Wirtschaft kooperieren konnten. Politisch und wirtschaftlich unerwünschte Entwicklungen wie die Problematik der übereilt konzipierten neuen Inhalte und die mangelnde Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes führten aber dazu, dass Naturwissenschaften und technische Wissenschaften langsam wieder an Bedeutung gewinnen, wobei der Staat entsprechende bildungspolitische Zeichen setzt. Die theologisch-religionswissenschaftlich orientierten Einrichtungen stellen in diesem Zusammenhang einen Sonderbereich dar, der eng mit der Geschichte und gegenwärtigen Lage der Kirchen im jeweiligen Land, ihrer Stellung zu Staat und Gesellschaft, verknüpft ist.

Im schulischen Bereich erfüllen private Einrichtungen bislang insbesondere die auch im westlichen Europa verbreiteten traditionellen „alternativen“ Aufträge (Demokratieerziehung, reformpädagogische Modelle) oder richten sich an besondere Bevölkerungsgruppen (weltanschaulich, kirchlich oder religiös gebundene Gruppen, ethnische bzw. sprachliche Minderheiten, Behinderte und Verhaltensauffällige oder Personen mit speziellen Begabungen). Wie in einigen Referaten deutlich wurde, bestehen parallel – teilweise überlappend mit der soeben genannten Gruppe – in geringer Zahl Eliteschulen, die zum Eintritt in in- und ausländische Elitehochschulen sowie -universitäten führen und den Zugang zu besonderen Karrieren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft öffnen sollen. Zu subsumieren sind hier auch eine begrenzte Zahl von Schulen für die „neuen Reichen“, deren zentraler Auftrag jedoch in sozialer und finan-

zieller Exklusivität und nicht unbedingt auf dem Gebiet hoher fachlich-wissenschaftlicher Bildung zu suchen ist. Aus den Referaten wurde deutlich, dass die Trennlinie zwischen privaten und staatlichen Schulen für die zuerst genannte Gruppe der Schulen mit „alternativen“ Zielen bzw. Aufträgen für besondere Gruppen nicht gilt; so gibt es diese Schulen sowohl im privaten als auch innerhalb des staatlichen Sektors (beispielweise finden sich ethnisch oder sprachlich ausgerichtete Schulen sowie Schulen für Behinderte vielfach unter den staatlichen Einrichtungen). Tendenziell gehört die Gruppe der Schulen mit „alternativem Auftrag“ nicht zu den gewinnorientiert arbeitenden Schulen, die jedoch in der zweiten Gruppe (Eliteschulen) verstärkt zu finden sind.

Hinsichtlich der Frage von Konkurrenz oder partnerschaftlichem Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen ergaben die einzelnen Referate kein eindeutiges Bild: Dies hängt mit der Vielfalt von Schultypen, Rechts- und Organisationsformen zusammen. Zu berücksichtigen ist schließlich, dass sich in den zitierten Stimmen aus den einzelnen Bereichen des Bildungswesens deren spezifische Interessenlage widerspiegeln kann: Im Hochschulbereich, so wurde aus Polen berichtet, sähen die führenden staatlichen Universitäten ihre Existenz durch die private Konkurrenz bedroht. Dies gelte besonders für jene Fachbereiche, für die zahlungskräftige private Einrichtungen eine personell und materiell bessere Ausstattung anbieten und hierdurch die leistungsfähigeren Bewerber unter den Studierenden abziehen könnten. Schließlich sei der Wettbewerb der staatlichen Hochschulen und Universitäten mit dem privaten Sektor verzerrt, denn sie haben den Auftrag, auch jene Studienfächer anzubieten, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse als *public goods* bedeutsam seien, die aber nicht auf die finanzielle Unterstützung der Privatwirtschaft und anderer Abnehmer (dies ist oft der Staat selbst) oder der Studierenden rechnen könnten.

Auch für den Schulbereich wurde die Frage erörtert, ob die Beziehung der nichtstaatlichen zu den staatlichen Bildungseinrichtungen die Gestalt eines Neben- oder Miteinanders, eines kompensatorischen Verhältnisses oder eines Verdrängungswettbewerbs habe. Anders als im Hochschulsektor scheinen sich die staatlichen Schulen grundsätzlich neben den Privatschulen zu behaupten. Private Schulen haben die in sie gesetzten Hoffnungen nicht immer erfüllt, den Nutzern tatsächlich qualitativ höhere Bildungsange-

bote zu gewährleisten als die staatlichen Schulen vermögen. Sie haben aber auch gegenüber den staatlichen Einrichtungen die von ihnen erhoffte Innovationsfunktion nicht erfüllt. Vielmehr konnten zahlreiche staatliche Schulen ebenfalls erfolgreiche innovative Modelle entwickeln, wobei die bildungspolitischen Impulse in jüngster Zeit zunehmend wieder vom Staat ausgehen. Dieses Ergebnis zugunsten der staatlichen Schulen ist freilich nicht zu denken ohne die verbreitete Bereitschaft eines bildungsbewussten Mittelstandes, der bereit war, Eigenbeiträge zur Finanzierung des Schulbesuchs seiner Kinder auch in den staatlichen Schulen zu leisten. Vielfach dürfte es auch ein erfolgreiches Zusammenwirken im wirtschaftlichen und administrativen Bereich geben (z.B. Vermieten von Gebäuden, Umgehen rigider bürokratischer Kontrollen durch die Privatschulen), das auf dem Hintergrund anhaltender staatlicher Unterfinanzierung beider Bereichen nutzt (Lisovskaya/Karpov 2001). Auf rechtlich-ökonomischem und finanzierungstechnischem Gebiet haben die Privatschulen freilich durchaus eine Experimental- oder Vorbildfunktion inne gehabt. Gerade dieser Aspekt ist es aber, der bisweilen Misstrauen seitens der staatlichen Schulen sowie verschärfte Kontrolle und Behinderungen seitens der staatlichen Bildungsverwaltungen hervorgerufen hat.

Die genannten Beobachtungen und Tendenzen bedürften freilich weiteren umfangreichen, auch empirischen Materials sowie einer differenzierten vergleichenden Analyse, sobald es um umfassendere Trendbeschreibungen oder gar Erklärungen für die beobachteten Entwicklungen sowie Rückschlüsse für das bildungspolitische Handeln geht. Insbesondere müsste der Sektor der beruflichen Bildung einbezogen werden, ein Bereich, in dem die staatliche „Bildungssouveränität“ am raschesten im Schwinden begriffen ist.

Insgesamt wurde sichtbar, welche zentrale Bedeutung dem Rückgang der staatlichen Finanzierungsleistungen für den Prozess der „Entstaatlichung“ des Bildungswesens, d.h. dem ökonomischen Aspekt der Privatisierung, in den untersuchten Ländern zukommt. In mehreren Referaten wurde schließlich die Unterscheidung von nichtstaatlich-gemeinnützigen gegenüber privaten erwerbswirtschaftlichen Einrichtungen problematisiert. Offensichtlich ist diese Unterscheidung auf dem Hintergrund der bisherigen Staatswirtschaft und des staatlichen Bildungsmonopols für Politik und Gesellschaft in einigen Ländern

noch gewöhnungsbedürftig und findet in die politischen Entscheidungen und gesetzlichen Regelungen nur langsam Eingang (z.T. Verzicht auf Steuervergünstigungen für gemeinnützige nichtstaatliche Einrichtungen!). Hier bietet sich ein Vergleich an mit den von der OECD in einem sog. „Dritten Sektor“ (*non-profit sector*) des Bildungswesens zusammengefassten Formen und Modelle, die derzeit im „westlichen“ Europa diskutiert werden. Sie sind organisatorisch unabhängig vom Staat, nicht gewinnorientiert und sollen auf der Basis von Spendeneinwerbung arbeiten (Preuschhoff/Weiß 2004, S. 1). Diese Modelle dürften auch für die Mehrzahl der kontinentaleuropäischen Länder Westeuropas weitgehende zusätzliche Regelungen erforderlich machen und müssen zudem die breite Akzeptanz der Gesellschaft gewinnen.

Auf der Tagung wurde die Problematik solcher Grundmodelle ausführlich erörtert, bei denen der Staat nur noch eine Grundfinanzierung der Angebote im Bildungswesen leistet (zumeist im Rahmen der Schulpflicht oder als Erststudium bzw. als erster akademischer Grad), für inhaltlich und qualitativ darüber hinausgehende Angebote jedoch private finanzielle Leistungen der Nutzer sowie der „Abnehmer“ der Absolventen erforderlich sind. Da die privaten Leistungen nicht von der sozial schwachen Bevölkerung und auch nicht für marktwirtschaftlich bzw. unter dem Beschäftigungsaspekt unrentable inhaltliche Profile zu erwarten sind, gerät der gesamtstaatlich-politische, der wirtschaftlich und sozial regulierende, aber auch der sozialfürsorgerische Aufgabenbereich des Staates im Bildungswesen ins Hintertreffen. Schließlich klang in einigen Referaten die Frage an, ob der Staat angesichts des allgemeinen Rückgangs der für Bildung, Kultur und soziale Aufgaben verfügbaren Mittel künftig überhaupt noch stark genug sei, um den Auftrag einer zentralen Makro-Steuerung sowie der Rechtsaufsicht und Kontrolle des Bildungswesens erfolgreich wahrzunehmen.

Die Thematik einer prozessorientierten Steuerung über die Finanzierung wurde am Beispiel Chinas erörtert. Jürgen Henze stellte in seinem Bericht über China eine Entwicklung im Verhältnis von privaten zu staatlichen Bildungsmodellen dar, die, ohne das Marktelement des Wettbewerbs aufzugeben, über die bisherige Trennung beider Sektoren des Bildungswesens hinausgehen dürfte und sich zumindest in Russland schon für die 90er Jahre nachzeichnen lässt (Schmidt in Vorbereitung). Unter der Bezeichnung einer „Privatisierung innerhalb des staatlichen

Sektors“ (Bray/Borevskaya 2001) werden in einer Institution (oder auch ihr extern angegliedert) neben den gebührenfreien qualitativ höherwertige, „elitäre“ Angebote zu erhöhten Gebührensätzen angeboten, die parallel zu den übrigen Angeboten laufen. Unter dem Deckmantel von mass *higher education* werde eine Elitenbildung angestrebt, die Differenzierung und Ungleichheit als absichtsvolle Prozesssteuerung versteht. Dieser Weg wird in China unter den Bedingungen einer rasant beschleunigten Hochschulexpansion und ausgeprägten Regionalisierung vollzogen, die auf dem Wettbewerb zwischen den Hochschulen innerhalb der einzelnen Provinzen beruht. Es werde dabei an historisch überkommene Modelle einer strengen Hierarchisierung nach Sozialschichten sowie Bildungsniveaus angeknüpft, die auch deshalb überhaupt erfolgreich sein können, weil solche Muster der Elitenbildung in der Bevölkerung traditionell fest verankert sind.

Die in diesem Zusammenhang nur angedeutete Form der Steuerung der im Bildungswesen ablaufenden Prozesse durch neue Finanzierungsformen, die den staatlichen gegenüber dem nichtstaatlichen Bildungssektor weitgehend gleichstellt bzw. zur Auflösung der Unterschiede führt, dürfte eine neue Phase gegenüber dem bisherigen Wettbewerb beider Sektoren des Bildungswesens einleiten. Diese Entwicklung, die zugleich auf US-amerikanische Modelle staatlicher Steuerung im Bildungswesen verweist, dürfte in den Ländern des östlichen Europa jedoch auf erheblichen Widerstand im Bildungswesen und in der Öffentlichkeit stoßen.

1 Eine frühere Tagung im Jahre 1995 mit einer vergleichbaren Thematik („Bildungswesen im Spannungsfeld von Demokratisierung und Privatisierung“) wurde mit einschlägigen Referaten, u.a. zu Russland, in der Zeitschrift *Tertium Comparationis*, 1/1996, dokumentiert.

2 Eine Übersicht über die jüngste Literatur wurde für die Tagung von Sonja Steier-Jordan zusammengestellt. Im Heft 4/2005 der Zeitschrift *Bildung und Erziehung* werden einige der Tagungsbeiträge abgedruckt.

3 Das Manuskript folgt dem im östlichen Europa, aber auch in unserem Land bevorzugten Gebrauch des Terminus „privater Bildungssektor“ als allgemein verbreitetem Begriff. In systematischer Betrachtung ist freilich die Bezeichnung „nichtstaatlich“ präziser, denn sie ermöglicht, als „private“ Bildungseinrichtungen nur die gewinnorientierten zu verstehen und sie von den gemeinnützigen, von gesellschaftlichen Organisationen getragenen Einrichtungen zu unterscheiden.

Dr. Gerlind Schmidt war langjährige Mitarbeiterin (bis Ende 2004) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt a. M.; ihr Arbeitsschwerpunkt ist weiterhin die Bildungsentwicklung in der Russischen Föderation, einschließlich der international-vergleichenden Analyse.

E-Mail: schmidt@dipf.de

Postanschrift: c/o Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Schloss-Str. 29; D - 60486 Frankfurt a. M.;

Tel: 49 (0)69 24708-314, Fax: 49 (0)69 24708-444.

Lisovskaya, Elena/Karpov, Vyacheslav: The Perplexed World of Russian Private Schools: Findings from Field Research. In: *Comparative Education*, 37 (2001), 1, pp. 43-64.

Preuschhoff, Corinna/Weiß, Manfred: Schulleistungen in staatlichen und privaten Schulen im Vergleich – eine Übersicht über neuere Forschungsergebnisse. In: *TiBi. Trends in Bildung international*, 8/2004, 4 S.

http://www.dipf.de/publikationen/tibi/tibi8_preuschhoff_weiss.pdf.

Literatur

Bildung zwischen Staat und Markt. Themenheft *Tertium Comparationis*, 2 (1996), 1.

Bray, Mark/Borevskaya, Nina: Financing Education in Transitional Societies: Lessons from Russia and China. In: *Comparative Education*, 37 (2001), pp. 345-365.

In Vorbereitung: Schmidt, Gerlind: Finanzierungsregelungen im russischen Schulwesen zwischen staatlicher Steuerung und privater Beteiligung. In: Steier-Jordan, Sonja (Hg.): *Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung in Russland zwischen Staat und Markt*. Münster, New York: Waxmann Verlag. Typoskript, 130 S.

„Hochschulbildung im 21. Jahrhundert: Öffentliches Gut oder Privatsache?“

– Rezension –

CHRISTINE TEICHMANN, BERLIN

In der Ausgabe 3/2004 ihrer Hefreihe „LOMONOS-SOW“ veröffentlicht die Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e. V. (DAMU) die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Seminars, das am 1. April 2004 im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin stattfand. Die zweisprachige Publikation wendet sich sowohl an das Fachpublikum aus der Bildungs- und Osteuropaforschung als auch an die an Bildungsfragen interessierte Öffentlichkeit. Der Sammelband vermittelt einen Überblick über die aktuelle Entwicklung der öffentlich-rechtlichen und privaten Hochschuleinrichtungen in der Russischen Föderation und in Deutschland. Die Einführungsreferate der Rektorin

der Staatlichen Universität St. Petersburg, der zweitgrößten Hochschuleinrichtung des Landes, und des Rektors der seit zwölf Jahren etablierten nichtstaatlichen Neuen Russischen Universität Moskau bieten detaillierte Einblicke in die neuen Entwicklungen in der Hochschulbildung des Landes seit Beginn der gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Kennzeichnend für das letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts war gerade die Entstehung nicht-staatlicher Hochschulen, die heute eine wichtige Rolle im russischen Bildungssystem spielen.

Aus deutscher Sicht umreißt der Beitrag des Mitbegründers und langjährigen Präsidenten der Universität Witten/Herdecke die Geschichte der Universitätsgrün-

dungen in Europa und ihre neuzeitliche Entwicklung – auch und insbesondere mit Blick auf das amerikanische Hochschulwesen, das weitaus stärker auf privatem Engagement basiert und als Vorbild privater Gründungen in Deutschland dient(e). Der Vizepräsident der Freien Universität Berlin schildert in seinem Beitrag, wie eine große staatliche Universität versucht, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts als Bildungs- und Forschungseinrichtung zu stellen. Dies geschieht heute im Wettbewerb mit den, wenn auch hierzulande noch nicht so zahlreichen und eher kleineren, privaten Hochschulen. Der Geschäftsführer der „Bucerius Law School“ (Hamburg) umreißt Möglichkeiten und Aufgaben einer privaten Hochschule und verweist auf die Vorzüge, die derzeit eine solche Einrichtung gegenüber den öffentlich-rechtlichen Hochschulen haben kann. An die länderbezogenen Beiträge schließt sich der Versuch eines Vergleichs der Entwicklung der universitären Bildung in beiden Ländern in den letzten Jahren an, der sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten im staatlichen und privaten Hochschulbereich herausarbeitet und der Frage nachgeht, welche Szenarien sich auf dem europäischen Kontinent für die Entwicklung von Hochschulbildung in einer globalisierten Welt abzeichnen.

Abschließend werden Auszüge aus der interessanten Diskussion mit dem Publikum wiedergegeben, die zweierlei deutlich machen: Zum einen das große Interesse der deutschen Seminarteilnehmer an der aktuellen Entwicklung im Hochschulbereich in der Russischen Föderation und zum anderen die in beiden Ländern allmählich wachsende Akzeptanz gegenüber privaten Hochschuleinrichtungen, die in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts Bestandteil der nationalen Hochschulsysteme geworden sind bzw. werden.

Dr. Christine Teichmann, Dipl. Dolmetscherin u. Übersetzerin, Linguistin, Soziologin. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Hochschultransformation in den Übergangsgesellschaften der Staaten Ost- und Mitteleuropas sowie Zentralasiens; Internationalisierung von Hochschulbildung; Wissenschaft und Bildung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Korrespondenzadresse: 10178 Berlin, Memhardstr. 3, Fon/Fax: (030) 24 115 23, E-mail: Christine.Teichmann@gmx.de.

Hochschulbildung im 21. Jahrhundert: Öffentliches Gut oder Privatsache?

Red.: Christine Teichmann, Christine Titel u. Frieda Sjusin-Schneider,
hrsg. von der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU), Berlin, 82 S., 8 Abb., Berlin, 2004,
ISSN 14360462 (LOMONOSSOW) ISBN 3-9806633-5-3.
Die Publikation kann gegen eine Schutzgebühr von 6,00 EUR (inkl. Versand) bestellt werden.
per Post (DAMU, z. Hd. Ch. Titel, Postfach 33, 10121 Berlin), per Fax 030-47 47 24 38 oder
per E-Mail: redaktion@damu.de.

Inhalt	5
Vorwort	7
Andreas Förster: <i>Bildung – Öffentliches Gut oder Privatsache?</i>	9
Werner Väh: <i>Entwicklungsperspektiven der deutschen Universitäten</i>	20
Konrad Schily: <i>Universitäten im globalen Kontext</i>	28
Markus Baumanns: <i>Universitäre Bildung aus Sicht einer privaten Universität</i>	35
Christine Teichmann: <i>Russische und deutsche private und staatliche Hochschulen im Vergleich oder: Wieso ist privat nicht gleich privat und staatlich nicht gleich staatlich?</i>	40
Auszüge aus der Diskussion	51
Die Autoren dieses Heftes	64

Gesine Fuchs: Die Zivilgesellschaft mitgestalten.

Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess

– Rezension –

URSULA E. FRÜBIS, BERLIN

Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2003

Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“, Bd. 21

Hrsg. von Cornelia Klinger, Eva Kreisky, Andrea Maibhofer und Birgit Sauer

Von wem und warum sollte Gesine Fuchs' Buch gelesen werden?

Das Buch sollte von denjenigen gelesen werden, die sich mit landläufigen Beschreibungen und Wahrnehmungen der polnischen Geschlechterverhältnisse nicht zufrieden geben und sich von einer gut durchdachten und umfassenden Arbeit zum politischen Handeln der Frauenorganisationen seit 1989 inspirieren lassen wollen. Vor allem aber bietet die Dissertation von Gesine Fuchs eine weitreichende Analyse der politischen Agenda und der gewählten Strategien, der gesellschaftlichen Wirkungen und des Demokratisierungspotenzials polnischer Frauenorganisationen.

Gesine Fuchs hat ihr Thema im Bereich der Zivilgesellschaftsforschung angesiedelt. Eine Stärke der Untersuchung ist in der von der Autorin gewählten Arbeitsdefinition des Begriffs der „Zivilgesellschaft“ zu sehen. Ein Begriff der nicht „zu eng und normativ ausgestaltet ist“ (27). Durch die Auseinandersetzung mit Antonio Gramscis Begriff der Hegemonie und Jean L. Cohens und Andrew Aratos Ausführungen zu Demokratisierung und Interessenaggregation in der Zivilgesellschaft und dem daraus gewonnen offenen Konzept bewahrt sich Fuchs vor der häufig in der Literatur anzutreffenden Reduzierung des gesellschaftlichen Phänomens der Zivilgesellschaft auf eine bürgerlich-gesellschaftliche Organisationsform im Gegensatz zur landläufigen Vorstellung von Zivilgesellschaft als einer Sphäre jenseits von Markt und Staat. Zudem ist ein zu enges Konzept der Zivilgesellschaft der Multidimensionalität des Untersuchungsgegenstands nicht angemessen.

Die Aufnahme des Begriffes der *società civile* von Antonio Gramsci trägt wesentlich zum Gelingen der Arbeit bei. Mit Gramsci geht Fuchs davon aus, das Zivilgesellschaft ein Teil des Überbaus ist. „Nicht

die ökonomische Basis allein bestimmt politisches Handeln, entdeckte der Marxist, sondern es sei die Interpretation der ökonomischen Basis und ihrer Gesetze. Wer in der Zivilgesellschaft über die Hegemonie verfüge, könne auch die Regeln der Interpretation vorgeben. In der Zivilgesellschaft werde nun um Hegemonie gekämpft, also um die Vorherrschaft der Werte, Vorstellungen und Spielregeln der herrschenden Klasse. (...) Dieses Machtverhältnis schließlich wird bei Gramsci durch Mechanismen eines (auch partiellen) kulturellen Konsenses zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen hergestellt.“ (29) Daran anknüpfend stellt sich beispielhaft die Frage nach Ursachen, Hintergründen und Form der Aufkündigung des bis 1989 geltenden gesellschaftlichen Konsenses zu den reproduktiven Rechten von Frauen. Durch die Vorstellung von der Zivilgesellschaft als einem offenen und beständigen Kampf verschiedener Gruppen konnte Fuchs in ihrer Forschungspraxis auch solche Gruppen, wie die Lebensschützergruppen des katholischen Spektrums, mit einbeziehen. Zwar konstatiert Fuchs, dass die polnische Frauenbewegung einen Teil ihres Aufschwungs Anfang der 1980er Jahre indirekt den *Pro-Life* Aktivistinnen verdankt, doch eine vertiefte Erforschung der Motive und Erfolgsstrategien frauenpolitischer Gegner konnte die Verfasserin aufgrund des erschwerten Feldzugangs nicht liefern. Forschungspragmatisch hat sich Gesine Fuchs für eine breite Auswahl bei der Analyse polnischer Frauenorganisationen entschieden. Welche Gruppierung unter welchen Bedingungen und mit welchen Motiven in das Diskursfeld eintrat und welche weitergehenden Konsequenzen dies hatte, wird unter Einbeziehung historischer, politischer und rechtlicher Dimensionen dargestellt.

In der Operationalisierung ihrer zentralen Forschungsfragen zur politischen Agenda, zu den öffentlich formulierten Interessen, den eingesetzten Strategien, den Erfolgen und Wirkungen und zum Demokratisierungspotenzial der Frauenorganisationen verwendet Fuchs die klassische ethnologische Methode der „teilnehmenden Beobachtung“. Des weiteren bilden fokussierte Leitfadeninterviews die Datengrundlage ihrer Monographie. Durch die breite geographische, weltanschauliche und gegenstandsbezogene Ausrichtung der Frauenorganisationen wird ein sehr guter Überblick über die an Frauen orientierte NGO-Landschaft gegeben. In der Konzeptualisierung ihres empirischen Vorgehens baut Fuchs auf die framing-Konzepte der Bewegungsforschung auf. Als wesentliches *frame* wird von Fuchs das masterframe Recht ausgemacht. „Frame bedeutet, dass Ziele und Forderungen einer sozialen Bewegung von dieser in einen gesellschaftlich akzeptierten Orientierungs- und Werterahmen gestellt werden“ (297). So hat es nach Fuchs die polnische Frauenbewegung in den 90er Jahren geschafft, den nationalen Glaubwürdigkeitsrahmen mit Hilfe der internationalen Losung von den Frauenrechten als Menschenrechten mit den Anstrengungen der polnischen Frauen-NGOs erfolgreich zu verbinden. Ähnlich verlief der Prozess in Bezug auf den Gemeinsamen rechtlichen Besitzstand der EU. Ist dies nun ein Grund zum Jubeln?

Ich meine eher: Nein. Zwar sollte das Erreichte nicht klein geredet werden, aber wie sieht es mit der dauerhaften institutionellen Verankerung kollektiver und individueller Frauenrechte beispielsweise in den öffentlichen Institutionen in Polen aus? So lange etwa die satzungsmäßige Etablierung einer Frauenbeauftragten in polnischen Universitäten nicht erwünscht ist und abgelehnt wird, können sich die weiblichen Universitätsangehörigen bei Übergriffen und Diskriminierungen an niemanden wenden. Die oft beschworene Stärke der polnischen Frauen bleibt hier machtlos.

Fazit

Mit der Arbeit von Gesine Fuchs liegt eine breit angelegte und beachtliche Arbeit zu einem relevanten Aspekt des polnischen Demokratisierungsprozesses vor. Zudem ist die Beschreibung der Prozesse über weite Strecken spannend zu lesen. Ich empfehle das Buch zur Lektüre.

Ursula E. Frübis ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin

Neuberufungen am Osteuropa-Institut I: Interview mit Prof. Gertrud Pickhan, Osteuropahistorikerin

KATARINA NIKŠIĆ, BERLIN

Seit dem Wintersemester 2004/2005 ist Frau Prof. Dr. Gertrud Pickhan in doppelter Funktion an der Freien Universität in Berlin tätig: Neben dem Friedrich-Meinecke-Institut ist sie nun auch am Osteuropa-Institut verankert, wo sie Ostmitteleuropäische, vor allem Polnische Geschichte und Geschichte des Osteuropäischen Judentums lehrt.

Sie beschäftigen sich im Rahmen Ihrer Forschungsaktivitäten derzeit mit drei Hauptthemenbereichen. Einer davon ist der Jazz. Wie sind Sie dazu gekommen?

Das, was mich jetzt im Moment aktuell beschäftigt, ist die Vorbereitung eines Antrags für ein Drittmittelprojekt, bei dem es um den Jazz im Ostblock gehen soll. Der derzeitige Arbeitstitel lautet „Widerständigkeit durch Kulturtransfer – Jazz im Ostblock“. Ich bin in meiner Zeit in Warschau, als ich zwischen 1993 und 1997 als Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut beschäftigt war, ein großer Fan des polnischen Jazz geworden.

Bei dieser Beschäftigung mit dem polnischen Jazz ist mir dann sehr schnell die Frage aufgekommen, warum ausgerechnet in Polen diese schwarze amerikanische Musik so intensiv rezipiert worden ist. Warum hat man das so stark aufgenommen und gleichzeitig wiederum auch etwas sehr Eigenes, nämlich den polnischen Jazz daraus gemacht? Dieser Frage möchte ich nachgehen, denn ich bin davon überzeugt, dass dies nicht nur ein kulturell-wissenschaftliches Phänomen ist, sondern dass da auch sehr viele politische und soziale Implikationen gegeben sind, die man untersuchen muss, wenn man das Phänomen Jazz als Äußerung von Widerständigkeit bzw. als Ausdruck von Freiheitsbestreben untersuchen will.

Das zweite große Thema, mit dem Sie sich derzeit beschäftigen, ist die polnische Politikerin und Schriftstellerin Wanda Wasilewska.

Ich bin mit den Vorstudien für ein neues Buch beschäftigt, bei dem es um diese Frau gehen soll. Es handelt sich hierbei um eine Person, die derzeit in



Foto: Prof. Dr. Gertrud Pickhan

Polen nicht gerade positiv aufgenommen wird, weil sie zu den Mitbegründerinnen der Volksrepublik Polen gehörte. In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg war sie als Publizistin und Schriftstellerin tätig, ist dann mit Beginn des 2. Weltkrieges nach Osten geflohen und hat sich sehr schnell von der sowjetischen Führung instrumentalisieren lassen und war dann eben an der Mitbegründung des kommunistischen Polens beteiligt. 1946 hat sie sich, als sie eigentlich auf der Höhe ihrer Macht stand, nach Kiew zurückgezogen, wo sie mit einem Ukrainer verheiratet war und dort nur noch als Schriftstellerin tätig war.

Was fasziniert Sie so an dieser Person?

Mich interessieren die beiden Brüche im Leben der Wanda Wasilewska. Ich habe ja meine Habilitationsschrift über den allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Polen in der Zwischenkriegszeit geschrieben und bin dadurch mit dieser Frau in Berührung gekommen, weil sie eine der wenigen nicht-jüdischen polnischen Sozialisten bzw. Sozialistinnen war, die

sich stark gemacht haben gegen den Antisemitismus. Sie war eine sehr kluge, sehr engagierte demokratische Sozialistin, und für mich stellte sich die Frage, was dazu geführt hat, dass sie dann schlagartig, wenn man das so sagen kann, zu einer Stalinistin wurde und später dann wiederum ihren politischen Bestrebungen nicht weiter nachgegangen ist, sondern sich ins Privatleben zurückgezogen hat. Diesen Brüchen in ihrer Lebensgeschichte möchte ich nachgehen. Interessant hierbei ist auch, dass Wanda Wasilewska heutzutage in Polen oft auch gerne als die „polnische Leni Riefenstahl“ bezeichnet wird, was die Bedeutung dieser Frau vielleicht deutlich machen kann.

Bei Ihrem dritten Projekt geht es um so genannte Gesprächsbücher für deutsche Kaufleute in Russland.

Dieses Projekt geht zurück auf das Thema meiner Dissertation, in der ich mich intensiv mit dem russischen Mittelalter beschäftigt habe. Bei dieser Arbeit bin ich auf eine hochinteressante spannende Quellenkategorie, die so genannten Gesprächsbücher gestoßen. Gesprächsbücher haben hantische Kaufleute im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit angefertigt, um in Russland Handel zu treiben, aber auch mit den russischen Gastgebern, bei denen sie wohnten, kommunizieren zu können. Für mich sind Gesprächsbücher ein frühes Beispiel interkultureller Kommunikation. Hierzu bin ich im Gespräch mit einer Kollegin der Moskauer Universität, einer Germanistin und Sprachwissenschaftlerin, und wir möchten gemeinsam dieses Forschungsprojekt anstoßen.

Ein letzter Schwerpunkt, der nun wiederum mit meiner Habilitationsschrift zusammenhängt, ist die jüdische Geschichte Osteuropas. Auch in dem Bereich forsche und lehre ich weiter. Ich versuche, sowohl in meiner Forschungstätigkeit als auch in meiner Lehrtätigkeit einen ziemlich großen Spagat zwischen dem russischen Mittelalter und der polnisch-jüdischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu schaffen, und hoffe auch die Studierenden am Osteuropainstitut dafür interessieren zu können.

Wie schafft man es zeitlich, alle Vorhaben durchzuführen?

Im Laufe einer wissenschaftlichen Karriere erlebt man eine Veränderung. Man schreibt seine Dissertation, danach schreibt man seine Habilitation und beschäftigt sich sehr intensiv, sehr konzentriert mit einem großen Thema. Man arbeitet auf einem großen Feld und hat mehrere Nebenschauplätze. Wenn man dann die nächst höhere Karriereebene mit der Pro-

fessur erreicht hat, sind monomanische Beschäftigungen mit einem Thema einfach nicht mehr realisierbar. Also ich würde gerne selber ein neues großes Buch über den polnischen Jazz schreiben, ich würde selber mal ein neues großes Buch über die deutsch-russischen Gesprächsbücher schreiben und ich möchte selber gerne ein Buch über Wanda Wasilewska schreiben. Das ist schlicht nicht machbar, das heißt, dass ich meine Ideen in Projekte fassen muss, bei denen quasi dann die anderen die Forschung machen. Es tut mir auch leid tut, dies quasi abzugeben, aber ich denke, dass ich dann als Projektleiterin immer noch inhaltlich daran beteiligt bin. Nur ist es für mich schon ein fast schmerzhafter Lernprozess, mich mit dem Gedanken abzufinden. Ich kann all die spannenden Themen, die ich im Kopf habe, nicht mehr selber realisieren. Und dann bleibt mir gar nichts anderes übrig, als Projekte daraus zu machen, bei denen ich jungen Kollegen und Kolleginnen die Möglichkeit gebe, an diesen Themen mitzuarbeiten. Das ist der Gedankengang, mit dem ich auch versuche, mir die ganze Drittmittelgeschichte schmackhaft zu machen.

Ist es schwer, an Gelder für Forschungsprojekte ranzukommen?

Ich bin, was diese Frage angeht, selber bislang noch nicht in der Situation gewesen, dass ich mich um Gelder kümmern musste. Ich hatte das große Glück, was mittlerweile auch eine Ausnahmesituation darstellt, dass ich an Instituten in Gründungsphasen gearbeitet habe, an denen – man kann das, glaube ich wirklich so formulieren – Geld keine Rolle spielte. Ich konnte problemlos einen Monat nach Moskau oder New York fahren, und ich musste mich nie um die Finanzierung kümmern. Ich bin erst nach meiner Rückkehr in den Universitätsbetrieb mit dieser Problematik in Berührung gekommen, muss jetzt selber meine erste Erfahrung in der Drittmittelinwerbung sammeln und weiß, dass längst nicht alle beantragten Projekte genehmigt werden.

Umgekehrt gibt es dann eben auch den Aspekt, dass man schauen muss, was man machen muss, damit man Gelder bekommt. So möchte ich nicht arbeiten. Ich möchte mich identifizieren können mit den Themen, die ich bearbeite oder bearbeiten lasse und wenn ich von diesen Themen überzeugt bin, dann habe ich auch die Hoffnung, dass diese Themen realisiert werden können.

Wäre es einfacher für die Forschung, wenn die Unis privatisiert würden?

Ich halte von der Idee der Privatisierung der Universitäten eigentlich überhaupt nichts. Universitäten sind für mich öffentliche Einrichtungen und sollen es auch bleiben. Ich bin sehr skeptisch bei dem Gedanken, dass die Wirtschaft die Wissenschaft finanziert. Das ist ein Prinzip, das ich für ungut halte. Und private Universitäten wären gesponsert von Wirtschaftsunternehmen, die natürlich einen Einfluss auf die Ausrichtung der Universitäten nehmen, und dieser Gedanke behagt mir überhaupt nicht.

Ein aktuelles Thema, bei dem es auch um Geld geht, sind Studiengebühren. Was halten Sie persönlich davon?

Ich halte von der Form, in der das Ganze jetzt offenbar realisiert werden soll, nicht viel. Ich halte grundsätzlich etwas von Studiengebühren, wenn sie gleichsam nachgezahlt werden – wenn die Leute, die durch ein Studium in die glückliche Lage versetzt werden, hoch dotierte Stellen zu bekommen, anschließend zur Kasse gebeten werden. Das ist ein Prinzip, das ich okay finde, von dem ich mir auch vorstellen kann, dass es realisierbar wäre, aber das spielt ja eigentlich in den ganzen Diskussionen um die Studiengebühren überhaupt keine Rolle. Ich habe heute morgen im Radio die Stellungnahme (ich glaube eines Wissenschaftsministers) gehört, der die Auffassung vertrat, dass 500 Euro pro Semester auch kein Problem wären für Studierende, die nicht aus Elternhäusern kommen, die das bezahlen können; da könnte man doch einfach zwei Nachhilfestunden mehr geben oder pro Monat nur mal so auf 100 Euro verzichten. Das ist entweder dumm oder zynisch. Ich bin nicht damit einverstanden, dass die Studiengebühren in dieser Form erhoben werden, weil das, denke ich, genau das Problem ist, dass wir in Deutschland haben, nämlich dass die höhere Bildung im Wesentlichen auch den höheren Schichten vorbehalten ist.

Wir haben nun in Erfahrung gebracht, dass Sie ein Fan der Jazzmusik sind. Was erfreut Sie in Ihrer Freizeit noch? Womit beschäftigen Sie sich?

Es ist für mich eigentlich so, dass ich außerhalb meiner beruflichen Tätigkeit, die sich aber auch, wie z.B. über den Jazz, viel mit privaten Interessen verbindet, vor allem die klassische Musik favorisiere, sowohl als Hörerin als auch aktiv. Soweit die Zeit reicht, spiele ich ein bisschen Klavier; ich komme jetzt wenig dazu, aber wenn ich dazu komme, ist das für mich eine sehr schöne Freizeitbeschäftigung.

Frau Prof. Pickhahn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

*Das Interview führte **Katarina Niksic, Dipl.-Päd.**, geboren 1976, Studium der Erziehungswissenschaften an der Universität Düsseldorf. Anschließend: Praktika im Schulungsbereich der Siemens Business Services, Personalentwicklung und Bereich Qualitätsmanagement in mittelständischen Unternehmen, seit Oktober 2004 Studentin des Masterstudiengangs Osteuropastudien an der FU Berlin. E-mail: katarina_niksic@hotmail.com.*

Neuberufungen am Osteuropa-Institut II:

Interview mit Prof. Georg Witte, Literatur- und Kulturwissenschaftler

OLE JANTSCHKEK, BERLIN

Seit dem Wintersemester 2004/05 ist Herr Prof. Dr. Georg Witte in doppelter Funktion an der Freien Universität Berlin tätig. Am Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft (AVL) wurde er zum Professor für Slawische Literaturen und Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft ernannt. Am Osteuropa-Institut (OEI) nimmt er den Lehrstuhl für Kulturwissenschaften ein.

Herr Prof. Witte, was haben Sie sich im Bereich Kulturwissenschaften am Osteuropa-Institut vorgenommen?

Kulturwissenschaften ist so ein Containerbegriff, in den alles rein passt. Deswegen muss man für sich eine Definition finden. Es wird natürlich so sein – deswegen hat man mich wohl auch berufen – dass ich innerhalb der Kulturwissenschaften einen Literaturschwerpunkt setzen werde. Aber ich möchte darüber hinaus gehen.

Zum Beispiel?

Im Grunde beschäftigen wir uns als Kulturwissenschaftler doch mit symbolischen Praktiken. Und da sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen: In welchen Medien geschieht das, und wie wirken sich die medialen Bedingungen ihrerseits auf die Zeichenpraxis aus? Wie entwickeln und verändern sich die performativen Realisierungsformen, etwa was körperliche und szenische Aspekte betrifft? Und natürlich, sozusagen das „angestammte“ Gebiet der Philologen: Wie sehen die textuellen Formen und Strukturen aus? Man kann diese Aspekte überall durchspielen, in der Rhetorik, in der Poesie, in der Filmkunst.

Aber um auf die Medien zurückzukommen: Ich bin sehr interessiert an dem Bedingungs-zusammenhang zwischen Literatur und bildkünstlerischen Medien. Für die Literatur des Realismus stellte zum Beispiel die Fotografie eine große Herausforderung dar. In der russischen Avantgarde zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielt der Film eine wichtige Rolle, was das Selbstverständnis und die Verfahrenstechniken in den tradierten Kunstformen betrifft.



Foto: Prof. Dr. Georg Witte

Ein weiterer Aspekt besteht darin, die Künste im Verbund mit der Geschichte des Wissens zu verstehen. Wie entwickeln sich anthropologisches Wissen, Wahrnehmungsordnungen, geisteswissenschaftliche Konzepte? Man denke nur an epochenprägende Diskurse wie etwa, für die Moderne, die Psychoanalyse. Und in welchem Verhältnis steht diese Entwicklung zur Literatur und anderen Künsten?

Damit sind wir beim Stichwort Interdisziplinarität, das auch am Osteuropa-Institut ganz groß geschrieben wird. Wie möchten Sie persönlich diese Vorgabe in Forschung und Lehre umsetzen?

Wer wäre nicht für Interdisziplinarität? Aber die sollte sehr konkret und anfassbar sein. Ich finde, Interdisziplinarität ist ein Begriff, der Gefahr läuft, zu einer inflationierten Etikette zu verkommen. Im Grunde arbeiten wir alle fächerübergreifend. Zum Beispiel beginnt Interdisziplinarität schon im engeren Sinne, wenn ich mich als Literaturwissenschaftler intensiv mit Formen von Visualität in der Literatur beschäftige.

Der Reiz besteht darin, sich viel Fachfremdes selbst anzueignen und sich zugleich im Dialog und durch Konsultationen mit Fachkollegen in diesen Überschneidungsbereichen kompetent zu machen. Wenn es beispielsweise um die Geschichte von Schriftlichkeit geht, dann brauche ich die Unterstützung von Kollegen der Schriftphilosophie oder der Kunstgeschichte. Für mich selbst sind Konferenzen eine ganz wichtige Ereignisform von Interdisziplinarität. Wenn ich eine Tagung zur „Sichtbarkeit der Schrift“ organisiere, und wenn mir dort eine Kunsthistorikerin die Rolle der Signatur in Bildern entschlüsselt, dann ist das für mich praktizierte Interdisziplinarität. Ich konzipiere und organisiere gern Konferenzen: Da erweist sich wie im Lackmusestest, was und wen du mit deinem eigenen Erkenntnisinteresse „triffst“.

Wo stößt diese Interdisziplinarität an ihre Grenzen? Am Osteuropa-Institut sind ja sechs zum Teil sehr unterschiedliche Fachbereiche miteinander vereint.

Es ist mit Sicherheit ein falsches Verständnis von Interdisziplinarität, wenn man sagt, wir betreiben Regionalwissenschaften und deshalb müssen alle Mitarbeiter in ein und demselben Verbund zusammen forschen. Man kann Interdisziplinarität nicht nach institutionellen Strukturen verordnen. Alle Kollegen des OEI haben ihre eigene interdisziplinären Vernetzungen. Allerdings fände ich es sehr positiv, wenn sich gemeinsame Vorhaben hier im Hause entwickelten. Da kommt es dann auf die einzelnen Forschungsinteressen der Kollegen an und ob man sich in einer Fragestellung trifft. Zusammenarbeit beginnt im Bereich der Lehre, wo sie mit den gemeinsamen Studiengängen ja auch gemacht wird.

An Ihren Lehrstühlen werden Sie von Mitarbeitern unterstützt, mit denen Sie zum Teil schon sehr lange zusammen forschen.

Dieser Punkt ist mir sehr wichtig. Rosalinde Sartorti, die über Jahre den „verwaisten“ Arbeitsbereich Kultur aufrechterhalten hat, ist Ihnen als Spezialistin für Kulturtheorien bestens bekannt. Was die Neueingestellten betrifft: Einige von ihnen sind am AVL beschäftigt, manche am OEI, aber de facto arbeiten wir alle an beiden Instituten zusammen und betreiben viele Projekte gemeinsam. Susanne Strätling steht in meinem Team vor allem für die Ausweitung des Fachgebiets auf wissens- und medienhistorisches Feld und beschäftigt sich beispielsweise mit der Geschichte von Sichtbarkeit und Sichtbarkeits-

ordnungen seit dem Barock. Matthias Schwartz hat einen Schwerpunkt in der Geschichte der russischen populären Kultur, mit einem zeitlichen Schwerpunkt vom Stalinismus bis in die Gegenwart. Dies umfasst insbesondere Faszinationsgeschichten, z.B. Phantastik, und die Popularisierungsformen von naturwissenschaftlichem Wissen. Heike Winkel schließt gerade ihre Dissertation zu Briefen im Stalinismus ab. Sie begibt sich damit in die Niederungen der Alltagskultur, in der jenseits der Zensur Artikulationsfreiräume entstehen, die es sonst nicht gab. Aber auch hier gibt es Ordnungen: symbolische und mediale, Gattungstraditionen, Schreibszenen usw.

Welche eigenen Forschungsschwerpunkte setzen Sie neben diesen gemeinsamen Projekten?

Das ist einmal der Samizdat. Da interessiert mich besonders die konzeptualistische Ästhetik, das war eine, auch im internationalen Maßstab, sehr avancierte Kunststrategie. Auch hier ist das Thema Schriftlichkeit relevant, zum Beispiel beschäftige ich mich mit den außergewöhnlichen Buchobjekten, die hier produziert wurden. Ein anderer Forschungsschwerpunkt ist die russische Kultur des späten 18. Jahrhunderts. Auch hier stehen Fragen des Schreibens und Lesens, und wie so etwas inszeniert wurde, im Mittelpunkt.

Im Rahmen eines Sonderforschungsbereichs arbeiten Sie zu der „Ästhetischen Erfahrung im Zeichen der Entgrenzung der Künste“. Welche Idee verbirgt sich dahinter?

Das Thema ist natürlich – wie immer bei Sonderforschungsbereichen – sehr abstrakt formuliert. Es gab in den letzten beiden Jahrzehnten zwei theoretische Paradigmen, nämlich die Medientheorie und die Diskurstheorie, die stark dominierten. Beide Ansätze waren eine notwendige Erweiterung des klassischen, philologischen Verständnisses auch von literarischen Werken. Gleichzeitig hat man aber festgestellt, dass spezifisch künstlerische Phänomene auf diese Weise vernachlässigt werden. Der Sonderforschungsbereich ist einerseits ein bemerkenswertes revival der Ästhetiktheorie, die in den 60er und 70er Jahren sehr einflussreich war. Aber andererseits ist diese Theorie durch das Fegefeuer der Medien- und Diskurstheorie hindurchgegangen. Auch ein phänomenologischer Ansatz ist heute wieder „Ereignisses“, des „Leibs“, des „Gesichts“ usw. vorrangig unter medialen und performativen Gesichtspunkten.

Welches Thema reizt Sie in diesem Forschungsbereich besonders?

Mich persönlich reizt die Gegenstandslosigkeit als ein sehr widersprüchliches ästhetisches Ideal. Es ist das zentrale Postulat der russischen Avantgarde. Die Idee war, tabula rasa zu schaffen, also eine radikale Ablehnung aller traditionellen mimetischen Kunstformen, der Neuanfang bei Null. Gleichzeitig gibt es aber eine widersprüchliche Tendenz, nämlich diese überbordende Beschreibung von Dingen, Dingen, Dingen. Diese Spannung aus tabula rasa-Denken einerseits und einem Kult um Dinge, vor allem um fabrizierbare Dinge, andererseits ist zentral, wenn man das avantgardistische Denken besser verstehen will.

War es schwer, für diesen Bereich Fördermittel zu bekommen oder anders gefragt, welchen Kriterien muss Forschung genügen, um heutzutage finanziert zu werden?

Die Kriterien kann man sicherlich weniger an einem einzelnen Projekt festmachen, sondern wichtiger ist, ob ein SFB insgesamt durchkommt. Wir haben zu verstehen bekommen, dass gerade die theoretische Neuorientierung durch die Betonung ästhetisch-spezifischer Phänomene ausschlaggebend war. Daneben war es wichtig, vergleichend zu arbeiten und die sehr stark auf westeuropäische und amerikanische Literatur fixierte Forschung zu erweitern. Ich hatte deswegen kaum Zweifel, dass wir, wenn der SFB als gesamtes Schiff durchkäme, auch mit unserem Projekt erfolgreich sein würden. Genereller würde ich Ihre Frage aber so beantworten, dass es eine gewisse gefährliche Tendenz in der Förderpolitik gibt: die Gefahr der thematischen Profilverwässerung im Zuge der erzwungenen „Passung“ individueller Forschungsinteressen in die zu groß und weit gesteckten Rahmen. Ich denke, etwas engere Verbände und etwas begrenztere Themenprofile sind produktiver.

Welches war Ihre persönliche literarische Entdeckung des vergangenen Jahres?

Es ist vielleicht unpassend, weil es leider nichts Slawistisches ist. [Lacht.] Das hängt damit zusammen, dass ich endlich Gelegenheit habe, aus der engen slawistischen Perspektive herauszukommen und vergleichend tätig zu werden. Ich habe deswegen im letzten Jahr mehr amerikanische Romane gelesen, weil ich da großen Nachholbedarf habe.

Ein neues Forschungsvorhaben also?

Ich beschäftige mich jetzt schon sehr lange mit neuerer russischer Literatur und finde es interessant zu sehen, dass es vergleichbare, wenn auch nicht identische Tendenzen in der amerikanischen Literatur gibt. Ein Forschungsvorhaben, das allerdings noch in der Vorbereitungsphase steckt, wäre zum Beispiel der Vergleich von Individualitätskonzepten in der russischen und in der amerikanischen Prosa.

Herr Prof. Witte, wir danken Ihnen für das Gespräch.

*Das Interview führte **Ole Jantschek, B.A.**, Student für Internationale Beziehungen an der TU Dresden, Université de Lausanne und Uniwersytet Jagiellonski, Krakau. Seit Oktober 2004 Student des Masterstudiengangs Osteuropastudien an der FU Berlin.*

E-mail: olejantschek@yahoo.fr.

Erster Praktikantenaustausch zwischen Bulgarischer Volksversammlung und Deutschem Bundestag

ANNE JENICHEN, BERLIN

Seit Jahren lädt der Deutsche Bundestag im Rahmen des Programms „Internationale Parlamentspraktika“ (IPP) junge Hochschulabsolventen ein, einige Zeit in Deutschland zu verbringen, um das deutsche politische System kennen zu lernen. Bulgarien hat im vorigen Jahr nach zehn Jahren erfolgreicher Teilnahme am IPP-Programm als erstes osteuropäisches Land seinerseits mit einer Einladung an fünf deutsche Praktikanten reagiert.

Die Einladung löste bei den Verantwortlichen im Bundestag und in der Bundestagsverwaltung große Freude darüber aus, dass aus einer bisherigen „Einbahnstraße“ nun endlich eine „Zweibahnstraße“ wurde. Sie hoffen, dass Bulgarien ein Vorbild für weitere am IPP-Programm teilnehmende Staaten sein wird, ihrerseits deutsche Praktikanten einzuladen.

Die Einladung beinhaltete einen zehntägigen Aufenthalt in Bulgarien im Juni 2004. Sämtliche Kosten wurden von der Bulgarischen Volksversammlung getragen. Darüber hinaus organisierte das für Austauschprogramme zuständige Referat PB4 der Bundestagsverwaltung ein eineinhalbtägiges Vorbereitungsprogramm in Berlin. Die Auswahl der fünf deutschen Teilnehmer erfolgte durch die vier Bundestagsabgeordneten und den Vizepräsidenten der FU Berlin, die auf deutscher Seite daran beteiligt waren, die bulgarische Gegeneinladung auf den Weg zu bringen.

Der Aufenthalt in Bulgarien umfasste ein intensives theoretisches und praktisches Programm. Nach einer gründlichen zweitägigen Einführung führte die Reise von Sofia über Plovdiv bis nach Varna und über Veliko Tarnovo zurück nach Sofia. Begleitet wurde die Gäste während des Programms von ehemaligen IPP-Praktikantinnen und Studierenden der Neuen Bulgarischen Universität (NBU). Neben der offiziellen Begrüßung und Verabschiedung durch Repräsentanten der Volksversammlung, der deutschen Botschaft in Bulgarien sowie des Bulgarisch-Deutschen Forums und der Deutsch-Bulgarischen Handelskammer wurden zahlreiche Gespräche mit Repräsentanten unterschiedlicher bulgarischer Institutionen geführt, darunter u.a. Verfassungsgericht, Universitä-



Die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den bulgarischen Koordinatorinnen und dem Reiseführer am Flughafen in Sofia, Juni 2004.

ten und Gemeindeverwaltungen. Daneben absolvierten die Praktikanten aber auch ein umfangreiches touristisches Programm, das ihnen die Möglichkeit gab, Bulgariens Kultur, Geschichte, Natur und architektonische Sehenswürdigkeiten näher kennen zu lernen.

Insgesamt waren alle Teilnehmer von ihrem Aufenthalt in Bulgarien, vom Programm und von der Betreuung begeistert. Der Aufenthalt hat einen sehr interessanten und umfassenden Einblick und einen sehr positiven Eindruck von Land und Leuten vermittelt. Und das relativ große Medienecho, das der Besuch erhielt, lässt darauf schließen, dass er nicht nur für die deutschen Teilnehmer hochinteressant war. Auch wenn der relativ knappe Zeitrahmen oft zu wenig Zeit für ausgiebige Diskussionen ließ, hat das Programm sein zentrales Ziel erreicht: Es hat die Begeisterung für ein – trotz aller Kontakte zu Deutschland – hier noch relativ unbekanntes Land und seine Menschen geweckt.

Anne Jenichen Dipl.-Pol., Teilnehmerin des ersten Praktikantenaustauschs mit Bulgarien im Jahre 2004.

Magisterstudiengang
Lehrprogramm Osteuropastudien SoSe 2005

Wahlpflichtveranstaltung für Haupt- und Nebenfach				
	LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
	V/Ü 31304	GENOV: Errungenschaften und Probleme der Individualisierung in Osteuropa	Di 14-16	Hs A
	V/Ü 10042034	SCHRETTL /BITZER /KEREKES: Wirtschaftswachstum II: Wachstumspolitik	Di 10-12, 12-14	Boltzmannstr.20, Hs- Anbau
	V/Ü 10042143	SCHRETTL /KEREKES: Economic Systems	Mi 16-18	Hs A
	V/Ü 31205	SEGBERS: Internationale Beziehungen und Weltpolitik	Di 16-19	Hs A
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft Schwerpunkt Gesellschaftswissenschaften				
	LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
GSt.*	GK 31201	N.N.: Einführung in die Politik Osteuropas Teil I	Mo 10-12	Ihnestr. 21, B
	PS 31202	FISCHER: Deutsche Außenpolitik und Osteuropa	Mi 8.30-10	Hs A
	PS 31203	SEGBERS: Der Wandel der Früheren Sowjetunion	Di 10-12	Hs A
	PS 31204	FEIN: Kulturelle Dimensionen der Politik, politische Implikationen von „Kultur“ – theoretische Perspektiven und methodische Zugänge	Blockseminar	
	V/Ü 31205	SEGBERS: Internationale Beziehungen und Weltpolitik	Di 16-19	Hs A
HSt.*	IIS 31206	ANDREES/WOLF: Der Migrations-Entwicklungsnexus: Theoretische und praktische Relevanz für Osteuropa	Blockseminar	
	IIS 31207	FISCHER: Internationale Beziehungen in Osteuropa	Di 8.30-10	Hs A
	HS 31208	JOPP/MAIL: Vertiefung, Erweiterung, neue Nachbarschaften – die EU und die Neuordnung Europas	Mo 18-20	Ihnestr. 21- A
	IIS 31209	SEGBERS: Medien und Infotainment: Ad-hocisierung der Politik	Do 10-12	Hs A
	C 31210	SEGBERS: Colloquium für Examenskandidaten und Promovierende	Do 16-18	Hs B
GSt.*	GK 31301	CASULA: Einführung in die vergleichende politische Soziologie Osteuropas	Mi 12-14	121
	PS 31302	HEUER: Soziale Probleme und „abweichendes Verhalten“ in Russland: Genderaspekte	Di 10-12	121
	PS 31303	FRÜBIS: Die Konzepte des Human- und Sozialkapitals in ihrer Anwendung auf die Beitrittsfähigkeit der SOE7, Erster Teil.	Do 10-12	101
	V/Ü 31304	GENOV: Errungenschaften und Probleme der Individualisierung in Osteuropa	Di 14-16	Hs A
HSt.*	IIS 31305	GENOV: Globalization and Regional Development	Do 14-16	Hs B
	HS 31306	MÜLLER: „Weltgesellschaft“ – Theorien und Realitäten	Fr 10-14 14 täg.	101 Beginn 22.04.
	V 31307	GENOV: Soziale Prozesse und Entwicklung soziologischer Ideen	Mi 14-16	Hs A
	FC 31308	GENOV: Konvergenzen und Divergenzen in der sozialen Entwicklung	Mi 16-18	101
	V mit C 31309	PRUCHA: Dialektik als „erste Philosophie“	Di 18-22 14 täg.	KL 29-209 Beginn 12.04.

Hst* Hauptstudium

Gst* Grundstudium

Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft Schwerpunkt Staatswissenschaften				
I.V-Typ		Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
GSt.*	GK 31403	WOHLGEMUTH: Verfassungsrecht in Osteuropa anhand ausgewählter Staaten	Mo 10-12	121
	PS 31401	HANISCH/YUREV: Rechtsentwicklung in den zentralasiatischen GUS-Republiken (unter besonderer Berücksichtigung Usbekistans und Kasachstans)	Do 16-18	101
	PS 31402	SCHULZE: Zivil- und Wirtschaftsrecht in Osteuropa	Do 10-12	Hs B
HSt.*	IIS 31404	WOHLGEMUTH/ ROM-SOURKOVA: Russische Rechtssprache am Beispiel des russischen Verfassungsrechts	Mo 12-14	101
GSt.*	GK 10000151	SCHRETTL./BITZER: Principles of Economics (Volkswirtschaftslehre I)	Do 8-10	Garystr. 21, IIs 101
	GK 31501	MESSENGIEBER: Wirtschaftliche Entwicklung Russlands seit 1861	Do 10-12	105
	PS 31503	ENGERER, SCHROOTEN, THIESSEN: Finanzpolitik, Finanzinstitutionen und Finanzmärkte in der erweiterten EU. Ausgewählte Probleme	Di 10-12	101
	PS 31504	MESSENGIEBER: Wirtschaftspolitische Fragen einer Osterweiterung der EU unter Berücksichtigung der Zentralisierung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kompetenzen	Do 12-14	101
	PS 31505	MESSENGIEBER: Entwicklung der Unternehmensstrukturen in Russland	Mo 12-14	121
HSt.*	HS 31506	MESSENGIEBER: Theorie der Transformation der Wirtschaftssysteme	Mo 10- 12	101
	HS 10042125b	SCHRETTL./KEREKES: Verteilungsfragen in Osteuropa	Block	s.A.
	IIS 31502	OPITZ: Ressourcenökonomik Osteuropas	Do 16-18	121
	V/Ü 10042034	SCHRETTL./BITZER /KEREKES: Wirtschaftswachstum II: Wachstumspolitik	Di 10-12, 12-14	Boltzmannstr.20, Hs-Anbau
	V/Ü 10042143	SCHRETTL./KEREKES: Economic Systems	Mi 16-18	Hs A
	C 10042a	SCHRETTL: Aktuelle Themen der russischen Volkswirtschaft	Di 16-18	121
	C 10042e	SCHRETTL/ BITZER / KERKES: Diplomandencolloquium	Do 18-20	302a
Arbeitsbereich Geschichte und Kultur Schwerpunkt Kulturwissenschaften				
LV-Typ		Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
	PS 31615	DESPOT: Der Balkan und die USA (19./20.Jh.)	Mo 12-14	Ihnestr. 22, UG1
	PS 31613	SUNDHAUSSEN: Sozialer Wandel auf dem Lande im „langen“ 19. Jh.: Osteuropa im Vergleich“	Di 14-16	121
	PS 31601	BRUNNBAUER: Geschichte der Frauen in Ost- und Südosteuropa (19./20. Jh.): Zwischen Patriarchat und Emanzipation	Mo 14-16	121
	PS 31602	BUCHENAU: Geschichtspolitik in postsozialistischen Staaten	Mo 16-18	121
	PS 31603	PETERSDORF: Rußland 1917	Do 14-16	121

Hst* Hauptstudium

Gst* Grundstudium

	PS 31604	KÖLM: Texte der Sowjetzeit	Do 12-14	121
	PS 31901	KOELTZSCH: Ethnizität und Großstadt. Prag im 19. und frühen 20. Jahrhundert	Do 16-18	302a
	PS 31605	SOLDAT: Das Bild Iwans des Schrecklichen durch die Jahrhunderte	Mo 10-12	Ihnestr. 22, UG1
	PS 31903	PAPPAL/ZALEWSKI: „Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlungen von Polen und Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die diesbezüglichen öffentlichen Diskussionen in Deutschland und Polen bis heute“ Termine: Teil 1 in Warschau: 04.05.2005 - 07.05.2005 Teil 2 in Berlin: 04.06. - 07.06.2005	Block	
	Ü 31902	LINDENTHAL: Übung: ‚Mythos Galizien‘	Do 8-10	121
	V 31904	PICKHAN: Frauenrollen, Geschlechterbeziehungen und Nationsbildung in Polen	Do10-12	121
	Ü 31907	PICKHAN: Lektürekurs zur Vorlesung	Mi 10-12	121
	Ü 13062	KOELTZSCH: Tschechisch für HistorikerInnen	Fr	s.A.
HSt.*	HS 31606	BRUNNBAUER: Multiethnizität und Minderheiten in Ost- und Südosteuropa (19./20. Jh.)	Mi 10-12	101
	HS 31905	PICKHAN: Revolution im Jiddischland. Die jüdische Arbeiterbewegung in Osteuropa	Do 14-16	101
	HS 31906	PICKHAN: Kreuzritter, Mönche und grausame Zaren. Das Mittelalter im osteuropäischen Film	Fr 14-18 (14 tägl. bzw. n.V.)	121 Beginn: 15.04.
	HS 31607	PETERSDORF: Die russische Intelligencija – Selbstverständnis und Realität (19./20. Jh.)	Di 14-16	101
	IIS 31608	PETERSDORF: Rußland in Reisebildern und -berichten	Di 18-20	121
	IIS 31609	SUNDHAUSSEN: Konfliktgeschichte des Kosovo 1878 bis zur Gegenwart	Mi 16-18	323
	FC 31610	SUNDHAUSSEN: Forschungscolloquium Südosteuropa Blockveranstaltung, Termine n.V.	Block	
	IC 31611	PETERSDORF/SARTORTI: Colloquium für Magister- und MasterkandidatInnen	Do 18-20	101
GSt.*	GK 31701	SARTORTI: Methoden der Kulturwissenschaft	Do 14-16	Hs A
	PS 31702	PIENNIG: Einheitswerke und Filmsynthesen	Di 18-20	Hs B
	PS 16446	WINKEL: Vom Müßiggang zur Pathologie: Regression als autobiographisches Verfahren	Do 12-14	Hüttenweg 9, Kleiner Seminarraum
	PS 31703	WINKEL: Ivan Turgenev	Mo 18-20	301
	PS 31707	PHILIPP/SCHWARTZ: Ästhetische Aneignungen von Wissenschaft und Technik - Zur Popularisierung der Wissenschaften in der russischen Kultur von 1850 bis 1950	Do 12-16	302a
	PS 31704	POLIANSKI: Die "Umgestaltung der Natur" - Untersuchung eines zentralen Paradigmas der sowjetischen Kulturgeschichte	Mi 12-14	101
	PS 31710	N.N: Polnische Essayistik	Mo 14-16	Ihnestr. 22, UG 2
HSt.*	IIS 16473	OBERMAYR: Geschmacksfragen: Mode zwischen Gesetz, "byt" [Alltag] und Ästhetik in der russischen Kultur	Mo 10-12	Hüttenweg 9, Kleiner Seminarraum
	HS 31705	RIEDEL: Das Bildungswesen Osteuropas nach der Erweiterung der Europäischen Union	Mo 12-14	Hs B
	HS 31706	SARTORTI: Dimensionen europäischer Integration aus kulturwissenschaftlicher Sicht	Fr 12-14	121
	IIS 31708	WITTE: Majakovskij _ Jesus. Aneignungen des Erlösers in der Avantgarde	Di 16-18	323

Hst* Hauptstudium

Gst* Grundstudium

HS 16478	N.N.: "Is There a Jewish School of Polish Literature?": Shoah in der polnischen Literatur	Di 14-16	Hüttenweg 9, Kleiner Seminarraum
V 31709	WITTE: Mensch und Tier. Literatur und anthropologische Maschine	Mo 12-14	Hs A
IC (31611)	SARTORTI/PETERSDORF: Colloquium für Magister- und MasterkandidatInnen	Do 18-20	101
C 16488	WITTE: Forschungscolloquium..	Do 16-18	Hüttenweg 9, Kleiner Seminarraum
Forschungsdozentur: „Konfliktforschung und Stabilitätsexport“			
HIS 31001	ZÜRCHER: Konfliktforschung: Aktuelle Zugänge und Erkenntnisse	Mi 14-16	121

Masterstudiengang Lehrprogramm Osteuropastudien SoSe 2005

Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft Schwerpunktbereich Gesellschaftswissenschaften

Disziplin Politik

LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
Seminar Modul A	ANDREES/WOLF: Der Migrations-Entwicklungsnexus: Theoretische und praktische Relevanz für Osteuropa	Blockseminar	
Kernkurs Modul B	SEGBERS: Internationale Beziehungen und Weltpolitik	Di 16-19	Hs A
Kernkurs Modul B	FISCHER: Internationale Beziehungen in Osteuropa	Di 8.30-10	Hs A
Seminar, Modul B	JOPP/MATL: Vertiefung, Erweiterung, neue Nachbarschaften – die EU und die Neuordnung Europas	Mo 18-20	Ihnestr. 21, A
Kernkurs, Modul C	FISCHER: Deutsche Außenpolitik und Osteuropa	Mi 8.30-10	Hs A
Kernkurs Modul D	N.N.: Grundkurs: Einführung in die Politik Osteuropas	Mo 10-12	Ihnestr. 21, B
Seminar Modul D	SEGBERS: Der Wandel der Früheren Sowjetunion	Di 10-12	Hs A
Seminar, Modul D	FEIN: Kulturelle Dimensionen der Politik, politische Implikationen von „Kultur“ – theoretische Perspektiven und methodische Zugänge	Block	
Colloquium	SEGBERS: Colloquium für Examenskandidaten und Promovierende	Do 16-18	Hs B

Disziplin Soziologie

(Projektmodul) 31310	FRÜBIS/GENOV: Projektmodul, Teil II	Fr 14-16	101
Modul A, Seminar	GENOV: Globalization and Regional Development	Do 14-16	Hs B
Modul A, Seminar	MÜLLER: „Weltgesellschaft“ – Theorien und Realitäten	Fr 10-14 14 tägl.	101
KK, Modul B	HEUER: Soziale Probleme und „abweichendes Verhalten“ in Russland: Genderaspekte	Di 10-12	121
KK, Modul B	GENOV: Freundschaften und Probleme der Individualisierung in Osteuropa	Di 14-16	Hs A
KK, Modul C (Teil 1) Teil 2 im WiSe 05/06	FRÜBIS: Die Konzepte des Human- und Sozialkapitals in ihrer Anwendung auf die Beitrittsfähigkeit der SOE7, Erster Teil.	Do 10-12	101

KK, Modul D	CASULA: Einführung in die vergleichende politische Soziologie Osteuropas	Mi 12-14	121
V, Wahlveranstaltung in der Kerndisziplin	GENOV: Soziale Prozesse und Entwicklung soziologischer Ideen	Mi 14-16	Hs A
Colloquium	GENOV: Konvergenzen und Divergenzen in der sozialen Entwicklung	Mi 16-18	101
Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft Schwerpunktbereich Staatswissenschaften			
Disziplin Recht			
LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
Modul C, KK	SCHULZE: Zivil- und Wirtschaftsrecht in Osteuropa	Do 10-12	Hs B
Modul D, KK	WOHLGEMUTH: Verfassungsrecht in Osteuropa anhand ausgewählter Staaten	Mo 10-12	121
Modul D, Seminar	HANISCH/YUREV: Rechtsentwicklung in den zentralasiatischen GUS-Republiken (unter besonderer Berücksichtigung Usbekistans und Kasachstans)	Do 16-18	101
Modul D, Seminar	WOHLGEMUTH/ ROM-SOURKOVA: Russische Rechtssprache am Beispiel des russischen Verfassungsrechts	Mo 12-14	101
Disziplin Wirtschaft			
LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
Modul A, Seminar	SCHRETTL./BITZER /KEREKES: Wachstumspolitik (Wirtschaftswachstum II)	Di 10-12 12-14	Garystr. 21, IIs 108
Modul A, Seminar	SCHRETTL./KEREKES: Verteilungsfragen in Osteuropa	Block	s.A.
Modul B, KK	MESSENGIEBER: Wirtschaftliche Entwicklung Russlands seit 1861	Do 10-12	105
Modul B, KK	SCHRETTL./KEREKES: Economic Systems	Mi 16-18	Hs A
Modul C, KK	ENGERER, SCHROOTEN, THIESSEN: Finanzpolitik, Finanzinstitutionen und Finanzmärkte in der erweiterten EU. Ausgewählte Probleme	Di 10-12	101
Modul C, KK	MESSENGIEBER: Wirtschaftspolitische Fragen einer Osterweiterung der EU unter Berücksichtigung der Zentralisierung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kompetenzen	Do 12-14	101
Modul D, KK	SCHRETTL./BITZER: Principles of Economics (Volkswirtschaftslehre I)	Do 8-10	Garystr. 21, IIs 101
Wahlveranstaltung	OPITZ: Ressourcenökonomik Osteuropas	Do 16-18	121
Colloquium	SCHRETTL: Aktuelle Themen der russischen Volkswirtschaft	Di 16-18	121
Colloquium	SCHRETTL/ BITZER / KEREKES: Diplomandencolloquium	Do 18-20	302a
Arbeitsbereich Geschichte und Kultur Schwerpunktbereich Kulturwissenschaften			
Disziplin Geschichte			
LV-Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit	Raum
Modul A, Seminar	BUCHENAU: Geschichtspolitik in postsozialistischen Staaten"	Mo 16-18	121

Modul A, Seminar	KOELTZSCH: Ethnizität und Großstadt. Prag im 19. und frühen 20. Jahrhundert	Do 16-18	302a
Modul B, KK	SUNDHAUSSEN: Sozialer Wandel auf dem Lande im „langen“ 19. Jh.: Osteuropa im Vergleich	Di 14-16	121
Modul B, KK	BRUNNBAUER: Geschichte der Frauen in Ost- und Südosteuropa (19./20. Jh.): Zwischen Patriarchat und Emanzipation	Mo 14-16	121
Modul B, Seminar	PETERSDORF: Die russische Intelligencija – Selbstverständnis und Realität (19./20. Jh.)	Di 14-16	101
Modul B, Seminar	PICKHAN: Revolution im Jiddischland. Die jüdische Arbeiterbewegung in Osteuropa	Do 14-16	101
Modul B, Seminar	SUNDHAUSSEN: Konfliktgeschichte des Kosovo 1878 bis zur Gegenwart	Mi 16-18	323
Modul C, KK 31614	SUNDHAUSSEN: Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft im Jugoslawienkonflikt	Mi 14-16	101
Modul D, KK	DESPOJ: Der Balkan und die USA (19./20. Jh.)	Mo 12-14	Ihnestr. 22, UG1
Modul D, Seminar	BRUNNBAUER: Multiethnizität und Minderheiten in Südosteuropa (19./20. Jh.)	Mi 10-12	101
Wahlveranstaltung, S	PETERSDORF: Rußland in Reisebildern und -berichten	Di 18-20	121
Wahlveranstaltung, S	PICKHAN: Kreuzritter, Mönche und grausame Zaren. Das Mittelalter im osteuropäischen Film	Fr 14-18 Uhr (14tägl. bzw. n.V.)	121 Be- ginn: 15.04.
Wahlveranstaltung, V	PICKHAN: Frauenrollen, Geschlechterbeziehungen und Nationsbildung in Polen	Do 10-12	121
Wahlveranstaltung, Ü	PICKHAN: Lektürekurs zur Vorlesung	Mi 10-12	121
Colloquium	PETERSDORF/SARTORTI: Colloquium für Magister- und MasterkandidatInnen	Do 18-20	101
Disziplin Kultur			
Modul A, Seminar	OBERMAYR: Geschmacksfragen: Mode zwischen Gesetz, "byt" [Alltag] und Ästhetik in der russischen Kultur	Mo 10-12	Hüttenweg 9, Kleiner Seminar- raum
Modul B, KK	SARTORTI: Methoden der Kulturwissenschaft	Do 14-16	Hs A
Modul B, KK	HEINIG: Einheitswerke und Filmsynthesen	Di 18-20	Hs B
Modul B, KK	WINKEL: Vom Müßiggang zur Pathologie: Regression als autobiographisches Verfahren	Do 12-14	Hüttenweg 9, Kleiner Seminar- raum
Modul B, Seminar	WITTE: Majakovskij – Jesus. Aneignungen des Erlösers in der Avantgarde	Di 16-18	323
Modul C, KK	SARTORTI: Dimensionen europäischer Integration aus kulturwissenschaftlicher Sicht	Fr 12-14	121
Modul C, KK	RIEDEL: Das Bildungswesen Osteuropas nach der Erweiterung der Europäischen Union	Mo 12-14	Hs B
Modul C, KK	WINKEL: Ivan Turgenev	Mo 18-20	301
Modul D, KK	POLJANSKI: Die "Umgestaltung der Natur" - Untersuchung eines zentralen Paradigmas der sowjetischen Kulturgeschichte	Mi 12-14	101
Modul D, KK	PHILIPP/SCHWARTZ: Ästhetische Aneignungen von Wissenschaft und Technik - Zur Popularisierung der Wissenschaften in der russischen Kultur von 1850 bis 1950	Do 12-16	302a
Wahlveranstaltung, V	WITTE: Mensch und Tier. Literatur und anthropologische Maschine	Mo 12-14	Hs A
Colloquium	SARTORTI/PETERSDORF: Colloquium für Magister- und MasterkandidatInnen	Do 18-20	101

Welt Trends

Zeitschrift für
internationale Politik und
vergleichende Studien

■ eine außenpolitische
■ Zeitschrift der
■ Berliner Republik

**Studierenden-Sonderpreis für
das aktuelle Themenheft
nur 5 € bei Bestellung über
www.welttrends.de**

WeltTrends-Themenhefte

2005

- 47 ■ Europäische Arbeitspolitik
46 ■ Globale Finanzmärkte

2004

- 45 ■ Von Dynastien und Demokratien
44 ■ Modernisierung und Islam
43 ■ Großmächtiges Deutschland
42 ■ Europäische Außenpolitik

2003

- 41 ■ Transatlantische Perspektiven II
40 ■ Transatlantische Perspektiven
39 ■ Wohlfahrt und Demokratie
38 ■ Politisierung von Ethnizität

2002

- 37 ■ Vergelten, vergeben oder vergessen?
36 ■ Gender und Internationale Politik
35 ■ Krieg im 21. Jahrhundert
34 ■ EU-Osterweiterung im Endspurt?

Bestellungen beim
Universitätsverlag Potsdam
per Email unter
bestellung@welttrends.de

Preise

Themenheft 12,- €
Abonnement
für Studierende
(4 Themenhefte) 25,- €

Studium

konzentriert – streitbar

Bibliographie

für
Semester- und Jahresarbeiten
für
Vorträge und Diskussionen
für
Examensarbeiten zum
Diplom
Magister
Bachelor
Master

Praktikumsplätze

bei einer führenden
Fachzeitschrift Deutschlands

www.welttrends.de

... mit vollständigem Register aller bisherigen Hefte ...

Potsdamer Textbücher

Raimund Krämer (Hg.)
Regionen in der Europäischen Union

Jochen Franzke (Hg.)
Das moderne Polen

Renate Schmidt (Hg.)
Naher Osten. Politik und Gesellschaft

Juan Linz **...2. Auflage!**
Totalitäre und autoritäre Regime
Herausgegeben von Raimund Krämer

Christiane Büchner/Jochen Franzke (Hg.)
Kommunale Selbstverwaltung

Christian Boulanger (Hg.)
Recht in der Transformation

Erhard Crome, Jochen Franzke und
Raimund Krämer (Hg.)
Die verschwundene Diplomatie

Bestellungen zum Studierenden-Sonderpreis (!)
unter bestellung@welttrends.de

SVETLANA WALI

Staatlich geprüfte Übersetzerin und beeidigte Dolmetscherin

Spießweg 11 • D - 13437 Berlin-Wittenau

Tel.: ++49 30 - 411 07 775

Fax: ++49 30 - 411 07 740

Mobile: 0177 / 461 91 53

E-Mail: Uebersetzungen.Wali@web.de

KOMMUNIKATION BRAUCHT BRÜCKEN!

Ich baue für Sie sprachliche Brücken und Viadukte in den Sprachen
DEUTSCH, SERBISCH, KROATISCH, BOSNISCH!

Übersetzungen aller Art, z.B. in den Fachgebieten:

Recht, Medizin, Pharmazeutik, Erziehung/Ausbildung,

Vertragswesen, Literatur, Geistes-/Sozialwissenschaften,

Film (Drehbücher/Untertitelung/Synchronisation)...

Dolmetschen: Simultan-, Flüster-, Konsekutiv- und Begleitdolmetschen.

Darüber hinaus in allen genannten Sprachen: Erledigung von Korrespondenz,

Korrekturlesen/Überarbeitung von Texten, Redigieren bereits vorliegender

Übersetzungen, Sichten von fremdsprachlichem Schriftgut nach Ihren Vorgaben,

Verfassen von Texten, Editieren und stilistische Korrekturen

von Texten (z.B. Examensarbeiten) etc.

Übersetzungen fertige ich in die lateinische und kyrillische Schrift an,

auf Wunsch mit Beglaubigung.